

Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen – Lernen von Erfahrungen anderer europäischer Länder für Deutschland (InDaLE)

Projektabschlussbericht

Alistair Adam Hernández², Jörn Bannert¹, Alexandru Brad³, Rainer Danielzyk², Juliane Freyboth⁴, Alice Gebauer¹, Ingo Mose⁵, Andreas Ortner⁴, Carla Rutsch⁵, Christin Schellworth⁵, Annett Steinführer³, Nathalie Tent⁵, Winrich Voß¹, Barbara Warner² und Alexandra Weitkamp⁴

¹ Leibniz Universität Hannover, ² ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, ³ Johann Heinrich von Thünen-Institut, ⁴ Technische Universität Dresden, ⁵ Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

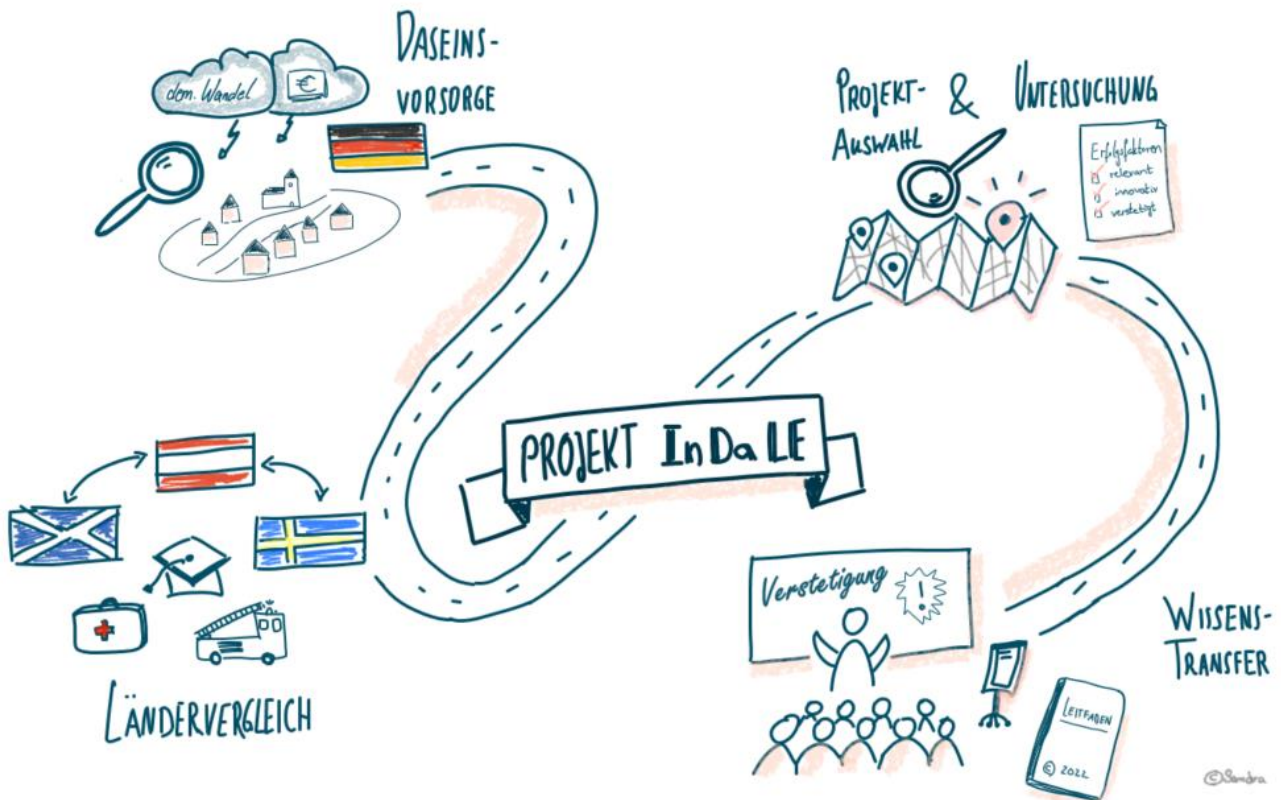


Abb. 1: InDaLE-Roadmap (Graphische Aufbereitung: Sandra Lindemann, 2020)

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	VI
Vorwort	7
(I) KONZEPTIONELL-METHODISCHER RAHMEN.....	9
1 Einleitung.....	10
1.1 Problemdarstellung und Motivation	10
1.2 Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge: Forschungsstand.....	10
1.3 Projektverständnis.....	12
2 Verstetigung, Übertragbarkeit und Governance: konzeptionelle Vorüberlegungen	13
2.1 Verstetigung.....	13
2.1.1 Literaturrecherche.....	13
2.1.2 Zentrale Themen des wissenschaftlichen Diskurses	15
2.1.3 Weiterentwicklung des Diskurses zum Verstetigungskonzept und Anwendung im Projektzusammenhang	18
2.2 Übertragbarkeit	21
2.2.1 Literaturrecherche.....	21
2.2.2 Zentrale Themen des wissenschaftlichen Diskurses	23
2.3 Governance von Daseinsvorsorge.....	26
2.3.1 <i>Politics, polity</i> und <i>policy als</i> Dimensionen von Governance-Arrangements.....	26
2.3.2 Handlungsebene Akteure: Differenzierung, Organisation und Rollen.....	27
2.3.3 Handlungsebene Prozesse: Politikgestaltung, Aushandlung und Finanzierung.....	28
2.3.4 Handlungsebene Steuerung: die Regelung der Dienstleistungserbringung.....	28
3 Methodisches Vorgehen: Projektauswahl, Datenerhebungen und -analyse	30
3.1 Vorauswahl und Checkliste	30
3.2 Finale Projektauswahl.....	30
3.3 Datenerhebung zu den Projekten	33
3.4 Datenauswertung der leitfadengestützten Interviews	35
4 Rahmenbedingungen in den Untersuchungsländern	37
4.1 Deutschland	37
4.1.1 Raum- und Siedlungsentwicklung.....	37
4.1.2 Demographische und wirtschaftliche Entwicklung	37
4.1.3 Verwaltungsgliederung	38
4.1.4 Raumordnungs- und Planungssystem	39
4.1.5 Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge.....	40
4.2 Österreich.....	40
4.2.1 Raum- und Siedlungsentwicklung.....	41

4.2.2	Demographische und wirtschaftliche Entwicklung	42
4.2.3	Verwaltungsgliederung	43
4.2.4	Raumordnungs- und Planungssystem	43
4.2.5	Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge	44
4.3	Schottland	45
4.3.1	Raum- und Siedlungsentwicklung.....	45
4.3.2	Demographische und wirtschaftliche Entwicklung	46
4.3.3	Verwaltungsgliederung	47
4.3.4	Raumordnungs- und Planungssystem	47
4.3.5	Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge	47
4.4	Schweden	48
4.4.1	Besonderheiten der Raum- und Siedlungsstruktur	48
4.4.2	Demographie, Soziales und wirtschaftliche Situation im Überblick	48
4.4.3	Verwaltungsgliederung	49
4.4.4	Raumplanung und Planungssystem	49
4.4.5	Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge	50
(II)	ZENTRALE PROJEKTERGEBNISSE	51
5	Governance und Herausforderungen der Daseinsvorsorgebereiche in ländlichen Räumen	52
5.1	Nachschulische Bildung	52
5.1.1	Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich	52
5.1.2	Herausforderungen in ländlichen Räumen	55
5.2	Medizinische Versorgung und Pflege	56
5.2.1	Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich	56
5.2.2	Herausforderungen in ländlichen Räumen	58
5.3	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	59
5.3.1	Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich	59
5.3.2	Herausforderungen in ländlichen Räumen	63
6	Projektsteckbriefe	66
6.1	Nachschulische Bildung	66
6.1.1	Deutschland	66
6.1.2	Schottland.....	68
6.1.3	Schweden.....	71
6.2	Medizinische Versorgung und Pflege	73
6.2.1	Deutschland	73
6.2.2	Schweden.....	77
6.2.3	Österreich	79
6.3	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	81

6.3.1	Deutschland	81
6.3.2	Österreich	83
6.3.3	Schottland	86
7	Verstetigung innovativer Projekte: förderliche und hemmende Faktoren	88
7.1	Nachschulische Bildung	88
7.1.1	Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext des Lebenslangen Lernens (KeGL)	88
7.1.2	Bildung 4.OWL	90
7.1.3	RRHEAL – Remote and Rural Healthcare Education Alliance	92
7.1.4	GrowBiz	94
7.1.5	Akademi Norr	96
7.1.6	Lingio	98
7.2	Medizinische Versorgung und Pflege	100
7.2.1	Mobile Netzwerkmedizinische Assistenz – MONA	100
7.2.2	Gemeindeschwester ^{plus}	102
7.2.3	Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum (KARMANT)	104
7.2.4	Cuviva – The Home Hospital Borgholm	106
7.2.5	IMPROVE - Involving the community to co-produce public services	107
7.2.6	KI-JU-PALL – Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams	109
7.2.7	CoSENSo / Pflegenahversorgung	111
7.3	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	113
7.3.1	Feuerwehrausbildungspool und interkommunale Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz... ..	113
7.3.2	Mehr Feuerwehr in die Schule	114
7.3.3	„Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr“	117
7.3.4	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	118
7.3.5	Fire Reach/Fire Skills	119
(III)	ÜBERGREIFENDE ERKENNTNISSE UND ENTWICKLUNG VON HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	121
8	Verstetigung nach Wirkungsbereichen: übergreifende Erkenntnisse aus den Beispielprojekten	122
8.1	Inhaltlicher Wirkungsbereich	122
8.2	Organisationsstruktureller Wirkungsbereich	124
8.3	Politisch-administrativer Wirkungsbereich	125
8.4	Finanzieller Wirkungsbereich	127
9	Innovative Lösungen und Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen	129
9.1	Thesen zum inhaltlichen Wirkungsbereich	129
9.2	Thesen zum organisationsstrukturellen Wirkungsbereich	135
9.3	Thesen zum politisch-administrativen Wirkungsbereich	138
9.4	Thesen zum finanziellen Wirkungsbereich	142
10	Handlungsempfehlungen	145

10.1 Empfehlungen für die untersuchten Daseinsvorsorgebereiche	145
10.1.1 Nachschulische Bildung	145
10.1.2 Medizinische Versorgung und Pflege	147
10.1.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	149
10.2 Checkliste für Projektträger zur Verstetigung	151
(IV) ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	152
11 Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	153
11.1 Zentrale Erkenntnisse aus den drei untersuchten Daseinsvorsorgebereichen.....	153
11.1.1 Nachschulische Bildung	153
11.1.2 Medizinische Versorgung und Pflege	154
11.1.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	156
11.2 Schlussfolgerungen für die Forschung	158
11.2.1 Übergreifende Schlussfolgerungen	158
11.2.2 Nachschulische Bildung	158
11.2.3 Medizinische Versorgung und Pflege	159
11.2.4 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	160
12 Literaturverzeichnis	161
(V) ANHANG	175
Anhang I: Projektbeteiligte und Projektveranstaltungen	176
Anhang II: InDaLE-Glossar	178
Anhang III: Interviewleitfäden	180

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: InDaLE-Roadmap.....	I
Abb. 2: Faktoren für Verstetigung.....	17
Abb. 3: Erfolgsfaktoren für Verstetigung und ihre Zuordnung zu Wirkungsbereichen	20
Abb. 5: Ergebnis des Paarvergleichs.....	31
Abb. 6: Ergebnis der Nutzwertanalyse	32
Abb. 7: Übersichtsdarstellung aller im Forschungsvorhaben InDaLE empirisch untersuchten Projekte	32
Abb. 8: Untersuchungsraaster des InDaLE-Projektes.....	33
Abb. 9: Vorgehensweise der Datenerhebung und Auswertung durch Interviews.....	34
Abb. 10: Vorgehensweise der Datenanalyse mit MAXQDA	35
Abb. 12: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland	60
Abb. 13: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Österreich	61
Abb. 14: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Schottland	63
Abb. 15: Entwicklung der Einsätze und aktiven Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren in Deutschland 1991 bis 2020	64
Abb. 16: Checkliste für Projektträger.....	151

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Verwendete Begriffe für Projektverstetigung in der internationalen Literatur 14

Tab. 2: Begriffe in der Literaturrecherche zur Übertragbarkeit 22

Tab. 3: Vergleich von applicability und transferability 23

Tab. 4: Kategorien ausgewählter Einflussfaktoren auf Projekte und ihre fördernden bzw. hemmenden Wirkungen.... 23

Tab. 5: Übersicht über die im InDaLE-Projekt geführten leitfadengestützten Interviews 35

Tab. 6: Ausprägung von These 1 in den untersuchten Projekten 131

Tab. 7: Ausprägung von These 2 in den untersuchten Projekten 133

Tab. 8: Ausprägung von These 3 in den untersuchten Projekten 135

Tab. 9: Ausprägung von These 4 in den untersuchten Projekten 136

Tab. 10: Ausprägung von These 5 in den untersuchten Projekten 137

Tab. 11: Ausprägung von These 6 in den untersuchten Projekten 138

Tab. 12: Ausprägung von These 7 in den untersuchten Projekten 139

Tab. 13: Ausprägung von These 8 in den untersuchten Projekten 140

Tab. 14: Ausprägung von These 9 in den untersuchten Projekten 141

Tab. 15: Ausprägung von These 10 in den untersuchten Projekten 143

Tab. 16: Ausprägung von These 11 in den untersuchten Projekten 144

Vorwort

„Gute“ oder gar „beste“ Praktiken in der Daseinsvorsorge sind ein immer wieder präsent Thema in politischen, medialen und zum Teil auch wissenschaftlichen Debatten. Das Bedürfnis nach solchen vermeintlich oder tatsächlich perfekten Lösungen ist insbesondere für periphere ländliche Räume mit ökonomischer Strukturschwäche und langfristiger Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung nachvollziehbar. Denn vor dem Hintergrund der raumordnungspolitischen Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (z. B. BReg 2021, BMI, BMEL und BMFSFJ 2019) stellen sich grundlegende Fragen nach der räumlichen Gerechtigkeit zwischen den unterschiedlichen Teilräumen der Bundesrepublik und der Versorgungssicherheit mit Einrichtungen der wohnortnahen Daseinsvorsorge.

Gern wird in solchen Diskussionen auf ausländische Beispiele verwiesen, die belegen sollen, dass man es dort besser versteht, Probleme der Daseinsvorsorge insbesondere in dünn besiedelten ländlichen Räumen zu lösen. Häufig genannte Beispiele in solchen Darstellungen sind Schweden, Finnland, Frankreich oder auch Kanada. Nur selten aber wurden bislang tatsächlich konkrete Projekte, Zugänge und Lösungsansätze im Ausland untersucht, in ihre Kontexte und Governance-Bedingungen eingebettet sowie ihre Erfolgsfaktoren betrachtet (vgl. als Ausnahmen Schaeffer et al. 2015, Troeger-Weiß et al. 2015). Die hochkomplexe Frage einer Übertragbarkeit dieser Ansätze auf den deutschen Kontext führt wiederum weit über solche Untersuchungen hinaus – nicht ohne Grund sprechen Schaeffer et al. (2015: 225-241) von sich aus ihren Forschungen ergebenden „Anregungen“ für die deutsche Debatte.

Das in diesem Bericht dokumentierte Forschungsprojekt InDaLE („Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen – Lernen von Erfahrungen anderer europäischer Länder für Deutschland“) nahm diese Forschungslücke zum Ausgangspunkt. Zugleich widmete es sich nicht nur ausländischen Erfahrungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, sondern auch deren Verstetigung und Übertragbarkeit auf Deutschland.

InDaLE ist als ein exploratives, „suchendes“ Projekt angelegt gewesen. Auf der Basis eines eigens entwickelten Untersuchungsrasters wurden von Januar 2020 bis Dezember 2022 insgesamt 18 verstetigte Projekte aus den Daseinsvorsorgebereichen nachschulische Bildung, medizinische Versorgung und Pflege sowie nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in Österreich, Schweden und Schottland sowie in Deutschland genauer untersucht. Alle ausländischen Projekte adressieren Herausforderungen des jeweiligen Daseinsvorsorgebereichs, die sich auch in Deutschland identifizieren lassen. Der Schwerpunkt der Analysen lag auf der Genese der Projekte, ihrer Verstetigung, Organisations- und Akteursstruktur, politisch-administrativen Einbettung sowie Finanzierung in unterschiedlichen Projektphasen – und auf der Frage, was sich daraus für die Ausgestaltung der drei Daseinsvorsorgebereiche in Deutschland lernen lässt.

Kurz nach Projektbeginn, ab März 2020, beeinflusste die globale COVID-19-Pandemie auch unsere Forschungsarbeiten. Der pandemische Alltag, die verschiedenen Lockdowns und die eingeschränkte Zugänglichkeit unserer Untersuchungsländer und -regionen haben unsere empirischen Arbeiten einerseits verzögert. Dies hatte Folgen sowohl auf Seiten der Wissenschaftler:innen des Konsortiums und bei den potenziellen Interviewpartner:innen als auch für alle von uns untersuchten Daseinsvorsorgebereiche – besonders, aber eben nicht nur die medizinische Versorgung und Pflege –, die von der Pandemie als systemrelevante Infrastrukturen selbst betroffen waren. Andererseits war empirische Forschung nach einer Phase der Umorientierung und Neuorganisation Interviews mit teils geringerem Aufwand wieder möglich: Nicht wenige unserer Interviews wurden ab der zweiten Jahreshälfte 2020 digital durchgeführt. Allerdings ist die fehlende Bereisung der meisten ausländischen Projekte ein Defizit, das durch die digitalen Interviews nicht vollständig beseitigt werden konnte.

Der hiermit vorgelegte Projektabschlussbericht gliedert sich wie folgt:

- Kapitel 1 nimmt eine Problemdarstellung vor, fasst den Forschungsstand zu Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge zusammen und definiert den für InDaLE zentralen Begriff „Projekt“.

- Kapitel 2 erläutert ausgehend von einer Auseinandersetzung mit der Fachliteratur, was unter den Schlüsselbegriffen „Verstetigung“ und „Übertragbarkeit“ sowie „Governance der Daseinsvorsorge“ verstanden wird.
- In Kapitel 3 wird das methodische Untersuchungsdesign ausführlich präsentiert.
- Kapitel 4 beschreibt wesentliche Rahmenbedingungen der räumlichen, demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Raumordnungs- und Planungssysteme sowie Strukturen der Daseinsvorsorge in Deutschland, Österreich, Schottland und Schweden.
- In Kapitel 5 werden die Governancestrukturen der drei in InDaLE berücksichtigten Daseinsvorsorgebereiche – nachschulische Bildung, medizinische Versorgung und Pflege sowie nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr – für die jeweils drei in den Untersuchungen berücksichtigten Länder und die Herausforderungen dieser Daseinsvorsorgebereiche in Deutschland kurz erläutert.
- Kapitel 6 enthält die Steckbriefe der 18 untersuchten Projekte.
- In Kapitel 7 werden für diese 18 Projekte jeweils die für ihre Verstetigung förderlichen und hemmenden Faktoren herausgearbeitet.
- Kapitel 8 fasst die Einzelerkenntnisse zur Projektverstetigung in übergreifender Form für die vier unterschiedenen Wirkungsbereiche (inhaltlich, organisationsstrukturell, politisch-administrativ sowie finanziell) zusammen.
- Kapitel 9 formuliert für diese Wirkungsbereiche übergreifende Rahmenbedingungen. Dies erfolgt in Thesenform.
- Kapitel 10 enthält die abgeleiteten Handlungsempfehlungen – zum einen für die einzelnen Daseinsvorsorgebereiche, zum anderen aus einer übergreifenden Perspektive.
- In Kapitel 11 werden die wesentlichen Forschungsergebnisse des Projektes zusammengefasst.
- Drei Anhänge (ein Überblick über die Projektbeteiligten, ein Projekt-Glossar und der Interviewleitfaden) beschließen den Bericht.

Wir danken dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) für die Förderung dieses explorativen Verbundprojekts und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die konstruktive Begleitung.

Wir sind außerdem allen Gesprächspartner:innen in unseren vier Untersuchungsländern zu großem Dank verpflichtet – gerade während der Pandemie war ihr Engagement oft alles andere als selbstverständlich. Konstruktiv-kritisch hat uns über drei Jahre unser Beirat, bestehend aus Mitgliedern aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik (Anhang I), begleitet. An sie alle geht ebenfalls ein herzlicher Dank. Mit Dieter K. Müller (Universität Umeå), Frank Rennie (University of the Highlands and Islands) sowie Tatjana Fischer (Universität für Bodenkultur Wien) haben uns zwei Länderexperten und eine Länderexpertin Einblicke in die von uns untersuchten Daseinsvorsorgebereiche sowie die schwedischen, schottischen und österreichischen Gegebenheiten gewährt – diese Unterstützung erfolgte kollegial. Ihnen sei in ganz besonderem Maße gedankt.

Nicht zuletzt möchten wir uns bei unseren studentischen Hilfskräften Kevin Brendler, Sandra Deraneck, Maximilian Hawner, Richard Hunsänger, Vera Kreutle, Wiebke Hell, Carolin Schneider und Greta Wöhler für ihre Unterstützung bei den Projektarbeiten in verschiedenen Projektphasen bedanken.

Für das gesamte InDaLE-Team

Rainer Danielzyk, Ingo Mose, Andreas Ortner, Annett Steinführer, Winrich Voß, Barbara Warner und Alexandra Weitkamp

(I) KONZEPTIONELL-METHODISCHER RAHMEN

1 Einleitung

Dieses einleitende Kapitel umreißt die Motivation für das Forschungsprojekt (Kap. 1.1), stellt kurz den Forschungsstand zu Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge vor (Kap. 1.2) und definiert den Schlüsselbegriff „Projekt“ (Kap. 1.3).

1.1 Problemdarstellung und Motivation

Insbesondere in strukturschwachen und dünn besiedelten ländlichen Regionen sind die Folgen des demographischen Wandels und schwieriger Finanzsituationen einzelner Kommunen für bestimmte Daseinsvorsorgebereiche dramatisch. Schulen müssen schließen, Arztpraxen werden aufgegeben, Freiwillige Feuerwehren sind nur noch eingeschränkt handlungsfähig. Oft fehlen darüber hinaus qualifizierte Arbeitskräfte und andere wichtige Standortfaktoren, wie z. B. Bildungseinrichtungen. Deutschland wird seit Jahrzehnten mit der wachsenden Herausforderung konfrontiert, die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sicherzustellen und diese attraktiv und zukunftsfähig zu gestalten.

Dabei haben andere europäische Staaten ähnliche Herausforderungen in ländlichen Räumen zu bewältigen, teilweise bei wesentlich geringerer Bevölkerungsdichte. Im InDaLE-Projekt wurden Beispiele aus Schottland, Schweden, Österreich und Deutschland auf übertragbare und zu verstetigende Ansätze untersucht. Forschungsleitend war die Frage: Inwieweit können wir von Projekten und Strategien lernen, die sich in anderen Staaten bewährt haben?

Dabei wurden drei Bereiche der Daseinsvorsorge in den Fokus genommen, die in verschiedener Hinsicht besondere Qualitäten aufweisen: die medizinische Versorgung und Pflege, die in hohem Maße für die Lebensqualität in unterschiedlichen Lebensphasen in ländlichen Räumen steht; die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, deren über Jahrzehnte selbstverständliche Gewährleistung durch Freiwillige Feuerwehren sich vor allem in Abwanderungs- und Alterungsregionen aufzulösen scheint, sowie die nachschulische Bildung, über deren Effekte für die Regionalentwicklung es in Deutschland bislang wenig gesichertes Wissen gibt.

Allerdings – und auch das machte das InDaLE-Projekt besonders – sind gute Beispiele nicht nur im Ausland zu finden. Denn vor allem in schrumpfenden ländlichen Räumen in Deutschland gibt es seit Jahrzehnten große Anstrengungen, Daseinsvorsorgeeinrichtungen und -leistungen an die veränderten ökonomischen, demographischen, technologischen und sozialen Bedingungen anzupassen. Diesen Ansätzen soll hier entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Häufig, aber nicht ausschließlich, sind es Modellvorhaben des Bundes und der Länder, in denen modifizierte Modelle der Daseinsvorsorge erprobt werden bzw. wurden (z. B. BMI 2019). Eine fehlende Nachhaltigkeit, also eine ausbleibende Verstetigung, ist wiederum ein häufiges Problem dieser Modellvorhaben. Im InDaLE-Projekt wurden für jeden Daseinsvorsorgebereich sowohl deutsche als auch europäische Fallbeispiele analysiert und auf verstetigte, übertragbare und somit zukunftsfähige Strategien hin bewertet.

1.2 Innovationen in der ländlichen Daseinsvorsorge: Forschungsstand

Um den genannten Herausforderungen zu begegnen, werden vielfach sogenannte innovative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge gefordert und mit Modellvorhaben des Bundes und der Länder auch gefördert (Adam Hernández und Schneider 2021). Aus praktischer wie aus wissenschaftlicher Perspektive ist die Frage von Interesse, wie solche innovativen Ansätze entstehen und später verstetigt und somit dauerhaft angeboten werden können (Mettenberger et al. 2021, Klöden und Weitkamp 2020).

Ländliche Regionen gelten im Gegensatz zu städtischen Räumen üblicherweise als weniger innovativ: In der urbanen Wissensgesellschaft konzentrieren sich höher qualifiziertes Personal, die sogenannte *creative class* sowie die entsprechenden Unternehmen, Ressourcen und Infrastrukturen in den Metropolen, weshalb Innovationen vorrangig dort entstehen (Spellerberg 2008: 27). Wenn es diese Faktoren für Innovationen benötigt, muss demnach ein Mangel an Innovationsbereitschaft bzw. -fähigkeit besonders in ländlichen Peripherien, also in Räumen, die von Erreichbarkeits- und wirtschaftsstrukturellen Problemen sowie demographischem Wandel gekennzeichnet sind, ausgeprägt sein.

In der Wirtschaftsgeographie und der Innovationsforschung blieb das Argument eines generellen Innovationsvorsprungs der Agglomerationsräume in seiner Pauschalität freilich nicht unwidersprochen. Shearmur

(2017) spricht vom „urban bias“ der Innovationsforschung, der den Blick auf Innovationsdynamiken in anderen Raumtypen verstelle. Mayer (2021) argumentiert auf Grundlage einer Literaturanalyse sowie am Beispiel von Kleinstädten in der Schweiz, dass beispielsweise ein spezifisches lokales Sozialkapital (bestehend aus anderen Unternehmer:innen sowie institutionellen Akteuren, etwa aus der Wirtschaftsförderung), aber auch strategische Vernetzungen mit externen Wissensträgern genutzt werden, um vorhandene Standortnachteile zu kompensieren und so Innovationsdynamiken zu kreieren (vgl. dazu auch die Diskussion um sog. „hidden champions“, d.h. global erfolgreiche Unternehmen vorrangig aus ländlichen Räumen).

Ein Schwerpunkt der Debatte zu Innovationen in ländlichen Räumen – argumentativ und empirisch häufig bezogen auf Beispiele der Daseinsvorsorge – liegt auf „sozialen Innovationen“ (z. B. Bock 2016, Klöden und Weitkamp 2020, Christmann 2020, O’Shaughnessy et al. 2023). Neumeier (2012) definierte diese als „[c]hanges of attitudes, behaviour or perceptions of a group of people joined in a network of aligned interests that in relation to the group’s horizon of experiences lead to new and improved ways of collaborative action within the group and beyond“ (ebd.: 55). Soziale Innovationen werden für Innovationen der Daseinsvorsorge häufig aufgegriffen und eröffnen so neue Wege zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele (Klöden und Weitkamp 2020).

Im Kontext der Daseinsvorsorge erhalten soziale Innovationen ihre Relevanz aufgrund ihres lösungsorientierten Charakters. Die neuartigen Herausforderungen, vor denen die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen steht, erfordern die Einführung und Implementierung neuartiger Produkte und Dienstleistungen sowie die Anpassung und Neukombination sozialer Praktiken, um gleichwertige Lebensverhältnisse auch für ländliche Räume sicherzustellen. Die Form und Implementierung sozialer Innovationen können dabei stark variieren. Langfristig besteht das Ziel innovativer Ansätze darin, aktuellen Problemen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge nachhaltig zu begegnen (ebd.). Hierzu ist es nicht nur notwendig, dass sich Lösungsansätze in ihrem lokalen Entstehungskontext etablieren und verstetigen, sondern auch Verbreitung in weiteren Regionen finden (vgl. auch Mettenberger et al. 2021).

Klöden und Weitkamp (2020) identifizieren Erfolgsfaktoren, die förderlich bei der Implementierung sozialer innovativer Projekte sein können. Während der Inventionsphase liegt der Fokus auf der Entwicklung von Vorschlägen oder Ideen, die zur Lösung eines sozialen Problems beitragen können. In dieser Phase sind die Expertise des Trägers der sozialen Innovation und der Austausch in Netzwerken ergebnisfördernd. Essentiell sind darüber hinaus finanzielle Ressourcen, die einen nötigen Handlungsspielraum für die Ideenentwicklung ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Finanzierung des Vorhabens selbst – zum Erfolg in dieser Phase trägt eine zeitlich begrenzte Förderung seitens der öffentlichen Hand, bspw. über Fördermittel, als Anschlag bei. Ergänzend ist zudem das Engagement einzelner Schlüsselakteure unverzichtbar, damit die Wirkungen der Anschlagförderung nach Wegfall nicht verpuffen (vgl. auch Richter und Christmann 2023). Für die Aufrechterhaltung innovativer Ansätze rücken Kooperationen und Netzwerke in den Vordergrund. Für eine Aufrechterhaltung gewinnt zudem auch die Wettbewerbsfähigkeit eines Ansatzes oder Projektes gegenüber bereits etablierten Ansätzen oder Projekten an Bedeutung. Außerdem ist ein Kostenvorteil gegenüber vergleichbaren (öffentlichen) Leistungsanbietern hilfreich, um die soziale Innovation flächendeckend und dauerhaft implementieren zu können. Schließlich ist insbesondere das Engagement politischer Entscheidungsträger notwendig, um mit einer sozialen Innovation einen systemischen Wandel zu initiieren.

Es erscheint zielführend, die Verstetigung von innovativen Ansätzen als einen Prozess zu betrachten, in dem in den jeweiligen Projektphasen unterschiedliche Kriterien und Erfolgsfaktoren zum Tragen kommen. Der Erfolg des Innovationsprozesses beruht auf deren Zusammenwirken in ihrer Gesamtheit, wobei die Kriterien und Erfolgsfaktoren als Voraussetzungen füreinander verstanden werden können und die Verstetigung der innovativen Ansätze zu verschiedenen Zeitpunkten beeinflussen (Klöden und Weitkamp 2020).

Doch stellt sich die Verstetigung als zentrales Problem all dieser innovativen Lösungsansätze und Projekte dar (Adam Hernández und Schneider 2021; vgl. detaillierter Kap. 2.1). Mettenberger et al. (2021) richten für ihre Analyse der Entstehung und Verbreitung digitaler Innovationen in der Daseinsvorsorge den Blick über Schlüsselpersonen und deren Fähigkeiten und Vernetzungen hinaus auf projekt- und regionsübergreifende Machtstrukturen und identifizieren vor allem die Verfügung (oder eben Nicht-Verfügung) über Ressourcen als einen Schlüsselfaktor für Erfolg und Verstetigung. Bis heute besteht in Deutschland kein einheitliches Verständnis darüber, welche Kriterien für eine erfolgreiche Verstetigung eines innovativen Ansatzes sprechen oder durch welche Erfolgsfaktoren diese positiv beeinflusst werden. Insbesondere für ländliche Räume ist für die deutschsprachige Fachliteratur ein Forschungsdefizit zu konstatieren. Erste Erklärungsansätze haben ihren Ursprung im Bereich der Regionalentwicklung und beziehen sich

auf das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ sowie Quartiersentwicklungen und Projekte aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ (BMI 2019, Daßer et al. 2017, BMVBS 2012). Auch dieser Befund war eine Motivation, im InDaLE-Projekt am Beispiel von 18 Projekten systematisch hemmende und förderliche Faktoren der Verstetigung zu untersuchen.

1.3 Projektverständnis

Das in InDaLE entwickelte Verständnis von „Projekt“ basiert auf einer Literaturrecherche und intensiven Diskussionen im Projektteam sowie mit dem InDaLE-Beirat (s. Anhang I). Die folgende Definition wurde unserer Recherche und Untersuchung zugrunde gelegt:

Ein **Projekt** im Sinne von InDaLE bezeichnet ein (im Ursprung) zeitlich und sachlich begrenztes, regionales oder lokales Vorhaben zur Erprobung neuartiger Ideen, Entwicklungen und Verfahren für die Sicherung von Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge aus den Bereichen nachschulische Bildung, medizinische Gesundheit und Pflege sowie Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Schottlands, Schwedens, Österreichs und Deutschlands. Damit werden vier wesentliche Merkmale herausgestellt:

1. **Sach- und Zeitbegrenzung:** Es handelt sich um zeitlich und sachlich begrenzte Maßnahmen bzw. ein Maßnahmenbündel (angelehnt an Tiemeyer 2002: 2).
2. **Raumbezug:** Es handelt sich um regionale und/oder lokale Vorhaben, die vor Ort zu konkreten Veränderungen führen.
3. **Erprobungscharakter:** Es stellt einen exemplarischen, experimentierenden oder modellhaften Versuch dar.
4. **Innovationscharakter:** Es stellt neuartige oder im Referenzsystem der Beteiligten als neuartig wahrgenommene Ideen, Entwicklungen und Verfahren zur bedarfsgerechten Lösung eines Problems dar (angelehnt an Schumpeter 1947: 151; Rogers 2003: 12 und Ibert 2015: 173). **Ländliche Räume in Untersuchungsländern:** Der Fokus liegt auf den in InDaLE untersuchten Staaten Schottland (als Teil des Vereinigten Königreichs), Schweden, Österreich und Deutschland. **Lösungsorientierung:** Es handelt sich nachweislich um Projekte, die neuartige Lösungen offerieren. **Verstetigung:** Es handelt sich um Projekte, die nach einer (evtl. geförderten) Erprobungsphase weitergeführt werden bzw. in fortgeschrittener Umsetzung oder länger etabliert sind. **Übertragung und Anwendbarkeit:** Unter Berücksichtigung der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen und Governance-Modelle werden geeignete Adaptionsstrategien für eine Anwendbarkeit in Deutschland erarbeitet

2 Verstetigung, Übertragbarkeit und Governance: konzeptionelle Vorüberlegungen

Im Projektverlauf stellten sich die beiden Konzepte der Verstetigung und Übertragbarkeit als so vielgestaltig heraus, dass ein eigener Arbeitsschritt nötig war, um diese beiden Querschnittsthemen zu definieren und voneinander abzugrenzen. Die Annäherung an den Verstetigungs- und Übertragbarkeitsbegriff erfolgte mithilfe einer disziplinübergreifenden Literaturrecherche, um den internationalen wissenschaftlichen Diskurs abzubilden (Kap. 2.1 und 2.2). Ähnlich vieldeutig ist der Begriff der Governance, der im Kontext der Daseinsvorsorgedebatte zu konzeptualisieren und operationalisieren war (Kap. 2.3).

2.1 Verstetigung

Wir definieren ein Projekt dann als erfolgreich, wenn Prozesse oder Strategien hieraus verstetigt werden können und dauerhafte, positive Effekte bewirken. Um die Komplexität des Begriffes und der möglichen Ansätze von „Verstetigung“ zu erfassen und für den Projektzusammenhang handhabbar zu gestalten, wird im Folgenden auf die Inhalte und Bedeutungen des Begriffes und hiermit verbundene Ziele für unterschiedliche Wirkungsbereiche eingegangen.

2.1.1 Literaturrecherche

Da eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Verstetigung innovativer Modellprojekte im Kontext der räumlichen Entwicklung in der Literatur vergleichsweise wenig thematisiert wird (BMVBS 2012; Daßer et al. 2017; BMI 2019), ist eine schrittweise begriffliche Annäherung vonnöten. Um das konkrete Verständnis des Begriffes Projektverstetigung aus den einzelnen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu erfassen, muss zunächst Klarheit über die in der nationalen wie internationalen Literatur verwendeten deutschen und englischen Bezeichnungen für Verstetigung hergestellt werden. In der Literatur werden zahlreiche ähnliche Begriffe verwendet, die teilweise unterschiedliche Bedeutungen haben. Eine einheitliche Definition bzw. einen über die verschiedenen Fachbereiche greifenden Begriffskonsens von Projektverstetigung gibt es nicht.

Ein erster Schritt zur Durchdringung der verschiedenen Begriffe ist die Ermittlung von in der Literatur verwendeten Synonymen zu Verstetigung. Eine Liste der Begriffe (vgl. Tab. 1) enthält inhaltlich verwandte Wörter zu Verstetigung wie bspw. „consolidation“, „stabilization“, „sustainability“ oder „mainstreaming“. Die Tabelle enthält die bei der Literaturrecherche verwendeten Begriffe, ihre deutsche Übersetzung und ihre Verwendung in der wissenschaftlichen Literatur. Einzelne verwendete Suchbegriffe lassen vom Begriff der Projektverstetigung trennen: „Consolidation“ bspw., was in der wörtlichen Übersetzung ins Deutsche am Ehesten mit „Verdichtung“ oder „Festigung“ zu übersetzen ist, wird in der internationalen Literatur meist im Zusammenhang mit naturwissenschaftlichen Phänomenen der Bodenverdichtung verwendet. Auch der Begriff „Persistence“ (zu Deutsch „Beständigkeit“, „Ausdauer“, „Langlebigkeit“) zielt nicht auf Aspekte der Projektverstetigung ab, sondern beleuchtet vornehmlich medizinische Phänomene in Bezug auf Beständigkeit von Viren und Bakterien. Weitere Suchbegriffe ohne besondere Relevanz für das Thema Projektverstetigung sind „Stabilization“, „(permanent) Adoption“ und „Assimilation“. Ein nicht eindeutig zum Themenbereich der Projektverstetigung zuzuordnender Begriff ist „Sustainability“ („Zukunftsfähigkeit“, „Tragfähigkeit“). Dieser Suchbegriff führt vereinzelt zu Literatur, die sich mit Projektfortführung beschäftigt (vgl. Wright 1999, Adelman und Taylor 2003, Sarriot et al. 2004, Pluye et al. 2004, Scheirer 2005, Edwards et al. 2007, Wiley 2007). Der Fokus der Literatur liegt hier jedoch eindeutig auf Beiträgen der ökologischen Nachhaltigkeit. Der Begriff der „(longterm) Viability“ („Lebensfähigkeit“, „Realisierbarkeit“) hat ebenfalls einen erkennbaren Bezug zu Themen des Projektmanagements.

Die hier erfasste Literatur widmet sich vorrangig Kriterien für eine Bewertung der Realisierbarkeit von geplanten Projekten, deren Wirtschaftlichkeit und ökonomischen Risikoanalysen (vgl. Ashley et al. 1998, Rohankar et al. 2015, Almeida et al. 2021).

Tab. 1: Verwendete Begriffe für Projektverfestigung in der internationalen Literatur (eigene Darstellung)

Englische Suchbegriffe/Synonyme	Deutsche Übersetzung	Vorwiegender fachlicher Verwendungsbereich
Consolidation	Festigung, Verdichtung, Festwerden, Stärkung, Zusammenlegung, Vereinigung	Naturwissenschaftliche Phänomene zu Bodenverdichtung, z. B. Coelho/Portela/Pinto1996.
Continuation	Fortsetzung, Weiterführung	Projektfortführung; <i>decision-making</i> von Leitungspersonen in der Wirtschaft (psychologisch-ökonomische Perspektive), z. B. Berman et al. 1977; Bracht/Finnegan/Rissel et al. 1994.
Persistence	Beständigkeit, Fortdauer, Ausdauer, Hartnäckigkeit, Langlebigkeit, Beharren	Beständigkeit von Viren, Bakterien, Stoffen etc.; v.a. medizinisch-psychologische und ökologische Fachliteratur, z.B. Bailey/Smith/Blowes et al. 2013; Barth/Steidle/Kuntz et al 2007; Salokangas/Schultze-Lutter/Hietala et al. 2015.
Stabilization	Stabilisierung, Festigung, Konstanthaltung	Naturwissenschaftliche Phänomene (Boden- und Sedimentstabilisierung), z.B. Scanferla/Ferrari/Pellay et al. 2009; Kalliyath/Joy/Paul et al. 2016.
Sustainability	Zukunftsfähigkeit, Tragfähigkeit	Ökologische Nachhaltigkeit, Projektfortführung, z.B. Bamberger/Cheema 1990; Bossert 1990; Hanh/Hill/Kav et al. 2009; Scheirer 2005; Shediach-Rizkallah/Bone 1998
Implementation	Umsetzung, praktische Anwendung, Einführung, Durchsetzung	Planung von noch nicht realisierten Projekten oder Durchführung von Projekten, die sich in der initialen Phase befinden, z.B. Batkovskiy/Konovalova/Semenova et al. 2015; Joseph/West/Shickle et al. 2011; Mwesiumo/Halldanarson/Shlopak 2022.
(Permanent) Adoption	Übernahme, Annahme, Aneignung	V. a. Literatur zu Adoptionsvorgängen (z. B. Rhea/Bricker/Wadsworth et al. 2012), vereinzelt Literatur zu Übernahme einzelner Technologien (z. B. Current/Lutz/Scherr 1995; Lahmar 2010) jedoch kein Literaturschwerpunkt feststellbar
Assimilation	Angleichung, Aufnahme, Anpassung, Einverleibung	V. a. Literatur zu Datenanpassung, z.B. Cosgrove/Lohmann/Mitchell et al. 2003; Dance/Ballard/Bannister et al. 2019.
Incorporation	Angliederung, Aufnahme, Einführung	Eingliederung einzelner Aspekte in eine Umgebung/System, z.B. Chau 2007; Salinas Rodriouez/Ashlev/Gersonius et al. 2014; Southard 2013.
Institutionalization	Institutionalisierung	Administrative und organisatorische Einbettung eines Projektes zu seiner Startphase, z.B. Hall/Scott 2019; Madon/Reinhard/Roode et al. 2010.
(Long term) Viability	Lebensfähigkeit, Realisierbarkeit	Kriterien für Bewertung der Realisierbarkeit eines Projektes, Wirtschaftlichkeit und ökonomische Risikoanalysen, z. B. Almeida/Fleischmann/Breda et al. 2021; Ashley/Bauman/Carroll et al. 1998; Rohankar/Jain/Nangia et al. 2015.
Mainstreaming	In den Mainstream führen	V. a. Literatur zu „gender mainstreaming“ (z. B. de Waal 2006), seltener Projektfortführung (z. B. Franke et al. 2013)

Drei verwendete Suchbegriffe, die einen klaren Bezug zum Projektmanagement aufweisen, sind „Implementation“ („Umsetzung“, „Anwendung“, „Einführung“), „Incorporation“ („Angliederung“, „Aufnahme“, „Einfügung“) und „Institutionalization“ („Institutionalisierung“). Die Recherche zu „Implementation“ führt zu Literatur, die sich mit der Planung und Durchführung von noch nicht durchgeführten bzw. noch unvollendeten Projekten beschäftigt. Nicht betrachtet wird hier die Durchführung von Projekten nach ihrer Erprobungs- oder Pilotphase (vgl. Joseph et al. 2011, Batkovskiy et al. 2015, Mwesiumo et al. 2022). Der Begriff „Incorporation“ verweist größtenteils auf die Phase der Eingliederung einzelner Aspekte in ein Umfeld oder System und deren Effekte, seltener jedoch auf die Langfristigkeit dieser Aspekte (vgl. Chau 2007, Southard 2013, Salinas Rodriguez et al. 2014). Gesichtete Artikel zu „Institutionalization“ verwenden den Begriff synonym zur Einbettung eines Projektes in sein institutionelles Umfeld zu seiner Startphase

(Hall und Scott 2019, Madon et al. 2009). Bracht et al. (1994: 246) unterscheiden diesbezüglich ebenfalls: „[...] incorporation distinguishes the process of program transfer or adoption within communities from the process of institutionalization, a process of integrating programs with organizational structures.“

Ebenfalls einen Bezug zur Projektverstetigung stellen die als Begriffspaar verwendeten Termini „Anchoring“ und „Mainstreaming“ dar, in der Reihenfolge des „Verankerns“ von Ideen oder Projekten in das lokale Gemeinwesen und eines anschließenden „In-den-Mainstream-Führens“ durch die Schaffung von lokalen Organisations- und Managementstrukturen zur Weiterentwicklung der Ansätze. Die unter Verwendung dieser beiden Suchbegriffe gesichtete internationale Literatur bezieht sich fast ausschließlich auf Aspekte des „gender mainstreaming“. „Mainstreaming“ wird jedoch durchaus auch im Sinne einer Verstetigung von Projekten verwendet (vgl. Sauter und Ruiz 2007: 2, Oedl-Wieser et al. 2010, van Buehren und Broekmans 2013, Franke et al. 2013: 16, Wamsler und Pauleit 2016). Der Suchbegriff „Continuation“ („Fortsetzung“, „Weiterführung“) führte bei der Recherche zu den meisten begriffsinhaltlich verwandten Resultaten. Die meisten Artikel beschäftigten sich mit der Fortführung von Projekten, behandeln aber auch Aspekte aus der psychologisch-ökonomischen Perspektive, z. B. zum „decision-making“ (vgl. Liu und Walker 1998).

Auf Basis dieser umfangreichen Recherche kann festgehalten werden, dass in der internationalen (hier: englischsprachigen) Debatte der Begriff der „Continuation“ den deutschen Verstetigungsbegriff im Verständnis des InDaLE-Projekts am besten beschreibt, da im Zusammenhang mit dieser Begriffsverwendung häufig Themen der Projektfortführung nach initialer Förderphase diskutiert werden (vgl. Berman et al. 1977, Grant 1991, Bracht et al. 1994, Caskey und Hughes 2011, Brüggem und Luft 2015). Nach wie vor besteht in der Literatur jedoch keine Einheitlichkeit in der Begriffsverwendung (Bracht et al. 1994: 245, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 87, Pluye et al. 2004: 489, Scheirer 2005: 321).

2.1.2 Zentrale Themen des wissenschaftlichen Diskurses

Die eben erläuterte breit angelegte Literaturrecherche wurde auch dafür genutzt, um Bedeutungsgehalte von Verstetigung zu definieren sowie um Faktoren und Kriterien zu finden, mit denen sich eine Verstetigung von Projekten steuern bzw. fördern lässt. Die untersuchten Quellen stammen aus verschiedenen Ländern und wissenschaftlichen Disziplinen. Inhaltlich überschneiden sich die Erkenntnisse zur Projektverstetigung jedoch stark. Während der Recherche stellte sich heraus, dass einige der zentralen Quellen für Projektverstetigung relativ alt sind, z. B. Berman et al. (1977) oder Shediak-Rizkallah und Bone (1998). Seitdem sind jedoch nur vereinzelt Publikationen erschienen, die zum Diskurs der Projektverstetigung einen Beitrag geleistet haben.

Berman et al. (1977) geben in ihrem Aufsatz zu föderalen Programmen im Bildungssektor der USA einige Anhaltspunkte für die Entwicklung einer Verstetigungsdefinition. Sie untersuchen Faktoren, die die Implementierung und Fortführung dieser föderalen Programme nach dem Ende der öffentlichen Förderung beeinflussen. Die Projekte wurden ein bis zwei Jahre nach Förderende rückblickend analysiert. Die Autor:innen definieren Projektverstetigung (bei ihnen: „Continuation“) als Beständigkeit von Effekten bzw. Leistungen, die aus dem Projekt hervorgehen. Dabei wird zwischen der Beständigkeit vom Projekt selbst und jener der Projektleistungen unterschieden: Während der Durchführung des Projektes können sich die Projekteinhalte ändern, die den Output hervorbringen. Ziel ist es demnach nicht, den Status Quo vor Förderende des Projektes aufrecht zu erhalten und den Verstetigungsgrad diesbezüglich zu bewerten, sondern diesen anhand der durch das Projekt hervorgebrachten Leistungen und Veränderungen festzumachen. Bei der Aufrechterhaltung des Projektoutputs nach Förderende spielt laut Berman et al. (1977) die Institutionalisierung eine große Rolle. Der Output kann demnach nur fortbestehen, wenn er in die institutionelle Projektumgebung (in diesem Fall das Schulsystem) als Standard oder „characteristic feature“ (ebd.: 16) integriert wurde. Dazu müssen unterstützende Ressourcen wie Finanzierung, Personal oder abgestimmte Programme zur Instandhaltung des Outputs permanent verfügbar sein. Berman et al. (ebd.: 39) benutzen den Begriff „Incorporation“ für diese Form der Eingliederung in das bestehende System. Es handelt sich entsprechend um einen organisationsstrukturellen Prozess, bei dem Akteure der beteiligten Institutionen mitwirken. „Incorporation“ wird von „Assimilation“ („Angleichung“, „Aufnahme“, „Einverleibung“) unterschieden: Demnach betrifft dieser Begriff eher die individuelle Ebene, indem Projektakteure persönliche Anpassungen der Projekteinhalte oder projektbezogener Faktoren institutionalisieren. Diese Unterscheidung verdeutlicht, dass sowohl Assimilation als auch Inkorporation unabhängig voneinander bestehen können. Das bedeutet, dass Projekteinhalte bzw. Innovationen fortgeführt werden können, ohne institutionalisiert zu

sein. Institutionalisierung kann demnach eine begünstigende Voraussetzung für Verstetigung sein. Weiterhin definieren Berman et al. den Begriff „Implementation“ („Umsetzung, „praktische Anwendung“, „Einführung“) als Adaption oder Aufnahmeprozess des Projektes in sein Umfeld. Die Definitionen und konkreten Erklärungen der verwandten Begriffe helfen, das Verständnis zum Verstetigungsbegriff weiter zu schärfen. Darüber hinaus versuchen die Autor:innen (ebd.) Faktoren zu identifizieren, die den Prozess einer Projektverstetigung beeinflussen können. Die Faktoren werden drei Gruppen zugeordnet: Bundes- und Landespolitik (insbesondere Vorgaben zur Projektförderung), Eigenschaften des Projektes (Bildungs-/Unterrichtsmethoden, Output der Projekthinhalte, Implementierungsstrategie) und institutioneller Rahmen (Organisationscharakter, Eigenschaften der jeweiligen Schule und der Lehrkräfte). Es wird betont, dass v.a. das Engagement der Lehrkräfte, eine gute Qualität der Arbeitsbeziehungen, Schulungen des Lehrpersonals und die Unterstützung der Schuldirektor:innen als Projektkoordinator:innen die Projektverstetigung positiv beeinflussen. Auch die Sichtweise auf Projekte spielt eine Rolle: Kommunen hatten demnach Schwierigkeiten mit der Verstetigung von Projekten, weil sie diesen weiterhin einen modellhaften Charakter zuschrieben, auch nachdem die staatliche Förderung geendet hatte. Verstetigung muss aber von Beginn des Projekts an mitgedacht und geplant werden. Dabei ist politische und gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Beteiligung aller relevanten Akteure wie Lehrkräfte, Schüler:innen und der Kommunalverwaltung/-politik essentiell, um das Projekt nach Förderende weiterhin als zentrale Aufgabe wahrzunehmen.

Neben Literatur zum Bildungssektor finden sich vor allem im Themenfeld der Entwicklungszusammenarbeit und der Gesundheitsversorgung Definitionsansätze zu Projektverstetigung. Als zentral gilt der Beitrag von Bamberger und Cheema (1990). Mehrere Quellen beziehen sich auf die hier aufgeführten Ideen und Ausführungen zum Verstetigungsbegriff (z. B. Shediak-Rizkallah und Bone 1998, Stevens und Peikes 2006, Hanh et al. 2009, Scheirer und Dearing 2011). Ausgangslage ist die Bewertung bzw. Zusammenfassung der Ergebnisse verschiedener Projekte und Fallbeispiele im asiatischen Raum hinsichtlich ihrer Verstetigung. Dazu legen die Autor:innen zunächst eine Definition des Verstetigungsbegriffs fest: Projektverstetigung beschreibt die Kapazität eines Projektes, die beabsichtigten generierten Vorteile und Nutzen über einen längeren Zeitraum zur Verfügung zu stellen. Zudem spielt die ökonomische Perspektive eine zentrale Rolle. Das in dem Beitrag zitierte Operations Evaluation Department (OED) der Weltbank (World Bank 1986: 46) bezeichnet Verstetigung als Fähigkeit eines Projektes, ein ausreichendes Gewinnniveau während seiner ökonomischen Lebensspanne zu halten. Gleichzeitig wird betont, dass neben quantitativen auch qualitative Bewertungsindikatoren herangezogen werden müssen, um ein Projekt hinsichtlich seiner Verstetigung bewerten zu können. Bamberger und Cheema (1990: 8) nennen diesbezüglich zwei von ihnen verwendete Bewertungsansätze. Der erste Ansatz definiert Verstetigung auf Basis der wirtschaftlichen Rendite: Wenn der interne Zinsfuß fünf Jahre nach Projektbeginn größer oder gleich der wirtschaftlichen Rendite ist, die nach Projekteinführung kalkuliert wurde, werden Projekte als verstetigt angesehen. Der zweite Ansatz basiert auf einem Index, der aus qualitativen Indikatorensets besteht. Diese sollen den Verstetigungsgrad der Hauptkomponenten des Projekts bewerten. Es werden vier Gruppen von Indikatoren genannt: fortlaufende Bereitstellung der Leistungen und Vorteile des Projekts, Erhaltung der Projektinfrastruktur, Erhaltung der institutionellen Kapazitäten und politische Unterstützung für das Projekt. Jedem Indikatorenset sind fünf Indikatoren zugeordnet, die anhand einer numerischen Skala bewertet werden können.

Zusätzlich werden Aspekte der Projektimplementierung und des Projektdesigns sowie die Art und Weise der Projektorganisation als weitere relevante Faktoren benannt. Dazu gehört den Autoren zufolge vor allem ein an die ökonomische und politische Situation des jeweiligen Landes angepasstes Projektdesign. Politische und administrative Änderungen im Staatsapparat sind oft ebenfalls notwendig, um geeignete Strukturen für Projektverstetigung zu schaffen. Wie bei Berman et al. (1977: 213-216) wird auch hier die Wichtigkeit der politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz für eine Projektverstetigung hervorgehoben.

Bossert (1990) untersucht Länderstudien zur Projektnachhaltigkeit von spendenbasierten Gesundheitsprojekten in Zentralamerika und Afrika und stellt die Frage nach der Fortführung dieser Projekte nach deren Förderende. Er verwendet den Begriff „Sustainability“ als Synonym für Verstetigung und definiert Projekte als verstetigt, wenn damit verbundene Aktivitäten und Leistungen auch mindestens drei Jahre nach Förderende erbracht werden. Die seiner Ansicht nach beeinflussenden Faktoren von Projektverstetigung werden in die Gruppen „Contextual Factors“ und „Project Characteristics“ eingeteilt (Bossert 1990: 1017). Zu den Kontextfaktoren zählen bspw. politische, soziokulturelle und ökonomische Aspekte sowie die an der Implementierung des Projektes beteiligte Institution. Die Projektcharakteristika sind untergliedert in Abstimmungsprozesse innerhalb des Projekts, institutionelle und organisatorische Aspekte, Finanzierung, inhaltliche Aspekte, Bürgerbeteiligung und Wirksamkeit des Projektes. Die

Relevanz der Kontextfaktoren zeichnet sich insbesondere durch die ökonomischen und politischen Bedingungen aus, z.B. im administrativen Prozess entwickelte Routinen, hohe Kompetenzniveaus der Akteure, Unterstützung des Projektes durch staatliche Institutionen und finanzielle Ressourcen. Bei beschriebenen Projekten werden fehlende Budgetressourcen als Hauptlimitation genannt. Dadurch ergibt sich der Grad der institutionellen Stärke: Staaten mit labilem Staatsaufbau, fragmentierten, in Wettbewerb stehenden Institutionen, schlecht ausgebildeten Führungskräften und niedrigen Kompetenzniveaus konnten Projekte insgesamt seltener verstetigen als Staaten mit integrierten, zielorientierten Institutionen mit hochentwickelten Führungskompetenzen. Der Erfolg spiegelt sich insbesondere durch Faktoren wie Effektivität, Integration, Schulungen und Arbeits- und Kommunikationsklima wider. Demnach wurden Projekte häufiger verstetigt, wenn sie Ziele erreicht haben, sie in die bestehenden institutionellen Hierarchien integriert waren, die Mitarbeiter:innen intensiv geschult wurden und ein respektvoller Umgang bei Kommunikations- und Abstimmungsprozessen gepflegt wurde.

Die im Zusammenhang mit Projektverstetigung viel zitierte Veröffentlichung aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitssektor von Shediak-Rizkallah und Bone (1998) teilt begünstigende Faktoren für Projektverstetigung in Form eines Rasters ebenfalls in verschiedene Gruppen ein. Shediak-Rizkallah und Bone (1998) verweisen auf eine Vielzahl bestehender Verständnisse zu Verstetigung, in denen sich die hier bereits genannten Definitionen wiederfinden: Claquin (1989) beschreibt „Sustainability“ aus Sicht des Gesundheitssektors als Fähigkeit, Dienstleistungen auf einem Niveau aufrecht zu erhalten, mit dem eine fortschreitende Kontrolle über ein gesundheitliches Problem erlangt werden kann. Ebenfalls aufgeführt ist das Verständnis aus Bamberger und Cheema (1990: 7), wo Verstetigung als Fähigkeit verstanden wird, den beabsichtigten Nutzen des Projekts über einen langen Zeitraum fortzuführen. Steckler und Goodman (1989) verwenden den Term „Institutionalization“ und verweisen damit einerseits auf die Langlebigkeit von Projekten, andererseits auf die Integration oder Einführung neuer Projekte in eine bestehende Organisation. Yin (1979) weist darauf hin, dass Neuerungen verstetigt werden, sobald diese als Standard in lokale Institutionen aufgenommen werden. Schließlich führen Shediak-Rizkallah und Bone (1998: 92) die Beobachtung von Jackson et al. (1994: 389) an, dass die Ausstattung von lokalen Akteuren im Bereich der Gesundheitsaufklärung für die Prävention bestimmter Krankheiten essentiell ist. Zur Ausstattung zählt der Zugang zu Bildung, zum Erwerb von Fähigkeiten und zu Ressourcen. Shediak-Rizkallah und Bone (1998: 98) haben für ihr Untersuchungs-raster drei Hauptgruppen gebildet, denen verschiedene Einflussfaktoren, die auf den Projektverstetigungsprozess wirken, zugeordnet werden können. Die Autorinnen greifen auf diese Weise die diversen Bedeutungskonstrukte von Verstetigung aus der Literatur auf.

Abb. 2 fasst die Faktoren des Untersuchungs-rasters in drei Gruppen zusammen. Shediak-Rizkallah und Bone (1998: 99) formulieren außerdem drei Schlüsselkategorien von Kriterien, die als Bewertungshilfe von Verstetigung bei – bezogen auf den Fachbereich des Artikels – Gesundheitsinterventionsprogrammen verwendet werden können: erstens die Aufrechterhaltung des durch das Projekt erzielten Nutzens, zweitens die Fortführung der Projektaktivitäten innerhalb ihrer Organisationsstruktur (Institutionalisierungsgrad) und drittens der für die Fortführung des Projekts langfristige Kapazitäts- und Ressourcenaufbau in der betreffenden Region.

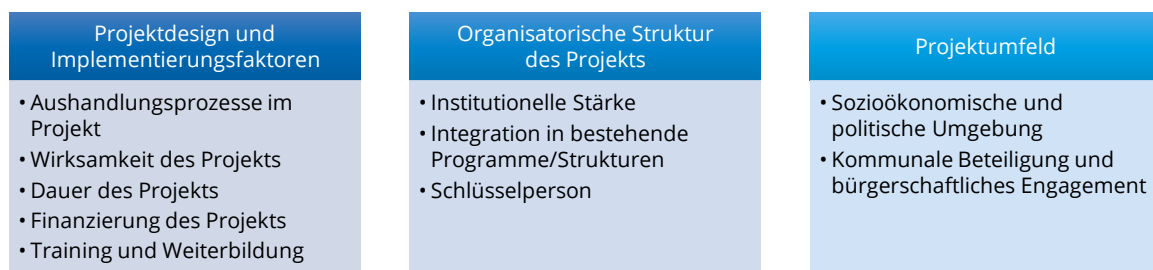


Abb. 2: Faktoren für Verstetigung (nach Shediak-Rizkallah and Bone 1998).

Aktuellere, auf Shediak-Rizkallah und Bone (1998) aufbauende, Veröffentlichungen beinhalten Untersuchungs-raster mit Verstetigungsfaktoren, die ähnlichen Kategorien zugeordnet werden (vgl. Scheirer 2005, Hanh et al. 2009, Bopp et al. 2013). Stockmann (1997) unterscheidet projektinhärente (Verstetigungs-) Faktoren im Projektumfeld. Ihm zufolge sind die bis dato verfügbaren Definitionen zu Verstetigung in der Literatur entweder „project-oriented“ (ein Projekt wird als verstetigt angesehen, wenn die Innovation des Projekts ohne externe Förderung aufrechterhalten wird),

„production oriented“ (Verstetigung als Aufrechterhaltung der Leistungen nach Förderende), „system-oriented“ (Fokus auf ein stabiles Projektumfeld) oder „innovation-oriented“ (Fähigkeit der Anbieter und der Zielgruppe, flexibel auf sich wandelnde Umweltbedingungen zu reagieren) (ebd.: 1768). Auf Basis dieser Annahmen unterscheidet der Autor in „internal sustainability“, die v. a. durch Mitarbeiterakzeptanz für die Projektziele, Mitarbeiterschulungen, klare Kommunikation der Zielsetzung und eine effektive Organisationsstruktur erreicht werden soll, und in „external sustainability“, die sich durch Zielgruppenakzeptanz und eine Diffusion der durch das Projekt erzielten Effekte auszeichnet. Projektverstetigung wird nicht als statischer, sondern als dynamischer Effekt gesehen. Das Projektdesign muss so flexibel sein, dass es sich an Veränderungen anpassen kann (ebd.: 1772).

Hanh et al. (2009: 313) stützen sich auf die Werke von Bamberger und Cheema (1990) sowie Shediak-Rizkallah und Bone (1998), indem sie deren Bewertungskriterien von Verstetigung aufgreifen und auf eigene untersuchte Projekte anwenden. Thematisch ist der Aufsatz von Hanh et al. (2009) ebenfalls in die Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitssektor einzuordnen. Um den Verstetigungsgrad verschiedener sozialer Entwicklungsprojekte dieses Sektors miteinander vergleichen zu können, entwickelten sie ein standardisiertes Bewertungsverfahren, den sogenannten „Nachhaltigkeitsscore“ (ebd.: 312), der die Verstetigung des Projektes in fünf Intervallen bewertet (von 1 = rückläufige Entwicklung bis 5 = sehr nachhaltige Entwicklung). Für das Bewertungsverfahren verwenden sie – neben übergreifenden – auch spezifische Kriterien, die für den Gesundheitssektor ausgewählt wurden und daher nicht ohne Weiteres auf Projekte aus anderen Themenbereichen übertragen werden können.

2.1.3 Weiterentwicklung des Diskurses zum Verstetigungskonzept und Anwendung im Projektzusammenhang

Im Projekt InDaLE wurden Projekte aus drei unterschiedlichen Daseinsvorsorgebereichen in ländlichen Räumen Schwedens, Österreichs, Schottlands und Deutschlands untersucht. Die Projektverstetigung wurde dabei auch aus einer Perspektive der Regionalentwicklung betrachtet und berücksichtigte Kriterien aus diesem Bereich bei der Definition und Bewertung von Verstetigung. Da es keine einheitlich verwendete und universell gültige Definition von Verstetigung in der Literatur gibt, war es für die Bewertung des Verstetigungscharakters der untersuchten Projekte nötig, vorher eine eigene, auf das Themenfeld der untersuchten Projekte abgestimmte Definition zu finden und passende Verstetigungskriterien festzulegen, anhand derer die Untersuchung von Verstetigung erfolgen konnte.

2.1.3.1 Verständnis von Verstetigung

Ein erster Schritt bei der Herleitung eines auf das Projekt abgestimmten Verständnisses von Verstetigung ist die Analyse der unterschiedlichen Definitionen aus der Literatur. Dabei fallen drei inhaltliche Übereinstimmungen auf:

- Ein Projekt trägt sich eigenständig finanziell über den Förderzeitraum hinaus.
- Ein Projekt kann in verschiedenen Dimensionen oder Wirkungsbereichen verstetigt sein.
- Ein Projekt kann nach Förderende auch in anderer Form als zu dessen Beginn als verstetigt gelten.

Laut erstgenannter Übereinstimmung gilt ein Projekt als verstetigt, wenn es aus eigener Kraft und mit eigenen finanziellen Ressourcen auch über das Förderende hinaus weiterhin besteht (vgl. Bamberger und Cheema 1990: 7, Grant 1991: 3, Wright 1999: 107, Scheirer 2005: 322, Oino 2015: 759). Für den dafür nötigen Zeitraum finden sich unterschiedliche Angaben: Bamberger und Cheema (1990: 4) sowie Hanh et al. (2009: 317) geben einen Zeitraum von fünf Jahren nach Förderende an. Bossert (1990: 1016) benennt drei Jahre und Berman et al. (1977: 33) ein bis zwei Jahre nach Förderende. Die unterschiedlichen Jahresangaben der Quellen fußen auf der Betrachtung individueller Projekte. Sie werden nicht als übertragbar auf die Verstetigung anderer Projekte kommuniziert.

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Verstetigungsprozess nennt die Literatur die finanzielle Tragfähigkeit von Projekten, da vorhandene finanzielle Ressourcen den Grundstein für weitere Verstetigungsmaßnahmen wie bspw. Personalinvestitionen darstellen (Berman et al. 1977: 9, Bamberger und Cheema 1990: 15, Adelman und Taylor 2003). Weitere Einflussfaktoren sind die Kontextbedingungen der betreffenden Länder (Berman et al. 1977: 5, Bamberger und Cheema 1990: 15, Bossert 1990: 1018, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 105, Edwards et al. 2007: 38, Bopp et al. 2013: 195, Oino 2015: 763) und das Projektdesign (Bamberger und Cheema 1990: 15, Bossert 1990: 1019, Grant 1991: 4, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 105, Hanh et al. 2009: 317).

Ein Projekt kann über verschiedene Wirkungsbereiche verstetigt werden. Bspw. muss ein Projekt, um als verstetigt zu gelten, nicht unbedingt in dem Zustand nach Förderende fortbestehen, den es zu Beginn aufwies. Im Fokus steht insbesondere die Aufrechterhaltung der durch das Projekt erzeugten Nutzen und Leistungen. Verstetigte Projekte sind demnach in der Lage, kontinuierlich flexibel auf wechselnde projektinterne und -externe Veränderungen zu reagieren (Stockmann 1997: 1768, Wiley 2007: 5). Innovative Lösungen können ebenfalls als verstetigt gesehen werden, wenn sie sich in der Fläche ausbreiten, also bspw. von anderen Regionen oder Ländern übernommen und erfolgreich angewendet werden. Betont wird die interkommunale Kooperation als Motor bzw. Vorteil für Verstetigung von Innovationen in der Daseinsvorsorge.

Auf Grundlage dieser inhaltlichen Klärungen legt das InDaLE-Projekt seinen Untersuchungen folgendes Verständnis von Projektverstetigung zugrunde:

Als verstetigt gelten Projekte, Projektstrukturen oder angestoßene Veränderungen, die nach einem eventuellen Förderzeitraum mindestens zwei Jahre erfolgreich bestehen. Die Projektleistungen werden der Allgemeinheit weiterhin zur Verfügung gestellt und von dieser nachgefragt. Dabei kann sich die Form des Projektes dynamisch verändern und die Verstetigung in verschiedenen Wirkungsbereichen stattfinden.

2.1.3.2 Wirkungsbereiche und Faktoren der Verstetigung

Im Zuge der Literaturrecherche zu Verstetigung wurden verstetigungsfördernde ebenso wie -hemmende Faktoren identifiziert. Letzter werden hier allerdings nicht speziell betrachtet, da sie als „negative Spiegelung“ der fördernden Faktoren zu verstehen sind. Bspw. wird ein nachhaltiges Finanzierungskonzept als fördernd angesehen. Fehlt dieses, wird das als hemmender Faktor identifiziert. Die einzelnen Faktoren lassen sich – wie beschrieben – unterschiedlichen Dimensionen oder Wirkungsbereichen zuordnen, in denen ein Projekt verstetigt werden kann.

Abb. 3 zeigt vier, aus der Literatur abgeleitete **Wirkungsbereiche** (finanziell, inhaltlich, organisationsstrukturell und politisch) samt zugeordneten Erfolgsfaktoren, und schafft einen Überblick zum bisher wenig erforschten Thema der Projektverstetigung und ihren begünstigenden Faktoren.

Begleitet werden die Faktoren von begünstigenden Voraussetzungen (links) und Rahmenbedingungen des Projekts (unten), die beide außerhalb der Wirkungsbereiche stehen. Die Berücksichtigung bzw. Einhaltung der begünstigenden Voraussetzungen und Verstetigungskriterien sorgt für eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Verstetigung eines Projektes. Die lila markierten Balken geben den zeitlichen Verlauf von Projekten an: Für eine Verstetigung müssen die Voraussetzungen und Kriterien zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Projekte mitgedacht werden. Die begünstigenden Voraussetzungen sollten idealerweise vor Beginn mitgedacht werden, um das Projekt bereits ab diesem frühen Stadium in verstetigungsvorbereitende Bahnen zu lenken. Es handelt sich um vorbereitende Maßnahmen wie bspw. die Entwicklung eines Mindsets der Projektbeteiligten mit dem Ziel einer Verstetigung von Anfang an (Berman et al. 1977: 197, Grant 1991: 11, Adelman und Taylor 2003: 1, Scheirer 2005: 340, Edwards et al. 2007: 38, Bopp et al. 2013: 201) sowie die klare Zieldefinition des Projekts und der frühzeitige Aufbau eines Netzwerks (Berman et al. 1977: 198, Bracht et al. 1994: 252, Adelman und Taylor 2003: 1, Edwards et al. 2007: 38), um allen Beteiligten eine aktive Mitgestaltung zu ermöglichen und von dieser zu profitieren. Die flexible und ergebnisoffene Gestaltung des Projekts wird ebenfalls als wichtige Voraussetzung für Verstetigung angeführt. So kann im Idealfall entsprechend den Bedürfnissen und Zielen eines Projekts auf eventuell erforderliche Richtungswechsel oder Herausforderungen reagiert werden (Stockmann 1997: 1774, Scheirer 2005: 339, Oino 2015: 764).

Die Verstetigungskriterien der Wirkungsbereiche sind innerhalb der zwei zeitlichen Phasen „Förderzeitraum“ und „nach der Förderung“ in der Abbildung angeordnet (idealisiert). Der ideale Zeitraum der Umsetzung der Faktoren ist durch die weißen Balken veranschaulicht, d.h. dass die Kriterien auch außerhalb der weißen Balken eine Rolle spielen können. Während einige Faktoren laut Literatur über die gesamte Förderphase und darüber hinaus berücksichtigt werden sollten, sind andere Faktoren v. a. bei der Umbruchphase zurzeit nach der Förderung relevant. Andere Faktoren sollten kurz vor dieser Umbruchphase und auch nach der Förderung eine Rolle spielen. Förderlich für die Projektverstetigung ist es beispielsweise, wenn über den gesamten Zeitraum alle am Projekt beteiligten Personen aktiv eingebunden

werden oder wenn Projektmitarbeiter:innen regelmäßig geschult und motiviert werden. Der Faktor der „Unentbehrlichkeit“ des Projekts sollte bspw. während der Umbruchphase für die Zeit nach der Förderung deutlich gemacht werden, um auf den weiteren Bedarf von Projektleistungen hinzuweisen.

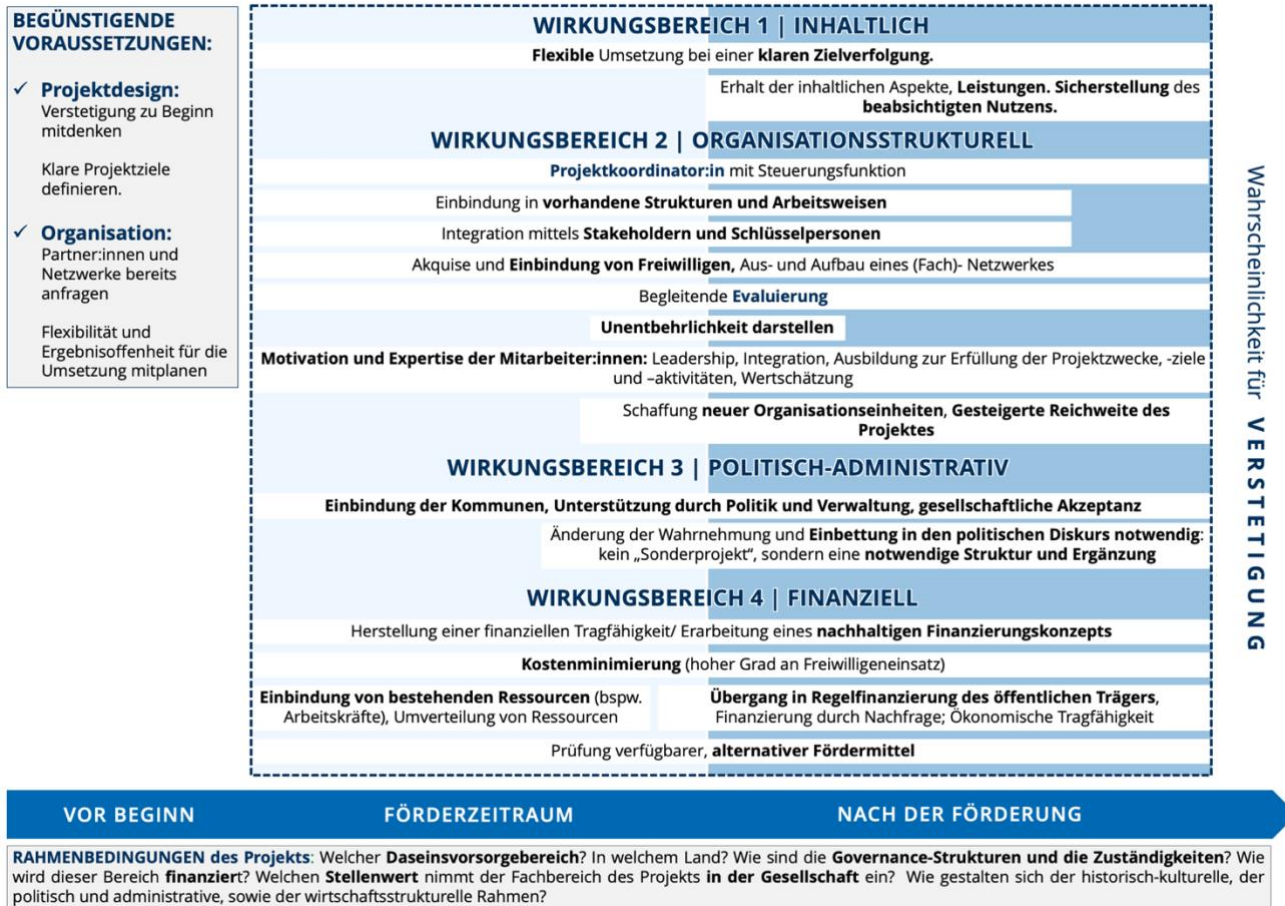


Abb. 3: Erfolgsfaktoren für Verstetigung und ihre Zuordnung zu Wirkungsbereichen (Eigene Darstellung).

Der untere Teil von Abb. 3 enthält Fragen zu den Rahmenbedingungen, die einen direkten Einfluss auf die Projektverstetigung nehmen können und in jeder Projektanalyse zu berücksichtigen sind (Bossert 1990: 1018, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 103).

Beim **finanziellen Wirkungsbereich** steht die finanzielle Tragfähigkeit eines Projektes im Fokus. Um diese zu erreichen, werden in der Literatur verschiedene Maßnahmen erwähnt, etwa die Entwicklung eines nachhaltigen Finanzierungskonzeptes auch für die Zeit nach Förderende. Dies wird idealerweise bereits von Beginn des Projektes an während seiner gesamten Dauer mitgedacht, um ggf. auf veränderte finanzielle Rahmenbedingungen reagieren zu können (Oino 2015: 763). Zu weiteren Maßnahmen zählen die Minimierung der Kosten, die bspw. durch einen gewissen Grad an Freiwilligeneinsatz oder die Nutzung bereits vorhandener Ressourcen erreicht werden kann (Grant 1991: 4, Adelman und Taylor 2003: 7, Scheirer 2005: 338, Wiley 2007: 19). Ein weiterer förderlicher Faktor ist die Nachfrage nach Projektdienstleistungen. Ziel vieler Projekte ist der Übergang von der Projekt- in die Regelfinanzierung öffentlicher Träger (Berman et al. 1977: 92, Bamberger und Cheema 1990: 45).

Der **inhaltliche Wirkungsbereich** umfasst den Erhalt des inhaltlichen Outputs eines Projekts bzw. der inhaltlichen Projektgegenstände oder -ziele. Basis ist eine klare Formulierung und konsequente Verfolgung der definierten Ziele (Stockmann 1997: 1774, Wiley 2007: 19, Edwards et al. 2007: 38). Des Weiteren ist von Vorteil, flexibel auf äußere Umstände reagieren zu können, um das Projektdesign entsprechend anzupassen (Stockmann 1997: 1772, Scheirer 2005: 338, Oino 2015: 764). Wird der Projektoutput weiterhin nachgefragt, weil dieser einen Bedarf deckt und

Projekthinhalte aufrechterhalten werden, spricht man von inhaltlicher Verstetigung (Berman et al. 1977: 208, Bamberger und Cheema 1990: 7, Bossert 1990: 1016, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 91).

Der **organisationsstrukturelle Wirkungsbereich** umfasst die meisten identifizierten Faktoren aus der Literatur. Elementar wichtig ist eine zentrale Schlüsselfigur, die leitende bzw. steuernde Funktionen übernimmt und als Motivator vorangeht (Berman et al. 1977: 11, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 102, Adelman und Taylor 2003:7, Scheirer 2005: 325, Bopp et al. 2013: 201, Daßer et al. 2017: 15). Zum ihren Qualifikationen zählen u. a. die Fähigkeit zur Vernetzung des Projekts mit relevanten Partner:innen, Managementfähigkeiten und Verhandlungsgeschick. Ein weiteres häufig genanntes Kriterium ist die Expertise und Motivation der Projektmitarbeiter:innen (Bossert 1990: 1018, Stockmann 1997: 1780, Hanh et al. 2009: 316-317, Oino 2015: 761). Durch Schulungen und Weiterbildung des Personals soll die Qualität der Projektleistungen sichergestellt werden und auch die Wertschätzung der Mitarbeiter:innen betont werden. Letzteres sollte ebenfalls durch Mitgestaltungsmöglichkeiten des Personals sowie eine positive, gleichberechtigte Arbeitsweise erreicht werden (Berman et al. 1977: 121, Bossert 1990: 1021, Shediak-Rizkallah und Bone 1998: 97). Die Einbindung des Projekts in bereits vorhandene Strukturen zu dessen Beginn hat ebenfalls einen positiven Einfluss auf Verstetigung. So kann von bewährten Strukturen und vorhandenen Ressourcen (bspw. Netzwerke oder vertraute Arbeitsbeziehungen) profitiert und Kosten gespart werden (Grant 1991: 4, Scheirer 2005: 339). Rechtzeitig vor dem Wegfall der initialen Förderung sollte jedoch die Schaffung neuer notwendiger Organisationseinheiten im Projekt bedacht werden, um den künftigen Bedingungen gerecht zu werden. Weitere Kriterien sind bspw. der Aufbau eines Akteursnetzwerks und die enge Zusammenarbeit mit Stakeholdern und anderen Schlüsselakteure, um die Beziehungen der Projektbeteiligten zu stärken. Dies sollte möglichst bereits vor Beginn des Projektes angestoßen werden (Berman et al. 1977: 198, Edwards et al. 2007: 38). Eine begleitende Evaluation der Arbeitsweisen und Prozessabläufe wird ebenfalls empfohlen. So können eventuelle Schwachstellen frühzeitig erkannt werden (Bamberger und Cheema 1990: 8, Oedl-Wieser et al. 2010: 68, BMVBS 2012: 3).

Der **politische Wirkungsbereich** umfasst neben rein politischen Einrichtungen und Akteuren auch Instanzen der Verwaltung, die das Projekt beeinflussen, und ebenso den gesellschaftlichen Diskurs. Vorrangig steht dieser Wirkungsbereich für den Grad der Unterstützung, den das Projekt von Seiten gesellschaftlicher und politischer Akteure erfährt. Eine politische Unterstützung auf mehreren Regierungsebenen – von der nationalen bis zur lokalen Ebene – ist essentiell, um Ressourcen für das Fortbestehen der Projektaktivitäten zu mobilisieren (Bamberger und Cheema 1990: 45, BMVBS 2012: 3), um Akzeptanz für das Projekt zu schaffen und diese durch politische Akteure in die Gesellschaft hineinzutragen. Daher wird die bereits zu Projektbeginn stattfindende Integration und Teilhabe von Bürger- oder Ortsvertretungen am Projekt als sehr gewichtig genannt (Bracht et al. 1994: 253, Oino 2015: 761). Ziel ist, dass ein erfolgreiches Projekt, das bestehende Probleme adäquat adressiert, seinen anfänglichen Erprobungscharakter ablegt, um nach der Förderung mit größtmöglichem Nutzen in bestehende administrative und gesellschaftliche Strukturen integriert zu werden (Scheirer 2005: 343, BMI 2019: 69).

Das in diesem Kapitel entwickelte Verstetigungskonzept von InDaLE wurde für die empirische Untersuchung von 18 innovativen und verstetigten Daseinsvorsorgeprojekten angewendet (vgl. Kap. 7 und 8).

2.2 Übertragbarkeit

Neben der Verstetigung ist Übertragbarkeit ein zentrales Erfolgskriterium für die im Projekt untersuchten Projekte. Um von *best* bzw. *good practices* zu lernen, ist ein gewisses Maß an Übertragbarkeit von Strukturen oder Strategien im Projektzusammenhang notwendig. Es erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Herleitung des Begriffes, zudem werden konkrete Einfluss- und Erfolgsfaktoren für Übertragbarkeit im Projektzusammenhang erörtert.

2.2.1 Literaturrecherche

Mit der Literaturrecherche wurde eine heuristische Herangehensweise an den Übertragbarkeitsbegriff gewählt. Erhoben wurden der Stand der Forschung zu Übertragbarkeitsprozessen in unterschiedlichen Fachbereichen im internationalen Diskurs, sowie allgemeingültige Definitionen oder Konzepte zur Übertragbarkeit. herangezogen. Im Verlauf der Recherche hat sich der Fokus auf politikwissenschaftliche Veröffentlichungen konzentriert, da hier eine Fülle an Beschreibungen von Übertragungsprozessen (v.a. im Transport- und Verkehrssektor) publiziert wurde.

Wie beim Verstetigungsbegriff werden in der Literatur unterschiedliche, inhaltlich verwandte Begriffe für die Beschreibung von Übertragbarkeitsprozessen verwendet. Eine universelle Definition gibt es nicht. Im Gegensatz zum Verstetigungsbegriff bestehen beim Begriff der Übertragbarkeit keine spezifischen Definitionen, die man zusammenführen oder vergleichen könnte. Unsere Aufgabe bestand daher in der Erstellung einer auf das Projekt abgestimmten Definition. Auch für den Übertragbarkeitsbegriff musste zunächst eine Klärung der in der Literatur verwendeten englischen Termini vorgenommen werden. Tab. 2 zeigt die in der Literaturrecherche verwendeten Begriffe, ihre wörtliche Übersetzung und ihre Verwendung in der Literatur.

Die Begriffe wurden mit weiteren Begriffen kombiniert, die sich auf das Projektthema beziehen, wie bspw. „services of general interest“, „innovative projects“, „rural areas“ oder „success indicators“. Viele der Suchbegriffe lassen sich deutlich vom Begriff der Übertragbarkeit im Sinne des Projektes trennen, bspw. „transmissibility“ (dt. Übertragbarkeit im Sinn von Durchlässigkeit), was in der Literatur meist auf naturwissenschaftliche Phänomene in der Medizin verweist, und ebenso die verwandten Begriffe „portability“ oder „assignability“. Einen deutlichen Bezug zu Übertragbarkeit im Sinn von Transfer von Ideen und Wissen (z. B. in Form von Projekten) lässt der Begriff „transferability“ erkennen. Die Übertragbarkeit innovativer Konzepte wird in den meisten Quellen mit diesem Begriff beschrieben (neben den in der Tabelle aufgeführten Quellen vgl. Bastelaer et al. 1998, Bulmer und Padgett 2005, De Jong und Edelenbos 2007, Macário und Marques 2008, Wang 2010 und Ison et al. 2011). Der Begriff der „transferability“ spiegelt die in InDaLE untersuchten Perspektive der Übertragung von Projekten und Ideen von einem Land auf ein anderes wider.

Tab. 2: Begriffe in der Literaturrecherche zur Übertragbarkeit (Eigene Darstellung).

Englische Suchbegriffe	Deutsche Übersetzung	Vorwiegender fachlicher Verwendungsbereich
Adaptation	Adaptierung, Adaption, Anpassung, Angleichung, Gewöhnung	Existierende Literatur im Zusammenhang mit Anpassungsstrategien/-maßnahmen an den Klimawandel auf unterschiedlichen Ebenen (Kontinente, Staatenverbunde, Länder, ...) z. B. Greiving und Fleischhauer (2012), Biagini und Miller (2013), Geneletti und Zardo (2016)
Transferability	Übertragbarkeit, Transferierbarkeit	Häufig im Zusammenhang mit Skill-Transferability (Education, Resources and Development, Knowledge) oder in Abgrenzung zur Anwendbarkeit / Eignung (engl. <i>applicability</i>), Wang, Moss und Hiller (2005), Václavic et al. (2016), Burchett et al. (2012)
Implementation	Realisierung, Umsetzung, Ausführung, Implementierung, Einführung	Literatur verweist häufig auf die erstmalige Anwendung/ Einführung gesetzlicher Richtlinien und Vorgaben höherer Verwaltungsebenen oder anderer Akteure, nicht aber auf die Übertragbarkeit von Erfahrungen oder Projekten
Portability	Übertragbarkeit, Beweglichkeit, Tragbarkeit, Transportfähigkeit	Literatur enthält meist die Übertragbarkeit/Übertragung von Daten von einem in ein anderes System oder von einem zu einem anderen Ort, die Übertragbarkeit von sozialen Zahlungsansprüchen (Kredite, Renten, Gesundheitspflegezahlungen, ...), → kein Bezug zur Daseinsvorsorge-Thematik sinnvoll herstellbar
Assignability	Abtretbarkeit, Zessionsfähigkeit, Übertragbarkeit	Gesichtete Literatur im Zusammenhang mit gesetzlichen Belangen, mathematischen Berechnungen → keine verwertbare Literatur
Negotiability	Übertragbarkeit, Verkäuflichkeit, Übertragungsfähigkeit	Keine verwertbare Literatur → nur im Zusammenhang mit der Bedeutung: "Verhandlungsfähigkeit" für juristische Belange
Transmissibility	Übersendbarkeit, Übertragbarkeit, Durchlässigkeit	Gesichtete Literatur häufig im medizinischen Bezug auf Viren Bakterien, Krankheiten, Infektionen (speziell SARS-CoV-2), technische Apparaturen und Eigenschaften natürlicher Prozesse oder Elemente → Verwendung im Bedeutungsrahmen Durchlässigkeit

2.2.2 Zentrale Themen des wissenschaftlichen Diskurses

Zu Übertragbarkeit von Projekten sind in der Literatur keine allgemeingültigen Definitionen zu finden. Übertragbarkeit hängt generell von verschiedenen Rahmenbedingungen und Prozessen ab.

Verständnis von Übertragbarkeit

Im Gegensatz zum Thema Verstetigung von Projekten gibt es zur Übertragbarkeit keine zentralen Aussagen, die Erfolgsfaktoren innovativer Projekte erläutern. In den untersuchten Quellen wurden ganz unterschiedliche Übertragungsgegenstände untersucht. Wenige dieser Quellen geben Hinweise auf ein Verständnis von Übertragbarkeit. Auch ist – anders als bei dem Begriff Verstetigung – kein Zitationsstrang zu erkennen, bei dem Erkenntnisse zu Übertragbarkeit von einer Quelle in einer anderen aufgenommen und weitergedacht werden.

Dolowitz und Marsh (1996: 344) beschreiben die Übertragbarkeit aus dem Kontext der Politikwissenschaften wie folgt: “Policy transfer is most commonly defined as a process in which knowledge about policies, administrative arrangements and institutions in one time and/or place is used in the development of policies, administrative arrangements and institutions in another time and/or place.”

Der oben genannte Begriff „transferability“ beschreibt neben dem zeitlichen und räumlichen Transfer innovativer Konzepte auch immer das Potenzial ihrer Effektivität (Wang et al. 2005) (vgl. Tab. 3). Die dahinterstehende Frage lautet: Kann der Lösungsansatz auch in einem anderen Setting / an einem anderen Ort effektiv wirken und ist er damit verallgemeinerbar? „**Transferability**“ beinhaltet demnach den **bewussten, intentionalen Übertragungsprozess**. Der Begriff „applicability“ meint auch, dass innovative Konzepte in spezifische Rahmenbedingungen integriert werden können.

Tab. 3: Vergleich von applicability und transferability (Wang et al. 2005: 77).

Item	Applicability	Transferability
Meaning	Whether the intervention process could be implemented in the local setting, no matter what the outcome is	If the intervention were to be implemented in the local setting, would the effectiveness of the programme be similar to the level detected in the study setting?
Synonym	Feasibility	Generalizability
Question to be answered	Is it possible to run this intervention in this local setting?	If the intervention is to be run in this local setting, can it achieve the same effectiveness as it did in the study setting?
Focus of appraisal	The <i>process</i> of the intervention	The <i>outcome</i> of the intervention
Example	It may be impossible to implement a condom promotion programme in an extremely conservative society where condoms be publicly discussed	If the interventionists lack experience and have few skills in delivering the intervention, then its effectiveness in the local setting may lower than that demonstrated in the study setting.

Eine große Ähnlichkeit besteht weiterhin zum Begriff der „policy diffusion“: “Both [policy diffusion und policy transfer] refer to interdependencies among political systems in the policy-making process. The main difference is the relevance of knowledge and the role of intentional processes that are emphasized in the policy transfer literature. In contrast, diffusion often includes structural, interest-based and non-intentional processes” (Obinger et al. 2013: 113).

Einflussfaktoren auf Übertragbarkeit

In der Literatur wurden zahlreiche Faktoren genannt, die Einfluss auf Übertragbarkeit nehmen können. Diese werden der Übersichtlichkeit halber in Tab. 4 kategorisiert.

Tab. 4: Kategorien ausgewählter Einflussfaktoren auf Projekte und ihre fördernden bzw. hemmenden Wirkungen (Eigene Darstellung).

Einflussfaktoren	Erfolgsfaktoren	Barrieren
Nationale Rahmenbedingungen		
Geographische Lage der beteiligten Staaten	Nähe (bedingt häufigeren Informationsaustausch; ähnlicher kultureller Hintergrund; gemeinsame Sprache; ähnliches politisches und ökonomisches System)	Distanz (bedingt häufig unterschiedliche kulturelle, politische und ökonomische Systeme)
Soziale Rahmenbedingungen	Übereinstimmung mit sozialer Norm	Keine Übereinstimmung
Finanzielle Rahmenbedingungen	Ausreichend finanzielle Ressourcen	Hohe Transaktionskosten, fehlende finanzielle Ressourcen
Politische Rahmenbedingungen	Unterstützung politische Akteure, politische Kontinuität	Unflexible politische Akteure
Kulturelle Rahmenbedingungen	Anpassung an kulturelle Gegebenheiten	Keine Anpassung
Entwicklungsstand/ nationale Eigenheiten/ Regelungen des Empfängerstaates in Bezug auf das zu übertragende Thema	Hoher Entwicklungs- /Wissensstand, hoher Stellenwert des Themas des Übertragungsgegenstandes im nationalen Diskurs Berücksichtigung der Interessen und Bedarfe der Empfängerregion	Niedriger Stellenwert Mangelnder Nutzen für Empfängerregion
Projektbedingte Rahmenbedingungen		
Charakteristika der ausführenden/beteiligten Einrichtungen	Offene Struktur; Motivation der beteiligten Akteure; ausreichend personelle Ressourcen; Interdisziplinarität der Führungsperson/-gruppe; gemeinsamer Handlungsdruck, gleiche Zielvision; Nutzen für alle Akteure; kein Konkurrenzdenken; Vertrauen; Engagement; Flexibilität; klare Definition der Zuständigkeiten; Unterstützung durch Leitungsebene; Unterstützung durch externe Partner; Bürgerbeteiligung; Öffentlichkeitsarbeit; ausreichende finanzielle und zeitliche Ressourcen; schon vorhandene Infrastruktur als Grundlage; Kompetenz	Institutionelle Unterschiede; Informationsmangel/ nicht ausreichender Kenntnisstand zum neuen Konzept und seinen Umgebungsstrukturen; fehlender Kümmerer; eigene Partikularinteressen; mangelnde Verbindlichkeit; Konkurrenz; Misstrauen; Neuartigkeit des Konzepts als Implementierungsrisiko: mangelnde Risikobereitschaft; mangelnde Partizipation; Vernetzung; fehlende Zuständigkeiten; Mangel an Ressourcen
Charakteristika der Projektinhalte	Simple Formulierung des Bedarfs/einfaches Konzeptdesign, direkte Verbindung zwischen Bedarf und Lösung, wenige wahrgenommene Nebenwirkungen, hohe Informationsdichte zur Funktionsweise des neuen Konzepts, Vorhersagbarkeit/Absehbarkeit der Auswirkungen, Flexibilität der zu übertragenden Elemente (Abstraktionsgrad in Hinblick auf nationale Kontexte muss vorhanden sein)	Komplexität der zu übertragenden Elemente, zu viele Ziele

Zunächst wurde eine grobe Unterteilung der Einflussfaktoren in **nationale (bspw. bundespolitische) und projektbedingte Rahmenbedingungen** vorgenommen. Hier kann nur eine Übersicht über einzelne genannte

Faktoren gegeben werden. Eine detaillierte vergleichende Analyse ist schon aufgrund der unterschiedlichen Governance-Strukturen der Staaten und der spezifischen Projektzuschnitte nicht möglich. (Bastelaer et al. 1998: 9, Widmer und Beywl 2000: 246, Kohlmeyer 2004: 24, Wang et al. 2005: 82).

Räumliche Nähe wirkt sich förderlich auf Prozesse der Übertragbarkeit aus. Kern et al. (2007), Obinger et al. (2013: 115) und Marsden und Stead (2011: 493) führen aus, dass Übertragungsprozesse häufiger und erfolgreicher zwischen benachbarten Staaten mit einem ähnlichen Verständnis von Kultur, Sprache oder Wirtschaftsstruktur ablaufen. Räumliche Nähe ist dabei nicht zwangsläufig, fördert Übertragbarkeit aber oft.

Die geographische Lage wird in der gesichteten Literatur häufig mit ähnlichen **sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen** assoziiert. Wang et al. (2005: 78) betonen, dass der Übertragungsgegenstand für eine gelungene Übertragung im Einklang mit der sozialen Norm des Empfängerstaates stehen sollte. Dolowitz und Marsh (2000: 17f.) ergänzen die soziale Komponente um den ideologischen Kontext des Staates. Sind beide zu unterschiedlich, kann das als hemmender Übertragungsfaktor gesehen werden. Benson und Jordan (2011: 372) verweisen in diesem Zusammenhang ebenfalls auf gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede, die Übertragbarkeit erschweren können. Politische Rahmenbedingungen gelten als weiterer wichtiger Übertragungsfaktor. Dolowitz und Marsh (1996: 354) betonen, dass eine gelungene Übertragung wahrscheinlicher ist, wenn der Übertragungsgegenstand mit den politischen Strukturen und Paradigmen des Empfängerlandes weitgehend konsistent ist.

Auch ein unterstützendes **politisches Umfeld** ist hilfreich für die Prozesse der Übertragbarkeit (Rose 2005: 103), dies bezieht sich auf unterstützende politische Akteure (Rose 2005: 123, Rye et al. 2011: 535) oder die Kontinuität von Unterstützung und Anerkennung (Marsden und Stead 2011: 498). In fragilen politischen Systemen werden Prozesse der Übertragung erschwert.

Ein Faktor, der oft mit dem Willen politischer Akteure verknüpft ist, ist der **nationale Entwicklungsstand des Themenfeldes**, in das der Übertragungsgegenstand einzuordnen ist (Widmer und Beywl 2000: 254). Wird bspw. in diesem Themenbereich viel geforscht und erfährt er finanzielle und politische Unterstützung, kann sich dies positiv auf die Prozesse der Übertragbarkeit auswirken (Richter und Dickhaut 2018: 54). Ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert des Übertragungsgegenstandes ist gegeben, wenn er nachgefragt wird (Benz 2010: 28). Bietet er keinen Mehrwert oder keine Lösung an, wird seine Umsetzung erschwert. Dies ist bspw. der Fall, wenn der Übertragungsgegenstand aufgezwungen wird oder nur für eine Minderheit der Bevölkerung einen Vorteil oder eine Lösung bietet (Rye et al. 2011: 543).

Zu den nationalen Rahmenbedingungen zählen auch **finanzielle bzw. ökonomische Faktoren**. Sind ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden (z. B. zur Schaffung neuer Infrastruktur oder zur Sicherstellung personeller Ressourcen) wirkt sich das fördernd auf die Übertragbarkeit aus (Kohlmeyer 2004: 25, Müller et al. 2016: 5). Fehlende notwendige finanzielle Mittel bremsen die Prozesse aus (Benson und Jordan 2011: 372).

Neben den nationalen wirken **projektbezogene Rahmenbedingungen** auf Prozesse der Übertragbarkeit. Sie werden durch die involvierten Institutionen und Personen geprägt. Müller et al. (2016: 6) nennen v.a. die Führung der Institutionen als Faktor für das Gelingen von Übertragungsprozessen. Wissen und Engagement der Führungspersonlichkeiten werden als entscheidende Erfolgsfaktoren angesehen. Dies gilt für alle am Projekt Beteiligten. Ein gemeinsamer Handlungsdruck und Motivation sind dazu unerlässlich. Ebenso wichtig ist eine kollegiale, vertrauensvolle Atmosphäre und ein aktives Netzwerk der Akteure. All diese Faktoren erfordern ausreichende finanzielle, personelle sowie zeitliche Ressourcen.

Neben den organisationsstrukturellen Faktoren der beteiligten Institutionen werden in der Literatur auch **inhaltliche Aspekte** genannt, die dem Übertragungsgegenstand innewohnen. Als förderlich für den Übertragungsprozess gilt die genaue Formulierung des Bedarfs und der zu übertragenden Lösung. Gestalten sich die zu übertragenden Elemente zu komplex, sinkt die Wahrscheinlichkeit der Übertragung (Dolowitz und Marsh 1996: 353, Marsden und Stead 2011: 495). Zudem ist es förderlich, wenn ausreichende Informationen zum Übertragungsgegenstand beim Empfängerstaat vorliegen und sich dadurch zum einen eine hohe Informationsdichte ergibt, die den Übertragungsprozess vereinfacht und zum anderen mögliche Aus- und auch Nebenwirkungen des Übertragungsprozesses vorhersagen oder besser einschätzen lassen (Dolowitz und Marsh 1996: 353). Rose (2005: 118) führt aus, dass einfache Strukturen / Projektdesigns förderlich sind, um Übertragbarkeit zu erreichen. So werden Spielräume für Anpassungsmöglichkeiten in den neuen Projektkontexten eröffnet.

Ein prominenter Ansatz ist das sog. **Transferability Framework** von Dolowitz und Marsh (2000). Es ist das gebräuchlichste übergreifende Analysetool für das Verständnis von Übertragungsprozessen politischer Inhalte. Die Autoren haben acht Fragen bzw. Komponenten der Übertragung identifiziert: Warum findet eine Übertragung statt? Wer ist beteiligt? Was wird übertragen? Von wo aus? Was ist der Grad des Transfers? Was sind die Beschränkungen? Wie wird der Transfer demonstriert? Und gelingt er? Im Wesentlichen haben sie einen allgemeinen Rahmen von heterogenen Konzepten einschließlich Politikdiffusion, Politikkonvergenz, Politiklernen und „lesson-drawing“ unter dem Oberbegriff der Politikübertragung zusammengefasst. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass es sich um innovative Konzepte handelt, die von einem Land, wo sie bereits etabliert sind, zu einem Land, wo sie noch nicht eingesetzt werden oder weniger bekannt sind, übertragen werden. Für das InDaLE-Projekt wurde dieser Ansatz vernachlässigt, da im Projekt keine schon bestehenden oder vollzogenen Übertragungsprozesse untersucht oder bewertet werden. Lediglich der Aspekt möglicher Beschränkungen für Übertragungsprozesse wurde berücksichtigt, da er im Rahmen der beeinflussenden Faktoren von Übertragungsprozessen neue Ansatzpunkte liefern kann.

Auf Grundlage der Forschungsliteratur definieren wir Übertragbarkeit wie folgt:

„Übertragbarkeit im Verständnis von InDaLE meint den gezielten Transfer bereits erprobter innovativer Konzepte und Ideen sowie Projektansätzen und -aspekten von einer Region/ einem Land in andere Regionen/Länder. Die Übertragbarkeit entspricht der Machbarkeit vor Ort. Die Machbarkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab, die entweder dem Übertragungsgegenstand innewohnen oder durch regionale/nationale Rahmenbedingungen gegeben sind.“

Übertragbarkeit kann innerhalb der oben genannten Bedingungen gelingen. Inwieweit eine Übertragung individueller Lösungen und Konzepte an einem anderen Ort machbar ist, muss anhand der Voraussetzungen vor Ort geprüft werden. Ein universelles „Rezept“ für das Gelingen von Übertragungsprozessen gibt es nicht.

2.3 Governance von Daseinsvorsorge

2.3.1 *Politics, polity* und *policy als Dimensionen von Governance-Arrangements*

Da sich eine Forschungsfrage von InDaLE auf die Übertragbarkeit innovativer Lösungen der Daseinsvorsorge bezog, war den organisatorischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Daseinsvorsorgebereichen systematisch Aufmerksamkeit zu schenken. Dafür wird im Folgenden das Konzept der **Governance-Arrangements** eingeführt (vgl. detaillierter Brad et al. 2022). Um Governance-Arrangements gezielt beschreiben zu können, lässt sich der Forschungsliteratur eine nützliche Unterscheidung in drei Dimensionen entnehmen: *politics*, *polity* und *policy* (Treib et al. 2006: 6).

Die Dimension *Politics* stellt eine grundlegende Typologie der beteiligten Akteure heraus. Die vorgeschlagene Kategorisierung reicht von ausschließlich öffentlich-rechtlichen Akteuren, über gemischte öffentlich-private Akteurs-Partnerschaften bis hin zu rein privatrechtlichen Akteuren (bspw. gewinnorientierte oder gemeinnützige Organisationen).

Die Dimension *Polity* bezieht sich auf die unterschiedlichen Arten von Interaktionen bei der Koordination von politischen Entscheidungen. Sie betrifft die institutionelle Architektur des politischen Feldes, seine Abgrenzungen und seine Wirkung auf die politische Praxis (Jessop 2015: 14). Dies ermöglicht die Definition der Grenzen zwischen dem politischen Feld und anderen Feldern, aber auch verschiedene Formen der Deliberation und des Interessensausgleichs zwischen unterschiedlichen Akteuren (ebd.).

Die Dimension *Policy* bezieht sich auf die Instrumente, die zur Umsetzung von Entscheidungen eingesetzt werden. Sie dient dazu, den Inhalt und die Mittel zur Erreichung der politischen Ziele zu definieren. Staaten setzen in der Regel eine Reihe von Steuerungsinstrumenten ein, die einen unterschiedlichen Grad an Flexibilität bei der Umsetzung und bei den Normen sowie bei der Berufung auf gesetzliche Bestimmungen und Sanktionen aufweisen. Solche Instrumente können konkrete materielle Bestimmungen im Detail regeln oder lediglich die Rahmenbedingungen durch

Verfahrensvorschriften grob vorgeben, auf deren Grundlage privatrechtliche Akteure nach ihren Erfahrungen und Bedürfnissen materielle Entscheidungen treffen (Treib et al. 2006, Enjolras 2008: 278).

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von weiteren Faktoren, bezogen beispielsweise auf die politischen Traditionen eines Land oder eines Daseinsvorsorgebereichs. Zu berücksichtigen sind:

- **Gesetze oder formale Regeln**, die ein bestimmtes Handeln vorgeben: Gesetze müssen verhandelt, implementiert und durchgesetzt bzw. kontrolliert werden. Sie schaffen Vorhersehbarkeit, können aber auch Grundlage politischen Streits sein. Darüber hinaus können anhand von Gesetzen nicht-bindende Regelungen (z. B. soft law) oder eher offen formulierte normative Rahmensetzungen verabschiedet werden, wie z. B. das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse (Stone 2012: 289).
- Informelle **Regeln**, um Verhalten zu koordinieren: Dazu zählen z. B. soziale Normen, Traditionen oder moralische Prinzipien. Sie stehen durchaus in Bezug zu formellen Regeln, indem sie z. B. die Erstellung, Interpretation und Umsetzung von Gesetzen beeinflussen (ebd.).
- **Praktiken**, die über die Zeit hinweg stabil bleiben und oft ein Muster aufweisen: Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Anpassung von formalen Anforderungen an die „reale“ Welt.
- Der politische **Diskurs**: Er fungiert als übergreifender Koordinationsmechanismus und kann die Aktivitäten vieler verschiedener Akteure auf einen Nenner bringen (Wagenaar 2011: 53).
- Der historisch gewachsene **Kontext**: Er verweist auf die verschiedenen Traditionen, Ereignisse und wichtigen Wendepunkte, die den untersuchten Daseinsvorsorgebereich in seinem jeweiligen Kontext geprägt haben.

Durch die Unterscheidung der oben genannten Governance-Arrangements in *politics*, *polity* und *policy* wurden drei Ebenen identifiziert, um die Strukturen, Rahmenbedingungen und Vorgänge in den Daseinsvorsorgebereichen einordnen zu können. Zugleich wurde so ein Rahmen geschaffen, um den Zugang zu einer Analyse von Übertragungsprozessen bzw. deren Machbarkeit in der Daseinsvorsorge zu erleichtern.

Im Folgenden werden drei Handlungsebenen betrachtet, die für die Gestaltung und das Funktionieren eines Daseinsvorsorgebereichs relevant sind: die der *Akteure*, der *Prozesse* und der *Steuerung*.

2.3.2 Handlungsebene Akteure: Differenzierung, Organisation und Rollen

Im Governance-Modell von InDaLE werden drei Kategorien von Akteuren betrachtet (vgl. Enjolras 2009: 277, Stielike 2018: 518, Mose et al. 2014):

- **Zivilgesellschaftliche Akteure** übernehmen in lokalen Initiativen, Vereinen oder anderen Organisationsformen des dritten Sektors die Verantwortung für einige Bestandteile eines Daseinsvorsorgebereichs (Steinführer 2015). In manchen Bereichen ist das zivilgesellschaftliche Engagement ein über Jahrzehnte etabliertes Dienstleistungserbringungsmodell (z. B. bei Freiwilligen Feuerwehren; Wolter 2011: 43-53). Prozesse der Entscheidungsfindung in zivilgesellschaftlichen Organisationsformen finden dialogisch, anhand intensiverer Auseinandersetzung und häufig im Kontext flacher Hierarchien statt. Das Engagement in solchen Strukturen orientiert sich an der Einhaltung gemeinschaftlicher Werte, z. B. des freiwilligen und unbezahlten Engagements für Andere bzw. das Gemeinwohl (Enjolras 2009: 278, Jacuniak-Suda und Mose 2014).
- **Staatliche Akteure**, die trotz ihres langjährigen Rückzugs aus der Dienstleistungserbringung vieler Daseinsvorsorgebereiche (verstärkt in ländlichen Räumen) immer noch eine zentrale Rolle in der Gesetzgebung und Politikaushandlung sowie für die Etablierung von Standards und Umsetzungsrichtlinien haben. Staatliche Organisationen sind in den meisten Fällen der Nexus für die Entscheidungsfindung und für öffentliche Debatten. Die Entscheidungsfindung ist in der Regel stark an Hierarchien gebunden (Enjolras 2009: 277).
- **Private Akteure** spielen eine wachsende Rolle in der Erbringung von Leistungen vieler Daseinsvorsorgebereiche. Im Gegensatz zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren sind privatwirtschaftliche Unternehmen in der Regel an einer Gewinnerzielung orientiert. Ohne angemessene regionale Anpassungsstrategien (ARL 2016) kann ein übermäßiges Verlassen auf Privatakteure in der

Dienstleistungserbringung zu einer Verschlechterung der Qualität und Quantität der Daseinsvorsorgeangebote in ländlichen Räumen führen.

Diese Differenzierung verdeutlicht, dass Akteure, die in den von InDaLE analysierten Daseinsvorsorgebereichen unterschiedliche Funktionen erfüllen, unterschiedliche Ziele verfolgen und damit unterschiedliche Typen von Beziehungen zwischen ihnen und anderen Akteuren aufbauen. Daher stellen sich für die jeweiligen Daseinsvorsorgebereiche die folgenden Fragen:

- Welche relevanten Akteure sind beteiligt (z. B. staatliche, zivilgesellschaftliche oder privatwirtschaftliche Akteure)?
- In welchen Konstellationen und Organisationsformen tragen sie zur Erbringung der Leistungen des Daseinsvorsorgebereichs bei?

2.3.3 Handlungsebene Prozesse: Politikgestaltung, Aushandlung und Finanzierung

Diese Handlungsebene umfasst die Merkmale der politischen Entscheidungsfindung, welche zur Gestaltung und Aushandlung der jeweiligen Daseinsvorsorgebereiche führt. Sie zielt insbesondere darauf ab, ob diese Prozesse zentralisiert oder dezentralisiert sind und ob Entscheidungen über formelle oder informelle Formate getroffen werden.

Bei einem hierarchischen und zentralisierten Ansatz ist die Anzahl der Akteure, die an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt sind, eher begrenzt. So finden bspw. Konsultationen überwiegend auf einer formell-repräsentativen Ebene statt, zum Beispiel zwischen Regierungsorganisationen, Berufsverbänden, Expertengruppen oder Lobbyisten (Enjolras 2009: 279). Im Gegensatz zu zentralisierten Prozessen bietet ein dezentraler Aufbau dieser Dimension lokalen und regionalen Akteuren die Möglichkeit, besser wahrgenommen zu werden und Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess auszuüben.

Ein Kontrastmodell sind sogenannte Politiknetzwerke (*policy networks*). Diese ermöglichen unabhängigen, sich selbst organisierenden Akteuren eine erhebliche Flexibilität in ihren Handlungsspielräumen (ebd.; Treib et al. 2006: 9). Während informelle Politiknetzwerke ein hohes Maß an Autonomie gegenüber dem Staat genießen, unterliegen formelle Netzwerke der öffentlichen Regulierung und Kontrolle, z. B. durch ihre Anbindung an öffentliche Gremien und die Einhaltung von Prozessen und Vorgaben (Enjolras 2009: 279f.).

Im Zusammenhang mit der Liberalisierung des europäischen Marktes haben EU-Staaten komplexe Finanzierungsmechanismen entwickelt. Diese gesetzlichen Bestimmungen betreffen u. a. die Frage, welche Kriterien der Politik in Ausschreibungsprozesse einfließen, den Grad der Entschädigung, auf den private Unternehmen Anspruch haben, wenn sie marktwirtschaftlich unrentable Daseinsvorsorgeleistungen erbringen (vgl. Clarke 2013: 74f.), und die Gestaltung von Förderprogrammen, die zivilgesellschaftliche Unternehmen finanzieren (Priemer et al. 2015: 18).

Anhand dieser Prozesse der Entscheidungsfindung stellen wir die folgenden Fragen:

- Welche Gesetze und Vorschriften sind maßgeblich für die Gestaltung des Daseinsvorsorgebereichs?
- Wie interagieren und verhandeln die Akteure über die Ausgestaltung des Daseinsvorsorgebereichs?
- Welche Vorgaben werden durch die Politik für die Finanzierung des Daseinsvorsorgebereichs gemacht?

2.3.4 Handlungsebene Steuerung: die Regelung der Dienstleistungserbringung

Diese Dimension betrifft die Auswirkungen von Politik auf die Gestaltung und den Umfang der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistung. Politische Bestimmungen, die die Dienstleistungserbringung regeln, können entweder rechtlich bindend sein oder unverbindliche Empfehlungen aussprechen.

Politik regelt auch, wie flexibel Standards sein sollen. Standards können detailliert festgelegt werden oder den an der Leistungserbringung beteiligten Akteuren ein hohes Maß an Flexibilität bei der Anpassung der Standards an die lokalen Gegebenheiten einräumen. Das erfolgt zum Beispiel durch die Bereitstellung einer Reihe von Alternativen oder möglichen Abweichungen. Es können auch Sanktionen, z. B. finanzieller Art, festgelegt werden, wenn die Akteure die Dienstleistungen nicht gemäß den geforderten Standards erbringen (Treib et al. 2009: 7).

Die Umsetzung von Governance-Konzepten hat eine Zunahme von Richtlinien mit sich gebracht, die die Rahmenbedingungen definieren, in denen materielle Entscheidungen zu treffen sind. Dies ermächtigt zahlreiche Akteure außerhalb der staatlichen Entscheidungsfindung dazu, öffentliche Dienstleistungen neu zu gestalten und an spezifische lokale Bedürfnisse anzupassen. Diese Prozesse folgen den Marktprinzipien der Steuerung durch Anreize und der Förderung des Wettbewerbs (Enjolras 2009: 278). Infolgedessen ist die Politik, die Daseinsvorsorgebereiche reguliert, zunehmend darauf ausgerichtet, dysfunktionale Märkte zu korrigieren oder neue und funktionsfähige Märkte zu etablieren. Dennoch kann diese Marktorientierung bei der Dienstleistungserbringung nicht vollständig verallgemeinert werden, da in einigen Daseinsvorsorgebereichen die Nutzung von Märkten nicht im signifikanten Umfang umgesetzt wurde (z. B. beim Brandschutz).

Der allgemeine Nachteil der Umsetzung von Marktprinzipien bei der Erbringung von Daseinsvorsorgeangeboten ist, dass die Rahmenbedingungen oft auf einem effizienz- und wachstumsorientierten Entwicklungsparadigma aufbauen, was in ländlichen Räumen bzw. in Regionen mit niedriger bis negativer Rentabilität zur generellen Infragestellung bzw. Einschränkung von Daseinsvorsorgeangeboten führt (Küpper et al. 2017). Dabei findet beispielsweise interkommunale Zusammenarbeit in einem Kontext eines starken kommunalen und regionalen Wettbewerbs um Bevölkerungszuwachs und finanzielle Ressourcen statt (Meissner 2018). Um Daseinsvorsorge möglichst flächendeckend zu organisieren, ist eine gemeinsame Erfüllung von Aufgaben im Zusammenspiel aller Akteursgruppen notwendig, bei dem der Staat weiterhin in der Verantwortung der Gewährleistung bleibt und die beteiligten Akteure koordiniert (Steinführer 2015). In diesem Zusammenhang wird auch von „Daseinsvorsorge in Koproduktion“ gesprochen (ARL 2016, Rappen 2022).

3 Methodisches Vorgehen: Projektauswahl, Datenerhebungen und -analyse

InDaLE untersuchte Projekte der Daseinsvorsorge, die mit ihren Maßnahmen an konkreten unerfüllten Bedürfnissen oder Herausforderungen der Daseinsvorsorge ländlicher Räume ansetzen und nach einem (eventuellen) Förderzeitraum weitergeführt werden. Durch ihren innovativen, lösungsorientierten Ansatz und die erfolgreiche Verstetigung ergeben sich grundsätzlich Potenziale zur Übertragung aus dem europäischen Ausland und eine Anwendbarkeit anhand geeigneter Adaptionstrategien in Deutschland. In diesem Kapitel werden das Vorgehen bei der Vorauswahl (Kap. 3.1) und der finalen Bestimmung der zu untersuchenden Projekte (Kap. 3.2) ebenso wie die Methodik der Datenerhebungen und -auswertungen (Kap. 3.3 bzw. 3.4) dargelegt.

3.1 Vorauswahl und Checkliste

Die Auswahl geeigneter Projekte in den Untersuchungsländern Schottland, Schweden, Österreich und Deutschland erfolgt in mehreren Schritten: Zunächst wurden mittels einer Online-Recherche in einschlägigen Datenbanken der Förderinstitutionen, Fachnetzwerke und Fachliteratur potenziell geeignete Fallbeispiele gesammelt. Anschließend erfolgte eine Vorauswahl geeigneter Projekte in den drei Daseinsvorsorgebereichen. Die finale Projektauswahl beruhte auf einer Nutzwertanalyse (Kap. 3.2). Beide Schritte wurden durch Validierungsgespräche mit Expert:innen aus dem Umfeld der untersuchten Fallbeispiele sowie durch Länderexpert:innen begleitet. Die Vorauswahl der Projekte erfolgte anhand einer Checkliste. Durch ein Projekt mussten folgende vier gleich gewichtete, aus der Definition des Verstetigungsbegriffs abgeleitete Kriterien erfüllt werden:

- Das Projekt ist für den Daseinsvorsorgebereich und dessen Herausforderungen in Deutschland relevant.
- Das Projekt besitzt Innovationscharakter.
- Das Projekt besteht mindestens zwei Jahre nach Ende der Erprobungsphase weiter.
- Durch das Projekt umgesetzte Ziele oder Veränderungen sind mindestens zwei Jahre nach Ende der Erprobungsphase etabliert oder anerkannt.

Erst wenn diese vier Kriterien erfüllt wurden, kam das Projekt für eine genauere Untersuchung in Frage und durchlief die Nutzwertanalyse.

3.2 Finale Projektauswahl

Paarvergleich, Nutzwertanalyse und Test auf Konsistenz

Für die Nutzwertanalyse wurden vorab Kriterien benannt, die sich von den Kriterien der Checkliste zur Projektvorauswahl unterscheiden konnten. Das Forschungsteam entschied sich für eine individuelle Gewichtung der einzelnen Kriterien. Folgende Kriterien wurden für die Nutzwertanalyse berücksichtigt:

- Einbindung in vorhandene Strukturen
- Finanzierungsmodell
- Relevanz für Daseinsvorsorge in Deutschland
- Innovationscharakter
- gesteigerte Reichweite

Im Vorfeld der Nutzwertanalyse wurde ein Paarvergleich zwischen diesen Kriterien durchgeführt, um deren Gewichtung zu bestimmen. Dieser bewertete alle Konstellationen der vorhandenen Kriterien mit:

- „0“: Kriterium 1 ist unwichtiger als Kriterium 2
- „1“: Kriterium 1 ist wichtiger als Kriterium 2 und
- „2“: Kriterium 1 ist deutlich wichtiger als Kriterium 2

Der Paarvergleich liefert als Ergebnis die Einzelgewichtungen in Prozent aller benannten Kriterien. Abb. 4 zeigt den Paarvergleich mit den Einzelgewichtungen der Kriterien.

Als	Einbringen in vorhandene Strukturen	Finanzierungsmodell	Relevanz für DV in DE	Innovationscharakter	Gesteigerte Reichweite	Summe	Gewichtung [%]
Wichtiger							
Einbringen in vorhandene Strukturen		0	0	0	0	0	0
Finanzierungsmodell	2		0	0	1	3	19
Relevanz für DV in DE	2	1		1	2	6	38
Innovationscharakter	2	1	0		2	5	31
Gesteigerte Reichweite	2	0	0	0		2	13
Bewertung 2 → Kriterium 1 ist deutlich wichtiger als Kriterium 2, Bewertung 1 → Kriterium 1 ist wichtiger als Kriterium 2, Bewertung 0 → Kriterium 1 ist unwichtiger als Kriterium 2						Prüfsumme:	100

Abb. 4: Ergebnis des Paarvergleichs (Eigene Darstellung)

Die Konsistenz beschreibt nach Fredelake und Holube (2010: 151f.) die Widerspruchsfreiheit aller Paarvergleichsurteile, die eine Person über die Urteilsobjekte abgibt. Der Paarvergleich lässt sich auch visuell als sog. Dominanzen darstellen. Die Bevorzugung eines Kriteriums A gegenüber B sei als $A \rightarrow B$ bzw. $B \leftarrow A$ notiert. Angenommen, eine Person urteilt $A \rightarrow B$, $B \rightarrow C$ und $C \rightarrow A$. In diesem Fall liegt eine Inkonsistenz vor, denn bei Konsistenz hätte die Person $C \leftarrow A$ urteilen müssen. Inkonsistente Urteile bilden eine sog. zirkuläre Triade. Der Paarvergleich wird auf Konsistenz mittels einer visuellen Auswertung aller Dominanzen überprüft. Im Paarvergleich sind keine zirkulären Triaden enthalten und somit können die Ergebnisse des Paarvergleichs als konsistent angesehen werden.

Im Anschluss an den Paarvergleich inklusive Tests auf Konsistenz der Ergebnisse folgt die eigentliche Nutzwertanalyse. Hierbei werden die vorab ausgewählten Projekte einer Bewertung von „1“ bis „3“ für die benannten Kriterien unterzogen. Die Bewertung pro Kriterium wird jeweils mit dem Einzelgewicht des Kriteriums multipliziert und anschließend die Summe aus allen Kriterien gebildet. Die Bewertungszahlen „1“ bis „3“ entsprechen:

- „1“: Alternative (= Projekt) erfüllt das Kriterium kaum
- „2“: Alternative (= Projekt) erfüllt das Kriterium in Teilen
- „3“: Alternative (= Projekt) erfüllt das Kriterium vollständig

Abb. 5 zeigt das Ergebnis der Nutzwertanalyse: Für jedes Projekt wurde ein individueller Nutzwert ermittelt. Für die weitere Untersuchung wurden die Projekte mit den größten Nutzwerten ausgewählt.

	Gewichtung [%]	Alternative 1		Alternative 2		Alternative 3		Alternative 4	
		Bewertung	Wert	Bewertung	Wert	Bewertung	Wert	Bewertung	Wert
Einbindung in vorhandene Strukturen	0	3	-	3	-	2	-	1	-
Finanzierungsmodell	19	3	0,6	3	0,6	2	0,4	1	0,2
Relevanz für DV in DE	38	3	1,1	3	1,1	2	0,8	1	0,4
Innovationscharakter	31	3	0,9	2	0,6	2	0,6	1	0,3
Gesteigerte Reichweite	13	3	0,4	2	0,6	2	0,3	1	0,1
	Σ		3,0		2,6		2,0		1,0

Abb. 5: Ergebnis der Nutzwertanalyse (Eigene Darstellung)

Validierung durch Länderexperten und Beirat

Die systematische Projektauswahl wurde durch unterstützende Gespräche mit den jeweiligen Länderexperten und Erörterung mit dem Projektbeirat (vgl. Anhang I) vervollständigt und validiert. Schließlich war der Informationszugang und die Mitwirkungsbereitschaft vor Ort zu klären, so dass schließlich in den vier Ländern insgesamt 18 Projekte final ausgewählt wurden (Abb. 7).

	 Medizinische Versorgung und Pflege	 Nachschulische Bildung	 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
 Österreich	1 CoNSENSo COmmunity Nurse Supporting Elderly IN a changing Society 2 Ki-Ju-Pall Mobile Kinderkrankenpflege Niederösterreich		14 Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr 15 Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen
 Schweden	3 CUVIVA The virtual Home Hospital in Borgholm 4 IMPROVE Involving the community to co-produce public services	8 Akademi Norr Kommunalförbundet Partnerskap Inland 9 Lingio Industry-validated language learning	
 Schottland		10 GrowBiz Supporting enterprise in rural Scotland 11 RRHEAL Remote and rural healthcare education alliance	18 Fire Reach
 Deutschland	5 MONA MOBILE Netzwerkmedizinische Assistenz 6 Gemeindeschwester^{PLUS} 7 KARMANT Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum	12 Bildung 4.OWL Wir machen fit für die digitale Arbeitswelt 13 KeGL Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext Lebenslanges Lernen	16 Interkommunales Management und gemeinsamer Feuerwehr-Ausbildungspool im Oderland 17 Mehr Feuerwehr in die Schule

Abb. 6: Übersichtsdarstellung aller im Forschungsvorhaben InDaLE empirisch untersuchten Projekte (Eigene Darstellung)

3.3 Datenerhebung zu den Projekten

Die Datenerhebung für die zu untersuchenden Projekte folgte einem komplexen **Untersuchungsraaster** (s. Abb. 7):

- Die ersten zwei Schwerpunkte beziehen sich auf die Kontexte der vier Staaten, die im InDaLE-Projekt untersucht wurden (Schottland, Schweden, Österreich und Deutschland). Unter sozialräumlicher Einbettung wurden die Raumstruktur sowie die Trends und Herausforderungen der Daseinsvorsorge betrachtet. Die notwendigen Daten wurden mittels Dokumentenrecherche zusammengetragen und ausgewertet. Weiterhin wurde der jeweilige Projektkontext in den ausgewählten Daseinsvorsorgebereichen erfasst. Dazu gehörten relevante Daten, Statistiken, Trends und Herausforderungen mit Bezug zum Daseinsvorsorgebereich im jeweiligen Land sowie die Darstellung der Institutionen und Zuständigkeiten. Neben der Dokumentenanalyse im Vorfeld der Analysen trugen auch die projektbezogenen Interviews zu einem tieferen Verständnis bei.
- Den Kern des InDaLE-Untersuchungsrasters bildeten die projektbezogenen Analysen: Untersucht wurden vier Projekte der nachschulischen Bildung in Schottland und Schweden, vier Projekte der medizinischen Versorgung und Pflege in Schweden und Österreich, drei Projekte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Österreich und Schottland sowie sieben Projekte aller drei Daseinsvorsorgebereiche in Deutschland (vgl. oben Abb. 7). Dabei wurde zunächst deren Erprobungs- und Innovationscharakter mittels Dokumentenanalyse in der Projektauswahlphase und der Vorbereitungsphase der Empirie vertieft untersucht. Anschließend lag der Schwerpunkt der empirischen Arbeiten auf der Durchführung und Auswertung leitfadengestützter Interviews.
- Der abschließende Baustein war dann die Analyse des empirischen Materials und die Aufbereitung des gesammelten Wissens vor dem Hintergrund der Übertragbarkeit verstetigter und innovativer Ansätze für Deutschland.

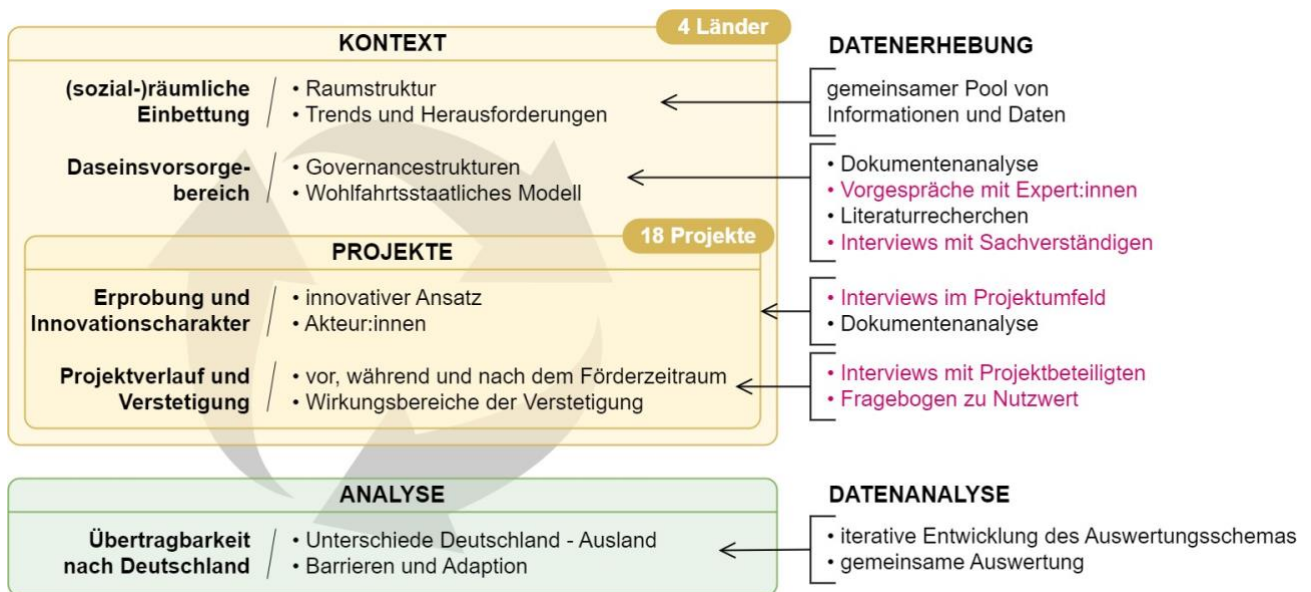


Abb. 7: Untersuchungsraaster des InDaLE-Projektes (Eigene Darstellung)

Abb. 8 vermittelt eine Übersicht über die Durchführungs- und Analyseschritte der Empirie im Projekt. Das zentrale Erhebungsinstrument bildeten **leitfadengestützte Experteninterviews** (vgl. Helfferich 2011: 44, 162 ff.).

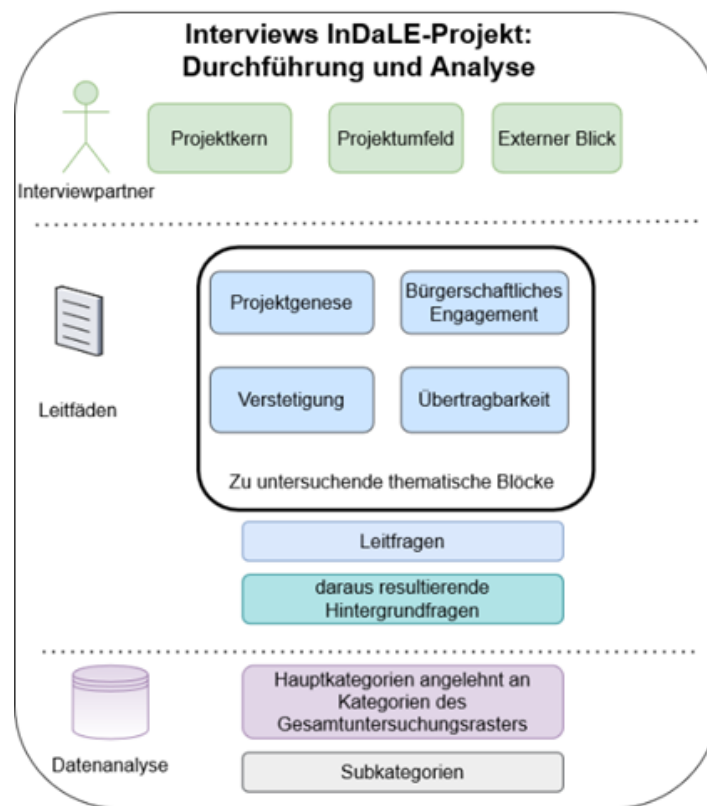


Abb. 8: Vorgehensweise der Datenerhebung und Auswertung durch Interviews (Eigene Darstellung)

Für jedes Projekt wurden durchschnittlich vier bis fünf leitfadengestützte Experteninterviews mit Personen aus dem Projektumfeld sowie mit externen Sachverständigen geführt. Der Interviewleitfaden hatte eine standardisierte Struktur und wurde in allen Untersuchungsländern und in allen Interviews eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit der Antworten zu ermöglichen. Dies schloss projekt- und kontextbezogene Anpassungen der letztlich gestellten Fragen ein.

Es wurden drei unterschiedliche *Zielgruppen* interviewt:

- Personen mit einem externen Blick auf das Projekt (z. B. nationale oder regionale Expert:innen),
- Personen aus dem Projektumfeld (z. B. Vertretungen der Kommunalverwaltung und Politik, Nutzer:innen der Projektleistungen, Mitunterstützer:innen außerhalb des Projektkerns) und
- Personen, die unmittelbar am Projekt beteiligt sind (z. B. Leitung, Mitarbeiter:innen, Initiator:innen).

Dadurch sollen möglichst viele unterschiedliche Perspektiven auf die untersuchten Projekte abgedeckt werden.

Der Interviewleitfaden basiert auf Leit- und Hintergrundfragen, die gezielt zu den untersuchten Themenblöcken formuliert wurden (vgl. Anhang III: Interviewleitfäden). Pro Interviewpartner:in wurde der standardisierte Leitfaden um individuelle projektbezogene Fragen erweitert (nach Helfferich 2011: 182). Zu den vier thematischen Blöcken Projektgenese, bürgerschaftliches Engagement, Verstetigung und Übertragbarkeit wurde ein Pool von Fragen erstellt, gegliedert in Leit- und Hintergrundfragen. Im Zeitraum 2020 bis 2022 konnten insgesamt **87 leitfadengestützte Interviews** realisiert werden (Tab. 5). Diese wurden überwiegend projektbezogen in den jeweiligen Daseinsvorsorgebereichen geführt, doch fanden auch vereinzelt übergreifende Interviews z. B. zur Entwicklung und zu Spezifika ländlicher Räume in den anderen europäischen Ländern bzw. zur Förderlogik von Modellvorhaben statt.

Da die empirische Hauptphase des InDaLE-Projekts 2020/2021 zeitgleich zu den verschiedenen Lockdowns sowie Reise- und Kontaktbeschränkungen in Folge der COVID-19-Pandemie sowohl in Europa als auch innerhalb Deutschlands stattfand bzw. stattfinden sollte, konnten zum einen nicht alle geplanten Interviews geführt werden. Dies ließ sich überwiegend durch anderweitig zugängliche Informationen über die ausgewählten Projekte kompensieren, allerdings ist eine Ausnahme hervorzuheben: Im Daseinsvorsorgebereich nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr konnte in Schottland

trotz intensiver Bemühungen sowie unterschiedlicher Wege und Versuche der Kontaktaufnahme nur eines der ausgewählten Projekte untersucht werden. Dennoch war die Zahl der Interviews im Vergleich der drei Daseinsvorsorgebereiche ausgewogen.

Pandemiebedingt fanden zahlreiche Interviews auf digitalem Wege statt und nicht, wie geplant, persönlich. Damit fehlte die Gelegenheit, sich die Projekte und ihre Rahmenbedingungen vor Ort anzusehen, und auch die Möglichkeit spontaner und aus der Ferne nicht planbarer Gespräche war verwehrt. Doch erwies sich das digitale Format als nicht ausschließlich nachteilig, denn es ergaben sich z. B. Reisekosten- und Zeitersparnisse sowie die Möglichkeit der ortsunabhängigen Teilnahme unterschiedlicher Personen aus dem InDaLE-Team. Dennoch ist in der Gesamtschau festzuhalten, dass digitale Interviews zwar ein gutes ergänzendes Format sind, persönliche Interviews vor Ort aber nicht zur Gänze ersetzen können.

Tab. 5: Übersicht über die im InDaLE-Projekt geführten leitfadengestützten Interviews (Eigene Darstellung).

	Nachschulische Bildung	Medizinische Versorgung und Pflege	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Übergreifend	Summe
Schottland	12	–	2	1	13
Österreich	–	9	13	1	23
Schweden	9	5	–	–	16
Deutschland	5	12	11	7	35
Summe	26	26	26	9	87

3.4 Datenauswertung der leitfadengestützten Interviews

Zur Auswertung der Daten, die mit den leitfadengestützten Interviews generiert wurden, wurde die Auswertungssoftware MAXQDA genutzt (Abb. 9).



Abb. 9: Vorgehensweise der Datenanalyse mit MAXQDA (Morgenstern-Einenkel und Rädiker 2021: 9).

Neben technischen und organisatorischen Vorbereitungen in Phase 1 bilden v.a. Phase 2 „Initiales Codesystem entwickeln und Codierregeln festlegen“ und Phase 3 „Codesystem und Codierregeln testen, anpassen und erweitern“ einen Schwerpunkt der methodischen Arbeit. Die Erstellung eines initialen Kategoriensystems erfolgte ausgehend von Mayring und Fenzl (2019: 638) auf deduktive Weise, d. h. das Auswertungsinstrument wurde durch die theoretischen Vorüberlegungen geleitet.

Die Auswertung des Interviewmaterials erfolgte als strukturierte qualitative Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2015). Die deduktiv hergeleiteten Kategorien bilden in MAXQDA die erste und zweite Hierarchieebene des dort verwendeten Codesystems. Diese werden ergänzt durch induktive Codes, die während der Codierung direkt aus dem Interviewmaterial abgeleitet werden. Die Kombination aus deduktiven und induktiven Kategorien ist in der qualitativen Forschung mittlerweile eine etablierte Praxis: „[I]n den allermeisten Fällen erfolgt die Kategorienbildung induktiv oder deduktiv-induktiv, wobei die deduktiven Kategorien meistens nur grobe Vorabkategorien liefern und somit in erster Linie das Vorwissen der Forscher_innen explizieren“ (Stamann et al. 2016: o.S.). Auch die deduktiv hergeleiteten Kategorien wurden nicht als „in Stein gemeißelt“ angesehen, sondern bei Bedarf angepasst. Die induktiv abgeleiteten Codes erlaubten es den Forschenden, so nah wie möglich an den empirischen Daten zu arbeiten und so alle durch die Empirie erzeugten Erkenntnisse abzugreifen. Im Anschluss an Phase 2 wurden das initiale Codesystem und die Codierregeln getestet und durch einen iterativen Austausch der Forschenden zu den einzelnen Kategorien und Codes angepasst und erweitert, nachdem erste Interviews in MAXQDA codiert worden waren.

Das erarbeitete Codierhandbuch ist Ergebnis mehrerer Rückkopplungsschleifen und bildete eine gemeinsame Basisversion zur Datenauswertung. Es enthält die hierarchisch geordneten Kategorien und Codes, die jeweils mit einer Definition und Ankerbeispielen versehen sind, um die Codierung durch die Forschenden der unterschiedlichen Standorte so einheitlich wie möglich zu gestalten. Die Hauptkategorien „Verstetigung“ und „Übertragbarkeit“ erfüllen eine analytische Funktion. Ebenfalls analytischen Charakter hatten die Hauptkategorien „Förderliche Faktoren“ und „Hemmende Faktoren“. Sie dienten zur Strukturierung der identifizierten Verstetigungsfaktoren während der Suche nach Erklärungsansätzen.

4 Rahmenbedingungen in den Untersuchungsländern

Um die grundlegenden politischen und planerischen Rahmenbedingungen in den Untersuchungsländern zu verdeutlichen, werden diese im Folgenden kurz vorgestellt. So können die erhobenen Daseinsvorsorge-Ansätze besser in den jeweiligen Kontext eingeordnet werden und sind eher vergleichbar.

4.1 Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat in der Mitte Europas, der aus 16 Bundesländern besteht. Deutschland ist Gründungsmitglied der Europäischen Union und Mitglied der europäischen Währungsunion. Mit etwa 84 Millionen Einwohnern ist das Land das bevölkerungsreichste und eines der am dichtesten besiedelten Länder in Europa. Es grenzt an neun Nachbarstaaten (Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Niederlande) und wird im Norden von Nord- und Ostsee begrenzt. Vier Städte haben mehr als eine Millionen Einwohner (Berlin, Hamburg, München, Köln), wobei Berlin die Haupt- und bevölkerungsreichste Stadt des Landes ist. Die Amts- und Muttersprache des Großteils der Bevölkerung ist Deutsch. Etwa ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund (ca. 23 Millionen), von denen etwa 13 Millionen ausländische Staatsbürger sind (Destatis 2023).

4.1.1 Raum- und Siedlungsentwicklung

Die Raum- und Siedlungsstruktur in Deutschland unterliegt einem Wandel. Konnte in den 1990er und 2000er Jahren in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands fast flächendeckend ein negativer Wanderungssaldo beobachtet werden, während im Westen prosperierende und schrumpfende Regionen nebeneinander lagen, hat sich diese Entwicklung seit 2011 ausdifferenziert (Wolff et al. 2020). Dabei lassen sich vier Trends ausmachen, die nachfolgend dargestellt werden.

Übergeordnet geht der Trend von regionalen Entwicklungsunterschieden hin zur kleinräumigen Differenzierung (Wolff et al. 2020). Seit 2011 hat sich die Ost-West-Wanderung stark abgeschwächt, weshalb es in Osten wie im Westen zu sehr kleinteiligen, fragmentierten Entwicklungen gekommen ist. Dabei profitieren zum einen Städte und zum anderen ländliche Räume, die eine besondere Wirtschaftskraft oder Spezialisierung aufweisen. Ein klares Stadt-Land-Muster lässt sich jedoch nicht ausmachen, da vor allem auf kleinräumiger Ebene auch Städte von Schrumpfungsprozessen – beispielsweise durch die Altersstruktur – betroffen sein können. Insbesondere, aber nicht ausschließlich, in ländlichen Räumen und einigen Klein- und Mittelstädten in Ostdeutschland lässt sich eine dauerhafte Strukturschwäche ausmachen (Fink et al. 2019).

Ein weiterer Trend ist die Stärkung der großstädtischen Zentren durch die Reurbanisierungsprozesse der 1990er und 2000er Jahre (Brake und Herfert 2012; Haase und Rink 2015; Osterhage 2018). In vielen auch ehemals schrumpfenden Städten in Ostdeutschland kam es zu einer Trendumkehr und teilweise starken Wachstumstendenzen wie in Dresden und Leipzig aber auch generell in Großstädten wie Hamburg, Köln oder Stuttgart (Wolff et al. 2020). Genauso lassen sich jedoch auch strukturschwache, altindustriell geprägte Städte identifizieren, die nach wie vor Einwohnerverluste oder kein nennenswertes Wachstum aufweisen (ebd.).

In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere aber in Wachstumsregionen, finden starke Suburbanisierungsprozesse statt, die sich – je nach verkehrlicher Lagegunst (Anbindung) – auch auf zentrennahe ländliche Räume ausweiten (Counterurbanisation). Die Corona-Pandemie hat diesen Trend durchaus verstärkt. Darüber hinaus lässt sich explizit in strukturschwachen Räumen beobachten, dass sich demographische Prozesse verstetigen – dies betrifft nicht allein Regionen in Ostdeutschland (Wolff et al. 2020).

4.1.2 Demographische und wirtschaftliche Entwicklung

Es ist zu erwarten, dass in einigen Regionen die Disparitäten zwischen strukturstarken und -schwachen Räumen weiter zunehmen. Während prognostiziert wird, dass die kreisfreien Städte bis 2040 weiterwachsen, wird die Bevölkerung in städtischen Kreisen, ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen und dünn besiedelten Kreisen voraussichtlich schrumpfen. Je dünner ein Kreis besiedelt ist, desto stärker wird seine Schrumpfung prognostiziert. Hier haben die Disparitäten zwischen Ost und West weiter Bestand. Während die überwiegende Mehrzahl der wachsenden Kreise in

Westdeutschland liegt, finden sich die schrumpfenden Kreise vor allem im Osten wieder. Insgesamt wird die Bevölkerung bis 2040 weiter altern. Während das Durchschnittsalter 2020 noch bei 44,6 lag, wird es 2040 bei 45,9 sein. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind periphere ländliche Räume (Maretzke et al. 2021; Thünen-Institut 2017).

Dies hängt vor allem auch mit der Wanderung der Arbeitskräfte innerhalb der Bundesrepublik zusammen. Kreise in Nord- und Süddeutschland sowie im Umland der Großstädte im Ruhrgebiet und Berlin verzeichnen eher eine positive Nettomigrationsrate, wohingegen jene Kreise, die weiter von Ballungszentren entfernt sind, eher eine negative Nettoarbeitskräftewanderung aufweisen. Das gilt insbesondere für ländliche Regionen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch für das westliche Nordrhein-Westfalen und östliche Hessen sowie das westliche Rheinland-Pfalz und das Saarland (Thünen-Institut 2017). Zu beachten ist aber auch, dass es, vor allem in Westdeutschland, im Alpenvorland und an den Küsten ländliche Räume mit bemerkenswerter Zuwanderung älterer Personen (sog. Ruhestandswanderung) gibt. Diese kann durchaus zur Stabilisierung der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge beitragen.

Die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (bis 2070) von Bund und Ländern von 2022 macht im Übrigen deutlich, dass – in Abhängigkeit vom Ausmaß der Nettomigration nach Deutschland – langfristig sogar entgegen bisheriger Annahme ein Wachstum der Bevölkerung möglich ist. Eine regionale Differenzierung liegt dazu aber noch nicht vor (www.demografie-portal.de; aufgerufen am 25.09.23).

4.1.3 Verwaltungsgliederung

Die Grundlagen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland sind in der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz (GG), verankert. Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat (Artikel 20 (1) GG). Um die Verwaltungsstruktur und das Regierungssystem in Deutschland zu verstehen, ist es entscheidend, das zugrundeliegende Prinzip des Föderalismus zu kennen. Der Bundesstaat besteht aus einem Zentralstaat (Bund) und 16 Bundesländern, die jeweils über eine eigene Verfassung, ein gewähltes Parlament und eine eigene Regierung verfügen. Das bedeutet, dass nicht nur der Bund selbst, sondern auch die Länder über Staatlichkeit und Staatsgewalt verfügen, die zwischen den Ländern und dem Bund aufgeteilt ist (Pahl-Weber et al. 2008). Der deutsche Föderalismus ist als Kooperationsföderalismus konzipiert, wobei der Bund für den größten Teil der Gesetzgebung zuständig ist, während die Länder den größten Teil der Verantwortung bei deren Umsetzung, d.h. für die Verwaltung, tragen (Klaeren 2013). Das Prinzip des Föderalismus ist für die Raumentwicklung in Deutschland von entscheidender Bedeutung, da dieses dezentrale System regionale Besonderheiten berücksichtigt und die Entwicklung zahlreicher wirtschaftlicher und politischer Zentren und damit ausgewogenerer Raumstrukturen begünstigt (Pahl-Weber et al. 2008). Über das Grundgesetz sind die Gemeinden darüber hinaus nach dem Subsidiaritätsprinzip mit dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung ausgestattet, denn jede politische Entscheidung soll auf der niedrigsten politischen Ebene getroffen werden, auf der dies möglich ist (Art. 28 Abs. 2 Nr. 1 GG). Seit dem 3. Oktober 1990 setzt sich die Bundesrepublik Deutschland auf der subnationalen Ebene aus 16 Bundesländern zusammen. Die 13 Flächenländer sind hierbei administrativ weiter unterteilt als die Stadtstaaten, die neben dem Status eines Bundeslandes auch den einer kreisfreien Stadt haben (Ausnahme: das Bundesland Bremen, das sich aus zwei Städten zusammensetzt). Die Länder haben differenzierte Verwaltungsstrukturen und -kompetenzen. Während die unmittelbare Landesverwaltung aus der Landesregierung und den Landesministerien besteht, fungieren in einigen Ländern nachgeordneten Bezirksregierungen als Bindeglied zwischen der Landesregierung einerseits und den Gemeinden, nachgeordneten Behörden, Unternehmen, Verbänden und Bürgern andererseits. Als regionale Behörden koordinieren sie nahezu alle Verwaltungsangelegenheiten für ihren Verwaltungsraum.

Auf lokaler Ebene gehören kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte zu den Gebietskörperschaften. Sie nehmen Aufgaben wahr, die ihnen entweder durch Gesetz oder Satzung zugewiesen sind. Kommunen werden einerseits in größere Gemeinden mit historischem Stadtrecht (Städte) oder andererseits in kleinere Gemeinden ohne Stadtrecht (Gemeinden) untergliedert und haben das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbstständig zu verwalten (Art. 28 GG). Sie sind keiner Weisung von oben unterworfen, es wird lediglich die Rechtmäßigkeit ihrer Verwaltungstätigkeit überwacht. Neben der Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft müssen die Gemeinden bestimmte Leistungen im Auftrag von Bund und Ländern erbringen (sog. übertragene Aufgaben) (Münter und Reimer 2020; Pahl-Weber et al. 2008). Zum Kern der kommunalen

Selbstverwaltung gehört die kommunale Planungshoheit mit einer zweistufigen Bauleitplanung (Flächennutzungsplan für das gesamte Gebiet der Kommune; Bebauungspläne, die die Bodennutzung verbindlich für Teile der Gemeindegebiete regeln)

Mehrebenen-Governance

Artikel 20 des Grundgesetzes legt die repräsentative Demokratie als Organisationsprinzip des Staates in der Bundesrepublik Deutschland fest. Das Volk delegiert dabei die Staatsgewalt an gewählte Vertretungs- und Parlamentsorgane und übt diese somit nicht direkt aus. Auf Bundesebene ist das parlamentarische Organ der Bundestag, während diese Aufgabe in den Ländern von den Landtagen übernommen wird. Auf regionaler und lokaler Ebene agieren in den Landkreisen der Kreistag, in den Städten der Stadtrat und in den Gemeinden der Gemeinderat.

Folgend werden die Verfassungsorgane und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt, zunächst auf der nationalen Ebene. Als föderales Parlament der Bundesrepublik Deutschland wird der Bundestag in allgemeiner, direkter, freier und geheimer Wahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Aus seiner Mitte wählt dieser den/die Bundestagspräsident:in sowie die Vizepräsident:innen, welche das Präsidium des Bundestages bilden. Die Wahl des Bundeskanzlers, die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung, die Feststellung des Haushalts und auch die Kontrolle der Finanzen wird vom Bundestag ausgeführt. Über den Bundesrat haben die Länder direkten Einfluss auf Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren des Bundes. Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland ist dabei der Bundespräsident, wobei seine Aufgaben eher repräsentativer und zeremonieller Natur sind. Ein weiteres Verfassungsorgan ist das Bundesverfassungsgericht, dem zwei Aufgabenbereiche unterliegen. Zum einen prüft es als unabhängiges Verfassungsorgan die Vereinbarkeit von Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz, während es zum anderen als Teil der Judikative über Konflikte in Fragen der Verfassung urteilt.

Durch die Festlegung des föderalen Prinzips als unantastbares Verfassungsprinzip in Deutschland verfügen die Länder über eigene Verfassungen, Territorien sowie eine eigenständige Staatsgewalt. Auf dieser subnationalen Ebene ist die gesetzgebende Körperschaft eines jeden Landes der Landtag. Die Länder haben das Recht zur Gesetzgebung, es sei denn, das Grundgesetz weist dem Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz zu oder der Bund macht von seinem Recht der konkurrierenden Gesetzgebung keinen Gebrauch. Der Landtag ist die repräsentative Versammlung im Lande und wählt den Ministerpräsidenten, der wiederum die Minister ernennt, mit denen er gemeinsam die Landesregierung bildet (Münter und Reimer 2020).

4.1.4 Raumordnungs- und Planungssystem

Das Planungssystem in Deutschland ist in drei staatliche Ebenen eingeteilt, die rechtlich, organisatorisch und konzeptionell getrennt sind. Dabei sind die Ebenen vertikal über das Prinzip der gegenseitigen Rückkopplung und die Erfordernisse der gegenseitigen Anpassung verbunden. Die Bundesraumordnung stellt als rechtlicher Rahmen die höchste Ebene des deutschen Planungssystems dar. Dementsprechend legt das Bundesraumordnungsgesetz das Leitbild der (nachhaltigen) Raumentwicklung und die Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest (§ 1 Abs. 2 ROG).

Das Bundesraumordnungsgesetz überträgt den Ländern als mittlerer Planungsebene weitreichende Raumordnungskompetenzen, welche in den Landesplanungsgesetzen sowohl für die Landes- als auch für die Regionalebene konkretisiert werden. Die Konkretisierung der auf Bundesebene festgelegten Grundsätze der Raumordnung werden sowohl sektoral als auch räumlich in ihren Raumordnungsplänen der Länder festgelegt (Goppel 2018).

Aufgabe der Regionalplanung ist die Koordination der Ansprüche an die Flächennutzung und Raumentwicklung auf regionaler Ebene, welche von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich institutionalisiert sind. Während in einigen Bundesländern die Regionalplanung ganz in der Verantwortung von kommunalen Planungsverbänden liegt, gibt es eine Gruppe von Bundesländern, in denen eine Regionalplanungsbehörde für die Aufstellung des Regionalplans zuständig ist, der dann von einem aus Gemeindevertretern bestehenden Gremium verabschiedet werden muss (Blotevogel et al. 2014). Es gibt aber auch Fälle, in denen die Regionalplanung vollständig vom Land (z. B. Schleswig-

Holstein) oder, am anderen Ende des Spektrums, von den Landkreisen (Niedersachsen) durchgeführt wird. 2018 gab es in Deutschland insgesamt 104 Raumordnungsstellen (Zaspel-Heisters und Benz 2020).

Für die endgültige Entscheidung über die Flächennutzung in ihrem Gebiet sind die Gemeinden als unterste Planungsebene zuständig. Die räumliche Planung auf kommunaler Ebene (Stadtplanung) ist Teil der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung.

Das deutsche Raumordnungsgesetz (ROG) stellt einen expliziten Bezug zwischen der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung und der Daseinsvorsorge über den zweiten Absatz des Paragraphen 1 her (ROG § 1 Abs. 2). Hier wird die Zielsetzung einer „dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen“ formuliert (BMI, BMEL und BFSFJ 2019).

4.1.5 Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge

Definiert ist der Begriff Daseinsvorsorge als „gemeinwohldienliche Leistungen im weiteren Sinn, die der Einzelne zu einer angemessenen Lebensführung benötigt und deren grundsätzlich marktförmige Darbietung daher regelmäßig staatlichem Einfluss unterliegt“ (Milstein, 2018: 361). Dieses Verständnis gilt spezifisch für den deutschen Sprachraum und der Begriff der Daseinsvorsorge ist nicht mit den englischen Services of General Interest gleichzusetzen (BMVBS, 2013). Die Konnotationen dieses Begriffs unterscheiden sich ohnehin zwischen einzelnen Ländern, da sie eng mit den jeweiligen Ausprägungen des wohlfahrtsstaatlichen Modells zusammenhängen, welche wiederum das Ergebnis historischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind (Zimmer 2019). Als ein zielgerichtetes Konzept des staatlichen Handelns dient die Wohlfahrtsstaatlichkeit dabei der Förderung der ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Wohlfahrt seiner Bürger (Schmidt, 1995: 1082). Deutschland gilt dabei als Prototyp des „konservativen Wohlfahrtsstaatsregimes“, das seine Wurzeln im 19. Jahrhundert hat und sich dadurch auszeichnet, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in die wohlfahrtsstaatliche Politikgestaltung und deren Implementierung eingebunden sind, ohne dabei ihre rechtliche Eigenständigkeit zu verlieren (Zimmer 2019). In vielen ländlichen Regionen Deutschlands, insbesondere in jenen mit jahrzehntelangen Schrumpfungs- und Alterungstendenzen, ist die Aufrechterhaltung von Angeboten der Daseinsvorsorge ausgesprochen problematisch, und viele Schließungen sowie die Verlagerung an und Zentralisierung von Einrichtungen in zentralen Orten ist etwa für die Gesundheits-, Bildungs-, Verwaltungs- und Versorgungsinfrastruktur zur Normalität geworden. Das raumordnerische Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land anzustreben, ist in einigen Regionen kaum erreichbar (ARL 2016, Einig und Jonas 2009).

4.2 Österreich

Die föderale Bundesrepublik Österreich ist eine semipräsidentiale parlamentarische Demokratie und verfügt über einen mit Deutschland vergleichbaren staatlichen Aufbau, in dem die neun Bundesländer Gesetzgebungsbefugnisse im Rahmen einer Bundes- und Landesverfassung ausüben.

Die räumliche Struktur Österreichs ist stark durch Hochgebirgsräume geprägt, die 70 % der Landesfläche ausmachen. Spezifisch für diese Bergregionen sind Siedlungsstrukturen entlang von tiefen Tälern, eine niedrige Bevölkerungsdichte und eine teils erschwerte Zugänglichkeit. Der Osten des Landes ist hingegen durch ausgedehnte Mittelgebirgs- und Flachlandgebiete geprägt. Trotz der teilweise schwierigen naturräumlichen Bedingungen, gilt Österreich als Knotenpunkt mehrerer transeuropäischer Nord-Süd- und Ost-West-Verkehrskorridore.

Mit seinem fast 9 Mio. Einwohnern umfasst Österreich 2 % der Bevölkerung der Europäischen Union. Die Bevölkerungsdichte von 100 Einwohnern je Quadratkilometer liegt nahe am EU-Durchschnittswert (116 Einwohner je Quadratkilometer). Ein Drittel der Bevölkerung lebt in der Bundeshauptstadt Wien und ihrer Umgebung im nordöstlichen Teil des Landes; Wien ist mit 1,9 Mio. Einwohnern mit Abstand die größte Stadt Österreichs.

Im europäischen Vergleich gilt Österreich als hochentwickeltes Land mit einem Bruttoinlandsprodukt, das in fast allen Regionen über dem EU-Durchschnitt liegt (die einzige Ausnahme ist das Burgenland). Dem Social-Progress-Index der

EU¹ zufolge weisen alle Regionen Österreichs einen hohen Wert auf, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Hochschulbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten und die Deckung des Grundbedarfs durch technische Infrastruktur (Europäische Kommission 2020).

4.2.1 Raum- und Siedlungsentwicklung

Aufgrund der eingeschränkten Flächennutzungsmöglichkeiten in den Bergregionen sind die Siedlungen in Österreich ungleichmäßig über das Staatsgebiet verteilt. Beispielhaft lässt sich dies folgendermaßen verdeutlichen: Während in Oberösterreich der Anteil der nutzbaren Flächen weit über 50 % liegt, stehen in Tirol nur 12 % des Territoriums zur Verfügung (ÖROK 2021a: 23). Aus diesem Grund sind der nördliche, (äußerste) westliche, östliche und südliche Rand des Landes stärker besiedelt im Vergleich zur Mitte und zum Südwesten. Eine weitere territoriale Besonderheit betrifft die Lage der größten Städte (Wien, Graz, Salzburg, Linz, Innsbruck), die sich alle in der unmittelbaren Nähe der Landesgrenze befinden. Viele Städte haben daher grenzüberschreitende Entwicklungsinitiativen verfolgt, die jedoch aufgrund der fehlenden Kapazitäten der beteiligten Partner nicht in jedem Falle ausgeschöpft werden (z. B. die Centrope Region Wien-Bratislava, siehe OECD 2014: 166).

Die Großstädte Österreichs sind zwischen 2009 und 2019 demographisch und wirtschaftlich gewachsen. Dieses Wachstum hat jedoch auch einige Herausforderungen mit sich gebracht – z. B. sind ein Anstieg der Wohnkosten, ein Flächendruck für Bauland im Umland der Großstädte und eine steigende Nachfrage nach Daseinsvorsorgeangeboten zu verzeichnen. Im Vergleich zu den Großstädten sind kleinere Städte ausgeglichener über das Territorium verteilt. Konzentrationstendenzen solcher mittelgroßen städtischen Strukturen gibt es entlang des Korridors Wien-Wels sowie entlang des Inn- und Rheintals. Auch wenn im Vergleich zu den Großstädten kleinere Stadtregionen im genannten Zeitraum ein moderateres Wachstum erfahren haben, konnten sie ihre Funktion als Versorgungszentren und als attraktive Standorte für innovative Unternehmen erhalten (ÖROK 2021b: 49).

Über die städtischen Funktionsräume hinaus werden im nationalen Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2030) Österreichs zwei große Kategorien von ländlichen Räumen hervorgehoben (ÖROK 2021b). Einerseits werden die Berggebiete sowie die grenznahen Regionen in Nieder- und Oberösterreich und im Süden des Burgenlands als ländliche Räume mit geringer Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsrückgang bezeichnet. Einige Teilräume weisen einen Trend der Stagnation oder sogar der Schrumpfung auf, was beispielsweise zu hohen Leerstandsquoten und Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte geführt hat. Andererseits werden als zweite Kategorie ländlicher Räume Tourismusgebiete ausgewiesen. Ähnlich wie die meisten Großstädte weisen diese Regionen in der Regel positive sozioökonomische Entwicklungspfade auf. Ihre große internationale Beliebtheit bringt allerdings Nachteile für die Einheimischen mit sich, vor allem durch die gestiegenen Immobilienpreise und die großen saisonalen Schwankungen in der Nutzung der Infrastrukturen – ein Faktor, der die bedarfsgerechte Dimensionierung der Angebote erschwert.

Aus einer nationalen Perspektive werden drei Haupttrends als Herausforderungen für die Entwicklung aller Raumtypen herausgestellt (ÖROK 2021b). Erstens müssen sich viele Regionen an die zentralen Herausforderungen des Klimawandels anpassen, insbesondere in Bezug auf den Bevölkerungsschutz. Österreich ist besonders den für Gebirgsregionen typischen Gefahren ausgesetzt (z. B. durch Lawinen, Muren und Sturzfluten). Der zweite Trend betrifft die Zunahme einer multilokalen Lebensweise (z. B. durch eine Trennung von Wohn- und Arbeitsort), was zu einem erhöhten Druck auf die Verkehrsinfrastruktur und zu einer geringeren Genauigkeit der Raumentwicklungsprognosen führt. Zusammen mit dem Bevölkerungswachstum in vielen Regionen trägt Multilokalität zu einer erhöhten Zersiedlung bei (ÖROK 2021b: 47) und bildet somit die dritte Herausforderung. Die versiegelte Fläche in Österreich ist zwischen 2015 und 2018 um 3,3 % angestiegen (ÖREK 2021: 53), wobei das Phänomen die Republik nicht gleichmäßig betrifft. Den stärksten Zuwachs der Zersiedelungsquote weisen die ländlichen Räume außerhalb der Bergregionen auf (z. B. der Nordosten), wohingegen in den Ballungsräumen und Städten sowie in den alpinen Tälern die versiegelte Fläche pro Einwohner gesunken ist (ÖREK 2021: 54).

¹ Der Social-Progress-Index der EU wurde als alternative Messung des Wohlstands zum Bruttoinlandsprodukt von der Europäischen Kommission entwickelt. Somit berücksichtigt der Index nur soziale und ökologische Entwicklungsindikatoren.

4.2.2 Demographische und wirtschaftliche Entwicklung

Im Vergleich zu den anderen vier in InDaLE untersuchten Ländern sind die Bevölkerungsverteilung und die demografischen Trends in Österreich zwischen städtischen, ländlichen und intermediären Regionen (nach OECD-Abgrenzung) ausgewogener – etwa ein Drittel der Bevölkerung wohnt in jeder dieser drei Raumkategorien (vgl. Tent et al. 2021). Zwischen 2009 und 2019 sind die Gesamtbevölkerung sowie der internationale Wanderungssaldo in diesem Zeitraum um durchschnittlich 0,4 % gewachsen, während der Alterskoeffizient² um einen Punkt auf 24 % angestiegen ist. Allerdings sind einige regionale Unterschiede zu verzeichnen.

Laut der von der Statistik Austria (2022a) erfassten Daten ist die Zuwachsrate der Bevölkerung in Wien (1,2 %) und den umliegenden städtischen und ländlichen Räumen im Burgenland (zwischen 1,1 % und 2,5 %) und Niederösterreich (bis 2,2 %) am stärksten. Diese Gebiete weisen im Vergleich zu anderen Regionen Österreichs auch hohe Migrationsraten auf: So erreichte z. B. der ausländische Wanderungssaldo zwischen 2009 und 2019 jährliche Durchschnittswerte von bis zu 20,8/1000 Einwohner im Ballungsraum von Wien). Somit gleichen die Wanderungen die Geburtendefizite in der Region aus (ÖROK 2020: 62). Der Alterskoeffizient ist in den ländlichen Räumen rund um die städtischen Zentren im Umland von Wien nur gering gestiegen (zwischen -0,1 % und 0,6 % im Zeitraum von 2009 und 2019).

Bundesländer wie Vorarlberg, Tirol und Salzburg verzeichneten auch Einwohnerzuwächse durch Geburtenüberschüsse und internationale Wanderungsgewinne (ÖROK 2020: 62). Dieses Wachstum war über die Groß-, Mittel- und Kleinstädte gleichmäßig verteilt.

Auf der anderen Seite mit einer Bevölkerungsabnahme je von 0,4 % zwischen 2009 und 2019 sind die ländlichen Räume abseits der urbanen Zentren in Kärnten, Niederösterreich und Steiermark am stärksten von Bevölkerungsverlusten betroffen. Im gleichen Zeitraum lässt sich ein Trend der Stagnation in den peripheren Räumen in den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich und Tirol feststellen.

Aus wirtschaftlicher Sicht gehört Österreich mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 39.300 Euro, das den EU-Durchschnitt von 27.200 Euro um 30 % übersteigt, zu den am stärksten entwickelten Ländern Europas. Zwischen 2009 und 2019 verzeichneten Wien (48.300 Euro) sowie die Länder Salzburg (46.500 Euro), Vorarlberg (42.200 Euro) und Tirol (41.500 Euro) die höchsten regionalen BIP-pro-Kopf-Durchschnittswerte des Landes. Die ländlichen Räume der drei genannten Bundesländer gehören zudem zu den am stärksten entwickelten ländlichen Räumen Europas mit einem durchschnittlichen BIP pro Kopf zwischen 35.700 und 46.000 Euro (Statistik Austria 2022b).

Mit einem Wert von 4,5 % (2019) und einer seit 2009 sinkenden Tendenz in allen Bundesländern (mit Ausnahme Wiens) liegt die Arbeitslosenquote Österreichs unter dem EU-Durchschnitt von 6,7 %. Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde 2019 in Tirol verzeichnet (2,1 %), die höchste in Wien (9,3 % mit einem Anstieg von 0,5 % im genannten Zeitraum). 2019 lagen die Löhne der österreichischen Arbeitskräfte im Durchschnitt 27 % über dem EU-Durchschnitt von 37.100 Euro/Jahr. Die niedrigsten jährlichen Durchschnittslöhne wurden im Burgenland (40.100 Euro) und die höchsten in Wien (52.500 Euro) verzeichnet (Statistik Austria 2022b).

Die positive wirtschaftliche Lage vieler österreichischer Regionen ist vor allem durch die dort angesiedelten innovativen Unternehmen, aber auch durch ihren Erfolg als Tourismusgebiete geprägt. Zwischen 2009 und 2019 haben österreichische Unternehmen im Durchschnitt 2,9 % des BIP für Forschung und Entwicklung ausgegeben (das sind 0,8 Prozentpunkte mehr als der EU-Durchschnitt im selben Zeitraum). Vorreiter waren die Steiermark (4,7 %) und Wien (3,5 %), während das Burgenland mit 0,8 % am anderen Ende der Skala lag. Der Tourismussektor ist in Tirol und Salzburg am stärksten ausgeprägt. Im selben Zeitraum weisen die beiden Bundesländer im Durchschnitt die meisten Übernachtungen pro Kopf (66 bzw. 54 – deutlich mehr als der Durchschnittswert von 13 in den anderen sieben Bundesländern) und eine gemeinsame durchschnittliche Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftszweig von 12 Euro je 1000 Einwohner auf (fast doppelt so hoch wie die durchschnittlichen Werte der anderen Bundesländer; Statistik Austria 2022b).

² Der Alterskoeffizient ist das Verhältnis zwischen der älteren nicht-erwerbstätigen Bevölkerung (65 Jahre und älter) und der erwerbstätigen Bevölkerung (20-64 Jahre).

Ländliche Räume sind Standort der meisten mittelständischen Unternehmen Österreichs (BMLFUW 2017: 27). Über die traditionelle Standortpolitik hinaus zielen die regionalen Entwicklungsprogramme darauf ab, den Wettbewerbsvorteil des Landes im europäischen Binnenmarkt zu stärken. Nach dem Prinzip der „Smart Specialisation“³ werden sektorübergreifende Initiativen mit Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung von Innovationen in Forschung und Technologie angestoßen. Zu den beispielhaft entstehenden sektorübergreifenden Zusammenhängen zählen Digital Health in Salzburg, Mobilitätstechnologien in der Steiermark und Oberösterreich sowie Innovationen im touristischen Bereich in Salzburg und Tirol (ÖROK 2021a: 110). Eines der Hemmnisse bei der Entstehung dieser Initiativen in ländlichen Räumen ist die verbesserungsbedürftige digitale Infrastruktur. 2015 verfügten nur 39 % der Haushalte über einen Breitbandanschluss über 100 Mbit/s (BMLFUW 2017, S. 27), während die Internetgeschwindigkeit in ländlichen Räumen 2020 im Durchschnitt 36 Mbit/s betrug (vgl. Tent et al. 2021: 84).

4.2.3 Verwaltungsgliederung

Die Verwaltungsgliederung ist aufgrund der in der Bundesverfassung festgelegten föderalen Strukturen dezentral gegliedert. Verwaltungsebenen sind der Bund, die Bundesländer, die Bezirke und die Gemeinden.

Der Bund und die neun Länder teilen sich die Legislative, die Exekutive und finanzielle Aufgaben. Im Bundesverfassungsgesetz werden die jeweiligen Zuständigkeiten festgelegt. Die Länder sind indirekt an der Gesetzgebung des Bundes und an der Vollziehung des Bundes beteiligt. Zudem werden manche Gesetze, beispielsweise zu Krankenhäusern oder zum Elektrizitätswesen, vom Bund beschlossen und mittels Ausführungsgesetzgebung durch die Länder ausgeführt. In einigen Bereichen haben allein die Länder die Gesetzgebung inne, wie in der Wohnbauförderung oder der Raumordnung sowie für einige Bereiche der Daseinsvorsorge, wie dem Brand- und Katastrophenschutz und das Gesundheitswesen.

Die Bundesländer haben zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben eigene Gesetzgebungsorgane, Landesregierungen und Landesverwaltungen. Die Landeshauptleutekonferenz, ein gesetzlich nicht vorgeschriebenes Treffen der neun Landeshauptleute, ist für die Interessenvertretung der Länder innerhalb des Bundes ein wichtiger politischer Faktor.

Die Bundesländer sind in Bezirke unterteilt. Anders als Bund, Länder und Gemeinden, die als Gebietskörperschaften Rechtspersonen mit Selbstverwaltungskompetenz sind, sind die Bezirke reine Verwaltungsbehörden, die an sie übertragene Aufgaben der Länder und des Bundes übernehmen. Die Bezirkshauptmannschaften sind Landesbehörden, geleitet von einem von der Landesregierung ernannten Bezirkshauptmann bzw. eine Bezirkshauptfrau. Auf Ebene der Bezirke sind zugleich die sogenannten Statutarstädte angesiedelt, in denen Bezirks- und Gemeindeverwaltung zusammenfallen. Der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin delegiert die Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde meist an den Magistrat.

Die unterste staatliche Verwaltungseinheit sind die Gemeinden. In der Bundesverfassung wird ihnen die kommunale Selbstverwaltung garantiert. Kommunale Aufgaben werden den Gemeinden von Bund und Ländern per Weisung zugeschrieben. Wichtigstes Entscheidungsgremium auf Gemeindeebene sind die gewählten Gemeinderäte.

4.2.4 Raumordnungs- und Planungssystem

In Österreich sind die Bundesländer für die Raumplanung zuständig. Daraus resultiert, dass es kein nationales Bundesraumordnungsgesetz gibt, sondern die Raumplanung durch neun unterschiedliche Gesetzgebungen auf Landesebene geregelt wird.

Die Raumplanung wird in drei Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – organisiert. Als EU-Mitglied müssen die Bundesländer zudem raumrelevante EU-Richtlinien, wie z. B. die Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinien (zusammen das Natura-2000-Netzwerk) in ihre Raumordnungsgesetze integrieren und für deren Umsetzung sorgen.

Der Bund ist für einige raumrelevante sektorale Planungsbereiche zuständig, wie beispielsweise Eisenbahnen, Wälder, Wasser oder Bundesstraßen. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) ist ein informelles Gremium auf

³ Der Ansatz der „Smart Specialisation“ (auf Deutsch „intelligente Spezialisierung“) kombiniert Industrie-, Bildungs- und Innovationspolitik mit dem Ziel, wissensbasierte Investitionen zu fördern und somit die Entwicklung einer Region auf ihre wirtschaftlichen Stärken und komparativen Vorteile zu stützen (OECD 2013, S. 11).

Bundesebene, bestehend aus Mitgliedern des Bundes, der Länder, des österreichischen Städte- und Gemeindebunds sowie Vertretern des Wirtschafts- und Sozialwesens. Es ist eine wichtige Institution neben den gesetzlichen Raumplanungsstrukturen und dient der Kooperation und Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die Länder sind für bestimmte sektorale Fachplanungen zuständig, wie z. B. die Landesstraßen, den Naturschutzrecht oder den Bodenverkehr (Grundstückserwerb). In ihrer Kompetenz liegt jedoch gesetzgebend und ausführend die überörtliche Raumplanung. Die Umsetzungsauslegung wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Für die Regionalplanung, eine zunehmend relevante Planungsebene zwischen Bundesland und Gemeinden, werden in manchen Bundesländern (wie Oberösterreich, Salzburg und Tirol) beispielsweise Regionalverbände eingesetzt. Die Gemeinden sind eine weitere wichtige Ebene für die Raumplanung in Österreich. Ähnlich wie in Deutschland wird auf lokaler Ebene die örtliche Raumplanung ausgeführt (Baugenehmigungen, örtliche Entwicklungskonzepte, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne). Die Gemeinden werden von den Ländern beratend und teilweise auch monetär unterstützt.

Die drei Planungsebenen stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Die sektorale Bundesplanung darf bei der überörtlichen Raumplanung der Länder nicht berührt werden. Die Gemeinden als örtliche Planungsebene müssen die überörtlichen Raumplanungsinhalte und Festlegungen bei ihren Planungstätigkeiten beachten und umsetzen.

An Bedeutung gewinnen zunehmend partizipatorische und interdisziplinäre Planungsansätze. Die hoheitlichen Planungsinstrumente werden durch unterschiedliche informelle kooperative, konzeptionelle und partizipative Planungsinstrumente (z. B. Beteiligung, Mediation, Moderation, Konzept- und Leitbildentwicklung) ergänzt. Auf diese Weise werden bei raumwirksamen Entscheidungen verschiedene Akteursgruppen und Entscheidungsträger (Bürger:innen, Unternehmer:innen, gesellschaftliche Organisationen etc.) außerhalb der staatlichen Strukturen einbezogen.

4.2.5 Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge

Das Verständnis von Daseinsvorsorge in Österreich ähnelt dem in Deutschland: Die Sicherung der Daseinsvorsorge gilt als wesentlicher Beitrag zur Realisierung der normativen raumordnerischen Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (ÖROK 2021a: 157; vgl. auch Brad et al. 2022). Im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden sind beispielsweise folgende Daseinsvorsorgeleistungen zu erbringen: Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Umweltleistungen, Kulturangebote, soziale Versorgungsleistungen, Alten- und Krankenpflege, Kinderbetreuung sowie Brandschutz. In anderen Daseinsvorsorgebereichen, wie z. B. Schulwesen, ÖPNV oder Verkehrswege, sind die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt (BBSR 2015).

Ähnlich wie in Deutschland werden Daseinsvorsorgeangebote von öffentlichen, privaten, zivilgesellschaftlichen sowie hybriden Akteuren erbracht (vgl. Brad et al. 2022 sowie Kap. 1.3). Die Privatisierungswelle, die Europa in den 1990er und 2000er Jahren ergriffen hat, ist jedoch an Österreich großenteils vorbeigegangen. Darüber hinaus tragen die mit der Privatisierung verbundenen negativen Erfahrungen anderer Länder zu einem öffentlichen Diskurs bei, der öffentliche Leistungserbringer in der Daseinsvorsorge hochachtet (Furtner et al. 2019: 109). Allerdings steht dies im Kontext von EU-Regelungen zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (*services of general interest*; vgl. Fassmann et al. 2015 und Kap. 1.3) und damit verbundenen Wettbewerbsvorgaben EU-seitig unter Kritik (BBSR 2015: 28).

Auch in Österreich stand, ähnlich wie in Deutschland, in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten insbesondere in schrumpfenden bzw. strukturschwachen Regionen das etablierte, umfassende Angebot an Daseinsvorsorgeleistungen vor großen Herausforderungen. In den betroffenen Regionen (z. B. das Waldviertel in Niederösterreich oder die nördlichen Teile Kärntens) wurden insbesondere aufgrund angespannter kommunaler Haushalte sowohl die Qualität als auch die Quantität der Dienstleistungen und Infrastrukturen schrittweise reduziert. Dies betraf insbesondere das Sozial- und Gesundheitswesen (Machold und Tamme 2009). Im Raumordnungskonzept für Österreich skizziert die ÖROK (2021: 156 f.) vier Handlungsschwerpunkte, um den Zugang zu hochwertigen Daseinsvorsorgeangeboten aufrechtzuerhalten:

- die Ausweitung digitaler Angebote zur Überwindung von Erreichbarkeitsdefiziten;

- die Verbesserung der Anschlussfähigkeit neuer Angebote in der Gesellschaft, damit Bürger neugeschaffene und/oder umstrukturierte Angebote wahrnehmen;
- eine bedarfsgerechtere Verteilung der Daseinsvorsorge durch ihre verstärkte Verbindung mit der polyzentrischen territorialen Struktur;
- die Einführung von evidenzbasierten bundesweiten Mindeststandards.

4.3 Schottland

Das Vereinigte Königreich ist eine konstitutionelle Monarchie und wird durch eine repräsentative Demokratie mit einem parlamentarischen Regierungssystem charakterisiert. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten besitzt es keine kodifizierte Verfassung. Diese besteht vielmehr aus Gewohnheitsrecht, erlassenen Gesetzen mit Verfassungsrang und dem Common Law, die zusammen als britisches Verfassungsrecht bezeichnet werden.

Das Vereinigte Königreich ist einerseits als zentraler Einheitsstaat organisiert, weist andererseits aber auch Merkmale der Dezentralisierung auf. Die aus den vier Landesteilen England, Wales, Schottland und Nordirland bestehende Union unterscheidet sich über ihre Geschichte und Kultur sichtbar voneinander. Deshalb wird das Vereinigte Königreich mitunter auch als „Viernationenstaat“ bezeichnet. Der Begriff Großbritannien bezeichnet dabei nur die Hauptinsel der Britischen Inseln; Nordirland ist Teil des Vereinigten Königreichs, aber nicht von Großbritannien (Ismayr 1999).

Schottland ist ein autonomer Landesteil des Vereinigten Königreichs und umfasst das nördliche Drittel der Hauptinsel der Britischen Inseln. Seit 1999 besitzt Schottland ein eigenes Parlament, das zusammen mit dem sogenannten Ersten Minister und der schottischen Regierung für die meisten Aspekte der Innenpolitik verantwortlich ist. Der Amtssitz dieser politischen Institutionen befindet sich in der Hauptstadt Edinburgh (Scottish Government o.J.a). Staatsoberhaupt des Landes ist, wie im restlichen Vereinigten Königreich, seit September 2022 König Charles III. Anerkannte Sprachen in Schottland sind Englisch, Scots und schottisches Gälisch, welches nur auf den Äußeren Hebriden mehrheitlich gesprochen wird.

Charakteristisch für die Raumstruktur Schottlands sind stark ländlich geprägte Regionen, die einen Großteil der schottischen Landmasse ausmachen. Die Landschaft ist vielerorts zerklüftet und von zahlreichen sogenannten Lochs, darunter das bekannte Loch Ness nahe der Stadt Inverness als zweitgrößtem Süßwassersee des Landes, durchzogen. Aufgrund der dünnen Besiedelung und der landschaftlichen Weite gelten die Highlands and Islands Schottlands als eine der klassischen Peripherien Europas (Mose 2022: 44).

Die Landesfläche Schottlands umfasst 77.937 km² und die Einwohnerzahl liegt bei rund 5,5 Millionen, was im direkten Vergleich einem knappen Fünftel der deutschen Landesfläche und nur einem Fünfzehntel der deutschen Bevölkerung entspricht. Mit einer Bevölkerungsdichte von lediglich 70 Einwohner:innen pro Quadratkilometer ist Schottland eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas; Teile der ländlichen Peripherie sind mit 5 – 8 Einwohner:innen pro Quadratkilometer extrem dünn besiedelt (Statista 2022b).

4.3.1 Raum- und Siedlungsentwicklung

Ländliche Regionen nehmen in Schottland knapp 98 % der Gesamtfläche des Landes ein. Daher lässt sich ein starker Gradient der Bevölkerungsdichte von ländlichen hin zu urbanen Räumen verzeichnen. Der bereits genannte Mittelwert von rund 70 Einwohner:innen pro Quadratkilometer lässt sich dementsprechend bloß als Richtwert betrachten. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in den zentralen Lowlands, einem Tieflandgürtel zwischen den nördlich und südlich angrenzenden Gebirgsräumen des Landes, in dem sich einige von Schottlands größten Städten wie Stirling, Glasgow, Perth, Falkirk, Edinburgh und Dundee befinden. Die ländlichen Regionen Schottlands hingegen sind von einer niedrigen Bevölkerungsdichte und dispersen Siedlungsstrukturen geprägt. So nehmen die Highlands and Islands mit knapp 40.000 km² zwar knapp die Hälfte der schottischen Landesfläche ein. Gleichzeitig leben dort allerdings lediglich neun Prozent der schottischen Bevölkerung. Die Ursachen für diese geringe Bevölkerungsdichte liegen in der Geschichte der Raumentwicklung dieser Region begründet, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Seit dem späten 18. Jahrhundert erfuhr die Bevölkerung der Highlands and Islands bis in die späten 1880er Jahre im Zuge der sogenannten *Highland Clearances* systematische Unterdrückung und Vertreibung aus ihrer Heimat (Hunter 2000: 233ff.). Bis heute ist die demographische Entwicklung dieser ländlichen Regionen als problematisch zu bewerten. Es werden deutliche

Geburtenrückgänge und eine gleichzeitige fortschreitende Überalterung der Bevölkerung verzeichnet. Weiterhin verlassen viele junge Erwachsene ihre Heimatregion, um in urbanen Räumen mit ihrer Ausbildung oder ihrem Studium zu beginnen (Mose 2022: 45).

Der ausgeprägte Gradient in der Bevölkerungsdichte zwischen den verschiedenen Regionen Schottlands spiegelt sich auch im Verkehrsnetz wider. Die von *Transport Scotland* verwalteten Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen verbinden hauptsächlich die Großstädte und ihre Umgebungen, Flughäfen und Häfen miteinander (Transport Scotland o.J.). Alle weiteren Straßentypen werden von der jeweils zugehörigen Gemeinde verwaltet. Insbesondere im Norden des Landes sowie auf und in Richtung der Inseln wird das Straßennetz zunehmend dünner. Kennzeichnend für solche ländlich geprägten Regionen sind sogenannte *Single Track Roads* mit *Passing Places*, an denen sich entgegenkommende Fahrzeuge ausweichen und durchlassen können, da die Straßen sehr schmal gebaut und auf ein geringes Verkehrsaufkommen ausgerichtet sind. Für die Anbindung der verschiedenen Inselgruppen an das Festland sowie untereinander ist ein weit verzweigtes Netz von Fährverbindungen von zentraler Bedeutung.

4.3.2 Demographische und wirtschaftliche Entwicklung

Der demographische Wandel und dessen Auswirkungen auf die (wirtschaftliche) Entwicklung sind in Schottland von zentraler Bedeutung. So wird landesweit ein Zuwachs an über 60-Jährigen um annähernd ein Drittel bis 2045 prognostiziert (National Records of Scotland 2022). Auch hier gilt es, die Diskrepanz zwischen urbanen und ländlichen Regionen zu berücksichtigen. Während der Anteil an über 65-jährigen landesweit im Jahr 2018 bei 19 % lag, waren die Gemeinden mit den höchsten Anteilen an über 65-jährigen vorwiegend ländlich geprägt, z. B. Argyll and Bute und Eilean Siar mit je 25 %. Auch hier ist zusätzlich noch einmal die ausbildungsbedingte Abwanderung junger Erwachsener in urbane Regionen als weiterer Aspekt für den großen Anteil älterer Menschen hervorzuheben (National Records of Scotland 2019).

Trotz der Bevölkerungsalterung unter anderem im Norden Schottlands ist dieser wirtschaftlich stark aufgestellt. Eine niedrige Arbeitslosenquote und eine hohe Anzahl an Selbstständigen sind Indikatoren für eine dynamische Regionalentwicklung. Die ländlichen Regionen Schottlands leisten somit einen relevanten Beitrag zur nationalen Wirtschaftsentwicklung, indem sie weitere Arbeitsplätze und Jobmöglichkeiten bereitstellen und ländliche Gemeinschaften nachhaltig und inklusiv gestalten (HIE 2022).

Aufgrund des ausgeprägten strukturellen Kontrastes zwischen urbanen und ländlichen Regionen sind letztere dennoch auf Unterstützung hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angewiesen. So stellt beispielsweise der *Skills Action Plan for Rural Scotland* von *Skills Development Scotland* eine Stütze dar, die sich auf die Bereitstellung von Personal mit erforderlicher Fachkompetenz für ein inklusives Wachstum der ländlichen Wirtschaft fokussiert. Dabei werden die folgenden fünf Leitmotive für die Maßnahmensetzung verfolgt (Skills Development Scotland o.J.):

- Besseres Verständnis der von Arbeitgeber:innen im ländlichen Raum benötigten Qualifikationen und Ausrichtung des Angebots auf diese Bedürfnisse
- Bereitstellung eines zugänglichen Bildungs- und Qualifikationsangebotes für die Menschen, um ihre berufliche Laufbahn in ländlichen Räumen zu sichern, zu erhalten und voranzubringen
- Entwicklung der derzeitigen Arbeitskräfte in ländlichen Regionen durch Höherqualifizierung und Umschulung
- Aufbau eines sicheren Personalbestandes für die Zukunft
- Wahl eines koordinierten, strategischen Ansatzes zur Bewältigung der Qualifikationsanforderungen in ländlichen Räumen

Von weitreichender Bedeutung für die jüngere Raumentwicklung Schottlands sind die seit der Jahrtausendwende erfolgten politischen Reformen. Sie hatten u. a. tiefgreifende gesetzliche Veränderungen zur Folge, z. B. die sog. Land Reform, die die Aufhebung der überdauernden quasi-feudalen Landbesitzstrukturen in großen Teilen der Highlands and Islands ermöglicht hat. Hieraus resultieren zahlreiche Entwicklungsmöglichkeiten, die sich insbesondere zugunsten der ländlichen Peripherien und somit einer Stärkung der ländlichen Gemeinschaften auswirken (Mose 2022: 44f., Jacuniak-Suda und Mose 2014, Schmied 2001).

4.3.3 Verwaltungsgliederung

Schottland als autonomer Landesteil des Vereinigten Königreichs besitzt seit einem Referendum im Jahr 1997 ein höheres Maß an Selbstverwaltung. Die sog. Devolution führte im Jahr 1999 schließlich zu einer Dezentralisierung des zentralistischen Staatssystems, sodass die Autonomie Schottlands heutzutage durch ein selbst gewähltes Landesparlament und eine eigene Landesregierung repräsentiert wird. Seit 1996 ist Schottland in 32 sogenannte *Council Areas* unterteilt. Dabei handelt es sich um eine einstufige Kommunalverwaltung, in der Distrikte, Städte und Gemeinden in einer einzigen Behörde zusammengefasst und zentral verwaltet werden. Demnach existiert keine kommunale Verwaltungsebene ober- oder unterhalb dieser *Council Areas*. Es gibt also beispielsweise auch keine Bürgermeister:innen (Johnston 2021: 9). Lediglich einige der größeren *Council Areas* haben ihre Gebiete in regionale Untereinheiten aufgeteilt, in denen sogenannte *Area Committees* für die Organisation bestimmter Aufgaben in ihrem jeweiligen Gebiet verantwortlich sind. Die größte *Council Area* sind die Highlands and Islands mit einer Größe von 25.657 Quadratkilometern, die knapp ein Drittel der Gesamtfläche Schottlands ausmacht.

Die Parteien auf nationaler Ebene überwiegen auch auf kommunaler Ebene, allerdings gibt es dort auch unabhängige Parteien. Gemeinderäte werden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt und die meisten Räte werden von Koalitionsregierungen oder einer Minderheitspartei geführt. Weiterhin werden auf lokaler Ebene Gemeinderäte gewählt, die persönliche Erfahrungen und Ansichten im Gemeinderahmen besitzen, um die lokal vorherrschenden Bedürfnisse berücksichtigen zu können (Johnston 2021: 9).

4.3.4 Raumordnungs- und Planungssystem

Im Vereinigten Königreich wird die Entwicklung ländlicher Räume dezentral von den wichtigsten Verwaltungsregionen des Landes im Rahmen von vier Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum (EPLR) verwaltet, jeweils für England, Nordirland, Schottland und Wales. Bis zum Inkrafttreten des Brexits am 01.01.2021 wurden diese Entwicklungsprogramme aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und aus nationalen Beiträgen finanziert (ENRD 2020).

Das schottische Planungssystem entscheidet über Entwicklungen in der Landnutzung in Städten, Orten und auf dem Land. Solche Entscheidungen basieren auf den jeweiligen Entwicklungsplänen, die von den Gemeindeverwaltungen oder auch Nationalparkbehörden erarbeitet werden. Sie müssen alle fünf Jahre überarbeitet und erneuert werden (Scottish Government 2009).

Die Hauptverantwortung für die Bereitstellung verschiedener Planungsdienstleistungen liegt bei den 32 *Council Areas* und den beiden Nationalparkverwaltungen Cairngorms und Loch Lomond and the Trossachs. Diese sind verantwortlich für die Verwaltung der Entwicklungsplanung, des Entwicklungsmanagements und die Durchsetzung der Planungsvorhaben. Darüber hinaus gibt es vier sogenannte *Strategic Development Planning Authorities*, kurz SDPAs, für die Regionen Aberdeen City und Shire, Glasgow und Clyde Valley, Edinburgh und Südost-Schottland sowie Dundee, Perth, Angus und North Fife. Auch Behörden wie *Scottish Water*, *Scottish Environment Protection Agency* (SEPA), *Scottish Natural Heritage* (SNH) und *Transport Scotland* sind an verschiedenen Stellen der Planungsprozesse beteiligt (Scottish Government o.J.b).

Im Planungssystem gilt der Ansatz des sogenannten *Place Principles* mit dem Ziel eines nachhaltigen und sozialen Schottlands. Dazu gehören die Zusammenarbeit mit Stakeholdern und lokalen Gemeinschaften (Scottish Government 2021: 68).

4.3.5 Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge

Wie bereits in Kapitel 4.1.5 erläutert, lässt sich der Begriff der Daseinsvorsorge, wie er in Deutschland verstanden und verwendet wird, nicht eins zu eins auf andere (europäische) Länder übertragen und ist ebenso wenig mit den sogenannten *Services of General Interest* gleichzustellen, wenngleich letztere von der EU-Kommission als übergeordnete Begrifflichkeit festgelegt wurden (BMVBS 2013: 21f.). Im Vereinigten Königreich variiert die administrative Organisation in allen zugehörigen Landesteilen (Nationen), sodass dort kein übergreifendes, einheitliches System administrativer oder geographischer Einteilungen existiert. Im Hinblick auf den Daseinsvorsorgebegriff bestehen allerdings britische Landesprogramme im Nationalen Ländlichen Netzwerk (*National Rural Network*), welches mit EU-Netzwerken zusammenarbeitet und verschiedene Akteure und Stakeholder zusammenbringt, um Best-Practice-Beispiele sowie

Wissen und Erfahrungen über ländliche Entwicklungen und die Stärkung der Kommunen miteinander zu teilen. Die wesentlichen Akteure im Bereich der Daseinsvorsorge auf Ebene der Zentralregierung Großbritanniens sind die Ministerien für Verkehrswesen (*Department for Transport*), Gesundheit (*Department of Health*, verantwortlich für die Nationale Gesundheitsfürsorge *NHS National Health Service*) und Umwelt, Nahrungsmittel und ländliche Angelegenheiten (*Department of Environment, Food and Rural Affairs*) (BMVBS 2013: 59f.). Auf Ebene der schottischen Regierung stellen vor allem die Bereiche der Gesundheitsfürsorge und Bildung Kernkompetenzen dar, die nicht ausdrücklich der britischen Regierung zugeschrieben werden.

4.4 Schweden

Schweden mit der Hauptstadt Stockholm ist der flächengrößte skandinavische Staat Nordeuropas. Das demokratische Land ist eine parlamentarische Monarchie. Damit liegt die politische Macht beim Parlament und der Regierung; der Monarch hat repräsentative Funktionen. Schwedisch ist die Hauptsprache des Landes, wobei es zudem weitere offizielle Minderheitssprachen wie Samisch, Finnisch oder Jiddisch gibt. Landeswährung ist die Schwedische Krone. Schweden ist eines der nachhaltigsten Länder der Erde und belegt beim Sustainable Development Report (2022) den dritten Platz nach Finnland und Dänemark. Schweden war in der Lage, in den vergangenen Jahren seine Treibhausgasemissionen stärker senken zu können als die EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt. Zudem besitzt Schweden eine überdurchschnittliche Energieunabhängigkeit und gewinnt bereits mit 60 Prozent des Bruttoenergieverbrauchs einen Großteil seiner Energie aus erneuerbaren Energien (insbesondere Wasserkraft). Ein Fünftel der Landwirtschaft produziert nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus.

4.4.1 Besonderheiten der Raum- und Siedlungsstruktur

Eine Besonderheit Schwedens liegt in der ungleichen Verteilung der etwa 10,5 Millionen Einwohner (2022) innerhalb des Staatsgebiets von 450.295 km². Während der Süden des Landes dichter besiedelt ist und einen höheren Anteil urbaner Zentren aufweist (z. B. Stockholm, Göteborg, Malmö), prägen im Norden des Landes dünn besiedelte, periphere Räume das Landschaftsbild. Ungeachtet dessen besitzen aber 97 Prozent der 16- bis 74-Jährigen einen Internet- und über 90 Prozent der Haushalte einen Breitbandzugang. Die Landnutzung Schwedens wird von der Forst- und Landwirtschaft dominiert, wobei die Anteile zwischen den Landesteilen z.T. erheblich variieren. Gleichwohl gilt, dass Schweden zu über der Hälfte seiner Landesfläche ein „Waldland“ ist. Zudem gibt es Gebiete wie das offene Sumpfland oder das Fjäll, die sich weniger für eine wirtschaftliche Nutzung eignen.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat sich zwischen 2015 und 2020 um 2 Prozent erhöht. Dennoch liegt dieser im Vergleich zur Gesamtfläche Schwedens mit etwa 12.827 km² unter 5 Prozent (Statistics Sweden 2022a) und ist letztendlich auch ein Ausdruck für die geringen Bevölkerungsdichten, die in Schweden vorliegen. Dabei gilt generell, dass mit zunehmender nördlicher Breite die Bevölkerungsdichte abnimmt. Nur die Provinz Stockholm mit 371 EW je km² (Statista 2021) in Mittelschweden stellt eine Ausnahme dar.

Bei genauerer Charakterisierung der Siedlungs- und Verkehrsfläche Schwedens wird deutlich, dass etwa drei Viertel der Flächen als Verkehrsinfrastrukturen und Wohnbauflächen genutzt werden. Die kleinsten Flächenanteile entfallen auf technische Infrastrukturen, gewerbliche Tätigkeiten und Dienstleistungen sowie öffentliche Einrichtungen.

4.4.2 Demographie, Soziales und wirtschaftliche Situation im Überblick

Für Schweden wird ein Bevölkerungswachstum bis 2030 (und darüber hinaus) prognostiziert, welches sich zu 80 Prozent in den urbanen Räumen im Süden und der Mitte des Landes konzentrieren wird, während Gemeinden und Regionen im Norden einen Bevölkerungsrückgang erleben werden. Ein ähnliches Bild ist für die Entwicklung der Altersstruktur der schwedischen Bevölkerung zu erwarten. Insgesamt ist von einem fortwährenden Anstieg des durchschnittlichen Alters der Bevölkerung auszugehen, der insbesondere in den peripheren, nördlichen Regionen zu erwarten ist (Grunfelder et al. 2018).

Der steigende Altersdurchschnitt wird mitbedingt durch die steigende Lebenserwartung. Ein langes Leben ist Ausdruck für die hohe Lebensqualität, die in Schweden vorherrscht. Nicht ohne Grund belegt das Land weltweit den ersten Platz beim „Best Countries Ranking 2022“ in der Kategorie „Quality of life“ (Statista 2022a). Dennoch ergeben sich daraus

auch steigende Anforderungen in Bereichen wie der Daseinsvorsorge. Zudem gilt es weiter den von Armut gefährdeten sowie durch Wohnkosten überlasteten Anteil der Bevölkerung zu reduzieren.

Das nominale Bruttoinlandprodukt (BIP) je Einwohner liegt mit 40 113 KKS (Kaufkraftstandard; einheitliche Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und somit aussagekräftige Volumenvergleiche ermöglicht) deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Zudem konnte das BIP von 2020 zu 2021 um 5,1 Prozent gesteigert werden. Positiv ist außerdem, dass der Bruttoschuldenstand Schwedens mit 36,7 Prozent des BIP im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als gering eingestuft werden kann.

4.4.3 Verwaltungsgliederung

Schweden ist ein Einheitsstaat mit drei Regierungsebenen. Es gibt die nationale, regionale und lokale Ebene. Seit dem EU-Beitritt Schwedens 1995 spielt zudem die europäische Ebene eine wachsende Bedeutung. Das Land ist im Ministerrat der Europäischen Union vertreten und beteiligt sich direkt an europäischen Entscheidungsprozessen.

Das schwedische Volk wird auf nationaler Ebene durch das Parlament (*Riksdag*) vertreten, welche legislativen Befugnisse besitzt. Neue Gesetzesvorschläge werden vom Parlament als Entscheidungsgremium beschlossen und durch die Regierung umgesetzt. Unterstützt werden die Arbeiten der Regierung durch Regierungsbüros, zu denen mehrere Ministerien, etwa 400 zentrale Regierungsbehörden sowie Verwaltungen gehören (Government Offices of Sweden 2015).

Auf regionaler Ebene ist Schweden in 21 Provinzen (*län*) unterteilt. Politische Aufgaben werden hier von den Provinzialregierungen (*länsstyrelsen*) und den Provinziallandtagen (*landsting*) wahrgenommen. Die Entscheidungsträger in den Provinziallandtagen werden direkt von Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Provinz gewählt. Zusätzlich gibt es Behörden, die gleichzeitig auf regionaler sowie auf lokaler Ebene tätig sind (Government Offices of Sweden 2015).

Mit 290 Gemeinden (*kommun*) ist die lokale Ebene in Schweden vertreten. Durch gewählte Gemeindevertreter werden Entscheidungen über kommunale Angelegenheiten getroffen. Alle vier Jahre finden in Schweden Wahlen statt. Hier werden die Vertreterinnen und Vertreter der administrativen Einheiten durch das Volk gewählt und damit auch entschieden, von wem Schweden regiert und verwaltet wird. Durch das schwedische Kommunalverwaltungsgesetz (1992) ist die Aufteilung in Gemeinden sowie deren Organisation und Befugnisse festgelegt. Es enthält zudem Vorschriften für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden (Government Offices of Sweden 2015).

Die schwedische Verfassung regelt allgemeine Zuständigkeiten der einzelnen administrativen Ebenen. Während die nationale Ebene insbesondere für den gesetzlichen Rahmen zuständig ist, kommt der subnationalen Ebene ein hohes Maß an Autonomie und Selbstbestimmung zu (Jann und Tiessen 2008). Diese äußert sich auf regionaler und insbesondere auf lokaler Ebene im Rahmen der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung (BMVI 2015, Förster et al. 2014).

4.4.4 Raumplanung und Planungssystem

Ziel der Raumplanung in Schweden ist es, Entscheidungen darüber zu treffen, wie die Land- und Wasserflächen des Staates genutzt werden sollen. Dabei sind die unterschiedlichen öffentlichen sowie privaten Interessen und Belange miteinander abzustimmen und gegeneinander abzuwägen. Im Ergebnis gilt es, den größtmöglichen Konsens zwischen den beteiligten Akteuren zu erreichen. Grundlage für die Raumplanung in Schweden ist das Planungs- und Baugesetz (PBL). Maritime Raumplanungsinhalte sind im Umweltgesetzbuch geregelt (Boverket 2022).

Alle drei administrativen Ebenen besitzen bestimmte Kompetenzen bei der Ausgestaltung der räumlichen Planung in Schweden, wobei die lokale Ebene (also die Gemeinden) die Hauptverantwortung für die räumliche Planung trägt. Das Planungssystem verfügt über unterschiedliche Instrumente: den Regionalplan, den Gesamtplan, die Gebietsvorschriften und den Bebauungsplan. Nur die beiden zuletzt aufgeführten Dokumente besitzen für jedermann Rechtsverbindlichkeit. Der Regional- und Gesamtplan sind informell, enthalten jedoch wichtige Informationen zu grundlegenden Planungszielen der Gemeinde über einen längerfristigen Zeitraum hinweg (Boverket 2022).

Die nationale Ebene gibt über das Amt für Wohnungswesen, Bau und Planung (Boverket) den raumplanerischen Rahmen durch übergeordnete Ziele und die Festlegung von Ansprüchen von nationaler Bedeutung vor. Es existiert aber kein nationales Planungsinstrument, das die regionale und lokale Planung steuern kann. Im PBL ist jedoch

festgelegt, dass die Provinzialregierungen (länsstyrelsen) die staatlichen Interessen im Planungsprozess der Provinzen wahrnehmen und koordinieren. Ihnen gegenüber gibt es eine umfassende Informationspflicht, da diese neben nationalen Interessen auch für Angelegenheiten von interkommunalem Interesse zuständig sind. Hierunter fallen Fragen der Gesundheit, der Sicherheit und Umweltbelange (Boverket 2022).

Auf regionaler Ebene sind die raumplanerischen Kompetenzen weitgehend begrenzt und können nur ergänzend aktiviert werden, wenn gezielt für bestimmte Provinzen (wie Stockholm und Skåne) die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der lokalen Planungen im größeren räumlichen Kontext als sinnvoll erachtet wird. Die Gemeinden sind auf lokaler Ebene für räumliche Planung innerhalb ihrer administrativen Grenzen zuständig. Ausschließlich die Gemeinden haben das Recht, Pläne rechtskräftig zu verabschieden und zu entscheiden, wie Planungen umgesetzt werden (Boverket 2022).

Aktuelle Herausforderungen in der Raumplanung liegen in einer besseren (strategischen) Koordinierung von lokaler Gesamtplanung und regionalen Wachstumsbemühungen. Die für regionale Entwicklungen zuständigen Akteure sollten bei ihren regionalen Wachstumsbemühungen die räumliche Perspektive stärker fokussieren und integrieren (Nordregio o. J.).

4.4.5 Verständnis und Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung obliegen der lokalen und regionalen Ebene ein hoher Anteil an wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben. Während die Provinziallandtage vornehmlich als Träger des Gesundheitswesens fungieren, fallen den Gemeinden die Organisation des Schulwesens, der Altersfürsorge und der Behindertenpflege zu (BMVI 2015). Vor diesem Hintergrund steht Schweden vor wachsende Herausforderungen bei der Sicherstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge, nicht zuletzt auch, da ca. 70 Prozent der kommunalen Ausgaben durch eine direkt erhobene kommunale Einkommenssteuer finanziert werden (Wollmann 2008). Um die Effizienz der bereitgestellten Leistungen zu verbessern sowie die hohen Distanzen insbesondere in peripheren Regionen zu überbrücken, kommen vermehrt innovative Ansätze der Daseinsvorsorge zum Einsatz. Diese fokussieren beispielsweise die medizinische Versorgung sowie die Pflege der älteren Bevölkerungsgruppen und äußern sich in E-Health-Anwendungen, Telemedizin oder effizienteren Mobilitätsangeboten. Schweden liegt für Indikatoren im Bereich Bildung und Gesundheit über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten: Besonders bemerkenswert ist der hohe Anteil der 30- bis 34-jährigen Frauen mit Hochschulabschluss, der bei 61 Prozent liegt. Zudem sind die öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung sowie Forschung und Entwicklung mit über 10 Prozent des BIP als hoch einzustufen.

Neben der bereits betrachteten hohen Lebenserwartung der Bevölkerung in Schweden wird über die vergleichsweise hohe Zahl der gesunden Lebensjahre 65-jähriger Frauen (16,4 Jahre) und Männer (15,4 Jahre) deutlich, wie gut der allgemeine Gesundheitszustand ist. Bei der Zahl der Krankenhausbetten je 100.000 EW ist für Schweden jedoch festzustellen, dass diese deutlich unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten liegt.

(II) ZENTRALE PROJEKTERGEBNISSE

5 Governance und Herausforderungen der Daseinsvorsorgebereiche in ländlichen Räumen

5.1 Nachschulische Bildung

Nachschulische Bildung wird definiert als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ (InfoWeb Weiterbildung o.J.: o.S.). Dabei lässt sich einerseits inhaltlich differenzieren zwischen Hochschulbildung, beruflicher sowie allgemeiner und politischer Weiterbildung (Bundesministerium für Bildung und Forschung o.J.: o.S.). Andererseits lässt sich strukturell differenzieren anhand des gegebenen Grades an Formalisierung. Formale Bildung ist institutionalisiert und zielt mittels längerer Studienprogramme auf einen formalen Bildungsabschluss ab (z. B. tertiäre Hochschulausbildung, Berufsausbildung). Non-formale Bildung dagegen ist zwar institutionell eingebettet, der Lernprozess ist jedoch nicht staatlich anerkannt, oft verkürzt und i.d.R. nicht auf das Erlangen eines konkreten Abschlusses ausgerichtet (z. B. Fortbildung/Weiterbildung/(Re-)Integration in den Arbeitsmarkt). Informelles Lernen findet frei, alltäglich und ohne eine institutionelle Einbindung statt (zum Beispiel (Weiter-)Qualifizierungen) (Eurostat 2016: 14f. u. 21; Osman et al. 2017: 8). Da informelles Lernen zumeist schwer erfassbar ist (Eurostat 2022: o.S.), wurde der Fokus im Rahmen von InDaLE auf die Bereiche der formalen sowie non-formalen Bildung gelegt.

Seit etwa den 1960er Jahren wird Wissen in Europa zunehmend als öffentliches, Fortschritt bringendes Gut definiert, an dem teilzuhaben allen Menschen gleichermaßen ermöglicht werden soll (Arbo und Benneworth 2007: 11f., 23). Insbesondere dem Konzept des sogenannten *Lebenslangen Lernens* (englisch: *Lifelong Learning*) wird seit etwa den 1970er Jahren auch auf EU-Ebene wachsende Bedeutung beigemessen. Dieses beruht vor allem in einem veränderten Paradigma des Lernens, nach welchem Lernen nicht als abzuschließender, sondern als fortwährender Prozess begriffen wird (Andrzejewska et al. 2012: 4 u. 7). Über die traditionelle Dominanz formaler Bildungsinstitutionen hinausreichend, soll Lernen chancengleich, aber dennoch individuell und flexibel auf die Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen und generell die Möglichkeiten eines einzelnen Menschen ausgerichtet werden (Eurostat 2016: 4 und 9; Europäische Kommission 2001: 10; Andrzejewska et al. 2012: 9; 14; UNESCO-IBE 2012). Diesbezüglich liegt ein Augenmerk auch auf erweiterten Zertifizierungsmöglichkeiten von auf non-formalem oder informellem Weg erlangten Qualifikationen (Andrzejewska et al. 2012: 7).

5.1.1 Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich

In **Deutschland** werden die politischen Verantwortlichkeiten im Bildungssektor durch das Grundgesetz definiert. Insofern in diesem nicht der Bundesregierung die legislative Verantwortung zugesprochen wird, besitzen die Bundesländer das Recht der Legislative: Legislative und Administration des Schulsektors, der höheren Bildung sowie der Erwachsenen- und Weiterbildung sind nahezu ausschließlich Ländersache. Zusätzlich werden sogenannte „Gemeinschaftsaufgaben“ festgelegt, welche Bereiche der Kooperation zwischen Bundesregierung und Ländern vorsehen. Im Bereich der non-formalen Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung beschränken sich staatliche Aktivitäten hauptsächlich auf das Festlegen von Prinzipien und Regulierungen bezüglich Organisation und Finanzierung. Diese sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gesetzlich verankert und sollen optimale Bedingungen für den Beitrag von Weiterbildung zu lebenslangem Lernen schaffen. Grundsätzlich gewinnt Weiterbildung in Deutschland an Bedeutung und entwickelt sich zunehmend zu einem eigenständigen Bildungsfeld (Eurydice 2022a: o.S.). Lebenslanges Lernen wird in Deutschland vor allem im Hinblick auf Erwachsenenbildung thematisiert (Andrzejewska et al. 2012: 9).

Die Kommunen zielen im Rahmen ihrer Entwicklungsstrategien vielfach darauf ab, ihren Bürger:innen einen gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungs- und Lernangeboten zusichern zu können. In diesem Sinne wird Bildung, und damit auch nachschulische Bildung, als Teil einer dezentralen Daseinsvorsorge begriffen. Dessen kommunale Gewährleistung basiert innerhalb eines komplexen Mehrebenensystems auf der Zusammenarbeit von staatlichen, nichtstaatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Institutionen und Organisationen der lokalen Wirtschaft sowie den Nutzer:innen selbst (Auflösung des Dualismus von „Top Down“ und „Bottom Up“)

(Andrzejewska et al. 2012: 1; 17; 19f.; Olk 2010). Es lässt sich unterscheiden zwischen Bereichen unmittelbarer bildungspolitischer Verantwortung auf kommunaler Ebene und Bereichen, die auf eine kommunalpolitische Einflussnahme beschränkt sind. Während Erwachsenenbildung generell im direkten Verantwortungsbereich der kommunalen Verwaltung liegt, können Teile der non-formalen Bildung, z. B. berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, sowie informelle Lernfelder nur indirekt gesteuert werden (Baethge-Kinsky 2012: 23; Andrzejewska et al. 2012: 19).

Im Unterschied zu Deutschland als eigenständigem Staat ist **Schottland** nicht losgelöst vom Vereinigten Königreich zu betrachten (Pilz 2010: 11). Dennoch spiegelt sich die politische Sonderrolle Schottlands innerhalb Großbritanniens auch im schottischen Bildungssystem wider: Während die (Aus-) Bildungssysteme von England, Wales und Nordirland sich weitestgehend ähneln, unterscheiden sich Politik und Praxis des schottischen Bildungssystems (insbesondere der Schulbildung) in vielen Aspekten deutlich vom restlichen Großbritannien (UNESCO-IBE 2012: o.S.).

Schottland hat eine lange Geschichte der pluralistischen Organisation von Bildung (Clark 2017: 3). Eingeleitet durch die Verabschiedung des *Scotland Act* werden sämtliche Aspekte des nationalen Bildungswesens seit 1999 dezentral durch die schottische Regionalregierung verantwortet (Pilz 2010: 12; UNESCO-IBE 2012: o.S.). Die legale Grundlage des schottischen Bildungssystems besteht in einer Reihe sogenannter *Education (Scotland) Acts*. Diese sind vielfach reformierte, spezifisch auf Schottland ausgerichtete Gesetze des britischen bzw. seit 1999 des schottischen Parlaments. In ihnen werden die Organisation, Verwaltung und generell die Zuständigkeiten des nationalen Bildungssektors geregelt (Pilz 2010: 22f.; UNESCO-IBE 2012: o.S.). Verschiedene Reformen des *Local Government (Scotland) Act* (1994) legten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der 32 Lokalregierungen der *Council Areas* mit der zentralen Regierung auch im Bildungssektor fest. Für Belange der nachschulischen Bildung ebenso wie für die Zusammenarbeit mit Lokalregierungen, der Finanzierung sowie Zertifizierung und Qualitätssicherung ist auf nationaler Ebene das *Cabinet Secretary for Education and Lifelong Learning* zuständig. Durch dieses wurde 2011 *Education Scotland* als staatliches Exekutivorgan etabliert. Divers spezialisierte Regierungsorganisationen wurden begründet, darunter auch die Dachorganisationen *Universities Scotland* und *Colleges Scotland*, welche auf die Förderung tertiärer Bildungsinstitutionen sowie zentraler Entwicklungen und Innovationen im Weiterbildungssektor ausgerichtet sind (UNESCO-IBE 2012: o.S.).

Die Lokalregierungen sind zur Einbeziehung lokaler Partner in Planungsprozesse und deren Umsetzung im Hinblick auf Bildung verpflichtet. Neben der Verantwortung für das Schulsystem liegen auch die Bereitstellung und Finanzierung der meisten Bildungsdienstleistungen sowie die Umsetzung nationaler Erlasse in der Hand der lokalen Autoritäten (Pilz 2010: 12; UNESCO-IBE 2012: o.S.).

Ähnlich zu Deutschland ist auch das Bildungssystem **Schwedens** dezentral aufgebaut, wird jedoch in seinen Zielen zentral definiert. Gesetzgebend ist das Parlament, gesamtverantwortlich und richtungsweisend für die nationale Bildung ist die Regierung (Ministerium für Bildung und Forschung, *utbildningsdepartamentet*). Rahmengebend werden im Bildungs- und Hochschulbildungsgesetz (*Skollag* bzw. *Högskolelag*) übergeordnete Lernziele festgeschrieben, deren Umsetzung durch die Kommunen bzw. Institutionen tertiärer Bildung relativ autonom zu planen, zu realisieren und anschließend zu evaluieren ist. Die nationale Qualitätssicherung von (höherer) Bildung stellt eine der Hauptaufgaben der schwedischen Bildungsbehörde bzw. der schwedischen Hochschulbehörde dar (Eurydice 2022b: o.S.; OECD 2000: 32f.).

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts kommt non-formaler Erwachsenenbildung in Schweden eine wichtige gesellschaftliche, volkswirtschaftliche und politische Rolle zu (OECD 2000: 9, 11f.). Im europäischen Vergleich besteht hier der größte Anteil von an Weiterbildungsangeboten teilnehmenden Erwachsenen. Lebenslanges Lernen zu stärken gilt als ein übergeordnetes Ziel des schwedischen Bildungssystems, welches sich schon im Schulsystem widerspiegelt (Eurydice 2022b: o.S.; Ministry of Education and Research 2007). Ein nationaler Qualifikationsrahmen wurde eingeführt, um Qualifikationen auf Regierungsebene vergleichbar zu machen. Verantwortet wird dies durch Nationale Behörde für Höhere Berufliche Bildung (*Myndigheten för yrkehögskolan*), welche allgemein für den Rahmen der höheren beruflichen Bildung im Land zuständig ist (Eurydice 2022b: o.S.).

Die schwedischen Kommunen, nur in Teilen auch die Landkreise (*landsting*), sind gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Bürger:innen grundlegende Bildung zu ermöglichen. So tragen sie die Verantwortung für die schulische Grundbildung bis zum Gymnasium und für kommunale Erwachsenenbildung, einschließlich des Schwedisch-Unterrichts für

Einwanderer und Bildung für Menschen mit Beeinträchtigungen (Eurydice 2022b: o.S.; OECD 2000: 7 u. 26f.). Unterstützend können die Kommunen externe Organisationen beauftragen (Eurydice 2022b: o.S.).

Bildungsinstitutionen

Die Institutionen formaler nachschulischer Bildung in **Deutschland** sind vielfältig. Institutionen der tertiären Bildung umfassen u. a. Universitäten und (Fach-/Kunst-/Musik-)Hochschulen, spezifische Bildungseinrichtungen der Bundeswehr, Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien (Teilnahme ohne Hochschul-zugangsberechtigung möglich), staatlich anerkannte oder in Firmen eingebettete Studienakademien sowie Institutionen höherer beruflicher Bildung für anerkannte Ausbildungsberufe (Fachschulen und Fachakademien in Bayern) (Eurydice 2022a: o.S.). Berufsausbildungen sind häufig dual organisiert und vereinen eine schulische mit einer berufspraktischen Ausbildung am Arbeitsplatz. Institutionen der non-formalen Weiterbildung umfassen u. a. kommunale Institutionen (z. B. Volkshochschulen), private und kirchliche Institutionen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Parteien, Vereine, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, Bildungszentren sowie spezielle Akademien und Fachschulen (Eurydice 2022a: o.S.).

Auch in **Schottland** findet formale und non-formale nachschulische Bildung an Universitäten und (Fach-, Kunst-, Musik-, landwirtschaftlichen) Hochschulen (formal) sowie sonstigen weiterbildenden und berufsbildenden Hochschulen (formal/non-formal) statt. Nur erstere dürfen direkt oder indirekt akademische Grade verleihen (UNESCO-IBE 2012: o.S.). Sonstige öffentliche Erwachsenenbildung kann u. a. im Rahmen des Erwerbs zertifizierter beruflicher Qualifikationen (*Scottish Vocational Qualifications*) geschehen, ergänzt durch andere, vor allen Dingen berufsorientierte Programme und Kurse (Pilz 2010: 43f. und 54f.) Deren Träger können Hochschulen, Universitäten, Trainingszentren und Unternehmen sein (Pilz 2010: 77). Anders als in Deutschland verläuft die Grenze zwischen einer ersten beruflichen (Aus-)Bildung und Weiterbildung in Schottland fließend (Pilz 2010: 36).

Parallel umfassen auch die Institutionen tertiärer Bildung in **Schweden** einerseits jeweils staatliche oder private Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen und unabhängige Institutionen für Hochschulbildung. Andererseits bestehen duale Berufsakademien (*Yrkehögskolor*), welche u. a. durch staatliche Universitäten und Fachhochschulen, Kommunen, Landkreise und unabhängige Bildungsanbieter getragen werden. Neben Ausbildungsprogrammen werden auch kürzere, jedoch mindestens halbjährige, an den Arbeitsmarkt angepasste Kurse für höhere berufliche Bildung angeboten. Diese werden in Kooperation mit Unternehmen gestaltet und die erlangten Qualifikationen werden formal zertifiziert. Neben der kommunalen Erwachsenenbildung bieten auch zahlreiche Volkshochschulen, Studienverbände sowie private Anbieter schulabschluss-unabhängige, non-formale Bildungsangebote unterschiedlicher Länge an (Eurydice 2022b: o.S.; OECD 2000: 8 und 27-31).

Finanzierung

Mit wenigen Ausnahmen werden die öffentlichen Institutionen höherer Bildung in **Deutschland** durch die Länder unterhalten, wobei ihnen benötigte Mittel durch das jeweilige Bildungs- bzw. Wissenschaftsministerium zur Verfügung gestellt werden. Bedürftige Nutzer:innen können unter bestimmten Voraussetzungen eine staatliche finanzielle Unterstützung zur anteiligen Deckung der Studienkosten sowie der begleitenden Lebenserhaltungskosten beantragen. Die Kosten dualer Berufsausbildungen werden in Teilen durch öffentliche Gelder, in Teilen durch die beteiligten Unternehmen übernommen (Eurydice 2022a: o.S.). Im europäischen Vergleich sind die öffentlichen Ausgaben für berufliche Bildung in Relation zum GDP in Deutschland durchschnittlich, die privaten überdurchschnittlich (Busemeyer 2014: 59f.)

In **Schottland** ist seit seiner Gründung im Jahr 2005 der *Scottish Further and Higher Education Funding Council* (kurz *Scottish Funding Council*) für die öffentliche Finanzierung von beruflicher und tertiärer Bildung an Hochschulen und Universitäten zuständig. Deren Kosten werden außerdem durch Studienbeiträge sowie durch Einkünfte aus sonstigen Dienstleistungen (Eigenfinanzierung) mitgetragen (Pilz 2010: 25; UNESCO-IBE 2012: o.S.). Die öffentlich geförderte Organisation *Scottish Enterprise*, die schottische Agentur für Wirtschaftsentwicklung, stellt finanzielle Mittel für berufliche Aus- und Weiterbildung bereit (Pilz 2010: 26). In Großbritannien resultiert aus europäischer Sicht aus unterdurchschnittlichen öffentlichen Bildungsausgaben und durchschnittlichen Zuzahlungen durch Arbeitgeber eine zu einem überdurchschnittlichen Anteil privat finanzierte berufliche Bildung (Busemeyer 2014: 59f.).

Sowohl für öffentlich gestützte höhere Bildung als auch für Berufsausbildungen fallen für Staatsbürger:innen in **Schweden** keine Studiengebühren an. Öffentliche und bei Akkreditierung auch private Institutionen tertiärer Bildung werden direkt aus staatlichen Mitteln des Ministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Auch Programme und Kurse unabhängiger Bildungsanbieter sind generell öffentlich gefördert und nur im Falle unternehmensinterner Weiterbildungen kostenpflichtig. Diese Kostenübernahme gilt auch für die staatliche und kommunale Erwachsenenbildung, dennoch stammt der größte Teil kommunaler Bildungsgelder aus Steuereinnahmen der Kommunen (Eurydice 2022b: o.S.; OECD 2000: 23). Öffentliche Gelder für Erwachsenenbildung werden durch den Schwedischen Rat für Erwachsenenbildung (*Folkbildningsrådet*) verwaltet (Eurydice 2022b: o.S.; OECD 2000: 33). Private Anbieter von Erwachsenenbildung verlangen oftmals Gebühren. Schwedische Staatsbürger bis 56 Jahren haben, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, ein Anrecht auf unterstützende Studiendarlehen für akkreditierte postsekundäre Bildung. Die Vergabe sowie die Rückzahlung der Mittel werden durch das Zentralamt für Studienbeihilfen (*Centrala studiestödnämnden*) administriert. Schweden gehört zu den EU-Ländern mit den höchsten öffentlichen Bildungsausgaben im Verhältnis zum GDP. Dagegen ist die finanzielle Beteiligung von Arbeitgebern unterdurchschnittlich (Busemeyer 2014: 59f.; Eurydice 2022b: o.S.).

5.1.2 Herausforderungen in ländlichen Räumen

Aus einem Streben nach universalem Wissen suchten sich formale Bildungsstätten wie Universitäten in Europa historisch vorwiegend von ihren konkreten Standorten zu lösen und sich in die hierarchisch strukturierten nationalen Bildungssysteme einzuordnen. Das hatte eine Homogenisierung der inländischen Bildung mit einem Fokus auf städtische Räume zur Folge (Arbo und Benneworth 2007: 21). Diese traditionelle, inhaltliche und räumliche, urbane Zentralität stellt noch immer eine Barriere für die Bedarfsdeckung von Bildung in ländlichen Räumen dar, woraus Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land resultieren (Batterbury und Hill 2004: 38-40). Konkret wird der Zugang zu Bildung in ländlichen Räumen, neben individuellen und finanziellen Umständen, oftmals durch fehlende Verkehrsinfrastrukturen und angesichts der Bedeutung der Digitalisierung z.T. auch durch unzureichende Internetanbindung in Form von Breitband erschwert (Macintyre und Macdonald 2011: 1, 3; Mackie et al. 2019: 3, 6; Tent et al. 2021: 88).

Weiterhin hat auch der demographische Wandel weitreichende Auswirkungen auf den Erhalt von Bildungsinstitutionen und die Bereitstellung von nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen (Tent et al. 2021: 88). Letztendlich erweisen sich die Aspekte von Zentralität und Demographie als eng verwoben. Länderübergreifend verlassen insbesondere junge Menschen im Angesicht mangelnder (attraktiver) Bildungs- und Arbeitsangebote ihre ländlichen Heimatregionen (Batterbury und Hill 2004: 38-40; Mose 2022: 45-47; Pilz 2010: 17). Zum einen führt dies zu einem Verlust von (potenziellen) Fähigkeiten und Wissen auf lokaler Ebene („brain drain“-Phänomen; Arbo und Benneworth 2007: 41). Zum anderen werden regionale demographische Entwicklungen einer alternden Bevölkerung verstärkt (Tent et al. 2021: 88).

Erfolgreiche Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte stellt in ländlichen Räumen vielfach eine Herausforderung dar. Kontinuierliche, u. a. technologische Veränderungen in den Anforderungen des Arbeitsmarkts verstärken dies und verweisen zugleich auf die zunehmende Wichtigkeit lebenslanger Fortbildungsmöglichkeiten auch in ländlichen Räumen (Tent et al. 2021: 91). Lokal benötigte Fähigkeiten auch lokal erlernen zu können, wird daher als bedeutsam begriffen (Jonda 2009: 194f.). Inzwischen werden an lokale Bedürfnisse und Möglichkeiten angepasstes Wissen und Wissensvermittlung in Form von höherer Bildung und Weiterbildung als wichtige Faktoren für regionalen wirtschaftlichen Wohlstand eingestuft (Arbo und Benneworth 2007: 15; Batterbury und Hill 2004: 38-40; Kwiek 2012: 78f.). Indem Institutionen wie z. B. Universitäten externes Wissen aufnehmen und in die Region bringen, insbesondere bei Kooperationen mit Unternehmen vor Ort, wirken sie innovationsfördernd. Die Etablierung von Bildungsinstitutionen in ländlichen Räumen gilt als ein entscheidender Standortfaktor für regionale Entwicklung (Tent et al. 2021: 88).

Dezentral organisierte, jedoch zugleich digital und persönlich vernetzte, ländliche Bildungsinstitutionen (z. B. die schottische *University of the Highlands and Islands*, Mose 2022: 47f.) oder der generell verstärkte Einsatz digitaler Methoden im Bildungswesen, z. B. In Schweden (Siljebo 2020: 25), stellen beispielhafte Ansätze dar, um traditionelle Barrieren von Bildung in peripheren Regionen zu überwinden.

5.2 Medizinische Versorgung und Pflege

Medizinische Versorgung und Pflege gehören zu den Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und weisen ein breites Spektrum auf. Sie umfassen zum einen die allgemeinärztliche sowie fachärztliche Versorgung der Bevölkerung sowie die stationäre Betreuung in Krankenhäusern und Fachkliniken. Zum anderen fällt auch die ambulante und stationäre Pflege der älteren Bevölkerung in diesen Aufgabenbereich. Aufgrund der großen Breite des Daseinsvorsorgebereichs handelt es sich bei der medizinischen Versorgung und Pflege um Themen, deren Leistungen früher oder später von jedem Menschen in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Qualität dieser Leistungen einen umso größeren und unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger.

5.2.1 Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich

In **Deutschland** ist auf Bundesebene das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für die Gestaltung der Gesundheitspolitik verantwortlich, hier werden Gesetze vorbereitet und Verwaltungsvorschriften erarbeitet (BMG 2023). Spezialisierte Institutionen sowie Behörden unterstützen diese Arbeit und befassen sich mit übergeordneten Fragestellungen der Gesundheitspolitik. Diese erarbeiten unter anderem Empfehlungen zur Zulassung von Arzneimitteln oder Behandlungsmethoden. Darauf aufbauend ergeben sich die staatlichen Vorgaben sowie der Rahmen für die medizinische Versorgung durch Bund, Länder und Kommunen.

Ein wichtiges Organ der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ist der Gemeinsame Bundesausschuss im Gesundheitswesen (G-BA). Durch verbindliche Richtlinien bestimmt er staatliche Vorgaben und Gesetze zur gesundheitlichen Versorgung näher. Der G-BA vertritt etwa 74 Mio. Menschen (etwa 90 % der Bevölkerung), die in Deutschland gesetzlich krankenversichert sind (vdek 2023).

Ziel ist es, den Anspruch der Versicherten auf eine ausreichende, zweckmäßige sowie wirtschaftliche Gesundheitsversorgung zu sichern. Der G-BA legt die Leistungen fest, die bei medizinischer Versorgung von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Zudem nimmt er Aufgaben im Bereich Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung wahr (G-BA 2023). Die Mitglieder im G-BA sind Vertretende der gesetzlichen Krankenkassen (der GKV-Spitzenverband), der Leistungserbringer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) sowie Patientenvertreterinnen und -vertreter.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben die Pflicht, Bürgerinnen und Bürger zu versichern und dafür Sorge zu tragen, dass sie medizinische Leistungen erhalten. Dazu schließen sie Verträge mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen ab (u. a. mit Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, Verbänden der Ärzte, Krankenhäusern etc.). Der Verband aller gesetzlichen Krankenkassen auf Bundesebene nennt sich GKV-Spitzenverband. Er übernimmt gesetzlich bestimmte Aufgaben und vertritt Interessen der verschiedenen Kassen (BMG 2023a). Die privaten Krankenversicherungen bieten ihren Kundinnen und Kunden entweder Voll-, Teil- oder Zusatzversicherungen. Ihre Interessenvertretung ist der PKV-Verband.

Für die medizinische Versorgung der Bevölkerung standen in Deutschland 2020 mehr als 1.880 Krankenhäuser zur Verfügung (Destatis 2022). In der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung der Bevölkerung waren Ende 2022 etwa 152.700 Ärztinnen und Ärzte sowie etwa 32.600 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten tätig (KBV 2023). Für die Versorgung mit Arzneimitteln und Medikamenten sind etwa 18.460 Apotheken aktiv (ABDA 2022). Im Jahr 2020 wurden in Deutschland für die Gesundheitsvorsorge über 440 Milliarden Euro ausgegeben (Destatis 2023). Die Ausgaben für die medizinische Gesundheitsversorgung refinanzieren sich größtenteils über die Beiträge zu den Krankenversicherungen der Unternehmen und Versicherten und aus steuerlichen Zuschüssen.

Das deutsche Gesundheitssystem ist in ambulante und stationäre Behandlungen unterteilt. Für Patientinnen und Patienten besteht freie Arzt- und Klinikwahl. Die Trägerschaft der Krankenhäuser teilt sich in öffentliche, freigemeinnützige und private Einrichtungen auf. Ist eine Person nicht im Stande, körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen ohne Hilfe anderer auszugleichen oder zu bewältigen, bspw. sich im Alltag selbstständig zu versorgen, kann Pflege in Anspruch genommen werden.

Um Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in bestmöglicher Weise zu unterstützen, wurde 1995 eine umfassende Versicherungspflicht für alle Versicherten für das Pflegerisiko eingeführt. Die sogenannte soziale Pflegeversicherung wird zu gleichen Teilen von Arbeitgebern sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert. Damit werden aber nicht alle Kosten abgedeckt. Einen gewissen Restbetrag tragen die Pflegebedürftigen oder ihre Angehörigen selbst oder im Bedarfsfall die Sozialhilfe. Leistungen werden entsprechend festgestellter Pflegegrade gewährt (BMG 2020). Durchschnittlich rund 4,9 Mio. Menschen nahmen im Jahr 2021 Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch. Die meisten davon (über 4 Mio.) wurden ambulant gepflegt. Stationär wurden 2021 rund 900.000 Menschen versorgt, so die Statistik der Pflegekassen und privaten Pflegeversicherungen (BMG 2023b).

Schwedens Gesundheitssystem wird national geregelt, jedoch lokal verwaltet. Die grundsätzliche Gesundheitspolitik wird durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales festgelegt. Die Provinzen und Gemeinden finanzieren und leisten die Gesundheitsdienste. Dabei erfolgt die Finanzierung über Steuergelder. Von der Regierung werden zudem in gewissem Maße Zuschüsse gewährt. Die Einwohner Schwedens werden automatisch im Gesundheitssystem registriert. Zu den abgedeckten Leistungen gehören neben der stationären, ambulanten und zahnärztlichen Versorgung auch die psychische Gesundheits- und Langzeitpflege sowie Medikamente mit Verschreibungspflicht. Die Versicherten haben im gewissen Umfang aber auch Zahlungen zu leisten. Dabei legen die Provinzen die Leistungserbringergebühren sowie die Zuzahlungssätze für Dienstleistungen fest. Zahnärztliche und pharmazeutische Leistungen werden jedoch national festgelegt und darüber hinaus auch subventioniert (The Commonwealth Fund 2020).

Im Gesundheitssystem Schwedens gelten drei Grundprinzipien: Alle Menschen haben den gleichen Anspruch auf Würde sowie die gleichen Rechte, unabhängig von ihrer Stellung in der Gemeinschaft (Menschenwürde). Die Bedürftigsten werden vorrangig behandelt (Not und Solidarität). Wenn Entscheidungen getroffen werden müssen, soll ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen bestehen, wobei die Kosten im Verhältnis zur Verbesserung der Gesundheit gesehen werden (Kosteneffizienz) (The Commonwealth Fund 2020). Obwohl die schwedische Krankenversicherung viele Aspekte abdeckt, besitzen etwa 13 % der Einwohner Schwedens eine private Zusatzversicherung. Diese garantiert einen verbesserten Zugang zu privaten Fachärzten. Die Höhe der Versicherungsbeiträge der privaten Zusatzversicherung hängt vom Alter und dem vereinbarten Leistungsspektrum ab (The Commonwealth Fund 2020).

Die Verantwortung für die Organisation sowie Finanzierung der Pflege liegt zunächst einmal auf staatlicher Ebene. Zudem liegen die Rahmengesetzgebung sowie die Aufsichts- und Beratungsfunktion beim Staat. Das Pflegesystem gilt als umfassend. Es verfolgt die grundsätzliche Absicht ein „Altern in Würde“ zu ermöglichen. Bei der konkreten Steuerung hat die staatliche Ebene jedoch eine untergeordnete Rolle, da Zuständigkeiten für das Sozialwesen (beinhaltet auch die Pflege) an die Regionen und Gemeinden übertragen werden (Kraus et al. 2020).

Die Versorgung in der Kranken- und Altenpflege wird durch die Gemeinden bürgernah organisiert und aus Steuern finanziert. Gewährt werden sowohl Geld- als auch Sachleistungen. Die Dienstleistungen stehen nach Bedarf zur Verfügung. Die Feststellung, wer einen Anspruch auf Pflegeleistungen hat, obliegt der Gemeinde. Dafür wird eine Bedarfsprüfung durchgeführt. Unbeachtet bleibt dabei die finanzielle Bedürftigkeit der pflegebedürftigen Personen. Der Gemeinde steht es frei, zu bestimmen und zu entscheiden, wer Anspruch auf Pflegeleistungen hat und wie dieser umgesetzt wird. Die Pflegebedürftigkeit wird durch die Hausärztin bzw. den Hausarzt bestimmt. Da es im Zuge der Leistungserbringung für die Gemeinde hinsichtlich Art und Umfang keine verbindlichen zentralen Vorgaben gibt, kommt es zu regionalen Unterschieden. Die Gemeinde entscheidet selbstständig über den Anteil der zu erhebenden Steuern, die zur Refinanzierung der Pflegeleistungen notwendig sind. Private Pflegeversicherungen und private Anbieter spielen in Schweden eine geringe Rolle (Kraus et al. 2020).

Das Gesundheitssystem in **Österreich** ist öffentlich organisiert. Dabei sind Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherung und gesetzliche Interessenvertretungen für Teilbereiche des Gesundheitswesens zuständig (GESUNDHEIT.GV.AT 2019). Der Bund ist allgemein für die Gesetzgebung (im Spitalsbereich nur für die Grundsatzgesetzgebung), die Gesundheitsberufe, das öffentliche Gesundheits- und Arzneimittelwesen etc. zuständig.

Die Ausführungsgesetzgebung sowie die Sicherstellung der Spitalversorgung ist Angelegenheit der Länder. Zudem wird auch die Gesundheitsverwaltung von den Ländern wahrgenommen und organisiert. Hierbei unterstützen die Gemeinden. Da sich Bund, Länder und Gemeinden sowie Sozialversicherung (regelt bspw. die Versorgung mit Ärztinnen

und Ärzten) die Finanzierung der Gesundheitsversorgung aufteilen, sind zwingend Entscheidungen untereinander abzustimmen. Dies erfolgt über Verträge bzw. Vereinbarungen (GESUNDHEIT.GV.AT 2019).

Finanziert wird das Gesundheitssystem über einen Mix aus steuerfinanzierten öffentlichen Geldern, Sozialversicherungsbeiträgen und privaten Zuzahlungen. Private Zuzahlungen sind dabei Rezeptgebühren, Tagegelder bei Aufenthalten im Spital, Selbstbehalte oder auch private Krankenversicherungen. Die Finanzierung des Gesundheitssystems erfolgt nach dem Solidarprinzip (Einkommen, Alter etc. spielen keine Rolle) und garantiert somit einen gerechten Zugang zu Gesundheitsleistungen. Die Sozialversicherung wird über die Beiträge der Versicherten finanziert (GESUNDHEIT.GV.AT 2019).

Das Sozialversicherungssystem ist das Fundament des Gesundheitswesens. Es baut auf dem Modell der Pflichtversicherung auf und umfasst die Zweige Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung. Fast die gesamte Bevölkerung ist daher durch eine Krankenversicherung geschützt. Die Pflichtversicherung ist grundsätzlich an eine Erwerbstätigkeit geknüpft. Es können dabei Familienangehörige oder Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner mitversichert sein. Zudem gibt es Regelungen für Pensionäre und Arbeitslose (GESUNDHEIT.GV.AT 2019).

Die Pflege in Österreich ist Teil des Sozialsystems. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit umfasst dieses vor allem Geldleistungen in Form von Pflegegeld. Zudem können auch Zuschüsse für festgelegte Leistungen gezahlt werden. Sachleistungen kommen lediglich indirekt zur Anwendung. Zum Beispiel, indem Pflegeeinrichtungen aus Steuergeldern erbaut werden, aber die Kosten dafür nicht auf die Finanzierung des Pflegeheimplatzes umgelegt werden. Grundsätzlich existiert ein Geldleistungsprinzip. Dadurch obliegt die Organisation der Pflege bei der Patientin oder dem Patienten bzw. den pflegenden Angehörigen. Das Pflegewesen ist vom Gesundheitswesen weitgehend getrennt und wird durch erhebliche Selbstbehalte (bspw. in Form informeller Pflege) getragen. Die Selbstbehalte sind vor allem bei den Patientinnen und Patienten am höchsten, die noch wenig Hilfe benötigen (Pichlbauer 2018).

5.2.2 Herausforderungen in ländlichen Räumen

Insbesondere in ländlichen Räumen sehen wir große Herausforderungen bei der medizinischen Versorgung und Pflege. So entsteht bspw. in Deutschland bei einer alternden Bevölkerung ein höherer Pflegebedarf, verbunden mit dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben im Alter (An der Heiden et al. 2012: 4). Häusliche Pflege und ambulante Pflegedienste sind hier gleichermaßen gefragt, dazu gute Pflegeberatung und -information zur Verfügung zu stellen. Bei abnehmenden Zahlen der erwerbstätigen Bevölkerung sind jedoch Defizite in der Finanzierung der Leistungen und überlastete kommunale Haushalte absehbar.

Niedergelassene Hausärzte in ländlichen Räumen weisen zudem oft ein hohes Durchschnittsalter auf, und jüngere Ärzte empfinden eine Tätigkeit in ländlichen Räumen zunehmend als unattraktiv (höhere Arbeitsbelastung und unterdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten) (Winter 2020: 304-306). Die mangelnde Nachbesetzung freierwerdender Arztpraxen führt zu einem Allokationsproblem in der ärztlichen Versorgung zu Ungunsten der Regionen („Landarztproblematik“) (Schade 2012: 1). Zurückgehende Gesundheitseinrichtungen in der Fläche führen zu langen Wegen für die Patienten, was zu Versorgungsdefiziten führt, die sich auf den hausärztlichen Bereich beziehen. Dies gilt auch für die Erreichbarkeit von Apotheken und Krankenhäusern. Erschwerend kommt zum genannten Fachkräftemangel dazu, dass auch in der Pflege die Anzahl der Auszubildenden im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geringer ist (Ortner et al. 2023).

Im Bereich medizinische Versorgung und Pflege werden dringend zielführende Lösungen benötigt. Standortbindungen müssen gelöst und der Entfernungen überbrückt werden. Es bedarf der Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Leistungen. Qualifizierte Fachkräfte müssen ausgebildet und angeworben werden. Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge werden benötigt, um zukünftig die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sichern zu können. Diese beinhalten sozialen Innovationen, die neuen Möglichkeiten zur Erreichung gesellschaftlich relevanter Ziele bereitstellen (Ortner et al. 2023).

Schweden zeichnet aus, dass die Bevölkerung ungleich verteilt ist. Der Süden ist dichter besiedelt – hier liegt ein höherer Anteil urbaner Zentren, wo hingegen Schwedens Norden ein dünn besiedelter, periphere Raum ist (Grunfelder et al. 2018: 25-32). Insgesamt wird für Schweden bis 2030 ein Bevölkerungswachstum vorausgesagt, dass sich jedoch zu 80 % auf die urbanen Räume im Süden des Landes konzentrieren soll, während die Regionen im Norden demnach einen Bevölkerungsrückgang erleben werden. Es wird ein Anstieg des durchschnittlichen Alters der Bevölkerung erwartet,

speziell in den peripheren, nördlichen Regionen (Grunfelder et al. 2018: 25-32). Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird von ca. 20 % auf etwa 25 % bis zum Jahr 2050 ansteigen (Statista 2022).

Vor ähnlichen Herausforderungen steht auch Österreich: Derzeit leben etwa 60 % der Bevölkerung in urbanen Räumen (Statista 2022c). Hier wird ein Bevölkerungswachstum erwartet, wobei der Anteil der über 65-Jährigen von etwa 19 % im Jahr 2021 auf fast 28 % im Jahr 2050 steigen wird (Statistik Austria 2022). Auch Österreich weist Besonderheiten in der räumlichen Struktur auf. Das Land ist stark geprägt durch Berglandschaften verbunden mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte sowie einer zum Teil erschwerten Erreichbarkeit. Gerade hier sind Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen: Vor allem unter den 18- bis 26-Jährigen zeigt sich eine negative Wanderungsbilanz, wohingegen Ältere in den Regionen verbleiben (Dax et al. 2016: 26-28).

Beide Länder zeichnen sich durch ihre langjährigen Erfahrungen in der Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege in peripheren ländlichen Räumen aus. Vermehrt werden innovative Lösungsansätze verfolgt, um die Effizienz der bereitgestellten Leistungen zu verbessern sowie die hohen Distanzen in diesen Regionen zu überbrücken. Diese Länder verfolgen Strategien wie beispielsweise E-Health-Anwendungen, die bewusste Koordination und Neustrukturierung bestehender Gesundheits- und Pflegeinfrastrukturen sowie die gezielte Ausbildung und Anwerbung von qualifizierten Fachkräften (Ortner et al. 2023).

5.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Der Daseinsvorsorgebereich nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr besteht aus drei Aufgabenbereichen: Brandschutz und technische Hilfeleistung (in der Verantwortung der Feuerwehren), Katastrophenschutz (in der Koordinierung des Staates) und Rettungsdienste verschiedenster Art (gewährleistet durch Hilfs- und Rettungsorganisationen, darunter in manchen deutschen Bundesländern auch die Feuerwehr). Die Forschung in InDaLE konzentrierte sich auf Freiwillige Feuerwehren, die in allen untersuchten Ländern vor allem in den ersten beiden Bereichen tätig sind. Das Aufgabenspektrum der Feuerwehren geht dabei weit über den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz hinaus und umfasst eine Vielzahl und Vielfalt technischer Hilfeleistungen (z. B. Bergung verunfallter Fahrzeuge, Hilfeleistung bei Überschwemmungen) und in manchen Bundesländern in Deutschland darüber hinaus die Notfallversorgung im Rettungsdienst. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Governance-Arrangements in den drei untersuchten Ländern dargestellt.

5.3.1 Governancestrukturen im Daseinsvorsorgebereich

In **Deutschland** gibt es fünf Arten von Feuerwehren: Freiwillige Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werkfeuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Bundeswehrfeuerwehren. 95 % der deutschen Feuerwehrangehörigen engagieren sich ehrenamtlich. Freiwillige Feuerwehren sind flächendeckend in ländlichen Regionen etabliert, Berufsfeuerwehren werden nur in den Großstädten betrieben (je nach gesetzlichen Vorgaben der Bundesländer – in der Regel ab einer gewissen Einwohnerzahl und/oder nach dem Zentrale-Orte-Prinzip). Zusätzlich gibt es einige Mittelstädte mit Hauptberuflichen Wachbereitschaften, und auch Großstädte verfügen insbesondere in den Randbezirken über Freiwillige Feuerwehren (Steinführer und Brad 2022).

Laut den Brandschutzgesetzen aller Bundesländer ist die Aufrechterhaltung, Aus- und Weiterbildung, Finanzierung und Ausrüstung einer Feuerwehr sowie die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans eine kommunale Pflichtaufgabe (Abb. 10). Über die Feuerschutzsteuer, den kommunalen Finanzausgleich und andere Sondermittel erhalten die Kommunen jedoch finanzielle Unterstützung vom Land u. a. für bauliche Investitionen und den Kauf von Geräten. Zur Unterstützung der Aus- und Weiterbildung betreibt das jeweils zuständige Fachministerium jedes Bundeslandes (i.d.R. das Innenministerium) eine Landesfeuerweherschule.

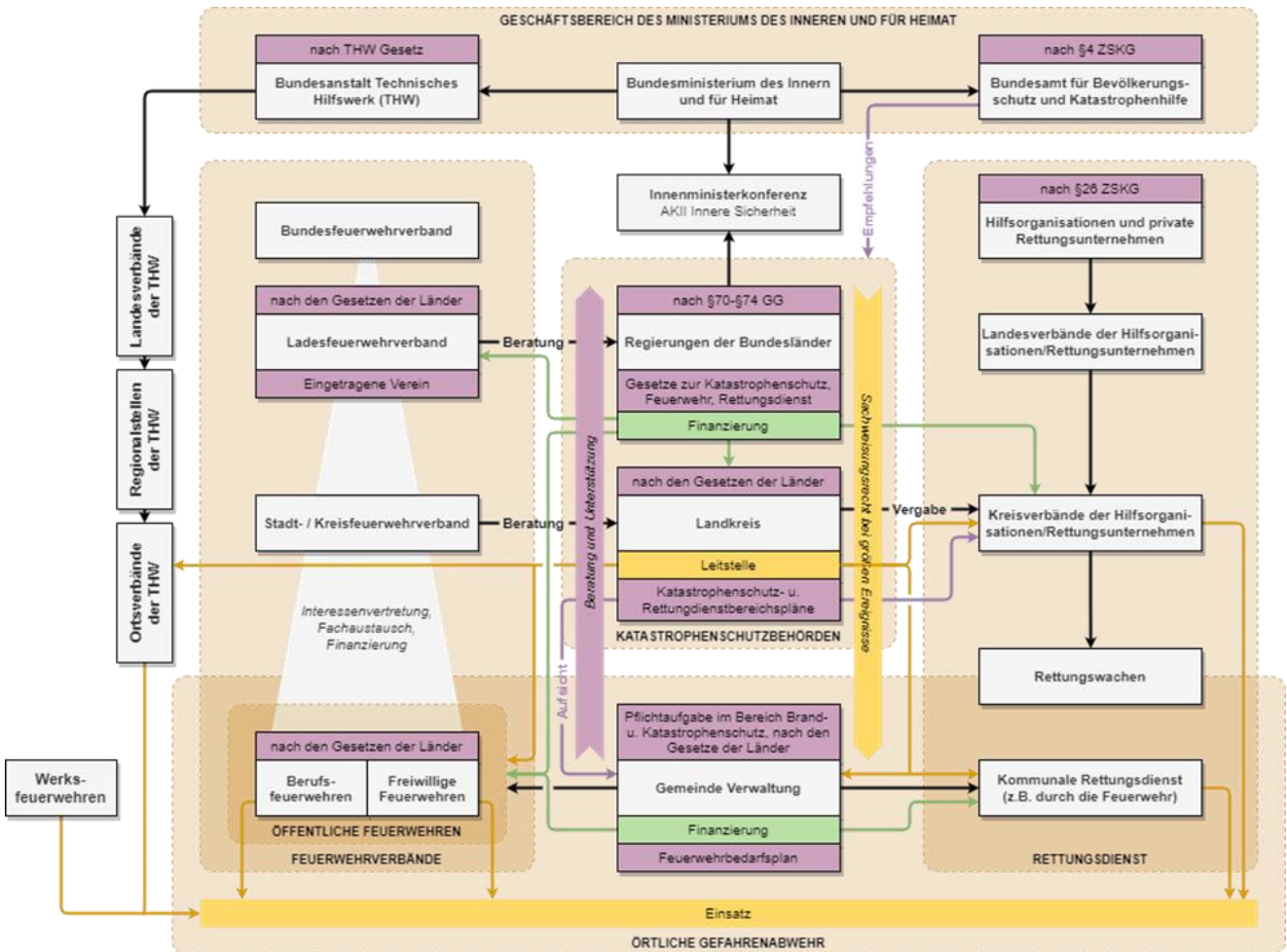


Abb. 10: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland (Eigene Darstellung)

Der staatliche Katastrophenschutzapparat ist zwischen der Landesregierung (obere Katastrophenschutzbehörde) und der Kreisverwaltung (untere Katastrophenschutzbehörde) aufgeteilt. Die Krisenstäbe werden dann aktiviert, wenn Gefahren nicht mehr mit lokalen Ressourcen bewältigt werden können. Bei solchen Einsätzen erhalten die Behörden Sachweisungsrecht und agieren nach festgelegten Katastrophenschutzplänen. In vielen Bundesländern wird die Alarmierungs- und Leitstelle auf Kreisebene organisiert. Für die Feuerwehr erfolgt die erste Alarmierung immer auf lokaler Ebene. Im Falle einer höheren Komplexität des Einsatzes werden Nachbarfeuerwehren nach einer festgelegten Ausrückeordnung alarmiert.

Örtliche Feuerwehren bündeln sich in Feuerwehrverbänden, die in Deutschland den Status eines eingetragenen Vereins haben. Die Verbände sind bottom-up organisiert, erfüllen lediglich eine repräsentative und beratende Rolle und sind nicht an der Koordinierung von Einsätzen beteiligt. Ihre Stimme wird beispielsweise bei der Besetzung unterschiedlicher Funktionen in den Katastrophenschutzbehörden (z. B. Landesbranddirektoren bzw. Kreisbrandmeister), bei der Gestaltung von Lehrgängen in den Landesfeuerweherschulen, bei Anhörungen nach Extremereignissen oder bei feuerwehrrelevanten Gesetzesvorhaben gehört.

Das Rettungswesen wird unter Aufsicht der Landkreise organisiert und von den gesetzlichen Bestimmungen der Bundesländer bestimmt. Die Zuständigkeiten der Kreisverwaltung umfassen i. d. R. die Festlegung der Rettungsdienstbereiche, die Erarbeitung der Pläne in diesen Bereichen und die Vergabe der Aufträge für den Rettungsdienst, die Hilfsorganisationen und privaten Rettungsunternehmen.

Der Bund verfügt über keine Zuständigkeiten für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, sondern ist lediglich für den Zivil- und Bevölkerungsschutz zuständig. In diesem Sinne verfügt das Technische Hilfswerk (THW) als Anstalt des

Bundesinnenministeriums (BMI) über Ausrüstung, die bei Bedarf zur Unterstützung der Einsatzorganisationen am Ort eines Extremereignisses eingesetzt werden können. Im Aufgabenbereich des BMI befindet sich auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in einer beratenden und aufklärenden Rolle. Bei Anforderung der Länder kann der Bund die Koordinierung von Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall durch die interministerielle Koordinierungsgruppe übernehmen.

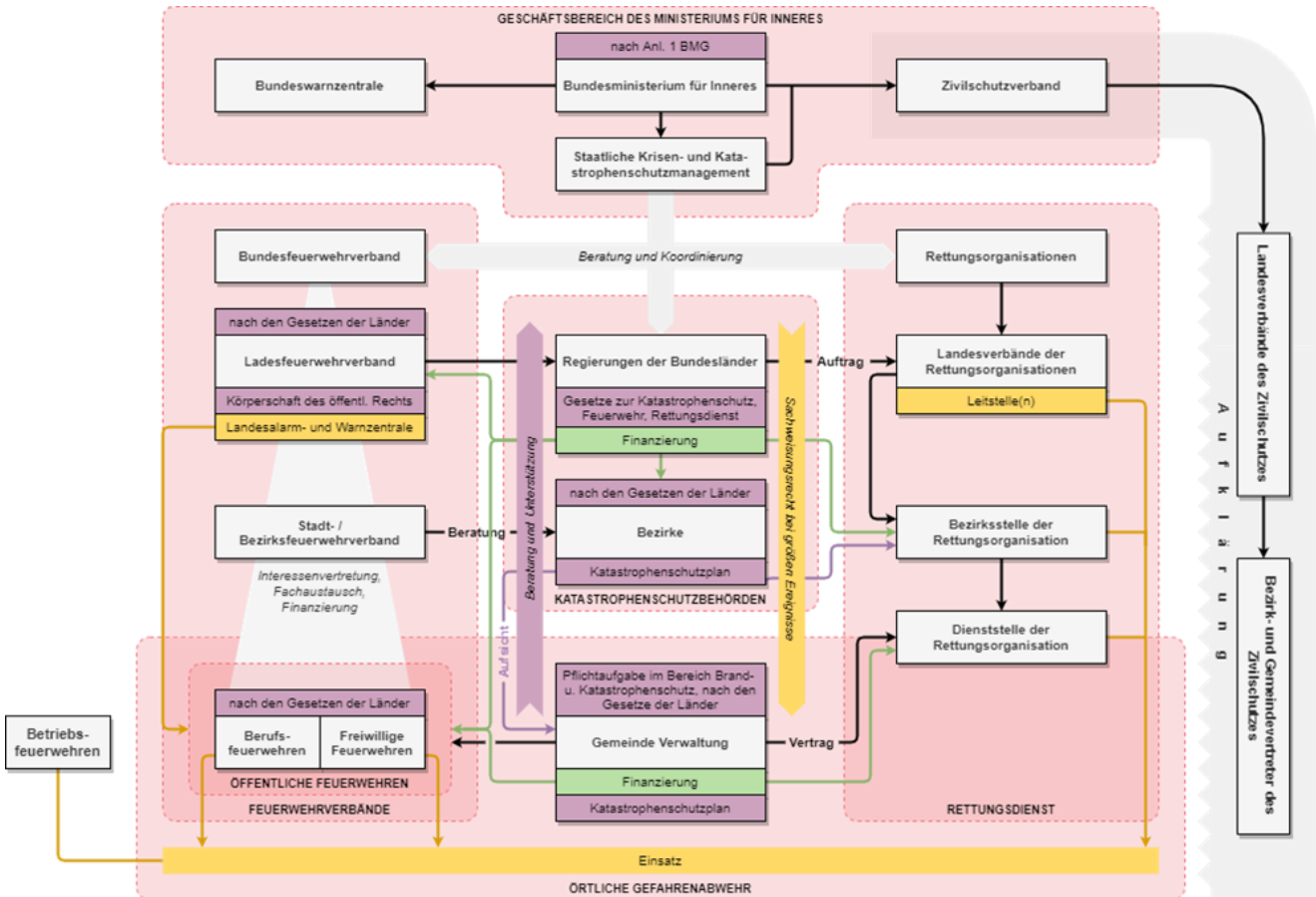


Abb. 11: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Österreich (Eigene Darstellung)

In **Österreich** ist die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr ähnlich organisiert wie in Deutschland (Abb. 11). Der Anteil an Freiwilligen in den Feuerwehren ist sogar noch etwas höher: 99 % der Feuerwehrangehörigen engagieren sich freiwillig, Berufsfeuerwehren gibt es nur in den neun größten Landeshauptstädten (Wolter 2011). Den Kommunen und Katastrophenschutzbehörden obliegen ähnliche Pflichten wie in Deutschland. Der Bund erfüllt über das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement eine ähnliche Koordinierungsfunktion wie die interministerielle Koordinierung auf Bundesebene in Deutschland.

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich lassen sich in drei Punkten zusammenfassen. Erstens haben die österreichischen Landesfeuerwehrverbände den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und übernehmen somit die Verantwortung für den Betrieb der Landesfeuerweherschulen und der Einsatzleitstellen (vgl. z. B. Oö. Feuerwehrgesetz 2015). Dieses Status ermöglicht den Verbänden, zusätzlich zur Wahl von ehrenamtlichen Aufsichtsfunktionen in den Katastrophenschutzbehörden (z. B. Bezirksfeuerwehrkommandanten und -inspektoren), aus ihren Reihen Feuerwehrfunktionäre zu wählen und sie hauptamtlich einzustellen (z. B. Landesfeuerwehrkommando). Die Finanzierung der Landesfeuerwehrverbände erfolgt ähnlich wie in Deutschland über staatliche Zuschüsse, die zugleich allerdings ein größeres Aufgabenspektrum abdecken müssen (z. B. den Betrieb von Landesfeuerweherschulen oder die Finanzierung eigener Projekte). Im Einsatzbereich werden die Verbände bei größeren Ereignissen durch ihr Kommando im Katastrophenhilfedienst zusammen mit Rettungsorganisationen tätig.

Ein zweiter Unterschied umfasst die Entkopplung der Feuerwehr vom Rettungsdienst. Anders als in manchen deutschen Bundesländern sind die österreichischen Feuerwehren nicht im Rettungsbereich tätig. Darüber hinaus sind die Bezirke für den Betrieb von Leit- und Alarmierungsstellen nicht zuständig – sie werden getrennt von der Feuerwehr und Rettungsorganisationen bedient.

Der dritte Unterschied betrifft die Aufgaben des Bundes, der eine ähnliche Rolle wie die deutsche Bundesregierung erfüllt, allerdings anders organisiert ist: Erstens verfügt Österreich über keine dem THW ähnliche Struktur. Zweitens fällt der Zivilschutz unter die Verantwortung des Zivilschutzverbands, der im Unterschied zum deutschen BBK über Strukturen auf Landes-, Bezirks- und lokaler Ebene verfügt (Bundesministerium für Inneres 2023).

In **Schottland** sind, anders als in Deutschland und Österreich, die Zuständigkeiten für den Brand- und Katastrophenschutz in einer Mittelorganisation (engl. Quango: quasi-autonomous non-governmental organization) namens Scottish Fire and Rescue Service (SFRS) gebündelt (Abb. 12). Die erst 2008 gegründete Organisation resultiert aus der Zusammenführung von acht regionalen Feuerwehren. Sie dient als nationale Feuerwehr und erfüllt ihre Aufgabe eigenständig unter der Aufsicht der schottischen Regierung. Die Regierungsaufsicht erfolgt durch die Bestellung eines Vorstands für den SFRS (der die strategischen Führungspositionen besetzt), die Festlegung organisatorischer Aspekte (durch Governance and Accountability Framework), die Genehmigung eines mehrjährigen Strategieplans und die Festlegung des Haushalts (Police and Fire Reform (Scotland) Act 2012). Seit der Gründung des SFRS gehört die Etablierung zentraler Managementstrukturen und der strategischen Entscheidungsabläufe sowie die Schaffung harmonisierter Ausbildungseinrichtungen und Parameter für die Leistungserbringung zu den wichtigsten Führungsaufgaben.

Die operative Ebene des SFRS ist in drei geografische Zuständigkeitsbereiche (engl. Delivery Areas) unterteilt, die ganz Schottland abdecken. Sie sind in 32 lokale Bereiche (engl. Local Areas) untergliedert, die identisch sind mit den lokalen Verwaltungseinheiten (engl. Local Councils). Anders als in Deutschland und Österreich ist die lokale Ebene nicht selbst für die Finanzierung und Instandhaltung der Feuerwehren oder für die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen zuständig. Darüber hinaus liegt die Pflicht für die Erarbeitung von Brandschutzplänen beim SFRS, die Local Councils werden aber bei der Erstellung und beim Monitoring der Pläne konsultiert.

Auf örtlicher Ebene werden die Feuerwehren nach den verschiedenen Formen der Beschäftigung und des Engagements der Feuerwehrleute eingeteilt: hauptamtliche Feuerwehren (engl. Wholetime Firefighters), Teilzeitfeuerwehren (engl. Retained Firefighters) und Freiwillige Feuerwehren (engl. Volunteer Firefighters).

Ähnlich wie in Österreich ist der Bevölkerungsschutz durch die Partnerschaften für Resilienz in der Regierung ebenenübergreifend, wobei in Schottland ein starker Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Einsatzorganisationen (darunter auch die Polizei) gelegt wird (Scottish Government 2021). Nicht zuletzt gehört der Rettungsdienst vollständig zu den Aufgaben des Scottish Ambulance Service.

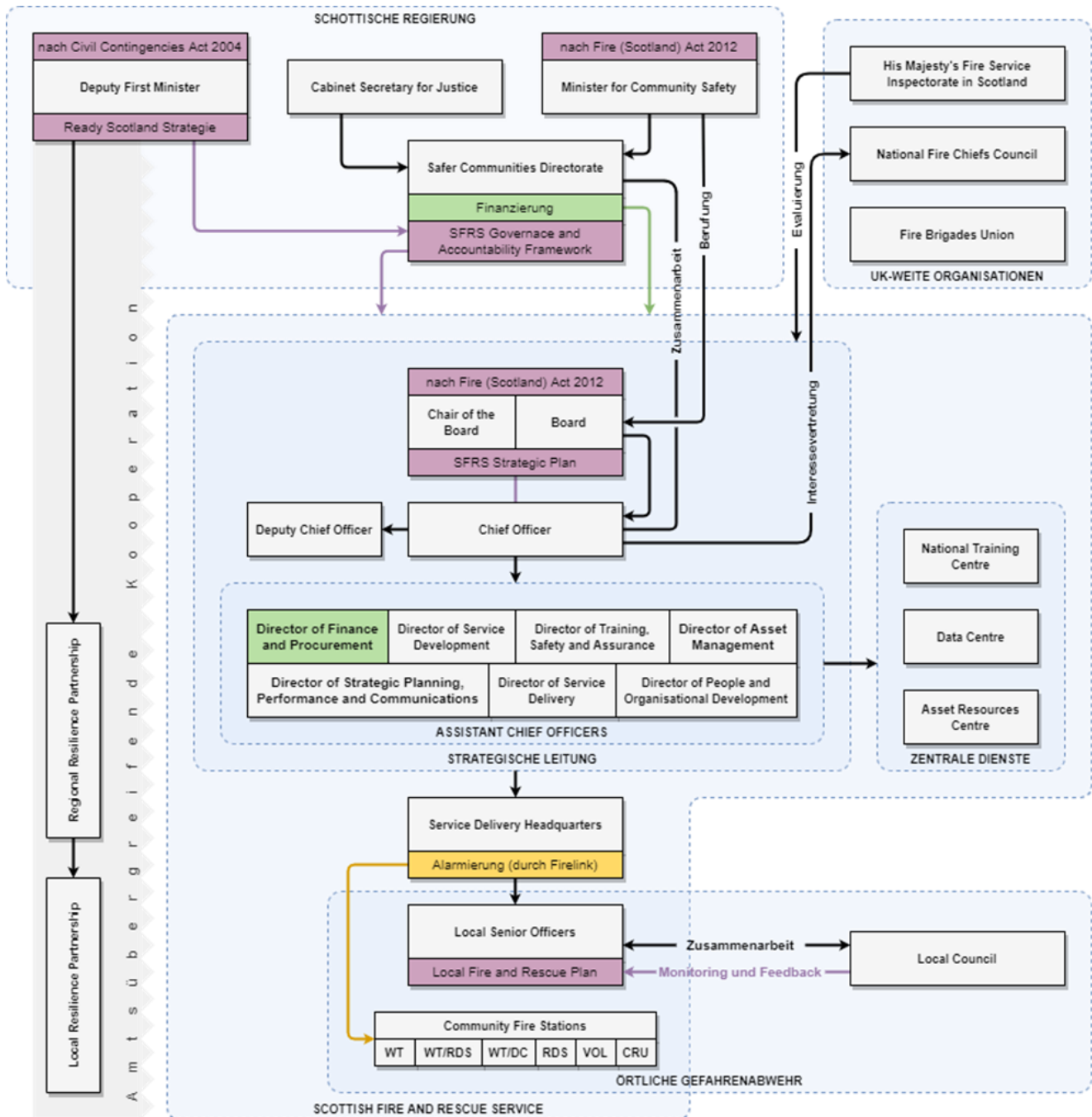


Abb. 12: Akteure und Zuständigkeiten in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Schottland (Eigene Darstellung)

5.3.2 Herausforderungen in ländlichen Räumen

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen in Deutschland wird vorwiegend von Ehrenamtlichen erbracht. Eine Schlüsselinstitution hier (wie in einigen anderen europäischen Ländern) sind Freiwillige Feuerwehren (Steinführer und Brad 2022). Eine der tiefgreifendsten Herausforderungen für Freiwillige Feuerwehren in Deutschland bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Einsatzzahlen und Einsatzarten (Abb. 13). Zum einen nahm die Zahl der Freiwilligen zwischen 1991 und 2018 relativ kontinuierlich ab. Die leichten Steigerungen, die sich 2019 und 2020 beobachten ließen, gehen zumindest statistisch ausschließlich auf mehr Frauen und mehr Hauptamtliche zurück (eigene Berechnungen nach DFV 2021: 367 u. 2022: 317). Allerdings verbirgt die vermeintlich lineare Kurve sehr unterschiedliche Tendenzen

auf Ebene der Länder, die von Schwankungen über stetige Rückgänge bis hin zu Stagnation reichen, sowie zum Teil auch Datenfehler in der einzigen bundesweit verfügbaren Feuerwehrstatistik. Zum anderen wächst die Zahl der Einsätze: Rückten Freiwillige Feuerwehren 1991 noch gut 870.000-mal jährlich aus, so gab es 2019 über 1,5 Millionen Einsätze (DFV 2021: 368). Gleichzeitig ändert sich die Einsatzstruktur: Während die Zahl der Brände – mit Ausnahme von Jahren mit großer Trockenheit und zahlreichen Waldbränden – relativ konstant blieb, wuchs die Zahl der technischen Hilfeleistungen deutlich. Das ist vor allem auf die Zunahme extremer Wetterereignisse, aber auch auf die steigende Zahl von Verkehrsunfällen zurückzuführen (Destatis 2021). In einigen deutschen Bundesländern, z. B. in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Sachsen-Anhalt, sind Freiwillige Feuerwehren zusätzlich für Notarzt- und Rettungswageneinsätze mit zuständig (DFV 2021: 375). Im Zeitverlauf ist festzuhalten, dass demografische Schrumpfung nicht automatisch zu weniger Einsätzen führt, dass Stürme und Hochwasser in einzelnen Jahren wesentlich zu sehr vielen Einsätzen beigetragen haben und dass die Komplexität der Einsätze etwa durch die Verbreitung neuer Technologien (wie Lithium-Ionen-Batterien in Elektroautos oder Solarstromspeichern; AGBF/DFV 2018), aber auch die Alterung der Gesellschaft (z. B. durch die wachsende Zahl von Hochbetagten in Pflegeeinrichtungen) zunimmt.

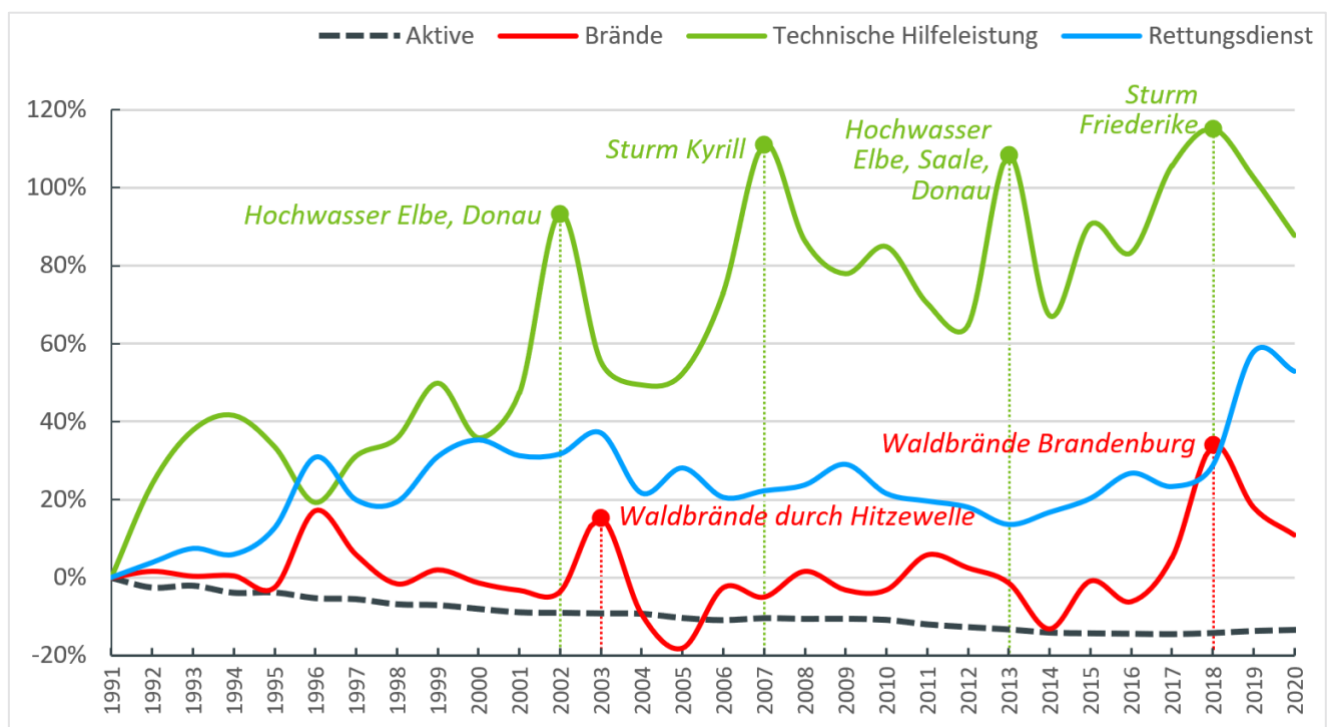


Abb. 13: Entwicklung der Einsätze und aktiven Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren in Deutschland 1991 bis 2020 (Eigene Berechnungen nach DFV 2021: 367 u. 2022: 317)

Die zweite zentrale Herausforderung bezieht sich auf die Finanzierung der Feuerwehren. Insbesondere kleineren Gemeinden mit einem strukturellen Haushaltsdefizit fällt es schwer, dauerhaft ein leistungsfähiges örtliches Brand- und Hilfeleistungssystem zu finanzieren (Müller 2009: 17 f.) – denn trotz der meist ehrenamtlichen Erbringung fallen Kosten für die Beschaffung von Fahrzeugen, den laufenden Betrieb, den Erhalt und Neubau von Gerätehäusern sowie für Aufwandsentschädigungen und den Verdienstausschlag der Ehrenamtlichen an. Die Gemeinden erhalten dafür Mittel aus der Feuerschutzsteuer sowie weitere Zuschüsse von den Ländern. Der Kern dieser Herausforderung bezieht sich insbesondere auf das Spannungsfeld zwischen den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und der Einhaltung einer ausreichenden Dienstabdeckung (im Hinblick auf Hilfsfrist, Funktionsstärke und Erreichungsgrad; AGBF 2015).

Eine dritte und viele Jahre meist auf den demografischen Wandel verkürzte Herausforderung bezieht sich auf die Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft. Historisch gesehen waren Freiwillige Feuerwehren auf eine Gesellschaft ausgerichtet, in der die Aktiven am selben Ort lebten und arbeiteten und sich dort für den Brandschutz engagierten. Mobilitätsanforderungen der Arbeitswelt, der Wandel vieler ländlicher Gemeinden in fast reine Wohnorte

(„Schlafdörfer“) und die Verlagerung von Arbeitsplätzen haben dazu geführt, dass die Freiwilligen heute häufig entfernt von ihrem Wohnort arbeiten. Das wiederum zieht längere Pendelwege nach sich und führt in der Summe zu einer Situation, in der in vielen Orten die Tageseinsatzbereitschaft der Feuerwehren schon längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist (für konkrete Beispiele vgl. Albrecht und Gutsche 2010: 27f.). Das betrifft sowohl Regionen, die von demografischer Schrumpfung betroffen sind, als auch Vororte von Großstädten.

Die vierte Herausforderung hängt mit der Komplexität der Feuerwehrtechnik und der Einsätze sowie den dafür erforderlichen Fertigkeiten zusammen. Eine kontinuierliche Aktualisierung der Technik ist nicht nur für die Sicherheit der Kameradinnen und Kameraden in einem Einsatz, sondern im Verbund mit adäquaten Weiterbildungsangeboten auch ein Faktor ihrer Motivation, sich freiwillig zu engagieren (Steinführer 2014, 181). Gleichwohl werden nicht alle Neuerungen von den Aktiven als nötig erachtet, denn sie können im Einsatzfall zu Stresssituationen und Fehlbedienung führen. Müller (2009: 57) spricht von gestiegener Technikabhängigkeit und erhöhter Wartungsintensität. Die Freiwilligen müssen sowohl in der Anwendung und Wartung ihrer Ausrüstung als auch im Umgang mit neuen brennbaren Stoffen qualifiziert werden. Je kleiner der Feuerwehrstandort, desto schwieriger sind Aus- und Weiterbildungen sowie das Üben mit komplexer Technik vor Ort zu gewährleisten (ebd.: 81).

Die fünfte Herausforderung bezieht sich auf die Motive für ein Engagement in der Feuerwehr (Kietzmann et al. 2016, Wenzel et al. 2012). Aus der Engagement-Forschung ist seit längerem bekannt, dass sich die Struktur des Freiwilligenengagements von auf längere Sicht angelegten Verpflichtungen hin zu eher kurzfristigen und projekthaften Formen verändert (Deutscher Bundestag 2002: 49, 335). Dies passt nicht zu den Anforderungen eines auf langfristiger Selbstverpflichtung basierenden Bevölkerungsschutzes (ebd.: 346). Zu dessen weiteren Besonderheiten zählen die starke physische und psychische Beanspruchung und die Zeitintensität im Vergleich zu anderen Formen freiwilligen Engagements (Wendekamm und Matzke 2015: 296). In jüngster Zeit gewinnt das Thema der Gewalt gegen Einsatzkräfte auch der Feuerwehren an Bedeutung (Bannenber 2021: 30f.). Finanzielle Anreize sind kaum eine Option zur Motivationssteigerung: Freiwillige Feuerwehrleute leben von der Anerkennung, die ihnen auf unterschiedliche Weise ausgedrückt werden kann, z. B. durch eine angemessene Ausrüstung, immaterielle Anreize oder das Vorhandensein angemessener Strategien, die auf die Gewinnung und Bindung von Aktiven zielen (Stielike und Vos 2015).

Die skizzierten Herausforderungen existieren vielerorts seit Jahren, teils Jahrzehnten. Die örtlichen Feuerwehren, die Gemeinden und Landkreise sowie die Feuerwehrverbände auf unterschiedlichen Ebenen versuchen, ihnen mit unterschiedlichen Maßnahmen zu begegnen. Diese Maßnahmen lassen sich in fünf Strategien bündeln: verstärkte Mitgliedergewinnung (z. B. durch Ansprache bislang unterrepräsentierter Gruppen), Umbau von Organisationsstrukturen (z. B. die Ermöglichung von Doppelmitgliedschaften in der Heimatwehr und der Feuerwehr am Arbeitsort), Setzung von Anreizen (z. B. materieller oder symbolischer Art), organisationsinterne Bewusstseinsbildung (z. B. die Erarbeitung von Ist-Analysen und Positionspapieren) sowie technologische Neuerungen (Steinführer 2014). Allerdings entsteht auf Basis der wenigen Vorarbeiten zum Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (Wolter 2011, Wenzel et al. 2012, Steinführer 2014, Stielike 2018) der Eindruck, dass die meisten Initiativen und Maßnahmen aus lokalen Gewährleistungssorgen entstehen und teils zwar von den Bundesländern mit Gesetzesinitiativen oder Projekten aufgegriffen werden, dass es aber keine systematischen oder gar bundesweiten Strategien gibt, um die genannten Herausforderungen zu adressieren. Ausnahmen bilden einige bundes- oder landesweite Kampagnen, wie „112 Feuerwehr – Willkommen bei uns“ des Deutschen Feuerwehrverbands oder „Ja zur Feuerwehr“ des Niedersächsisches Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz sowie strategische Auseinandersetzungen von Landesfeuerwehrverbänden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Innenministerien (z. B. AG FFW Sachsen o.J. [2014], SMI 2021).

6 Projektsteckbriefe

Nachfolgend werden die 18 untersuchten Projekte entlang der folgenden Struktur einheitlich vorgestellt:

- Projekttitel
- Allgemeine Informationen (einschließlich Projektwebseite⁴)
- Ziele
- Beteiligte (Träger, Akteure, Zielgruppen)
- Finanzierung
- Leistungen und Maßnahmen (Schwerpunkte)
- Ergebnisse/Auswirkungen

6.1 Nachschulische Bildung

6.1.1 Deutschland

6.1.1.1 Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext des Lebenslangen Lernens (KeGL)

Allgemeine Informationen

Projektwebseiten:

<https://www.ostfalia.de/cms/de/g/kegl/>

<https://www.hs-osnabrueck.de/kegl/>

<https://tgm.jade-hs.de/projekte/kegl-kompetenzentwicklung-von-gesundheitsfachpersonal-im-kontext-des-lebenslangen-lernens-teilvorhaben-governance-analyse-gova/>

66

Angesichts der Herausforderung, einen ausreichenden und qualifizierten Fachkräftepool für die Gesundheitswirtschaft sicherzustellen, wird im Rahmen des Projekts KeGL Gesundheitspersonal an niedersächsischen Hochschulen weitergebildet. So sollen die Hochschulen weiter geöffnet und die Fachkräfte für die sich stetig wandelnden Anforderungen im Beruf qualifiziert werden. Das Projekt wird an den niedersächsischen Hochschulstandorten Hannover, Oldenburg, Wolfsburg und Osnabrück umgesetzt. KeGL wurde im Rahmen der im Bund-Länder-Wettbewerb betriebenen Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ seit 2014 gefördert. 2018 startete die zweite Förderphase (bis 2020).

Ziele

Das Projekt KeGL zielte darauf ab, bedarfsgerechte und modulare Zertifikatsangebote an niedersächsischen Hochschulen zur kompetenzorientierten Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonal zu erforschen, zu entwickeln, beispielhaft zu erproben und in Studienangebote zu integrieren, um im Sinne des lebenslangen Lernens dem sinkenden Fachkräftepotenzial entgegenzuwirken.

Beteiligte

An der Umsetzung beteiligt waren die Teams der Hochschule Hannover, der Jade Hochschule in Oldenburg, der Ostfalia Hochschule in Wolfsburg sowie der Hochschule und der Universität Osnabrück. Die Hochschulen sind gleichzeitig Trägerinnen des Projekts. Zielgruppe der zu entwickelnden Angebote sind Berufstätige, Personen mit Familienpflichten, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, beruflich qualifizierte auch ohne formale Hochschulzugangsberechtigung sowie Bachelorabsolventinnen und -absolventen, die sich durch zeitlich kürzere Zertifikatsangebote weiterqualifizieren wollen.

⁴ Alle in diesem Kapitel angegebenen Webseiten-Adressen wurden zuletzt am 8.9.2023 geprüft.

Finanzierung

Fördergeber war das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der im Bund-Länder-Wettbewerb betriebenen Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“.

Leistungen und Maßnahmen

An den fünf niedersächsischen Hochschulen wurden insgesamt 27 Weiterbildungsangebote zu aktuellen und zukünftigen Bedarfen in speziellen Themenfeldern ausgewählter Gesundheitsberufe entwickelt. Die Lernmodule sind in einem Blended-Learning-Format konzipiert, um den zeitlichen und räumlichen Lernmöglichkeiten der Zielgruppe entgegenzukommen. Die Digitalisierung der Lernformen wird im Rahmen der Entwicklungs- und Erprobungsphase ständig weiterentwickelt. Zudem adressiert der KeGL-Verbund die Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung, denn mehrere Teilprojekte nehmen die digitale Innovation der Gesundheitsversorgung und die damit verbundenen Kompetenzbedarfe in den Blick.

Ergebnisse/Auswirkungen

An den fünf niedersächsischen Hochschulen wurden insgesamt 27 Module für ein bedarfsgerechtes und modularisiertes Zertifikatsangebot zur kompetenzorientierten Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonal entwickelt. Jedoch führt insbesondere die Verpflichtung, solche Weiterbildungsmodul als Teil der eigenwirtschaftlichen Tätigkeit der Hochschule anzubieten dazu, dass hohe Immatrikulationsgebühren und hochschulinterne Organisationsstrukturen (Situation der Lehrbeauftragten) unattraktiv für Zielgruppe und Anbietende sind.

6.1.1.2 Bildung 4.OWL – Wir machen fit für die digitale Arbeitswelt

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://www.ostwestfalenlippe.de/projekte/bildung-4owl/>

Um die Herausforderungen der digitalen Transformation zu meistern, sollen im Projekt Bildung 4.OWL regionale Bildungsakteure und Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe vernetzt werden, damit zukünftige Fachkräfte den Ansprüchen einer zunehmend technologisierten und komplexen Arbeitswelt gerecht werden. So sollen die Menschen fit für die digitale Arbeitswelt gemacht und die Region nachhaltig gestärkt werden.

Das Projekt umfasst die Region Ostwestfalen-Lippe (OWL) im östlichen Nordrhein-Westfalen. Hier leben etwa eine Million Menschen, es haben sich etwa 150.000 Unternehmen angesiedelt. Das Projekt wurde von 2018 bis 2021 gefördert.

Ziele

Ziel des Projekts Bildung 4.OWL war, gemeinsam mit den Bildungsakteuren in der Region die notwendigen Veränderungen entlang der Bildungskette zu gestalten, um dem wachsenden Fach- und Führungskräftemangel zu begegnen.

Beteiligte

Projektträger ist die OstWestfalenLippe GmbH, deren Gesellschafter die Kommunen und die Wirtschaft in OWL sind. Um den Herausforderungen der Transformation durch Industrie 4.0 effizient zu begegnen, setzt man mit institutionellen Partnern in der Bildungslandschaft vor allem durch Netzwerkarbeit auf eine Dynamisierung in der Region. Mit kleineren Transferprojekten sollen so die Zielgruppen der Schüler, Berufsschüler, Studenten, Lehrkräfte, Unternehmen und Bildungseinrichtungen zusammengebracht werden, um die Bedarfe aufeinander abzustimmen.

Finanzierung

Bildung 4.OWL wurde aus EFRE-Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert. Nach Ablauf der Förderung wird die Stelle des Themenmanagements aus Projektmitteln der neu initiierten Vorhaben als auch aus Eigenmitteln der OWL GmbH finanziert.

Leistungen und Maßnahmen

Zur Erreichung der Projektziele wurden vielfältige Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählten unter anderem eine Bedarfsanalyse zur Identifikation von regionalen Herausforderungen, Problemfeldern und Handlungsbedarfen und die Gründung und Begleitung des Arbeitskreises Bildung 4.0WL sowie die Durchführung des jährlichen Bildungsdialogs 4.0WL zur Stärkung des Austauschs, Wissenstransfers und der Vernetzung zwischen regionalen Bildungsakteuren. Außerdem wurden im Rahmen des Projekts konkrete Praxis- oder Transfermodule erprobt. Ein sog. „Industrie 4.0“-Praxismodul wurde zusammen mit dem Lehrstuhl für Technikdidaktik der Universität Paderborn entwickelt, um zukünftige Fachkräfte in die Bereiche 3D-Druck, Augmented and Virtual Reality, Robotik und Assistenzsysteme einzuführen. Gemeinsam mit dem Carl-Severing-Berufskolleg für Metall- und Elektrotechnik in Bielefeld wurde eine Projektwoche entwickelt, in der Berufsschüler:innen und Schüler:innen gemeinsam zu Zukunftstechnologien arbeiteten. Begleitend zu diesen Maßnahmen wurden Workshops zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen für die digitale Transformation durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden durch die Einrichtung einer Projektleitung an der OWL GmbH begleitet und umgesetzt.

Ergebnisse/Auswirkungen

Bildung 4.0WL ist per se Bestandteil der Verstetigung eines weitreichenderen Beteiligungsprozesses zur Digitalisierung und Regionalentwicklung in Ostwestfalen-Lippe. Darin wurde ein besonderer Fokus auf die sog. Bildungskette und die Fach- und Führungskräfteentwicklung in der Region gelegt. Der Dialog- und Dynamisierungsprozess innerhalb des regionalen und intersektoralen Bildungsökosystems diente zur Erprobung und Entwicklung weiterer Initiativen, die nach Ablauf von Bildung 4.0WL anhand anderer Fördervorhaben und Projekte weitergetragen bzw. verstetigt wurden. Über die Verstetigung einer Kümmerer-Stelle zusätzlich zum Projektträger wurden eigene und weitere geförderte Projekte erfolgreich gestartet.

6.1.2 Schottland

6.1.2.1 RRHEAL – Remote and Rural Healthcare Education Alliance

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://www.nes.scot.nhs.uk/our-work/remote-and-rural-healthcare-education-alliance-rrheal/>

Die 2008 gegründete *Remote and Rural Healthcare Education Alliance*, kurz RRHEAL, ist ein Projekt zur dezentralen Weiterbildung im Pflege- und Gesundheitssektor für Menschen in ländlichen Regionen. Entwickelt wurde es auf Grundlage der politischen Strategie *Delivering for the Education of Health Care* und wurde somit von Beginn an staatlich unterstützt. Als Teil von *NHS Education for Scotland* organisiert sich RRHEAL durch ein aus sechs Festangestellten bestehendes Kernteam, das seinen Hauptsitz in Inverness im Nordosten Schottlands hat. Getragen durch ein weites Akteurs-Netzwerk auf verschiedenen Ebenen (institutionell, berufspraktisch und multidisziplinär-wissenschaftlich) vermittelt RRHEAL zentrale Kompetenzen wie generelle und spezielle medizinische Fähigkeiten, Leadership, Werte und Prinzipien des Lebens und Arbeitens in ländlichen Räumen, Integrität, Ehrlichkeit und Qualitätsverbesserung.

Ziele

RRHEAL hat sich zum Ziel genommen, medizinisches Personal in ländlichen Räumen so weiterzubilden, dass ihre Dienstleistungen sicher, effektiv, menschenbezogen und nachhaltig sind. Das Gesundheitspersonal im ländlichen Raum soll darin unterstützt werden, effektive Beziehungsarbeit zu leisten und im Hinblick auf besondere Risiken und Herausforderungen von Arbeit in ländlichen Räumen geschult werden. Es soll auf die unterschiedlichen (Bildungs-)Bedürfnisse aufmerksam gemacht werden und die Lernenden sollen durch vielfältige Bildungsangebote über eine digitale Lernplattform fachlich und gleichzeitig persönlich unterstützt werden. Langfristige Ziele sind außerdem die Stärkung der Resilienz von Gemeinden in ländlichen Räumen und – als eine Plattform des Zusammenkommens – die Entwicklung einer internationalen Akademie abgelegener und ländlicher Räume, um gemeinsam Visionen und Lösungsansätze für Probleme ländlicher Regionen zu erarbeiten.

Beteiligte

Als Beteiligte lassen sich neben den sechs Festangestellten im Kernteam sowohl ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder als auch kommunale und staatliche Politiker:innen als Vermittler:innen von Fördermitteln identifizieren. Die Ehrenamtlichen bereichern die Projektrealisierung durch ihre diversen beruflichen Hintergründe und ihr Verständnis für lokale Bedürfnisse. Seit seiner Gründung hat sich RRHEAL zudem ein breites Akteursnetzwerk aufgebaut, wodurch eine zielgerichtete Prioritätensetzung erfolgt und ein inzwischen sogar internationaler Erfahrungsaustausch ermöglicht wird. Die Zielgruppe umfasst speziell Menschen in ländlichen Regionen, die sich im Gesundheitssektor professionell beruflich weiterbilden möchten.

Finanzierung

Finanziert wurde RRHEAL bereits seit seiner Gründung im Jahr 2008 von der schottischen Regierung, weshalb weder eine stetige Beantragung von Fördermitteln noch die Generierung marktwirtschaftlicher Einnahmen erforderlich ist. Dennoch bemüht sich das Projektteam stetig um zusätzliche Fördermittel, um auch regierungsunabhängig eigene Ideen umsetzen zu können.

Leistungen und Maßnahmen

RRHEAL entwickelt Bildungstools und verknüpft diese mit Lernmaterialien insbesondere für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in abgelegenen, ländlichen und Inselregionen in Schottland. Damit stellt RRHEAL also im eigentlichen Sinne kein Bildungsangebot bereit. Vielmehr vermittelt es diese, indem beispielsweise die Online-Lernplattform „Turas Learning“ kostenlos für die Lernenden zur Verfügung gestellt wird. Damit setzt RRHEAL eine niedrige Hemmschwelle für die Nutzung seiner Angebote und unterstützt den inklusiven Zugang zu dezentralen Weiterbildungsmöglichkeiten über geographische Barrieren hinweg.

Neben der eigentlichen medizinischen Kompetenzvermittlung leistet das Projekt zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, um die Möglichkeiten ländlicher Bildung aufzuzeigen und das Konzept von RRHEAL (inter-)national zu verbreiten. Auch die zahlreichen Kooperationen, Partnerschaften, Programme, der Erkenntnisaustausch und Verbundforschungsprojekte fördern das Bewusstsein und die Entwicklung beruflicher Weiterbildungsangebote beziehungsweise die Rekrutierung von Lernenden in ländlichen Räumen. Anhand von Qualitätsprüfungen der vermittelten Bildungsangebote und regelmäßiger Evaluationen der Projektschwerpunkte findet eine stetige Bedarfsanpassung sowie Optimierung der Methoden statt.

Ergebnisse/Auswirkungen

RRHEAL gilt bereits seit einigen Jahren als etabliert und genießt inzwischen landesweite Reichweite und Anerkennung. Der Innovationscharakter wird insbesondere durch das breite Lernangebot in der Plattform „Turas Learning“ sowie die Möglichkeit, über Videosystem auch praktische Elemente zu erlernen, geprägt.

6.1.2.2 GrowBiz

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: www.growbiz.co.uk

Das schottische Projekt GrowBiz, das zunächst in der Region Perth and Kinross zu wirken begann und später schottlandweit expandierte, hat seinen Fokus auf der Aus- und Weiterbildung von Kleinunternehmen in ländlichen Räumen. Das Team besteht aus Ehrenamtlichen einerseits und etwa 25 hauptamtlichen Mitarbeitenden andererseits, die über flexible Werkverträge angestellt sind. GrowBiz wurde 2007 parallel zu zwei anderen Pilotprojekten in drei verschiedenen Regionen Schottlands mit jeweils ähnlichen Ansätzen getestet. Lediglich GrowBiz überstand diese Pilotphase und konnte sich langfristig etablieren.

Ziele

GrowBiz hat sich zum Ziel genommen, Kleinunternehmen, Sozialunternehmen und Selbstständige in ländlichen Räumen Schottlands aktiv dabei zu unterstützen, ihren jeweiligen Weg in die Selbstständigkeit zu gehen und sich langfristig am Arbeitsmarkt zu etablieren. Durch das flexible Projektmodell von GrowBiz werden dabei insbesondere auch die lokalen Bedürfnisse in ländlichen Räumen berücksichtigt und in die Strategien eingebunden. Besonders

wichtig ist den Mitarbeitenden von GrowBiz die Zusammenarbeit mit ihren Kund:innen auf Augenhöhe: Dadurch, dass in dem bottom-up organisierten Projektteam sowohl der Vorstand als auch die Mentor:innen ehrenamtlich und ohne finanzielle Eigeninteressen arbeiten, wird den Kund:innen eine objektive Beratung geboten, durch welche beide Seiten stetig an Know-how gewinnen können. Im Fokus steht somit nicht der Expansionsgedanke, sondern vielmehr eine nachhaltige Unternehmensführung.

Beteiligte

Neben den inzwischen 25 Mitarbeitenden im Kernteam des Projektes lassen sich vor allem die schottische Regierung oder auch verschiedene LEADER-Projekte als zentrale Institutionen für die Finanzierung und Förderung von GrowBiz identifizieren. Als Zielgruppe werden grundsätzlich alle Personen angesehen, die selbst bereits ein Kleinstunternehmen führen oder vorhaben, ein solches zu gründen. Besondere Angebote gibt es darüber hinaus für spezifische Gruppen wie Frauennetzwerke oder Künstlerzusammenschlüsse.

Finanzierung

Zu Beginn der Projektlaufzeit finanzierte sich GrowBiz aus einem mehrerer sog. Challenge Funds, mit denen die schottische Regierung Innovationen in verschiedenen Handlungsfeldern fördert, und durch den Zugriff auf Mittel des LEADER-Netzwerkes. Dafür wurde die Entwicklungsstrategie den LEADER-Förderkriterien angepasst. Aktuell profitiert GrowBiz von Fördermitteln der schottischen Regierung, lokaler Behörden und weiteren Institutionen, wie beispielsweise lokaler Stiftungen und dem Cairngorms National Park. Dadurch, dass die Mitarbeitenden über flexible Werkverträge angestellt sind, gestaltet sich die Finanzierung der Mitarbeitenden unkompliziert und simpel. Darüber hinaus hat sich GrowBiz über die Jahre ein breites Netzwerk aufgebaut, durch welches einerseits großes Fachwissen zur Fördermittelgewinnung generiert wurde und andererseits der Zugriff auf weitere, vor allem auch private Sponsoren erleichtert wurde. Somit konnte sich das Projekt ohne Mainstream-Funding ambitioniert weiterentwickeln und eine hohe Innovationskraft erlangen.

Leistungen und Maßnahmen

Mit seinem Projektmodell bringt GrowBiz verschiedenste, selbstständig tätige Unternehmer:innen zusammen und bietet in ländlichen Räumen gezielt auf die jeweiligen Unternehmensziele angepasste Lern- und Weiterbildungsangebote an. Eine eng betreute Lernphase setzt sich aus kostenlosen eins-zu-eins Mentoringprogrammen und Lernmodulen zusammen, die aufgrund der diversen beruflichen Hintergründe der Mentor:innen viel Flexibilität und Möglichkeiten zur berufsspezifischen Schwerpunktsetzung ermöglichen. Die Lernmodule, die das ganze Jahr über stattfinden, behandeln Themen rund um die Führung eines Kleinstunternehmens. In diesem Rahmen werden den Teilnehmenden wesentliche Inhalte zu technischen und finanziellen Fragestellungen sowie zum Marketing vermittelt. Nach allen angebotenen Lernmodulen finden Evaluationsrunden zur Optimierung der Angebote statt.

Auch nach dieser Betreuungsphase bemüht sich GrowBiz um eine persönliche Vermittlung der Unternehmer:innen an jeweilige Fachpersonen innerhalb des beruflichen Netzwerks. Schließlich zeigt GrowBiz außerdem die wirtschaftliche Bedeutung von Kleinstunternehmen sowohl in der jeweiligen (ländlichen) Region als auch für ganz Schottland auf und leistet somit essentielle Lobbyarbeit für die Entwicklung ländlicher Unternehmen und deren Relevanz für das nationale Wirtschaftswachstum.

Ergebnisse/Auswirkungen

GrowBiz schließt mit seinem Projektmodell die Lücke im Bedarf von ländlichen Kleinstunternehmen. Dabei geben diese an, ihren Erfolg zu großen Teilen der Unterstützung durch GrowBiz zu verdanken. Auch während der COVID-19-Pandemie, unter der insbesondere Kleinstunternehmen große Verluste einbüßen mussten, konnte das Projektteam aktiv mit den unterschiedlichen Unternehmen zusammenarbeiten und ihnen somit helfen, ihre Existenz zu sichern und die schwierige Pandemiezeit zu überstehen. Generell ist die Nachfrage nach den Leistungen von GrowBiz aktuell sehr hoch und das Projekt konnte sich sowohl im Norden als auch Süden Schottlands weitgehend ausbreiten, was durch die Nutzung digitaler Tools überhaupt erst möglich war. Auch verschiedene LEADER-Regionen Europas sind am Modell von GrowBiz als Akteur zur Unterstützung der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert, sodass das Projekt inzwischen internationale Aufmerksamkeit gefunden hat.

6.1.3 Schweden

6.1.3.1 Akademi Norr

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: www.akademinorr.se

Die Akademi Norr ist ein regionaler Zusammenschluss der 13 Gemeinden Arjeplog, Arvidsjaur, Dorotea, Kramfors, Lycksele, Malå, Norsjö, Sollefteå, Sorsele, Storuman, Strömsund, Vilhelmina, Åsele im Norden Schwedens zur Initiierung und Koordinierung von Hochschul- und Berufsausbildung. Als Teil der Akademi Norr stellt jede teilnehmende Gemeinde ein Lernzentrum zur Verfügung. Die Ausstattung dieser Lernzentren mit damals modernster Videoübertragungstechnik ging der formellen Gründung von Akademi Norr im Jahr 2000 voraus. Die strategische Planung von Angeboten der höheren Bildung für eine gesamte Region über traditionelle Verwaltungsgrenzen hinweg wurde erstmalig mit der Akademi Norr getestet und soll den Bedarf bündeln und Ressourcen effizienter nutzen. Die Akademi Norr fungiert in der Zusammenarbeit der Gemeinden, der Unternehmen in der Region und den Bildungseinrichtungen als zentraler Ansprechpartner und Koordinator. So können Menschen sowohl ihr Studium als auch ihre Fort- und Ausbildungen vor Ort absolvieren und erhalten ein Lernangebot, welches an die lokalen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst wird.

Ziele

Ziel der Akademi Norr ist es, die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kompetenzen für die gesamte Region zu fördern. Die Region ist geprägt von einem Mangel an Kompetenz, welcher sich in einem niedrigen Bildungsniveau niederschlägt: in allen 13 Gemeinden beträgt der prozentuale Anteil „hochgebildeter Personen“ im Durchschnitt 14,5 % (niedrigster Wert in Dorotea mit 12 %, höchster Wert in Lycksele mit 18 %; zum Vergleich in Umeå 39,1 % und in Stockholm 41,8 %) (Bohmann, 2021). Die lange Historie von Bevölkerungsverlusten in der Region führte auch dazu, dass viele Arbeitsstellen unbesetzt blieben. Die Kommunen hatten zum Ziel, mit dem Bereithalten von öffentlichen Dienstleistungen ihre Gemeinden lebenswerter zu gestalten und benötigten dafür auch das entsprechend ausgebildete Personal. Neue lokale Lernangebote waren daher zwingend erforderlich. Um besser einschätzen zu können, welche Qualifikationen benötigt werden, wurden Umfragen durchgeführt, in denen Unternehmen ihren personellen Bedarf angeben konnten.

Beteiligte

In der Akademi Norr gibt es zurzeit vier Angestellte. Eine zentrale Position nimmt hier der Projektleiter ein, welcher sich mit einer hohen intrinsischen Motivation für die Ziele der Akademi Norr einsetzt. Er hat weitere Kooperationen mit den umliegenden Universitäten angestoßen, konnte mit seinem Engagement aber auch Kooperationen mit privaten Bildungsanbietern umsetzen. Unterstützt wird er durch eine Projektadministratorin und zwei weitere Projektmitarbeiterinnen, welche sich auf spezielle Bildungsthemen (wie bspw. die Ausbildung im Gesundheitswesen) fokussieren. Träger der Akademi Norr sind die 13 beteiligten Gemeinden. In ihrem Handeln adressiert die Akademi Norr eine breite Zielgruppe über Schulabgänger:innen bis hin zu Personen in der Umschulung und Weiterbildung. Das Angebot ist insbesondere für ortsgebundene Personen (bspw. familiäre Situation) interessant.

Finanzierung

Die Akademi Norr finanziert sich über die kommunale Trägerschaft. So zahlen die 13 beteiligten Kommunen Beiträge in Abhängigkeit von ihrer Einwohner:innenzahl. Diese Beiträge decken das Tagesgeschäft der Akademi Norr. Hinzukommt die finanzielle, wie personelle Verantwortung der Kommunen für die lokalen Lernzentren. Durch Mitnutzung von bereits existierenden kommunalen Gebäuden können Gelder eingespart und Ressourcen kombiniert genutzt werden. Die Akademi Norr hat ergänzend für die stetige Weiterentwicklung und Umsetzung von Projekten erfolgreich EU-Gelder eingeworben. Über diese Gelder werden Sonderprojekte, wie beispielsweise das Projekt „Welfare Technology in Care“: Weiterbildung für Personal im Gesundheitssektor umgesetzt.

Leistungen und Maßnahmen

Die initiierten Bildungsangebote sind sehr vielfältig und reichen in ihrer Form von wenigen Wochen der Fort- und Weiterbildung bis zu mehrjährigen Studiengängen und Berufsausbildungen. Derzeit gibt es beispielsweise

Ausbildungsmöglichkeiten in den Berufen der Krankenpfleger:innen, Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen, Techniker:innen und Vorschullehrer:innen. Die Akademi Norr übernimmt die Koordination zwischen Bildungsanbietern und den Bedürfnissen aus der Region (in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft und der Kommunen). Regelmäßig durchgeführte Bedarfserhebungen zeigen den zukünftigen Bildungsbedarf auf. Darauf aufbauend sucht die Akademi Norr die dafür notwendigen Bildungspartner.

Um diese Ausbildungsmöglichkeiten anbieten zu können, wurden Kooperationen mit lokalen Universitäten wie den Universitäten von Umeå und Luleå, aber auch mit Einrichtungen im Süden des Landes, wie der Universität von Lund, aufgebaut. Eine neue Kooperation zwischen Akademi Norr und einem privaten Bildungsanbieter eröffnet zudem die Möglichkeit, erstmals eine höhere Berufsausbildung (YH-Ausbildung; abgeleitet vom schwedischen Begriff *Yrkeshögskoleutbildning*) vor Ort anzubieten. Durch den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden konnte die kritische Anzahl von Auszubildenden erreicht werden, die notwendig ist, um eine YH-Ausbildung anbieten zu können.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die Akademi Norr konnte durch ihr Handeln neue berufliche Perspektiven in der Region aufzeigen und dazu beitragen, dass Bildungsangebote passgenau zum Bedarf der jeweiligen Gemeinde entwickelt und bereitgestellt werden. Das Ziel, den Unternehmen in der Region gut ausgebildetes Personal zur Verfügung zu stellen, konnte insbesondere durch die Analyse der konkreten Bedürfnisse vor Ort erfüllt werden. Es existieren heute verschiedene Ausbildungsprogramme, welche über Distanzlehre als auch mittels hybrider Lernmöglichkeiten in den 13 Gemeinden verfügbar sind. Die Lernzentren vor Ort dienen einerseits dazu, Grund- und Weiterbildung zu erlangen und führen andererseits zu einem Austausch von Fähigkeiten.

6.1.3.2 Lingio

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: www.lingio.com

Lingio wurde 2015 als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen als ehrenamtliche Initiative in Schweden gegründet. Es handelt sich bei Lingio um eine Smartphone-Applikation zum speziellen schwedischen Spracherwerb für 25 verschiedene Berufsrichtungen. Das Unternehmen, das inzwischen aus 20 Mitarbeitenden in den Bereichen Web Development, Sound Production, Lehre, Übersetzung und Partnerschaften besteht, hat seinen Hauptsitz in Stockholm, agiert allerdings schwedenweit.

Ziele

Ein ursprünglich aus drei Menschen bestehendes Projektteam hat Lingio als Freiwilligenprojekt gestartet, um nicht in Schweden geborene, aber dort lebende Menschen dabei zu unterstützen, sich in die schwedische Gesellschaft zu integrieren. Dazu stellt die App grundlegende Schwedischkurse bereit, die mit berufsspezifischem Fachvokabular ergänzt werden, sodass den Anwender:innen die gesellschaftliche und professionelle Integration erleichtert wird. Besonders im Hinblick auf den durch Abwanderungen verstärkten demographischen Wandel in ländlich geprägten Regionen und einem in der Folge verstärkten Mangel an lokalen Fachkräften zielt Lingio darauf ab, Nicht-Muttersprachler:innen des Schwedischen ihren Arbeitseinstieg zu erleichtern und damit positive Synergieeffekte zu bewirken. So gehören zu dem im Land wachsenden Anteil an Langzeitarbeitslosen vor allem im Ausland geborene Menschen mit unzureichenden Sprachkenntnissen. Durch die ausschließlich mithilfe verschiedener Online-Tools durchgeführte Sprachvermittlung, ist die Nutzung insbesondere im ländlichen Raum möglich und gewünscht. Ausländischen Fachkräften wird damit der Berufseinstieg in Schweden erleichtert, während gleichzeitig der Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege, in ländlichen Räumen gedeckt wird.

Beteiligte

Neben dem aus 20 Mitarbeitenden bestehenden Projektteam lassen sich insbesondere Kooperationspartner und Fördermittelgeber wie das schwedische Zentralamt für Innovationssysteme identifizieren. Weiterhin stellen Firmenkund:innen, die die jährlichen Nutzungslizenzen für Lingio für ihre Angestellten erwerben und diesen kostenlos zur Verfügung stellen, zentrale Akteure dar.

Zur Zielgruppe von Lingio gehören insbesondere nicht in Schweden geborene, aber dort lebende Menschen, die in die Gesellschaft integriert werden sollen, indem sie die schwedische Sprache berufsbezogen erlernen können. Grundsätzlich richtet sich Lingio aber an alle Menschen, die Schwedisch inklusive des berufsspezifischen Fachvokabulars erlernen möchten.

Finanzierung

Maßgeblich für Lingio ist, dass sich das Projekt durch seine eigenen Einnahmen im Rahmen der freien Marktwirtschaft in Teilen finanziell selbst trägt. Für die Nutzung der App müssen die Lernenden selbst nichts zahlen, da die anfallenden Kosten für die jährlich zu erwerbenden Lizenzen in Höhe von 250 € durch die Arbeitgeber:innen übernommen werden. Neben diesen Verkaufs-Partnerschaften mit Firmen, welche regelmäßig Nutzungslizenzen erwerben, wurde Lingio wiederholt durch Vinnova, das schwedische Zentralamt für Innovationssysteme, finanziell gefördert. Darüber hinaus können auch kommunale Gelder für Bildungszwecke für Lingio eingesetzt werden. Trotz der Einnahmen aus Nutzungslizenzen ist das Projekt letztlich fortwährend stark von Fördermitteln und Investmentgeldern abhängig.

Leistungen und Maßnahmen

Die App Lingio bietet neben grundlegenden, sechsmonatigen Schwedisch-Basiskursen Möglichkeiten zum berufsspezifischen Spracherwerb in 25 Fachbereichen an. Mit der Form des E-Learnings mit integrierter Übersetzungsunterstützung wird allen Lernenden der gleiche Zugang ermöglicht. Darüber hinaus bietet ein Coaching-Portal weiterführende Unterstützung an und hilft, effektive Lernergebnisse und Fortschritte zu erzielen. Die Sprachkurse werden von einem Team aus SFI-Lehrer:innen (Swedish for Immigrants), Pädagog:innen, Berufslehrer:innen und Journalist:innen gestaltet.

Ergebnisse/Auswirkungen

Lingio adressiert ein sehr aktuelles Konfliktthema. Mit seiner Umsetzungsstrategie werden Problemfelder wie die Integration von Geflüchteten in die schwedische Gesellschaft und der Pflegenotstand insbesondere bei älteren Menschen zusammengeführt, sodass beide Bereiche gemeinsam profitieren können. Die angebotenen Sprachkurse verzeichnen Abschlussquoten zwischen 70 % und 90 %, was vor allem im Vergleich zu anderen Online-Lerntools überdurchschnittlich hoch ist. Aufgrund des digitalen Formats erstreckt sich der Wirkungsbereich von Lingio uneingeschränkt über ganz Schweden und kann somit prinzipiell von allen Menschen genutzt werden.

6.2 Medizinische Versorgung und Pflege

6.2.1 Deutschland

6.2.1.1 Mobile Netzwerkmedizinische Assistenz – MONA

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://www.ztm.de/informieren/blog/mobile-netzwerkmedizinische-assistenz-mona>

In der Region Bayerische Rhön, einer von 18 Modellregionen des Modellvorhabens „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“, fand ein Fokusprojekt zur telemedizinisch assistierten und mit Elektroauto durchgeführten hausärztlichen und pflegerischen Hausvisite statt.

Die Projektregion Bayerische Rhön erstreckte sich über die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld. Das Projekt fand in den Jahren 2016 bis 2018 statt.

Ziele

Aufbauend auf Arzt-Assistent-Delegationsmodelle (VERAH) sollte unter Einbeziehung von Elektromobilität und Telemedizin die medizinische Versorgung in ländlichen Räumen der Modellregion sichergestellt werden. Hierzu wurde das Aufgabenspektrum der nicht-ärztlichen Fachkräfte ausgeweitet, die Ärzte entlastet und gleichzeitig die Verfügbarkeit ihrer Expertise erhöht. Damit konnte die Versorgung der Patienten verbessert, die Reichweite und Kapazität einer Arztpraxis erhöht und das Aufkommen sowie die Wartezeiten in der Praxis reduziert werden.

Beteiligte

Die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld und deren Ämter für Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung waren Projektträger. Als Partner im Projekt beteiligt waren das Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen GmbH (ZTM) und die Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt mit dem Institut für angewandte Logistik (IAL). Außerdem nahmen vier Hausarztpraxen und ein ambulanter Pflegedienst am Modellversuch teil. Zielgruppe des Projekts waren Hausärzte, nichtärztliche Assistenzen und ihre Patienten in ländlichen Räumen der Modellregion Bayerische Rhön.

Finanzierung

Das Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMVI) finanziert. Nach Ablauf wird die entwickelte telemedizinische Plattform im Rahmen weiterer Modellvorhaben mit extrabudgetärer Vergütung für ihren Einsatz bei der Televisite bzw. beim telemedizinisch assistierten Hausbesuch finanziert.

Leistungen und Maßnahmen

Das Projekt zeichnet sich durch die praktische Erprobung telemedizinischer Anwendungen und Ausrüstung sowie eine Integration in den Versorgungsalltag von Hausarztpraxen und ambulanten Pflegediensten aus. Die wesentlichen Meilensteine zur Umsetzung in den Piloträumen waren der Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes, die bedarfsorientierte Konzeption von MONA anhand von Workshops, Experteninterviews und Vor-Ort-Hospitationen, die Beschaffung und der Einsatz eines Elektromobilfahrzeugs, die Auswahl, Entwicklung und der erprobende Einsatz von Telemedizin-ausrüstung sowie die Erarbeitung von Ergebnissen und Handlungsempfehlungen. Das Projekt wurde durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit beworben.

Ergebnisse/Auswirkungen

Das Projekt MONA wurde in mehrfacher Hinsicht verstetigt. Einerseits hat der Projektentwickler aufgrund der gesammelten Erfahrungen eine eigene herstellerunabhängige Telemedizinplattform namens MIA für die Televisite bei Hausbesuchen entwickelt. Darüber hinaus wird das ursprüngliche Projekt weitergetragen und -entwickelt, z. B. im Rahmen eines weiteren Modellvorhabens mit dem Titel „Telemedizin-Assistenz (TMA) Rheinland-Pfalz“ mit 24 Hausarztpraxen. Das Projekt zeigt die Notwendigkeit von Einrichtungen mit technischem und praktischem Wissen sowie von Vernetzung entlang der gesamten Versorgungskette für eine erfolgreiche Einführung und Weiterentwicklung telemedizinischer Anwendungen in ländlichen Räumen.

6.2.1.2 Gemeindegewest^{PLUS}

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://mastd.rlp.de/themen/soziales/gut-leben-im-alter/gemeindegewest-plus>

Die Gemeindegewest^{PLUS} berät im Rahmen eines Landesmodellvorhabens in Rheinland-Pfalz hochbetagte Menschen ab 80 Jahren, die zu Hause leben, (noch) keine Pflege brauchen, aber ihre Lebensführung mit der einen oder anderen Unterstützung im Alltag erleichtern wollen. Somit handelt es sich um ein präventives und sozialraumorientiertes Angebot (Hausbesuch) im vorpflegerischen Bereich auf kommunaler Ebene und stellt keine direkte Pflegeleistung dar.

Nach einer Vorbereitungsphase in den Jahren 2014 und 2015 lief die sog. Modellphase mit neun teilnehmenden Kommunen zwischen Juli 2015 und Dezember 2018. Die sog. Verstetigungsphase mit Beteiligung der Krankenkassen sowie Krankenkassenverbänden und weiteren zwölf Kommunen fand in den Jahren 2019 und 2020 statt. Eine Fortsetzungsphase findet seit dem Jahr 2021 statt und die Aufnahme des Ansatzes in den geltenden Koalitionsvertrag der rheinland-pfälzischen Landesregierung verspricht eine Überführung in die Regelfinanzierung als flächendeckendes kommunales Angebot anhand einer noch anstehenden Änderung bzw. Ergänzung des Landespflegeausführungsgesetzes.

Ziele

Da die Selbstständigkeit hochbetagter Menschen für viele Betroffene eine hohe Priorität hat, soll diese möglichst lange erhalten bleiben. Eine Pflegebedürftigkeit soll durch gezielte präventive Interventionen (Assessmentbogen,

Veränderungen in der Häuslichkeit, Vermittlung von niedrigschwelligen Angeboten, Übergabe an den Pflegestützpunkt im Falle absehbarer Pflegebedürftigkeit, etc.) vermieden oder herausgezögert werden. Außerdem sollen Hochbetagte bedarfsgerecht Informationen über das umfassende Beratungs- und Hilfesystem in Rheinland-Pfalz erhalten. Die Landesregierung beabsichtigt ein flächendeckendes Angebot als Teil einer künftigen kommunalen Regelversorgung unter Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Beteiligte

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz war Träger und hauptsächlicher Treiber des Projekts. Am Projekt beteiligt sind das das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung e. V. (wiss. Begleitung), die Gesetzlichen Krankenkassen und Krankenkassenverbänden (Förderung in Verstetigungsphase), die sog. Anstellungsträger der Gemeindegewerkschaften (Kommunen, Sozialstationen der Wohlfahrtspflege etc.), die existierenden Pflegestützpunkte (mit gemischter Trägerschaft) und die Gemeindegewerkschaften selbst. Während der sog. Modellphase haben die neun Landkreise und kreisfreien Städte Neuwied, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Birkenfeld, Alzey-Worms, Südliche Weinstraße, Landkreis Kaiserslautern, Stadt Kaiserslautern, Landau in der Pfalz und Koblenz am Projekt teilgenommen. Bis 2021 ist die Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte auf 21 gewachsen.

Finanzierung

100 % Landesförderung während der Modellphase (bis zu 1,6 Mio. €/Jahr) und mit Unterstützung der Krankenkassen und Krankenkassenverbänden (bis zu 350.000 €/Jahr) in der Verstetigungsphase.

Leistungen und Maßnahmen

Die Gemeindegewerkschaften sind hauptamtliche Pflegefachkräfte in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten. Sie fungieren als „Kümmerer“ und als „Lotse“ in den Gemeinden. Ihre Aufgabe ist das sog. „Community Health Nursing“. Dazu gehören in erster Linie präventive Hausbesuche, denn die Senioren sowie deren Angehörige können sich auf Wunsch bei einem Hausbesuch oder telefonisch kostenlos und neutral beraten lassen. Ein Hausbesuch ermöglicht es der Pflegefachkraft, sich ein besseres Gesamtbild der interessierten Person und ihres Wohnumfeldes zu machen, Ressourcen und Defizite zu erkennen und gemeinsam mit dem Ratsuchenden einen Bedarfsplan zu erstellen. So können individuelle soziale Stützsysteme gefördert und verknüpft werden. Um der Vereinsamung im Alter entgegenzutreten, helfen die Gemeindegewerkschaften dabei, Nachbarschaften zu entwickeln und stellen so einen Quartiersbezug her. Wichtig sind für die Betroffenen vor allem niedrigschwellige Angebote. So kann die Gemeindegewerkschaft zum Beispiel vor der tatsächlichen Beantragung einer Pflegeleistung bei der Pflegestrukturplanung unterstützen. Denn die Gemeindegewerkschaft kennt bestehende Angebote und trägt dazu bei, diese zu stärken und zu fördern, sodass sie bedarfsgerecht weiterentwickelt werden können.

Ergebnisse/Auswirkungen

Eine intensive Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen den Beteiligten und die enge wissenschaftliche Begleitung sind die Alleinstellungsmerkmale des Projektes mit überaus positiven Folgen für seine Verstetigung. Einerseits wurde die Gebietskulisse und somit der Ansatz konsekutiv erweitert und andererseits wurde eine Überführung in einen Regelbetrieb sowie eine -finanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen erreicht. Eine im Koalitionsvertrag verankerte Veränderung des Landespflegeausführungsgesetzes in Rheinland-Pfalz soll als Grundlage für eine flächendeckende kommunale Verankerung des präventiven Hausbesuchs im vorpflegerischen Bereich in baldiger Zukunft dienen.

6.2.1.3 Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum (KARMANT)

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: (nicht mehr aktiv); einige Informationen bei BMI (2019: 65) sowie unter

<https://rvp-elbtalosterz.de/redavorpilotprojekte>

<https://www.ballungsraumverbaende.de/bewaeltigung-des-demografischen-wandels.html>

für verstetigtes Folgeprojekt:

<https://www.kreis-meissen.de/Landratsamt/Die-Verwaltung/Dezernat-Soziales/Kreissozialamt-/Pflegekoordination/>

Das Projekt „Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum (KARMANT)“ sollte zur Einrichtung eines möglichst effizienten Pflegemanagements und Versorgungsnetzwerks im Landkreis Meißen führen, um so die Versorgung älterer Menschen und weiterer Pflegebedürftiger zu gewährleisten. Initiiert wurde es im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge (MORO-ArD).

Der Projektraum umfasste ursprünglich die Kommunen Coswig, Ebersbach, Moritzburg, Radebeul und Radeburg und verbreitete sich im Laufe der Verstetigung auf den gesamten Landkreis Meißen.

Begonnen mit der Aufstellung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge (2012-13) und implementiert während der Umsetzungsphase (2014-15) vom MORO-ArD, wurde die Pflegekoordination im Kreissozialamt Meißen mittels Kreis- und Landesmitteln ab 2016 langfristig verstetigt.

Ziele

Kernidee des Vorhabens war der Aufbau eines koordinierten Pflege- und Versorgungsmanagements sowie eines Versorgungsnetzwerkes, eingangs in mehreren Modellgemeinden des Landkreises Meißen. Konkret ging es dabei um die Etablierung eines regionalen und mobilen Beratungszentrums für ältere Menschen. Dieses durch die Gemeinden rotierende Beratungszentrum sollte soziokulturelle Angebote koordinieren, Ansprechpartner für Leistungsempfänger und -erbringer sein und eigene Konzepte zum Quartiersmanagement entwickeln und implementieren.

Beteiligte

Projekträger ist der Landkreis Meißen. Initiiert wurde das MORO-ArD vom Regionalen Planungsverband Oberes Elbtal/Ostertagebirge, Träger der Regionalplanung. Die Modellkommunen Coswig, Ebersbach, Moritzburg, Radebeul und Radeburg. Adressiert wurde alle Haupt- und Ehrenamtliche Akteure mit einem Bezug zur Pflege und Betreuung von Senior:innen im eigenen Gebiet. Dazu gehörten u. a. die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die Trägereinrichtungen von Pflege bezogener Angebote, Ehrenamtliche im vorpflegerischen Bereich (z. B. Ortsvereine, Volkssolidarität), aber auch Pflegebedürftige und ihre Angehörigen selbst.

Finanzierung

Von 2014 bis 2015 wurde die Pflegekoordination mit Mitteln des MORO-ArD finanziert. Ab 2016 fand dies anhand einer Kooperationsvereinbarung mit Mitteln des Landkreises Meißen (50 %) und Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz (50 %) statt. Seit 2021 ist die Einrichtung und Koordination von Pflegenetzwerken Teil der sog. Sächsischen Kommunalpauschalenverordnung und steht allen Kommunen als 50 % Landesförderung inkl. Pflegebudget von 75.000 €/Jahr zur Verfügung.

Leistungen und Maßnahmen

Das erste Hauptziel des Projekts war die Konzeption und Umsetzung einer mobilen Seniorenberatung „für die Fläche“, die durch eine initiale Anzahl an Modellgemeinden rotieren sollte. Die mobile Seniorenberatung sollte der Koordination der Angebote und Entwicklung von Quartierskonzepten dienen. Hierfür wurde eine umfangreiche Broschüre zur Bürgerberatung erstellt, um Senior:innen durch den „Angebotsdschungel in der Prävention und Pflege“ zu lotsen. Flankierend hinzu kam ab 2016 die landesweite Pflegedatenbank des Freistaats Sachsen. Um eine angemessene Beratung und Weitervermittlung aller Pflegeangebote zu gewährleisten, wurden Fortbildungen für Verwaltungsmitarbeiter der Meldeämter und Gemeindebüros durchgeführt. Wichtigste Maßnahme war die Einrichtung einer Personalstelle als Pflegekoordinatorin im Kreissozialamt Meißen. Die Koordination ist mit der stetigen Qualitätsentwicklung und Netzbildung in der Pflege betraut und initiierte weitere Kooperationen, Quartierskonzepte, Machbarkeitsstudien und Bedarfsanalysen anhand des eigenen Pflegebudgets. Schließlich ist sie mit der wiederkehrenden Durchführung der regionalen Pflegekonferenzen und -dialoge betraut.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die Verstetigung des Projekts KARMANT wird insbesondere an der mittlerweile etablierten Stelle der Pflegekoordination auf Kreisebene festgemacht. Wichtige Grundlage für den Ansatz war die finanzielle Unterstützung des Freistaats Sachsen (50 % Personalkosten und Pflegebudget). Die Zusammenarbeit mit bestimmten aktiven Modellgemeinden im Landkreis Meißen ist weiterhin intensiv, jedoch weitete sich der Wirkungskreis der Pflegekoordination im Laufe der Jahre auf das gesamte Kreisgebiet aus. Das Projekt verdeutlicht den hohen Bedarf an kommunaler Steuerung in der Pflegeversorgung.

6.2.2 Schweden

6.2.2.1 Cuviva – The Home Hospital Borgholm

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://cuviva.com/en/>

Das Unternehmen Cuviva stellt ein E-Health Produkt – ein digitales Tool inkl. Hardware – zur Verfügung, welches das Telemonitoring sowie Videokonsultationen zwischen Patient:innen und Gesundheitsdienstleistern ermöglicht. Das digitale Tool wurde in einem Pilotprojekt im Jahr 2016 am Gesundheitszentrum in Borgholm – The Home Hospital Borgholm – für vier Monate getestet. Nach positiver Evaluierung fand anschließend eine Implementierung des Produkts statt. Das Gesundheitszentrum in Borgholm arbeitet bis heute mit dem digitalen Tool. Mittlerweile konnte die vom Unternehmen Cuviva entwickelte digitale Lösung auch in weiteren Gesundheitszentren und Einrichtungen im Gesundheitsbereich in Schweden etabliert werden. Aktuell arbeitet das Unternehmen Cuviva zudem an der Weiterentwicklung ihres E-Health Produkts. Der unmittelbare Innovationsträger im Projekt ist damit das Unternehmen Cuviva.

Ziele

Cuviva ist ein Innovationsunternehmen im Bereich E-Health, das digitale Lösungen für die medizinische Versorgung und Pflege entwickelt, mit besonderem Blick auf die Patientengruppe, die die Hälfte der Gesundheitskosten der Gesellschaft in Schweden ausmacht. Der Fokus liegt auf gebrechlichen älteren Menschen mit chronischen Erkrankungen. Das Gesundheitszentrum in Borgholm überwacht und betreut erkrankte Patient:innen zu Hause mit dem Ziel, die medizinische Versorgung und Pflege qualitativ hochwertig zu gestalten und Aufenthalte im Krankenhaus deutlich zu reduzieren.

Beteiligte

Das Projekt Cuviva ist ein Beispiel für eine Kooperation eines privatwirtschaftlichen Unternehmens und eines öffentlichen Gesundheitszentrums. Eingebunden sind neben dem Unternehmen Cuviva und dem Gesundheitszentrum in Borgholm inklusive des Fachpersonals auch weitere Einrichtungen des Gesundheitssektors wie ambulante Pflegedienste. Zielgruppe für das digitale Tool sind gebrechliche ältere Menschen mit chronischen Erkrankungen, die zu Hause überwacht und betreut werden. Die erste Zielgruppe in der Pilotphase waren Patient:innen mit Herzinsuffizienz. Nach der Implementierung und Etablierung des digitalen Tools wurden die Zielgruppen stetig erweitert.

Finanzierung

Aufgrund der sozialen Ausrichtung des Unternehmens Cuviva besteht eine hohe intrinsische Motivation der Investoren. Zudem existiert ein hoher Grad an politischer Unterstützung.

Leistungen und Maßnahmen

Das Unternehmen Cuviva liefert eine digitale Lösung als Gesamtpaket: enthalten sind die Software sowie Messwerkzeuge, ein Tablet sowie ein Router pro Patient:in. Angeboten wird eine flexible und skalierbare Plattform, die volle Freiheit bei der Koordination und Kanalisierung der sich ändernden Bedürfnisse der Patient:innen in Bezug auf Probenahme, Überwachung, Gesundheitsplanung und Echtzeitkommunikation mit dem Gesundheitspersonal und der Familie bietet.

Die digitale Lösung besteht aus vier Modulen:

- MittCuviva. Persönliche Gesundheitsplanung und individuelle Dienstleistungen,
- Cuviva-Kommunikation: Echtzeit-Dialog mit Pflegepersonal und Familie,
- Cuviva-Home: Integriert alle Arten von Sensoren, Geräten und tragbarer Technologie und
- Cuviva-Wolke: Sichere Speicherung und selbstlernende, integrierte Prozesse.

Die Überwachung des Gesundheitszustands der Patient:innen erfolgt über das digitale Tool, welches täglich Daten an die Mitarbeitenden des Gesundheitszentrums in Borgholm übermittelt. Es findet zudem eine enge Abstimmung

zwischen dem Gesundheitszentrum in Borgholm und ambulanten Pflegediensten sowie weiteren Akteuren statt. Dies ermöglicht eine schnelle und gut abgestimmte Betreuung der Patient:innen. Zudem finden über das digitale Tool regelmäßige Videokonsultationen zwischen den Patient:innen und dem Pflegepersonal statt.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die Zahl der Nutzer:innen sind von 16 in der Pilotphase auf etwa 300 Anfang 2020 angestiegen. Durch das digitale Tool kommt es nachweislich zur Reduktion der zurückgelegten Wegstrecken der Patient:innen, da Kontrolluntersuchungen und Nachbesprechungen digital vorgenommen werden können. Es kommt zu einer Steigerung der Betreuungsqualität aufgrund der engmaschigen Überprüfung des Gesundheitszustands der Patient:innen. Zudem führt die intensive Betreuung zu einer Senkung der Rehospitalisierungsrate bei schwer kranken Patient:innen in der Region.

6.2.2.2 IMPROVE – Involving the community to co-produce public services

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://improve.interreg-npa.eu>

Der Fokus des Projekts IMPROVE – Involving the community to co-produce public services (Mai 2015 bis Mai 2018) lag auf der Umsetzung und Etablierung digitaler Lösungen in der Altenpflege. Hierzu wurden für mehrere Pilot-Kommunen Västernorrlands sogenannte „Local Champions“ eingesetzt, die den Prozess im Rahmen des Projekts betreuten und vorantrieben. Zudem wurde die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der stetige Austausch über Lerneffekte und Erfahrungen stark gefördert. Koordiniert wurde der Prozess der Umsetzung und Etablierung digitaler Lösungen durch den Kommunalverbund Västernorrland, welcher auch für die Projektkoordination zuständig war.

Ziele

Das Ziel des EU-Projekts lag von Beginn an im Support bei der langfristigen Implementierung von digitalen Lösungen wie E-Health Anwendungen zur Unterstützung ambulanter Pflege älterer und pflegebedürftiger Menschen. Die Verstetigung des Projekts selbst war nie das Ziel. Die getesteten Lösungen konnten jedoch über den Projektzeitraum hinaus in sieben Kommunen der Region erfolgreich etabliert werden, weshalb ein wesentlicher Teil der Projekthinhalte als verstetigt betrachtet werden kann.

Beteiligte

Neben Projektverantwortlichen im Kommunalverbund sowie in den Kommunen sind insbesondere das Pflegepersonal sowie ältere und pflegebedürftige Senior:innen die zu Hause betreut werden Beteiligte des Projekts.

Finanzierung

Die Initiierung zur Umsetzung und Etablierung digitaler Lösungen erfolgte im Rahmen des EU-Projekts (Mai 2015 bis Mai 2018). Anschließend fand die dauerhafte Implementierung der getesteten Leistungen in den Gemeinden in Västernorrland: Härnösand, Sundsvall, Ånge, Kramfors, Sollefteå, Timra und Örnsköldsvik statt. Seit Projektbeginn bestand eine eigenständige Finanzierung der getesteten Lösungen durch die Kommunen ohne Abhängigkeit zu externen Fördergeldern. Hierdurch entstanden auch keine finanziellen Engpässe beim Übergang in die Regelfinanzierung.

Leistungen und Maßnahmen

Vier innovative Maßnahmen zur häuslichen Pflege standen im Vordergrund des Projekts:

- Einführung von „Nachtfriedenskameras“ zur sicheren Überwachung pflegebedürftiger Senior:innen zu Hause,
- Verwendung von Windeln mit Feuchtigkeitssensoren zur Inkontinenzhilfe,
- Nutzung einer Smartphone App zur schlüssellosen Entriegelung der Haustüren pflegebedürftiger Senior:innen und
- Umsetzung einer digitalen Pflegeplanung, bspw. im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt.

Ergebnisse/Auswirkungen

Der Einsatz der Nachtfriedenkameras führt zu einem höheren Sicherheitsgefühl bei den Senior:innen in der Nacht. Zudem besteht zwischen den Senior:innen und dem Pflegepersonal ein engmaschigerer Kontakt, welcher das Sicherheitsgefühl zusätzlich stärkt. Die Senior:innen können länger selbstständig und unabhängig in ihren eigenen vier Wänden leben. Der Einsatz der schlüssellosen Schösser optimiert die Wege des Pflegepersonals. Zudem ergeben sich effizientere Betreuungsmöglichkeiten durch das Pflegepersonal, da die räumlich nächste Pflegekraft die Senior:innen bei Bedarf direkt anfahren kann. Wegfallende Fahrtzeiten setzen Personalressourcen frei, die wiederum an anderer Stelle zum Einsatz kommen können.

6.2.3 Österreich

6.2.3.1 Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams (KI-JU-PALL)

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: (nicht mehr aktiv); aktuelle Informationen u. a. unter:

<https://www.hospiz-noe.at/standorte/ki-ju-pall-team-moedling/>

https://sozialinfo.noe.gv.at/content/de/9/InstitutionDetail.do?it_1=7342279

Die Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams, kurz KI-JU-PALL, wurden im Jahr 2007 durch den gemeinnützigen Verein MOKI NÖ (Mobile Kinderkrankenpflege Niederösterreich) ins Leben gerufen. Die Initiative MOKI NÖ besteht seit 1999 und wurde 2004 zum gemeinnützigen Verein. Schwerpunkte der Vereinsarbeit liegen in der pflegerischen Unterstützung und Entlastung von Familien, welche ihr Kind zu Hause pflegen. Mit der Etablierung der Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams wurde ein Angebot geschaffen, welches in diesem Rahmen den Fokus auf die wichtige und sensible Thematik der mobilen Palliativpflege im pädiatrischen Bereich richtet. Finanziert werden die Teams durch den niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS).

Ziele

Ziel der Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams ist die Gewährleistung einer niederösterreichweiten flächendeckenden Palliativversorgung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im eigenen zu Hause sowie die Verbesserung der Lebensqualität der Pflegebedürftigen mit unheilbaren oder lebensbedrohlichen Erkrankungen. Die flächendeckende Versorgung wird aktuell durch vier interdisziplinäre Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams mit Sitzen in Mödling, Tulln, Wiener Neustadt und Melk gewährleistet. Alle Mitarbeitenden der Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams werden unabhängig von ihrem Fachbereich zusätzlich durch den interdisziplinären Universitätslehrgang „Palliative Care in der Pädiatrie“ ausgebildet, um die bestmögliche Qualifikation und Sensibilität für die Thematik zu erzielen.

Beteiligte

Die Versorgung wird durch interdisziplinäre Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams gewährleistet. Die Teams bestehen aus diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegern, Kinderfachärzten, Sozialarbeitern und Psychologen. Die Erweiterung der Teams um Physiotherapeuten wird aktuell angestrebt. Die pflegerische Unterstützung und Entlastung kommen Familien zugute, die ihr schwer kranken Kinder und Jugendliche zu Hause pflegen. Unterstützung erfahren auch Eltern tot geborener oder kürzlich verstorbener Kinder.

Finanzierung

Die Finanzierung ist seit 2014 geregelt und erfolgt durch den niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS). Aktuell wird die Überführung in die Regelfinanzierung des Bundes angestrebt.

Leistungen und Maßnahmen

Das Leistungsangebot der Teams umfasst neben der medizinischen und pflegerischen Versorgung auch die soziale und psychologische Begleitung der Patienten und ihrer Angehörigen. Auch Pflegeberatung und Hilfestellungen bei der Beschaffung von Medizinprodukten werden durch die Teams gewährleistet. Die ganzheitliche Betreuung der betroffenen Familien endet nicht mit dem Versterben des kranken Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen.

Stattdessen haben die Angehörigen die Möglichkeit, bis zu einem weiteren Jahr eine Trauerbegleitung in Anspruch zu nehmen. Die gesamte Betreuung ist für die betroffenen Familien kostenlos.

Ergebnisse/Auswirkungen

Aus Sicht des Forschungsprojekts InDaLE ist die Initiative KI-JU-PALL besonders interessant, da sie durch ihr langjähriges Bestehen und die gesicherte Finanzierung als verstetigter Ansatz betrachtet werden kann. Die Debatte um medizinische Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen zielt häufig auf die ältere Bevölkerung ab. Der klare Fokus dieser Initiative auf Kinder und Jugendliche in Verbindung mit dem innovativen, ganzheitlichen und flächendeckenden Betreuungsansatz schafft demnach einen besonderen Mehrwert für die Analyse.

6.2.3.2 CoSENSo / Pflegenahversorgung

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://www.ktn.gv.at/Themen-AZ/Details?thema=131&detail=986>

Bei den Projekten CoSENSo (Vorgängerprojekt) und Pflegenahversorgung (Folgeprojekt) handelt es sich um aufeinanderfolgende Projekte. Zu beachten ist, dass die Pflegenahversorgung nicht als Verstetigung des Projekts CoSENSo, sondern als eigene Folgeinitiative zu verstehen ist. Jedoch wurden wesentliche Lehren aus dem Projekt CoSENSo für die Pflegenahversorgung berücksichtigt sowie einige Projektschwerpunkte und -inhalte weitergeführt.

Der Fokus bei der Pflegenahversorgung liegt auf der Beratungs- und Koordinierungsfunktion von Pflegekoordinator:innen. Auf pflegerische und medizinische Aufgabenbereiche wurde im Folgeprojekt bewusst verzichtet. Daher wurde auch CoSENSo als Vorgängerprojekt in die Betrachtung mit einbezogen. Das Hauptaugenmerk der Analyse liegt allerdings auf dem aktuellen Projekt Pflegenahversorgung. Dieses existiert seit Januar 2019 und konnte die Etablierung der Pflegekoordinator:innen seitdem auf immer weitere Gemeinden im Land Kärnten ausweiten.

Ziele

Ziele des Projekts waren ein längerer Verbleib älterer Menschen in ihrem eigenen Zuhause sowie die Prävention von Alterserkrankungen durch regelmäßige Kontrollen des Gesundheitszustands. Das Schaffen bzw. Aufrechterhalten familiärer und informeller Versorgungsstrukturen durch stetigen Kontakt zur Gemeindeschwester war ein weiterer Fokus des Projekts. Das Projekt Pflegenahversorgung zielt auf die Schaffung eines niedrigschwelligen Angebots zur Pflegeberatung- und Koordination für pflegebedürftige Menschen, welche noch zu Hause leben, ab. Zudem spielt die Stärkung und Koordinierung des Ehrenamts zur Unterstützung der pflegebedürftigen Menschen eine wichtige Rolle.

Beteiligte

Beteiligte in beiden Projekten sind ältere Menschen, ob gesund oder bereits erkrankt, sowie ihre Angehörigen. Zudem sind die Familiengesundheitspflegerinnen (in CoSENSo) und die Pflegekoordinator:innen (Pflegenahversorgung) wichtige Schlüsselpersonen.

Finanzierung

CoSENSo wurde von Dezember 2015 bis Dezember 2018 im Rahmen eines EU-Projekts gefördert. Die Pilotphase fand im Land Kärnten in acht Gemeinden statt. Nach Ablauf der Pilotphase wurde das Projekt noch für ein weiteres Jahr vom Land Kärnten finanziert. Bei der Pflegenahversorgung etablieren seit Januar 2019 Testgemeinden Pflegekoordinator:innen individuell in Zusammenarbeit mit der Abteilung 5 Gesundheit und Pflege des Landes Kärnten. Je Testgemeinde erfolgt eine dreijährige Pilotphase, in welcher das Land (75 %) und die Gemeinde (25 %) sich die Finanzierung teilen. Nach Ablauf der Pilotphase übernehmen die Gemeinden die Finanzierung der Pflegekoordinator:innen selbstständig.

Leistungen und Maßnahmen

Im Projekt CoSENSo besuchte eine ausgebildete Familiengesundheitspflegerin die Patient:innen zu Hause, fungierte beratend, pflegerisch sowie medizinisch (bspw. im Rahmen von Verbandswechseln). Teile des Angebots konnten sich allerdings nicht durchsetzen, da Zuständigkeitsüberschneidungen mit bestehenden Versorgungsdienstleistern

(Pflegedienste, niedergelassene Ärzte) bestanden und daher ineffizient waren. Im Projekt Pflegenahversorgung wird der Fokus auf ein niederschwelliges Angebot zur Pflegeberatung- und Koordination zwischen Betroffenen, Familienmitgliedern, Ehrenamtlichen, Pflegediensten, Ärzt:innen, Krankenhäusern und weiteren Gesundheitsdienstleistern gelegt. Die Aufgaben der Pflegekoordinator:innen gehen von der Feststellung des Pflegebedarfs über die Hilfe bei administrativen Angelegenheiten, die Beratung zu und Koordination von Pflegeleistungen bis zur Organisation ehrenamtlicher Unterstützung. Es findet jedoch eine klare Abgrenzung zum Aufgabenspektrum des Projekts CoSENSo aufgrund des Verzichts auf pflegende und medizinische Tätigkeiten statt.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die bereits existierenden Erfahrungen aus dem Projekt CoSENSo (Vorgängerprojekt) konnten im Projekt Pflegenahversorgung (Folgeprojekt) gewinnbringend eingebracht werden. Hierdurch konnten insbesondere die Angebote im Rahmen der Pflegenahversorgung an den Bedarf angepasst und Zuständigkeitsüberschneidungen mit bestehenden Versorgungsdienstleistern (Pflegedienste, niedergelassene Ärzte) minimiert werden. Lerneffekte aus dem Projekt CoSENSo konnten unmittelbar in Planung und Umsetzung der Pflegenahversorgung einfließen, da in beiden Projekten die Kärntner Landesregierung projektverantwortlich ist.

6.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

6.3.1 Deutschland

6.3.1.1 Gemeinsamer Feuerwehr-Ausbildungspool und Interkommunale Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: (nicht mehr aktiv); nähere Informationen bei Kaether et al. (2016: 108), BMI (2019: 48) sowie Steinführer und Brad (2022: 138 f.)

für verstetigtes Folgeprojekt:

<http://www.oderlandregion.de/seite/203103/feuerwehr-koordinator.html>

Die Feuerwehren der Oderlandregion arbeiteten im Rahmen des bundesgeförderten Modellvorhabens der Raumordnung „Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ (MORO-ArD) an einer zukunftsfähigen nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Eine interkommunale Gefahrenabwehrplanung sowie gemeinsame Ausbildung, Investitionsplanung und Großgerätebeschaffung sollten u. a. die Tageseinsatzbereitschaft verbessern, den Ausbildungsstand der Kamerad:innen vereinheitlichen, finanzielle Einsparungen ermöglichen sowie generell das Ehrenamt der freiwilligen Feuerwehren vor Ort entlasten. Am Projekt beteiligt waren die Kommunen der interkommunalen Kooperation „Oderlandregion (Ämter Golzow, Lebus, Neuhardenberg und Seelow-Land, die Gemeinde Letschin und die Stadt Seelow, Landkreis Märkisch-Oderland). Insgesamt waren eine Stützpunktfeuerwehr, acht Schwerpunktfeuerwehren und 40 Ortsfeuerwehren beteiligt. Begonnen mit der Aufstellung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge (2012-13) und implementiert anhand der zwei Umsetzungsprojekten in der Umsetzungsphase (2014-15) vom MORO-ArD, wurde die Feuerwehrkoordination mit Eigenmitteln der beteiligten Brandschutzträger in der Oderlandregion – Stelle blieb einiger Zeit unbesetzt aufgrund Personalwechsel – ab Juni 2017 langfristig verstetigt.

Ziele

Die Ziele des Projekts waren vielfältig. Dazu gehörten die Einrichtung einer interkommunalen Arbeitsgruppe „Brand- und Katastrophenschutz“, die Stärkung der Nachwuchsgewinnung anhand besserer Übergangsgestaltung von Jugendfeuerwehren in den aktiven Dienst, Anreize auf kommunaler Ebene zur Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft, die Aufstellung einer interkommunalen Aus- und Weiterbildung sowie Alarm- und Ausrückeordnung und eine gemeinsame Abstimmung und Beschaffung bei Ausstattung, Großgeräten und Infrastrukturmaßnahmen. Für die Koordination insbesondere gemeinsamer Ausbildung und Beschaffung wurde die Stelle eines interkommunalen Feuerwehrkoordinators eingerichtet, die über die Projektlaufzeit hinaus verstetigt werden konnte.

Beteiligte

Träger des Brandschutzes und damit des Projektes waren die Kommunen selbst sowie deren Ortsfeuerwehren und der Landkreis MOL. Zentraler Akteur war der Feuerwehrkoordinator, dessen Stelle im Rahmen des Projekts ins Leben gerufen wurde. Das Projekt wurde durch die „Interkommunale Arbeitsgruppe Brand- und Katastrophenschutz“ begleitet, in der die Amts-, Gemeinde- und Stadtweführer, der Kreisbrandmeister, die Aufsichtsbehörde Landkreis MOL sowie die Ordnungsämter vertreten waren. Die Wirtschaftsförderung und Regionalplanung der Stadt Seelow war ebenfalls ein wichtiger Treibender des Projektes. Hauptzielgruppe des Projektes waren alle Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren, die durch die gezielte Koordination entlastet werden sollen. Ebenfalls waren die hauptamtlichen Verantwortlichen in den Gemeinden Teil der Arbeitsgruppen und Abstimmungen. Schließlich wurden im Projektbaustein „Nachwuchssicherung“ auch Kinder und Jugendliche der Region angesprochen.

Finanzierung

Von 2014 bis 2015 wurde die Feuerwehrkoordination und einige Investitionen (z. B. digitale Whiteboards) mit Mitteln des MORO-ArD finanziert. Ab 2016 fand dies anhand einer Kooperationsvereinbarung im Rahmen der geltenden interkommunalen Kooperation der Oderlandregion statt. Aufgrund kommunaler Umstrukturierungen im Landkreis MOL ist seit 2016 das Amt Neuhardenberg aus der Finanzierung der Feuerwehrkoordination ausgestiegen.

Leistungen und Maßnahmen

Um interkommunale Managementstrukturen in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr aufzubauen, wurde ein Beteiligungsprozess sowie auch die Stelle eines Feuerwehrkoordinators finanziert. Des Weiteren gab es zwei Umsetzungsprojekte. Das erste von beiden sah vor, einen gemeinsamen Ausbildungspool für die Oderlandregion zu schaffen. Im zweiten Umsetzungsprojekt ging es um die interkommunale Koordination, welche anhand eines gemeinsamen Gefahrenabwehrbedarfsplan mit integrierter Alarm- und Ausrückeordnung (verbesserte Alarmierung im Pool) initiiert wurde. Ebenfalls wurden eine abgestimmte Ausbildung, Prävention sowie Investitionsplanung begonnen.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die Verstetigung des Projektes wird nach Ablauf der MORO-Förderphase einerseits in der dauerhaften Einrichtung der Stelle des Feuerwehrkoordinators der Oderlandregion gesehen. Andererseits gehören dazu bestimmte Aktivitäten rund um den Brandschutz wie die gemeinsame Ausbildung, Beschaffung und Infrastrukturplanung, die weiter fortgeführt werden. Mit gewisser Ambivalenz wird in der Region die Durchschlagskraft des Ansatzes bewertet: Ein kommunaler Partner ist aus der Kooperation ausgestiegen, während andere eine Vertiefung und Intensivierung gemeinsamer Aufgaben fordern.

6.3.1.2 Mehr Feuerwehr in die Schule

Allgemeine Informationen

Projektwebseite:

<https://feuerwehr-in-die-schule.de/mehr-feuerwehr-in-die-schule/>

<https://feuerwehr.hessen.de/ehrenamt/kampagnen-und-projekte/projekt-mehr-feuerwehr-in-die-schule>

Das Projekt „Mehr Feuerwehr in die Schule“ förderte im Land Hessen in der Zeit von 2016 bis 2018 die Brandschutzprävention bei Kindern und Jugendlichen und die Nachwuchsgewinnung für die freiwilligen Feuerwehren mittels modellhafter Kooperationen zwischen Schulen und Feuerwehren. Inspiriert durch das Projekt „Gemeinsam-Sicher-Feuerwehr“ aus Oberösterreich, wurden unterstützende Materialien erarbeitet sowie auch konkrete Kooperationsformen konzipiert und erprobt.

Das Projekt startete im September 2016 im Hochtaunuskreis und wurde im Laufe der Projektentwicklung um die Modellregionen Main-Taunus, Frankfurt sowie die Stadt Hanau erweitert. Im Schuljahr 2017/18 wurden die Pilotprojekte in Pilotregionen durchgeführt, die daraufhin zur Verstetigung geführt haben.

Ziele

Ziel des Projekts ist es, Kooperationen von Feuerwehren und Schulen, die über eine Brandschutzerziehungseinheit hinausgehen, mit Materialien, Leitfäden und Beratung zu erleichtern und zu unterstützen. So sollen einerseits Kinder

und Jugendliche für den sorgsamem Umgang mit Feuer und das Verhalten im Brandfall sensibilisiert werden. Andererseits bietet eine höhere Präsenz der Feuerwehr in den Schulen die Chance, Nachwuchskräfte für die Kinder- und Jugendfeuerwehren zu gewinnen.

Beteiligte

Träger des Projektes „Mehr Feuerwehr in die Schule“ waren das Hessische Kultusministerium (HKM), der Landesfeuerwehrverband Hessen (LFV) und das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS). Auf Ortsebene haben nach Hessischem Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG) die Gemeinden sowie auch Landkreise, kreisfreie Städte und Städte mit Sonderstatus die Brandschutzerziehung zu planen und zu fördern. Wichtige Akteure im Projekt waren ebenfalls die Schulen und Feuerwehren in den Pilotregionen (Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Stadt Frankfurt und Stadt Hanau). Vertretungen der Pilotregionen arbeiteten zusammen mit den erwähnten Projektträgern in einer Projekt-Steuerungsgruppe. Schließlich war eine pädagogische Fachkraft während der Entwicklungsphase des Projektes von hoher Bedeutung. Das Projekt und seine Inhalte adressierten Schulen in ganz Hessen, die Projekte in Kooperation mit den örtlichen Feuerwehren (Griesheim, Niederursel, Usingen, Hanau, Bad Soden, Frankfurt-Niederrad und Bad Homburg) auflegen konnten. Somit waren sowohl Schüler:innen als auch Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren Zielgruppen des Projekts.

Finanzierung

Die Entwicklung des Projekts wurde durch Mittel des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) finanziert. Die erprobten Maßnahmen in den Schulen konnten aus den sog. Ganztagsmitteln für Honorare und Sachmittel teilweise bezahlt werden. Ab dem Jahr 2018 galt eine Landesförderrichtlinie für die Finanzierung der Schulangebote mit dem Titel „Finanzielle Förderung von freiwilligen Schulangeboten der Feuerwehren und im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen“. Je nach Anzahl der Schulstunden gab es 400 bis maximal 800 Euro. Sogenannte „Dauerangebote“ über das gesamte Schuljahr konnten mit bis zu 5.000 Euro gefördert werden.

Leistungen und Maßnahmen

Konkret wurden verschiedene Kooperationsformen zwischen Schulen und Partner-Feuerwehren (Projekttag und -wochen, Wahlpflichtfächer oder Arbeitsgemeinschaften) konzipiert und ausprobiert. Dabei sollten naturwissenschaftliche Bildungsinhalte aus dem Fachunterricht in die alltägliche Arbeit der Feuerwehr transferiert werden, um den Praxisbezug der Lehrinhalte zu erhöhen. Als Ergebnis der Pilotphase von „Mehr Feuerwehr in die Schule“ wurde ein Leitfaden zur Durchführung von Schulprojekten erarbeitet, in dem zahlreiche Materialien und erfolgreiche Beispiele aus den Modellregionen zur Verfügung gestellt werden. Zudem wurden zwei Fachtagungen organisiert und die Informationsplattform <https://feuerwehr-in-die-schule.de> erarbeitet, auf der Informationen, Tipps und Arbeitsmaterialien für freiwillige Feuerwehren und Lehrkräfte zusammengefasst abrufbar sind. An einem späteren Zeitpunkt ist der geltende „Leitfaden für die Einführung des Brandschutzerziehungskonzepts“ für das Bundesland Hessen daraus hervorgegangen.

Ergebnisse/Auswirkungen

Die Verstetigung der Ansätze, Prozesse und Strukturen des Projekts können in vielerlei Hinsicht bestätigt werden. Räumlich wurde die Brandschutzerziehung von den ursprünglich sieben Pilotprojekten in drei Modellregionen auf zurzeit 16 Landkreise, kreisfreie Städte und Städte mit Sonderstatus in Hessen ausgedehnt. Ab dem Jahr 2018 war die Förderrichtlinie zur „Förderung von freiwilligen Schulangeboten der Feuerwehren und im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen“ für Antragsteller verfügbar. Auch die seit Beginn des Projektes eingerichtete Steuerungsgruppe besteht noch als Begleitgremium und tagt zu Angelegenheiten der Brandschutzerziehung und -aufklärung.

6.3.2 Österreich

6.3.2.1 Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: <https://www.gemeinsam-sicher-feuerwehr.at/>

Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr (G.S.F.) ist eine Bildungsinitiative des Oberösterreichischen Landes-Feuerwehrverbands. Gegenstand ist die Entwicklung von Brandschutz-erziehungsunterlagen, die auf allen Ebenen des Bildungssystems eingesetzt werden sollen. Die Initiative entstand 2013 in Oberösterreich. In den Folgejahren wurde sie in vier weitere Bundesländer Österreichs ausgeweitet und teilweise auch auf das deutsche Bundesland Hessen übertragen.

Ziele

Die Initiative entstand aufgrund wahrgenommener Defizite in der Brandschutzerziehung, insbesondere fehlende standardisierte Prozesse und Unterlagen sowie ein fehlendes systematisches oder einheitliches Vorgehen bei der Brandschutzerziehung und somit eine starke Variation in Bezug auf die Art und den Grad der Umsetzung. Mit dem Projekt G.S.F. werden eine Aktualisierung und Standardisierung der Brandschutzerziehungsunterlagen für alle Stufen des allgemeinbildenden Vorschul- und Schulsystems sowie eine erhöhte Sensibilisierung im Bereich Brand- und Katastrophenschutz und die Vermittlung gesellschaftlicher Funktionen der Feuerwehr angestrebt. Zudem sollen die Feuerwehren, in deren Aufgabenbereich die Brandschutzerziehung liegt, entlastet werden, indem diese in das Bildungssystem integriert wird. Ziel ist der Einsatz der Materialien in ganz Österreich.

Beteiligte

Der Oberösterreichische Landes-Feuerwehrverband ist sowohl Initiator als auch Träger des Projektes. Die jetzige Steuerungsgruppe hat sich aus Funktionären des Verbandes gebildet. Die didaktische Aufbereitung und Aktualisierung der Inhalte, die seitens der Feuerwehr festgelegt wurden, übernimmt das Institut Retzl, ein privates Forschungs- und Beratungsinstitut aus Linz. Um eine Akzeptanz der Materialien im Bildungsbereich zu erreichen, wird das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit einbezogen. Durch die Feuerweherschulen werden die Feuerwehrleute auf die Materialien aufmerksam gemacht und im Umgang mit ihnen geschult.

Finanzierung

Die Kosten für die Materialentwicklung werden durch den Oberösterreichischen Landes-Feuerwehrverband aus eigenen Mitteln finanziert. Bei einer Umsetzung von G.S.F. wird dem LFV ein Teil der Kosten durch die Bundesländer erstattet. Der Druck der Mappen erfolgt länderintern über Spenden.

Leistungen und Maßnahmen

G.S.F. ist in fünf Module gegliedert. Modul 1 ist für Kindergärten konzipiert, Modul 2 für Volksschulen und Modul 3 für die Sekundarstufe I. Gegenstand dieser Module sind Mappen mit Unterrichtsmaterial, in denen Themen der Feuerwehr und des Brand- und Katastrophenschutzes didaktisch und für die jeweilige Bildungsebene angemessen aufbereitet werden. Zusätzliche Arbeitsblätter, pädagogische Hinweise und Arbeitshefte oder Sammelmappen für Schüler:innen sollen die Integration dieser Themen in den Kindergarten- und Schulunterricht für die Pädagog:innen erleichtern und diese dadurch entlasten. Die Feuerwehren erhalten Mappen mit pädagogischen Hilfestellungen für den Besuch der Feuerwehr in den Kindergärten/Schulen und den Besuch der Kindergärten/Schulen bei der Feuerwehr. In Modul 4, mit Fokus auf die Sekundarstufe II, ändert sich das Konzept dahingehend, dass keine Mappen mit Unterrichtsmaterialien bereitgestellt, sondern Themenvorschläge für Referate, Projekte und Abschlussarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt ein Supportpool, bestehend aus einer Expertenliste, auf die die Schüler:innen zurückgreifen können. Ein geplantes, aber noch nicht umgesetztes Modul 5 erweitert das Konzept hin zur Brandschutzaufklärung, seine Zielgruppe ist somit die erwachsene Bevölkerung⁵.

Die Verbreitung der Mappen erfolgt überwiegend durch die Bezirksfeuerwehrkommandanten. Diese haben die Aufgabe, den Kontakt zu den Schulen und Kindergärten vor Ort herzustellen, um die Mappen an die lokalen Bildungseinrichtungen zu verteilen. Zudem können die Bildungseinrichtungen die Mappen auf der Homepage von G.S.F. bestellen und einzelne Arbeitsblätter und Materialien kostenlos herunterladen.

⁵ Mit der Unterscheidung von Brandschutzerziehung (für Kinder und jüngere Jugendliche) und Brandschutzaufklärung (für Jugendliche ab der Sekundarstufe 2 bzw. der Oberstufe sowie für Erwachsene) folgen wir dem Gemeinsamen Ausschuss Brandschutzerziehung und -aufklärung der Vereinigung zur Förderung des Brandschutzes (vfdb) und des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), vgl.: <https://www.vfdb.de/referat-12/definition-von-brandschutzaufklaerung-und-erziehung>

Ergebnisse/Auswirkungen

In der Umsetzung kommen drei Bereiche miteinander in Kontakt: das Bildungswesen, die Gefahrenabwehr und die Wirtschaft. Erstens können durch die enge Verzahnung des Projektes mit dem Bildungssystem die Kinder und Schüler:innen im Grunde flächendeckend und über einen Großteil der Jahrgänge erreicht werden. Allerdings ist die Aufnahme in den offiziellen Schulbuchkatalog (und somit die flächendeckende und verbindliche Nutzung der Mappen) aufgrund der vielen Wechsel in der politischen Führung des Bundesbildungsministeriums noch nicht erfolgt. Oft steht das Projekt auch der Skepsis örtlicher Feuerwehrkommandanten gegenüber, die die Schaffung von zentralisierten Ansätzen und Koordinierungsstrukturen innerhalb der Feuerwehr grundlegend ablehnen.

Zweitens kann die Wirtschaft feuerwehrrelevante Themen einbringen, die von Schüler:innen untersucht werden. Die Feuerwehr, die auf Unternehmen beispielsweise in Form von Spenden sowie zur reibungslosen Freistellung von Mitarbeiter:innen für Einsätze angewiesen ist, erhält zum einen Unterstützung aus der Wirtschaft, für die wiederum die Einsatzbereitschaft einer leistungsfähigen Freiwilligen Feuerwehr von Bedeutung ist. Im Projekt G.S.F. wird diese Beziehung auf geschickte Art gepflegt und die Feuerwehr abseits von akuten Gefahrensituationen für die Unternehmen im Alltag sichtbar gemacht. Zum anderen kann die Feuerwehr mit G.S.F. potenziellen Nachwuchs ansprechen und für Themen des Brandschutzes und der Feuerwehr sensibilisieren.

6.3.2.2 Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen

Allgemeine Informationen

Projektwebseite: http://maishofen.at/Unser_Maishofen/Haus_der_Feuerwehr_und_Vereine

Das „Haus der Vereine und Feuerwehr“, ein gemeindeeigenes Bauprojekt der Gemeinde Maishofen, Bezirk Zell am See, Land Salzburg, wurde nach 13 Monaten Bauzeit im Jahr 2017 eröffnet. Es wird gemeinschaftlich von der Trachtenmusikkapelle Maishofen, der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Landjugend genutzt. Räumlich ist es an den Bauhof und Recyclinghof der Gemeinde angebunden. In der touristisch geprägten Gemeinde Maishofen lebten im Jahr 2021 etwa 3.600 Einwohner:innen (Statistik Austria 2022).

Ziele

Vor der Realisierung des Vereinshauses waren die Trachtenmusikkapelle sowie die Feuerwehr an einem anderen Standort untergebracht. Auslöser für den Bau des Hauses war der Bedarf der Trachtenmusikkapelle nach neuen Räumlichkeiten. Die Räumlichkeiten der Feuerwehr waren bis dahin ausreichend, jedoch zeichneten sich auch ein Platzmangel sowie fehlende Funktionen, wie Damen-Sanitäranlagen, ab.

Beteiligte

Die Gemeinde Maishofen ist Trägerin des Projektes, welches besonders vom Bürgermeister veranlasst wurde. Das Bauamt der Gemeindeverwaltung Maishofens ist für die Planung und Koordination des Projekts zuständig gewesen. Für die Gestaltung des Hauses und für die bauliche Umsetzung wurde ein lokaler Architekt, ein lokales Bauunternehmen sowie ein Statiker und Bauphysiker beauftragt. Die Nutzergruppen, die Feuerwehr, die Trachtenmusikkapelle sowie die Landjugend, wurden in die Planung der Räumlichkeiten eingebunden und haben zudem einen Teil der Inneneinrichtung in Eigenleistung erbracht. Das Land Salzburg, der Landesfeuerwehrverband sowie der Blasmusikverband sind finanziell an dem Projekt beteiligt.

Finanzierung

Die Kosten für den Bau des Gebäudes beliefen sich auf 4,76 Millionen Euro brutto. Für die Finanzierung des Projekts hat die Gemeinde unter anderem im Vorhinein Rücklagen gebildet. Zudem wurde das Projekt mit einer Summe von 950.000 Euro vom Land Salzburg, dem Landesfeuerwehrverband sowie dem Blasmusikverband gefördert. Für die Förderung des Landesfeuerwehrverbandes in Höhe von etwa 550.000 Euro mussten Mindeststandards der Feuerwehreinrichtung eingehalten werden.

Leistungen und Maßnahmen

Ein Schwerpunkt des Projekts war die Standortentscheidung für das Vereinshaus. Es wurden vier potenzielle Standorte ausgemacht. Unter anderem durch eine Evaluation der verschiedenen Standorte in einer Masterarbeit kristallisierte sich der Standort außerhalb des Dorfkentrums beim gemeindlichen Bauhof als geeignet heraus. Hier befand sich das

stillgelegte Klärbecken der Gemeinde. Auf einen im Jahr 2011 vorgefertigten Entwurf zur Umnutzung des Klärbeckens aufbauend, wurde das Haus über dem Becken errichtet, welches mit einer Abfahrtsrampe versehen wurde und als Stellplatz für Feuerwehrequipment und Kommunalfahrzeuge dient. Der Standort hatte vor allem ökonomische Vorteile: Die Gemeinde musste fast keine neuen Flächen erwerben, da sie Eigentümerin des Standortes war. Zudem konnten die Kosten für einen Abriss des Klärbeckens vermieden werden.

Ergebnisse/Auswirkungen

Das moderne und nach den Bedürfnissen der verschiedenen Nutzergruppen ausgestattete „Haus der Feuerwehr und Vereine“ wird von der Feuerwehr, der Trachtenmusikkapelle sowie der Landjugend und anderen Nutzergruppen fast täglich genutzt und ist somit gut frequentiert. Der Schulungsraum der Feuerwehr bietet verschiedenen Organisationen einen Ort für Veranstaltungen. Zudem können feuerwehreigene Veranstaltungen, beispielsweise die „Florianifeier“ der Freiwilligen Feuerwehr, durchgeführt werden. Aufgrund eines gemeinsamen Eingangs und genutzter Räumlichkeiten kommt es zu zufälligen Berührungspunkten zwischen den Nutzergruppen, was zu einem höheren Austausch und engeren Kontakt führt. Das „Haus der Feuerwehr und Vereine“ hat sich insgesamt als ein sozialer Treffpunkt der Gemeinde etabliert.

Zudem zeigen sich Synergien der räumlichen Verbindung von Bauhof und Feuerwehr. Dadurch, dass die städtischen Angestellten des Bauhofs größtenteils auch Mitglieder bei der Feuerwehr sind, ist deren Tageseinsatzbereitschaft gesichert. Zudem können kommunale Fahrzeuge für Einsätze der Feuerwehr genutzt werden. Auf der anderen Seite kann der Bauhof die Infrastruktur der Feuerwehr mitverwenden, beispielsweise für die Reinigung, Wartung und Instandhaltung von Gerätschaften.

Mit dem Neubau der Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr nach den Mindeststandards des Landesfeuerwehrverbandes wurde ein Raum für die Jugendfeuerwehr eingerichtet. Dies war ein Anstoß dafür, dass in Maishofen eine zuvor nicht existente Jugendfeuerwehr gegründet wurde. Diese Entwicklung beugt einem Personalmangel in der Freiwilligen Feuerwehr vor.

Die Auswirkungen des Projektes bleiben eher auf lokaler Ebene. Jedoch wird das Haus auch von Gruppen außerhalb Maishofens genutzt und als Vorzeigeprojekt mit regionaler Reichweite von Interessierten anderer Musikkapellen, Feuerwehren oder Planer:innen für geplante Bauprojekte begutachtet.

6.3.3 Schottland

6.3.3.1 Fire Reach/Fire Skills

Allgemeine Informationen

Projektwebseite (Beispiel für eine Umsetzung): <https://www.itsyourchoice.co/fire-reach.php>

Fire Reach ist eine Bildungsinitiative, die im Jahr 2003 vom Strathclyde Fire and Rescue Service (SFRS) initiiert wurde. Das ursprüngliche Ziel des Projektes war die Erstellung eines Bildungsprogramms für jugendliche Brandstifter und Jugendliche, die Einsatzkräfte angreifen. Die Entwicklung des Projektes war eine Reaktion auf die Probleme, mit denen die Feuerwehren Anfang der 2000er-Jahre in Glasgow konfrontiert waren. Mittlerweile wurde der Projektansatz im Laufe seines 20-jährigen Bestehens auf viele Regionen in Schottland übertragen und an neue Bedürfnisse der Gesellschaft angepasst. Seit 2020 wird eine verkürzte Version des Kurses unter dem Namen Fire Skills angeboten.

Ziele

Das ursprüngliche Ziel des Projekts war, jungen Menschen in einwöchigen Ausbildungskursen einen Einblick in die Arbeit von Feuerwehrleuten zu ermöglichen. Durch die gezielte Ansprache von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen wollte der Strathclyde Fire and Rescue Service die Zahl der Übergriffe auf Feuerwehrleute in Glasgow verringern. Es wurde erwartet, dass Jugendliche, die den Kurs absolvieren, ein tieferes Verständnis für die Risiken, die Feuerwehrleute eingehen, für die Ausbildung, die sie durchlaufen, und für die Werte, die dem Beruf zugrunde liegen (insbesondere die Bereitschaft, anderen zu helfen), entwickeln würden. Durch die Einbeziehung von Gemeindezentren (z. B. Jugendclubs) sollte außerdem der Zusammenhalt der Gemeinschaft gestärkt werden, um die Jugendkriminalität zu verringern. In den letzten Jahren, seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, orientiert sich das Projekt unter dem

Namen Fire Skills stärker an der Brandschutzerziehung und vermittelt den Kindern in Glasgow in einer Pilotphase die Fähigkeiten, sich gegen verschiedene Arten von Gefahren zu schützen.

Beteiligte

Die Feuerwehr Glasgow war die Initiatorin des Projekts, das dann auf andere Feuerwehren im Bereich des Strathclyde Fire and Rescue Service in den ländlichen Regionen um Glasgow übertragen wurde. Die Kurse werden von den Feuerwehrleuten in Partnerschaft mit verschiedenen lokalen Organisationen organisiert. Lokale Schulen sind ein typischer Partner, da sie auf Schüler:innen zugehen, die von dem Kurs profitieren könnten. Auch die schottische Polizei ist in der Regel beteiligt, indem sie auf jugendliche Straftäter:innen hinweist. Ambulance Scotland (der schottische Rettungs- und Krankentransportdienst) bietet Erste-Hilfe-Ausbildungen an, während verschiedene Gemeindeverbände und die lokalen Behörden versuchen, jugendliche Straftäter:innen besser in die lokale Gemeinschaft zu integrieren.

Finanzierung

Die Durchführung der Kurse wird in der Regel von den lokalen Behörden finanziert, die wiederum von der schottischen Regierung Geld für die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Gemeinde erhalten. Alle Organisationen, die an der Durchführung von Fire Reach beteiligt sind, tun dies auf freiwilliger Basis, da der Kurs auch ihre Ziele in Bezug auf die Verbesserung der Sicherheit der Gemeinde erfüllt. Bei der Feuerwehr entstehen keine direkten finanziellen Kosten, sondern nur indirekte, wie z. B. durch den Zugang zu Geräten und Personalstunden. Die Kosten für den fünftägigen Kurs umfassen Transport, Unterkunft und Verpflegung der Teilnehmer. Für die eintägigen Fire-Skills-Kurse bittet die Feuerwehr darum, dass die Reisekosten von der Organisation übernommen werden, die die Durchführung des Kurses beantragt (z. B. eine Schule oder ein Gemeindezentrum).

Leistungen und Maßnahmen

Das Projekt basiert auf der Überzeugung, dass das Verhalten jugendlicher Straftäter durch eine zielgerichtete und sinnvolle Tätigkeit verändert werden kann. Der Lehrgang soll den Kindern ein besseres Verständnis für die Folgen ihres Handelns, für die Feuerwehr und die Gemeinschaft vermitteln. Der fünftägige Kurs, der im Rahmen des Projektes Fire Reach angeboten wurde, umfasst eine körperliche, eine theoretische und eine Erste-Hilfe-Ausbildung. Die teilnehmenden Jugendlichen können an der Ausrüstung der Feuerwehr üben und verbringen Zeit in der Feuerwache, in der die Kurse stattfinden. Dies ermöglicht den Feuerwehrleuten, auf sie zuzugehen und mit ihnen zu diskutieren, sei es über technische oder über persönliche Themen (z. B. Motivation, den Wert der Hilfe für andere, Verständnis für die Herausforderungen, mit denen die Jugendlichen konfrontiert sind).

Die neueste Version des Kurses (Fire Skills) zielt darauf ab, den Kurs für alle Jugendlichen zu öffnen, nicht nur für Straftäter:innen. Fire Skills richtet den Ansatz daher auf eine allgemeinere Brandschutzerziehung und -aufklärung aus. Dabei wird auch mehr Wert auf die lokale Verankerung gelegt, indem mehr, kürzere und weniger ausführliche Kurse in Feuerwachen in den suburbanen und ländlichen Gemeinden, in denen die Kinder und Jugendlichen leben, organisiert werden. Damit soll die Bindung der Kinder an ihre örtliche Feuerwache gestärkt werden.

Ergebnisse/Auswirkungen

Der von Fire Reach entwickelte und später von Fire Skills adaptierte Ansatz hat im SFRS eine hohe Akzeptanz erlangt und wird in vielen Regionen des Landes eingesetzt. Das Projekt wird zudem in vielen lokalen Feuerwehrplänen in Schottland als ein Grundpfeiler der Jugendarbeit erwähnt.

7 Verstetigung innovativer Projekte: förderliche und hemmende Faktoren

Im Projekt InDaLE wurden für die Wirkungsbereiche der Verstetigung Faktoren identifiziert, die Verstetigung von strategischen Ansätzen in den untersuchten Projekten hemmten oder förderten. Untersucht wurden die Wirkungsbereiche Inhaltliche Verstetigung, Organisationsstruktur, politische/administrative Governance und der Bereich Finanzen. Diese vier Bereiche umfassen die wesentlichen Faktoren für gelingende oder problematische Verstetigung, die im Folgenden anhand der einzelnen Projekte überblickshaft vorgestellt werden.

7.1 Nachschulische Bildung

7.1.1 Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext des lebenslangen Lernens (KeGL)

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Vielfalt der 27 entwickelten Weiterbildungsangebote zu aktuellen und zukünftigen Bedarfen in speziellen Themenfeldern (KeGL-Modulangebot nach Schwerpunkten)
- Zielgruppenbedürfnisse im Blick: z. B. Veränderungen im Morbiditätsspektrum, Digitalisierung, Versorgungsbedarfe
- Aufwertung der Gesundheitsberufe durch spezielle Weiterbildungsangebote in Hochschulen (Prestige bzw. Anerkennung)
- Certificate of Basic Studies als Vorbild zum modularen Aufbau der Weiterbildungsangebote, die das Erhalten eines Zertifikats für die Teilnahme an Modulen in den verschiedenen Hochschulen ermöglicht. Die gemeinsame Studienordnung regelt sehr genau die Anerkennung und Anrechnung im Baukastensystem
- Konzept zum Einwirken auf Arbeitgeber der Gesundheitsberufe für die Finanzierung der Weiterbildungsangebote ihrer Mitarbeiter:innen
- Alle Weiterbildungsangebote wurden im Zertifizierungsverfahren der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Niedersachsen (ZEvA) anerkannt

Hemmende Faktoren

- Fehlende Perspektiven für einen Mehrverdienst durch die Weiterbildungsangebote für die Zielgruppe, es sei denn diese werden dadurch befördert
- Hohe Kosten und hoher Zeiteinsatz einer berufsbegleitenden Weiterbildung
- Mangelnde Unterstützung der Arbeitgeber (keine Freistellung oder Finanzierung)
- Andere wichtige institutionelle Akteure sehen es so, dass nicht nur darum geht, Wissen in die Praxis zu transportieren, sondern die Praxis auch durch die Weiterbildung zu transformieren. Dieses Selbstverständnis ist in den Hochschulen nicht so stark präsent

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Durchschlagskräftiges Konsortium mit 5 niedersächsischen Hochschulen
- Anwendungsorientierung durch Beteiligung von Fachhochschulen und Praxispartnern
- Zusammenarbeit mit Partnern und Trägern aus der Pflegepraxis (z. B. Diakonie)
- Interdisziplinäres Konsortium (auch Rechts- und, Wirtschaftswissenschaften)

- Modulare Struktur des Zertifikatsangebotes, welche eine stufenweise wissenschaftliche Weiterbildung unter- bzw. außerhalb bestehender Studienprogramme ermöglicht und trotzdem eine Anschlussfähigkeit in bestehende Studienangebote der Verbundpartner ermöglicht
- Nachhaltige Institutionalisierung der wissenschaftlichen Weiterbildung auf Zertifikatsbasis an den beteiligten Hochschulen in der zweiten Förderphase unter Berücksichtigung jeweils spezifischer hochschulinterner Belange (z. B. Prüfungsordnungen harmonisieren)

Hemmende Faktoren

- Harmonisierung der Prüfungsordnungen aller Hochschulen ist eine hohe Hürde und in der Umsetzung trotzdem problematisch
- Lehrbeauftragte sind oft bereits anderweitig an den Hochschulen angestellt und die Lehre in der Weiterbildung auf Zertifikatsbasis zwingt sie in die Nebenberufliche Selbstständigkeit, was nicht für alle tragbar oder interessant ist
- Die Hochschulen bieten noch in Eigenregie die Fortbildungen an, können aber noch nicht als Konsortium mit dem großen Angebot im Baukastensystem an die Öffentlichkeit hinausdrängen und die Zielgruppe akquirieren

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Die Pflegekammer hat die gesetzliche Verantwortung für die Weiterbildungen in den Heilberufen mit dem PflegeKG zum 01. Januar 2019 übertragen bekommen. September 2018: Gründung Ausschuss Weiterbildung in der Pflegekammer Niedersachsen
- Geringe Akademisierungsrate in der Pflege (3 % - Bericht zur Lage der Pflegefachberufe // Pflegekammer Niedersachsen) lässt viel Raum nach oben. Große Wirkung mit überschaubarem Angebot
- Certificates of Basic Studies (CBS) und Diploma of Basic Studies (DBS) als neue Abschlussformate im Kontext dieser spezifischen Hochschulkooperation haben ein klares Vorbild im Ausland (Schweiz)

89

Hemmende Faktoren

- Politischer Wille zur Umsetzung einer akademischen Primärqualifizierung in der Pflege fehlt
- Bei hochschulischer Ausbildung: kein Ausbildungsvertrag, keine Ausbildungsvergütung, keine Regelungen nach KHG, hohe Hürden für die Hochschulen/Universitäten
- Das Niedersächsische Hochschulgesetz sieht keine Optionen für Weiterbildung in Verknüpfung mit dem Regelbudget der Hochschulen vor (Baden-Württemberg nutzt sogenanntes Kontaktstudium als gesetzlichem Regelwerk)
- Auswirkungen der „eigenwirtschaftlichen Tätigkeit“ der Hochschulen, unter denen die Weiterbildungen fallen auf die potenzielle Studierende: sehr hohe Kosten

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Vollfinanzierung durch das Programm „Aufstieg durch Bildung“ vom BMBF
- Zweite Förderphase ermöglicht eine finale modulare Struktur des Zertifikatsangebotes, welche eine stufenweise wissenschaftliche Weiterbildung ermöglicht und eine Anschlussfähigkeit in bestehende Studienangebote der beteiligten Verbundpartner vorsieht

Hemmende Faktoren

- Eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Hochschule bei den Weiterbildungsmodulen führt zu hohen Honoraren für Lehrbeauftragte und schlagen sich auf die Immatrikulationsgebühren nieder

- Fehlende flexible Finanzierungsmöglichkeiten (Kredite, Stipendien) für potenzielle Studierende, trotz prognostizierten Pflegenotstand

Das Projekt KeGL konnte innerhalb der Förderlaufzeit und des Hochschulverbundes institutionalisiert werden und alle Vorbereitungen für die Bereitstellung der 27 Weiterbildungsangebote als Baukastenzertifikat wurden getroffen. Auch anfängliche Starrheit und Unterschiede in den Prüfungsordnungen und Arbeitsweisen der Hochschulen konnten vermindert werden, was für einen reibungslosen Ablauf aus Sicht der Teilnehmenden einen hohen Stellenwert hat. Jedoch behindern die grundsätzlichen Hürden im Niedersächsischen Hochschulgesetz die Überführung in einen Regelbetrieb. Hierbei führt insbesondere die Verpflichtung, solche Weiterbildungsmodule als Teil der eigenwirtschaftlichen Tätigkeit der Hochschule anzubieten dazu, dass hohe Immatrikulationsgebühren und hochschulinterne Organisationsstrukturelle Merkmale (Situation der Lehrbeauftragte) ein unattraktives Angebot für Zielgruppe und Ausführende erzeugt. Somit konnte das Projektergebnis noch nicht im marktwirtschaftlichen Kontext auf die Probe gestellt werden.

7.1.2 Bildung 4.OWL

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Bildungssektoren werden im Projekt integriert als Bildungsökosystem verstanden (Zielgruppensicht)
- Projektträger versteht sich als Kümmerer und agiert als Schnittstelle zur Vernetzung und Anregung von Kooperationspartnern aus dem Bildungssektor und der Wirtschaft
- Nachschulische Bildung und Digitalisierung werden als determinierender Innovations-, Standort- und Regionalentwicklungsfaktor verstanden
- Balance im Projekt zwischen ungezwungener Begegnung, Fachdialoge und Dynamisierung sektorenübergreifender Bildungsakteure
- Kleine „Transferprojekte“ regen zur praktischen Zusammenarbeit zwischen Kooperationspartnern an
- Projekt ist Ausgangspunkt für neue Kooperationen, Initiativen und Projekte

Hemmende Faktoren

- Verwaltungsnähe bestimmter Bildungssektoren hemmen Veränderungen aufgrund starrer Strukturen und Zuständigkeiten
- Vertrauen zwischen den Kooperationspartnern benötigt ausreichendem Vorlauf und Übung (z. B.: kleine Transferprojekte)
- Sprach-, Denk- und Handlungslogiken zwischen Zielgruppen verschiedener Bildungssektoren führen zu Verständigungsproblemen
- Henne-Ei-Problematik bei Zukunftsthemen der Bildung: „Wo (noch) keine Nachfrage, da auch keine darstellbaren Angebote“
- Wildwuchs an Insellösungen für digitale Anwendungen unterschiedlicher Art
- Erreichbarkeit diffuser Zielgruppen erschwert (z. B.: keine Azubi- oder Ausbilderdatenbanken vorhanden)

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Träger (OWL GmbH) und Kooperationskulisse als zusammenhängende Region OWL sehr geeignet für bildungssektorenübergreifende Zusammenarbeit (mehrere LK und KFS)
- Projekt agiert als Bündnis und neue Partnerkonstellationen und Strukturen gehen in Form von neuen Projekten daraus hervor
- Projektleitung beim Träger wird nach Projektende zum sog. „Themenmanager“ für den Bereich Bildung

Hemmende Faktoren

- Die Versäulung der Bildung aufzubrechen erfordert neue Organisationsformen
- Versicherungsfragen bei kooperativen Angeboten mit mehreren Trägern ungeklärt
- Datenschutzverantwortung bei mehreren Trägern von Bildungsaktivitäten ungeklärt
- Neue und vielfältige Formen digitaler Organisationsstrukturen überfordern Akteure aufgrund hoher Unübersichtlichkeit
- Agilere Organisationsstrukturen (z. B. Bildungsgenossenschaft) für die intersektorale Zusammenarbeit in der Bildung nötig

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Projektträger handelt im Auftrage der Adressaten - Kommunen und Wirtschaft in OWL (Legitimation)
- Übereinstimmung behördlicher Strukturen der Bildung mit der Projektgebietskulisse (Regierungsbezirk Detmold in Nordrhein-Westfalen)
- Langjährige und schrittweise Entwicklung in derselben Kooperationskulisse als Spitzencluster (IT´s OWL) als Vorlauf
- Politische Unterstützung der Aktivitäten auf Landes- und Kommunalebene

Hemmende Faktoren

- Verwaltungsgrenzen der Landkreise und Städte sind als Bildungsregionen zu klein und kurz gedacht (noch Überwindungsprozess)
- Beharrungskräfte unter den Bildungsakteuren (vor allem verwaltungsnahe Akteure)
- Langsamkeit der Reform- und Anpassungsprozesse insbesondere in der beruflichen Bildung
- Schulreformen erschweren den Zugang zur beruflichen Bildung und forcieren Akademisierung

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- EFRE-Mittel als Impuls für Dynamisierung des Bildungsökosystems und seine Akteure
- Anschub und Verstetigung des Projektes durch geschickte Fördermittelakquise (Förderhopping)
- Teilweise Finanzierung aus Eigenmitteln des Trägers für das eingerichtete „Themenmanagement“ Bildung (Kümmerer)
- Kooperationskulisse OWL sehr geeignet für die Akquise größer bundesgeförderter F+E Projekte (z. B.: BMBF Förderung) als Verstetigung eigener Anstrengungen

Hemmende Faktoren

- Hohe Investitionskosten von „experimentierenden Maßnahmen/Projekten“ im Bereich Bildung und ungewisse Refinanzierungsmöglichkeiten
- Finanzielle Erhaltungslogik kommunaler Bildungsinfrastrukturen (z. B. in der beruflichen Bildung) wirkt sich gegen Kooperationen aus

Das Projekt Bildung 4.OWL ist Bestandteil der Verstetigung eines weitreichenderen Beteiligungsprozesses zur Digitalisierung und Regionalentwicklung in OWL zwischen 2016 und 2019. Darin wurden Digitalisierung und Bildung als relevante Standortfaktoren erkannt und ein besonderer Fokus auf die sog. Bildungskette und die Fach- und Führungskräfteentwicklung in der Region gelegt. Der Dialog- und Dynamisierungsprozess innerhalb des regionalen und intersektoralen Bildungsökosystems diente zur Erprobung und Entwicklung weiterer Initiativen, die nach Ablauf von Bildung 4.OWL anhand anderer Fördervorhaben und Projekte weitergetragen bzw. verstetigt wurden. Über die Verstetigung einer Kümmerer-Stelle am Projektträger (Themenmanagement Bildung an der OWL GmbH) hinaus

wurden eigene Projekte wie „Mint 4.OWL“ und „Weiterbildung 4.OWL“ aber auch Projekte in erweiterten Konsortien wie „Vernetzte Lernorte OWL“, „5G-Lernorte OWL“ oder „Bildungsbrücken OWL“ ins Leben gerufen.

7.1.3 RRHEAL – Remote and Rural Healthcare Education Alliance

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Medizinische Kompetenzvermittlung an spezielle Bedürfnisse ländlicher Regionen angepasst (generalistisch, multidisziplinär, persönlichkeitsstärkend: „rural advanced practitioners“)
- Bedarfsanpassung und nachhaltige Problemlösung: Berücksichtigung von Statistiken, Wissenschaft, Befragungen, Fokusgruppen, Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden und Praktiker:innen
- Öffentlichkeitsarbeit u. a. mit Schulabgänger:innen: Möglichkeiten ländlicher Bildung aufzeigen, (inter-)nationale Kenntnis über RRHEAL wird gefördert
- Kreative, kollaborative Öffentlichkeitsarbeit und visionäre inhaltliche Vermittlung: z. B. ländliches „festival of learning“, digitale Bildungsspiele, Simulationstraining, online-Lernzentrum
- Kostenlose Mitgliedschaft: Niedrige Hemmschwelle für Nutzer:innen
- (Inter-)nationale Kooperationen, Partnerschaften, Programme, Erkenntnisaustausch und Verbundforschungsprojekte zu beruflicher Weiterbildung bzw. Rekrutierung in ländlichen Räumen
- Involviert in internationalen Wissens- und Erfahrungsaustausch bezüglich ländlicher Weiterbildung
- Qualitätsprüfung der vermittelten Bildungsangebote und regelmäßige Evaluation der Projektschwerpunkte
- Federführend in digitaler Lehre und Nutzung digitaler Lerntools
- Gleichgewicht zwischen digitaler und persönlicher Unterstützung der Lernenden
- Organisation von Impulsvorträgen zu kontinuierlicher professioneller Entwicklung
- Eröffnung neuer (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten in verschiedenen Professionalisierungsbereichen
- Aufbau eines digitalen Netzwerks, in dem Nutzer:innen Kontakte knüpfen können
- Konzept des lebenslangen Lernens

Hemmende Faktoren

- attraktiven Arbeitsangeboten in ländlichen Regionen
- Infrastrukturelle Probleme: Schlechte Breitbandanbindungen, schlechte Telefonverbindungen
- (Anfängliche) Skepsis und Widerstände gegen digitale Methoden
- Zu kleine Anzahl an Lernenden kann die Bereitstellung von Bildungsangeboten erschweren
- Skepsis der ländlichen Bevölkerung, ob RRHEAL lediglich „unterstützen“ oder „übernehmen“ will
- z.T. Unkenntnis: Umfang der durch RRHEAL bereitgestellten Dienstleistungen

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Zusammenarbeit und Kooperationen mit bereits etablierten Bildungseinrichtungen und anderen Stakeholdern: Zugriff auf externe Expertise sowie Teilen einer gemeinsamen Vision
- Schafft und vermittelt eine breite, dezentrale und internationale Akteurs- und Fachnetzwerke
- Förderung enger Partnerschaften zwischen und innerhalb lokaler Gemeinden
- Zweijährliche Konferenz zu ländlicher Bildung
- Arbeitsethik: Werte und Prinzipien haben einen hohen Stellenwert / persönliche Motivation der Mitarbeitenden
- Interne Nachhaltigkeit im Fokus

- Weiterbildung der Teammitglieder (z. B. Fortbildung in Projektmanagement) wird explizit gefördert
- Enge Begleitung bei Einarbeitung neuer Teammitglieder
- Gut organisierte Arbeitsstrukturen
- Engagierte Schlüsselpersonen sowie gleichzeitig personenunabhängige Verstetigung des Projektes nach der Devise „nobody is irreplaceable“
- Kompetentes und erfahrenes Team: vielfältige professionelle Hintergründe, langjährige Erfahrung in digitaler Kommunikation, persönliche Erfahrungen mit Leben/Arbeiten in ländlichen Räumen
- Flache Hierarchien, gegenseitige Unterstützung im stabilen Stammteam, wertschätzende Atmosphäre
- Vielfältige Kommunikation im Team: wöchentliche Besprechungen (persönlich und professionell), E-Mail- und Telefonkontakt bei konkreten Anliegen, mehrmals im Jahr persönliche Arbeitstreffen und Seminare zur Freiwilligenarbeit durch Gemeindemitglieder (diverse berufliche Hintergründe, Verständnis lokaler Bedürfnisse)

Hemmende Faktoren

- Rivalitäten innerhalb akademischer Partnerinstitutionen
- Personalbedarf abhängig von Teilnehmendenzahl und daher schwer kalkulierbar
- Kleines Team: nicht auf alle Zielregionen kann angemessen eingegangen werden – Bedarf zusätzlichen Personals, v. a. Administrator:innen
- Engagement von Schlüsselpersonen nicht immer angemessen anerkannt
- Lediglich befristete Arbeitsverträge für Projektmitarbeitende außerhalb der Kernteams

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Staatliche Grundstruktur für postgraduale medizinische Kompetenzausbildung vorhanden
- RRHEAL ist Teil des NHS (National Healthcare System)
- „Rural group“: Wissenslücken und Belange ländlicher (Bildungs-)Räume auf politische Agenda gesetzt
- Regierung als größter Projektpartner: Kooperative Reformation von politischen Rahmenbedingungen für ländliche Weiterbildung
- Politische Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit zu RRHEAL Plänen/Zielen: Regelmäßige Treffen mit Regierung, Einladung in ländliche Regionen
- Regierung aktiv in Angebots- und Bedarfsermittlung sowie Entwicklung eines „rural education pathways“ involviert
- Versuch/Fähigkeit unterstützungswillige politische Vertreter:innen zu identifizieren
- Ausweitung europäischer Netzwerke (z. B. enge Verbindung zum „Scottish Office“ in Brüssel)
- Zusammenarbeit auch auf kommunaler Ebene (bei kleineren Projekten)
- Richtungswechsel: von Unterstützung von RRHEAL durch die Regierung hin zu beratender Funktion der Regierung durch RRHEAL

Hemmende Faktoren

- Politische Maßnahmen überwiegend auf städtische Bedürfnisse ausgerichtet
- Geringe Einwohnerzahlen in ländlichen Regionen: wenig politisches Interesse an bildungsrelevantem Infrastrukturausbau

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Finanzielle Unterstützung durch staatliche Mittel

- Gestützt durch universitäre Geldmittel
- Gute Kommunikation der Projektziele an die Regierung hilft, (zusätzliche) Fördermittel zu erhalten
- „General Practice Fellowship Programme“: Staatliche finanziertes medizinisches Weiterbildungsprogramm zur Arbeit in ländlichen Regionen, Bemühungen um weitere Fördermittel, um regierungsunabhängig eigene Ideen umsetzen zu können

Hemmende Faktoren

- Fördermittel für neugeschaffene, vergütete Koordinierungsstellen noch nicht generiert, sinkende Projektbudgets der schottischen Regierung

Der Verstetigungsprozess von RRHEAL basiert zu einem Großteil auf der Unterstützung der schottischen Regierung, die einerseits an dessen Gründung beteiligt war und andererseits bis heute als fundamentaler Projektpartner fungiert. Dabei wird RRHEAL nicht nur dauerhaft von der Regierung finanziell unterstützt, auch zeigen sich Politiker:innen sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene interessiert und engagiert, sodass beide Seiten einander beratend zur Verfügung stehen. Darüber hinaus zeichnet sich RRHEAL durch sein großes, (inter-)nationales Netzwerk an Kooperationspartnerschaften zu Zwecken des Erkenntnisaustauschs und Verbundforschungsprojekten aus, von denen sowohl die verschiedenen Bildungsanbieter:innen und -vermittler:innen als auch die Lernenden profitieren. Die Erfahrungen mit dem Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen seitens des Projektteams als auch der ehrenamtlich tätigen Gemeindemitglieder ermöglichen eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse. Zuletzt leistet das Kernteam selbst durch seine internen flachen Hierarchien, seine ausgeprägte intrinsische Motivation, seine regelmäßigen Evaluationen der Umsetzungsstrategie und durch das Leisten von umfassender Öffentlichkeitsarbeit einen essenziellen Beitrag zur Verstetigung des Projektes.

7.1.4 GrowBiz

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Kostenfreie Unterstützung von Kleinunternehmen, im Fokus steht nicht der Expansionsgedanke, sondern eine nachhaltige Unternehmensführung
- Schafft berufliche Perspektiven vor Ort
- Peer-to-peer Mentoring Programm: Von Unternehmer:in zu Unternehmer:in ermöglicht Beratung auf individueller Ebene (zudem gibt es ein „Nachsorgesystem“)
- Diverse berufliche Hintergründe der Mentoren erlauben einen hohen Grad an inhaltlicher Flexibilität der Lernmodule
- Lernworkshops zu verschiedenen Themen rund um das Thema „Führung eines Kleinunternehmens“ (Technisches, Finanzielles, Marketing etc.). Diese fanden vor der COVID-19-Pandemie zu 25 % online statt, heute deutlich stärkerer Fokus auf Online-Lernmodule
- Stetige Evaluierung der Lernangebote durch die Teilnehmenden führt zu einer aktuellen Bedarfsanalyse

Hemmende Faktoren

- Nachfrage übersteigt die aktuellen Kapazitäten
- Bei Expansion Schwierigkeit den Gemeinschaftsgedanken und die lokalen Bedürfnisse nicht aus den Augen zu verlieren (local to national)

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Bottom-up Ansatz: zu Beginn beratendes Community Panel (25 Personen, tagten 1x monatlich)
- Flache Hierarchien: eine gute Kommunikation erlaubt das Einbringen von Ideen
- Regelmäßige Meetings (wöchentlich intern, alle zwei Monate tagt der Vorstand)

- Projektleiterin mit innovativem Mindset und großer Antriebskraft, welche jedoch auch für den Informationsfluss ins Team sorgt und frühzeitig eine Nachfolgerin anleitet (kein Wissensverlust!)
- Projektleiterin war auch als Vorsitzende der lokalen Aktionsgruppe der LEADER-Region Perth and Kinross tätig: ermöglichte Einblicke in aktuelle Förderlandschaft
- Formulierung einer klaren gemeinsamen Vision der zukünftigen Entwicklung aller Beteiligten
- Online Plattform dient intern als „Gemeinschaftsraum“: Austausch von Neuigkeiten; Erstellung von monatlichen Tätigkeitsberichten eröffnet interne Transparenz und Weiterentwicklung
- Großes ehrenamtliches Engagement: sowohl der Vorstand, als auch die Mentoren arbeiten ehrenamtlich: Dies führt zu einer ehrlicheren Beratung, denn bei Weiterleitung an andere Expert:innen aus dem Netzwerk droht kein „Kundenverlust“
- Alle Angestellten sind über flexible Werkverträge angestellt und haben nebenbei eine eigene Selbstständigkeit: Dies erzielt große Flexibilität für das GrowBiz und einen direkten Gewinn an Know-how

Hemmende Faktoren

- Wenn weniger (Förder-)Mittel zur Verfügung stehen, muss im schlechtesten Fall das Personal auch abgestockt werden, somit kann auch weniger geleistet werden
- Da alle angestellten Personen nebenher selbstständig sind, können diese in geschäftigen Zeiten auch ihre Verträge herunterstufen und stehen damit dem GrowBiz nicht mehr im benötigten Umfang zur Verfügung
- Management der Freiwilligen kann herausfordernd sein
- Einbindung lokaler Akteure hat seine Grenze: die eigene Projektidee kann plötzlich in eine völlig andere Richtung gehen (daher abwägen, welche Entscheidungsprozesse zur Debatte stehen)

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Zu Beginn große Unterstützung der lokalen Politiker:innen: Einrichtung eines „Challenge Funds“
- Persönliche Kontakte zu Politiker:innen in der Schottischen Regierung, welche hohe Wertschätzung für ländliche Kommunen haben
- Team für ländliche Entwicklung im Scottish Government versteht und wertschätzt den Ansatz des GrowBiz und setzt sich weiter dafür ein
- Unterstützung durch lokale Abgeordnete
- Projektleiterin als Botschafterin für „Rural Economy“ beim Scottish Government tätig
- Schottische Regierung plant Zehn-Jahres-Wirtschaftsstrategie: Transformationsstrategie unter spezieller Berücksichtigung der Kleinstunternehmen
- Aktuell: Gespräche mit Perth and Kinross Council über eine Basisfinanzierung

Hemmende Faktoren

- Politische Veränderungen dauern (zu) lang
- Von Prioritätensetzung der lokalen wie nationalen Politik abhängig
- Fehlende komplette Übersicht über die Anzahl der Kleinstunternehmen im gesamten ländlichen Schottland: diese werden jedoch von Entscheidungsträger:innen gefordert
- Es wird nicht erkannt, welches wirtschaftliche Potenzial ländliche Kleinstbetriebe für den haben

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Zu Beginn: finanzielle Mittel durch den Challenge Fund, später insbesondere Zugriff auf LEADER-Mittel (flexible Entwicklungsstrategie passte sich den LEADER-Förderkriterien an)

- Netzwerk von GrowBiz: erleichtert den Zugriff auf weitere Geldgeber. Neuere Bemühungen: auch private Sponsoren gewinnen
- Überzeugende Langzeitstrategie dient als Argument für Förderungen
- Über die Jahre gewann das Team des GrowBiz großes Fachwissen in der Fördermittelgewinnung
- Ohne Mainstreamfunding konnte eine starke Weiterentwicklung und Innovationskraft generiert werden
- Flexible Arbeitsverträge und insofern geringe finanzielle Last
- Aktuelle Geldmittel: Fördergelder des Scottish Government, der lokalen Behörden, weiterer Institutionen (bspw. Cairngorms National Park, Lokale Stiftungen, Trusts), Fonds (durch die Pandemie Vielzahl an Fördergeldern „Wiederherstellungsfonds“ in dem Sektor)

Hemmende Faktoren

- Ausgeschriebene Fördertöpfe müssen mit Langzeitstrategie übereinstimmen: Fördermittel nicht um jeden Preis!
- Noch kein Mainstream-Funding vorhanden
- Scottisch Government hat einen nationalen Vertrag mit Business Gateway (“Konkurrenz-Institution”): somit kein Spielraum für GrowBiz
- Großer zeitlicher Aufwand für Neubewerbungen auf Fördermittel

Zur Verstetigung des Projektes GrowBiz hat maßgeblich die starke Einbindung der lokalen Bevölkerung beigetragen. So wurde die Projektidee von Ernesto Surolli an die Bedürfnisse der schottischen Kleinunternehmer:innen angepasst. Meilensteine in der Weiterentwicklung des Projektes waren die Einstellung einer hauptamtlichen Projektleiterin und die erfolgreiche Bewerbung auf europäische Fördermittel. Die enge Verknüpfung der Projektleiterin zur lokalen Aktionsgruppe, aber auch zu politischen Gremien ist bei der Neugenerierung von Mitteln dabei besonders zu berücksichtigen. Das hohe Eigenengagement der Projektbeteiligten führt zu einer enormen Qualität der Bildungsangebote. So führt das Peer-to-Peer Mentoring Programm zu einem sehr individualisierten und angepassten Weiterbildungsangebot. Erleben die Lernenden eine positive Lernerfahrung, sind viele später bereit, ihr eigenes Wissen im Mentoringprogramm selbst zur Verfügung zu stellen. Ein sowohl kostengünstiges wie auch nachhaltiges Konzept, welches zur Verstetigung des Projektes beigetragen hat.

7.1.5 Akademi Norr

Wirkungsbereich – Inhaltliche Verstetigung

Förderliche Faktoren

- Einkauf von Bildungsangeboten mit Anpassung an lokale Bedürfnisse des Arbeitsmarktes
- Absolute Notwendigkeit: Höhere Bildung für den ländlichen Raum zugänglich zu machen: Lernzentren bieten Angebote des Lifelong-Learning in allen Levels an
- Persönlicher Austausch in den Lernzentren unter den Studierenden
- Examen und Prüfungen können vor Ort abgelegt werden.
- Kombination von Distanzunterricht (guter Technik) und Personal vor Ort (Lehrpersonal etwa zwei Mal pro Woche)
- Akademi Norr übernimmt strategische Planung/Entwicklung von höherer Bildung für die gesamte Region
- Neues „competence mapping“ Projekt, um lokale Bedarfe der Zukunft exakt ermitteln zu können
- Bildungskonferenzen mit großen Netzwerken

Hemmende Faktoren

- Ausbildungsangebote passen zwar zum Arbeitsmarkt der Region, aber nicht immer zu persönlichen Interessen: Einzelne Kurse wurden schlecht angenommen
- Universitäten sind zum Teil schwer vom Modell des Distanzunterrichts zu überzeugen gewesen
- Fehlende Vorbilder für den Bildungsweg der höheren Bildung

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Neue Art der Kooperation über die Verwaltungsgrenzen hinweg (nur gemeinsam eine Stimme in der Verhandlung mit Bildungsanbietern)
- Flache Hierarchien; gute Kommunikation erlaubt das Einbringen von Ideen bspw. durch Lernzentrumsangestellte
- Regelmäßige Meetings (wöchentlich intern, monatlich mit Lernzentren, alle zwei Monate mit der Steuerungsgruppe)
- Projektleiter mit innovativem Mindset und großer Antriebskraft (aber auch fähiges Team um ihn herum)
- Klare gemeinsame Vision der zukünftigen Entwicklung aller Beteiligten.
- Lernzentren sind an Strukturen angebunden (sowohl die Gebäude als auch die Verwaltung, bspw. vorteilhaft die Kombination mit der Wirtschaftsförderung)
- Individuelle Ausgestaltung der Lernzentren an lokale Bedürfnisse: diese werden von Gemeinden getragen und stellen auch das Personal
- Kooperation mit Universitäten: Infos an Gemeinden wer neu eingeschrieben ist (direkte Kontaktaufnahme möglich); Kommunikation mit Universitäten heute auf Programmebene
- Um- und Ausbau des Marketings: neue Art der Kommunikation mit externer Firma (Web, TV, Radio)
- Neuer Bedarf: Neue Wirtschaftsstrukturen im Norden und Umschulungen aufgrund der Pandemie steigern das Interesse

Hemmende Faktoren

- Zu Beginn mussten Zuständigkeiten erst abgesteckt und geklärt werden
- Funktionen müssen etabliert werden und keine Personen (Wissensverlust bei Personalwechsel)
- Marketing und Außendarstellung wurde über Jahre vernachlässigt
- Erfolg der Lernzentren von Personal abhängig (immer nur eine Person)
- Lernzentren sind noch nicht bei allen Universitäten in Schweden bekannt
- Individualität der Lernzentren: nicht alle Herausforderungen betreffen alle Kommunen
- Ohne finanzielle Mittel wenig Unterstützung durch die Universitäten
- Name Akademi Norr klingt für viele zu „akademisch“
- Bedeutung der Lernzentren seit der COVID-19-Pandemie ungewiss, diese macht u.U. ein neues Konzept notwendig

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Politik erachtet höhere Ausbildung als wichtig; zudem wird das Standortpotenzial für wirtschaftliche Aktivitäten erhöht
- Politiker:innen waren stolz auf Etablierung der Lernzentren in ihren Gemeinden
- Höchste Politiker:innen der Gemeinden sind Mitglieder in der Steuerungsgruppe der Akademi Norr
- Unterstützung der Politik auf ideeller und monetärer Weise: Verdopplung des Gemeindebudgets soll umgesetzt werden; Zudem Präsenz auf Veranstaltungen (Bspw. Ministerin für höhere Bildung)
- Akademi Norr zeigt selbst aber auch Präsenz bei der Politik (Lobbyarbeit)
- In der Region wird viel über politische Grenzen hinweg gearbeitet. Mentalität: „Alle profitieren!“

Hemmende Faktoren

- Gemeindeoberhäupter in Steuerungsgruppe: möglicher Informationsverlust zu den betroffenen Abteilungen in den Gemeinden
- Von Prioritätensetzung der lokalen Politik abhängig
- Politik erfordert für monetäre Unterstützung auch ständige Daten über Bedarfe und Ergebnisse

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Kommunen zahlen Beiträge in Abhängigkeit zu ihrer Einwohner:innenzahl (~1 Mio. schw. Kronen)
- Laufende Kosten der Lernzentren werden durch die Kommunen finanziert
- Finanzielle Einsparungen durch Mitnutzung von kommunalen Gebäuden für die Lernzentren
- Fördermittel helfen der Entwicklung: Fähigkeit sich erfolgreich durch die Förderlandschaft zu navigieren (seit Beginn rund 15 Millionen Euro aus EU-Mitteln)
- Personalmanagement flexibel je nach zusätzlich verfügbaren Projektmitteln (zwischen 2 und 7)
- Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen für die kommende EU-Förderperiode

Hemmende Faktoren

- Budget der Kommunen reicht nur für etwa 1,5 Personalstellen: zu wenig Personal für Weiterentwicklung
- Große Abhängigkeit von weiteren Fördermitteln erfordert großen Eigenansatz, hinzukommend sind kurze Förderzeiträume und die Jährlichkeit der Mittel, welche im Gegensatz zur Planbarkeit der Ausgaben in der Projektpraxis stehen
- Personelle Ausstattung der Lernzentren von finanziellen Möglichkeiten der Kommunen abhängig (teilweise nur 40 % Stellen)

Die Verstetigung des Projektes der Akademi Norr fußt auf der sehr guten bereitgestellten Infrastruktur. So konnte das Projekt zu Beginn der 2000er Jahre bereits mit einem Alleinstellungscharakter, einer für die damalige Zeit neuesten Videoübertragungstechnik, punkten. Die ideelle, wie auch monetäre Unterstützung der lokalen Politiker:innen der dreizehn beteiligten Gemeinden ist zudem die Grundlage für die stetige Fortführung gewesen. Allen Beteiligten ist durch die ständige Datenerhebung der Mehrwert der Akademi Norr für die lokale Ausbildung von Fachkräften bewusst. In den letzten Jahren trug der Projektleiter als zentrale Person für den erneuten Aufschwung der Akademi Norr bei. Er konnte durch weitere Kooperationen mit Bildungsanbietern das Angebot ausweiten. Des Weiteren war die Verfügbarkeit europäischer Mittel über die Jahre zentral für die strategische Weiterentwicklung.

7.1.6 Lingio

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Lösungsansatz für ein zentrales gesellschaftliches Problem
- Kostenfreie Nutzung der App für die Lernenden: Arbeitgeber:innen kaufen Lizenzen für Mitarbeitende
- Kurse für 26 verschiedenen Berufsgruppen: Erwerb von Fachvokabular, ergänzt durch Erlernen digitaler Skills
- Berufsspezifische Ergänzung zu allgemeinen, Lehrer:innen-geführten Schwedisch-Kursen
- Bedarfs- und bedürfnisbasiert: durch freien Zugriff auf öffentliche Statistiken sowie Berücksichtigung von Praxiserfahrungen der Nutzer:innen für die weitere Produktentwicklung („Lernen von der Realität“)
- Digitales Tool: hohe räumliche Flexibilität
- Zusammenarbeit mit Firmen, Kommunen, Handelsorganisationen, Gewerkschaften

- Bedienungsfreundlichkeit für Anwender:innen, ansprechendes Design der App, innovative Funktionen (z. B. Kamera- und Diktierfunktion)
- Arbeitgeber:innen mit vielen ausländischen Mitarbeitenden sind sich der Notwendigkeit bewusst – Lingio kontaktiert diese direkt
- Fortwährende Angebotserweiterung (höhere Sprachlevel), um auch Nutzer:innengruppe zu erweitern
- Erteilung von Diploma an die Nutzer:innen bietet Lernanreiz

Hemmende Faktoren

- Weitere Lern-Tools zur Unterstützung während der täglichen Arbeit der Nutzer:innen fehlen noch
- Größter Bedarf im medizinischen Sektor: dort sind Ansprüche an Sprachkenntnisse jedoch überwiegend höher, als durch eine App vermittelbar wäre
- Erfolg der App nicht leicht durch Arbeitgeber:innen zu evaluieren
- Für häufigere Anfragen muss ein Marktanteil von 30-40 % innerhalb der Nische erreicht werden
- Erfolgreiche Einführung von Lingio braucht eine Begleitung des Lernprozesses: Administration seitens der Arbeitgeber:innen notwendig (Zeitinvestition) Fehlende Bekanntheit: Nicht alle Kommunen wissen, dass Lingio von anderen bereits erfolgreich genutzt wird

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Vernetzung mit den Universitäten Göteborg und Stockholm
- Modernes Unternehmen mit stetiger (inhaltlicher und technischer) Weiterentwicklung
- Flache Hierarchien: Teilhabe und Mitgestaltung aller Mitarbeitenden ist erwünscht
- Unbegrenzte Arbeitsverträge, nur wenig Fluktuation im Team
- Technologische und inhaltliche Expertise des Personals
- Hilfsbereites Team mit gutem Service
- Größere Zahl an Mitarbeitenden erlaubt auch, deren Wohlbefinden mehr ins Zentrum zu stellen
- Projektinterne Vision: zentral für zielgerichtetes Arbeiten
- Hohe Ausdauer und Problembewältigungsfähigkeiten
- Teaminterne Migrationserfahrung erleichtert Verständnis für die Bedürfnisse von Nutzer:innen und fördern eigenes Engagement

Hemmende Faktoren

- Bislang wenig Kapazitäten für die Optimierung administrativer Prozesse
- Wenig Expansion in andere, benachbarte Gemeinden
- Personeller Fokus derzeit v. a. inhaltlich und technologisch, weniger Verkaufs-Expertise

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- /

Hemmende Faktoren

- Keine politische Aufmerksamkeit oder Unterstützung
- Wenig Pragmatismus von Seiten der Politik
- GDPR (General Data Protection Regulations) erschweren die Arbeit aus technologischer Sicht

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Unternehmensanalyse: So hohe gesellschaftliche Kosten bei fehlenden Sprachkenntnissen, dass die Bereitschaft angenommen wird, für lösungsorientierte Projekte wie Lingio zu bezahlen
- Der Preis für die jährlichen Lizenzen (250 €) ist bei erfolgreicher Nutzung als niedrig zu erachten
- Wiederholte Fördermittelgewährung durch Vinnova (Schwedisches Zentralamt für Innovations-systeme); im Vorfeld Unterstützung bei der Antragsstellung der Fördermittel
- Verkaufs-Partnerschaften mit Firmen, welche die Nutzungslizenzen erwerben
Kommunale Gelder für Bildung können auch für Lingio eingesetzt werden

Hemmende Faktoren

- Es geht (noch) um das wirtschaftliche „Überleben“ des Projektes
- Große Abhängigkeit von Fördermitteln und Investmentgeldern
- Public Funding ist aufwändig und braucht spezielle Expertise
- Kund:innen aus dem privaten Sektor sind während der COVID-19--Pandemie zurückgegangen
- Anfängliche Entscheidung gegen Finanzierung durch Investment-Gelder („venture capitalism“), um sich die eigene Autonomie zu bewahren
- Investor:innen müssen regelmäßig neu überzeugt, sowie Zeitpläne und Zielsetzungen eingehalten werden

Maßgeblich für die Verstetigung des schwedischen Projektes Lingio ist die Vermittlung von Sprachlernkursen mithilfe einer Handy-Applikation als digitalem Tool. Durch die Online-Kurse wird es allen Menschen, unabhängig von ihrem Standort, ermöglicht, die schwedische Sprache berufsbezogen zu erlernen. Begünstigt wird diese Möglichkeit durch das sehr gut ausgebaute Breitbandnetz in ganz Schweden. Insbesondere seit Beginn der COVID-19-Pandemie gelten digitale Tools als unverzichtbar, weshalb der Bedarf und die Relevanz in den letzten drei Jahren umso mehr gestiegen sind. Die gute Teamatmosphäre und das Teilen einer gemeinsamen Vision tragen dazu bei, das Projekt stetig sowohl inhaltlich als auch technisch weiterzuentwickeln, wobei vor allem künftig mehr Zeit und Ressourcen in die Verkaufs-Expertise investiert werden sollen. Letztlich lassen sich die Lizenzgebühren von 250 € pro Jahr aus verschiedenen Gründen als förderlich für die Verstetigung von Lingio beschreiben: Zum einen fallen diese vergleichsweise geringen Kosten pro Lizenz lediglich für die Arbeitgeber:innen an, während den Nutzer:innen die Anwendung kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Zum anderen wird dem Projektteam durch solche Verkaufspartnerschaften eine sichere Einnahmequelle gewährleistet, wobei Lingio noch immer auf dem Weg ist, seine Langzeitfinanzierung über Einnahmen und Fördergelder sicherzustellen.

7.2 Medizinische Versorgung und Pflege

7.2.1 Mobile Netzwerkmedizinische Assistenz – MONA

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Hemmnis Abbau und Überzeugungsarbeit durch frühzeitige und kontinuierliche Kommunikation und Sondierungsgespräche/-Formate
- Kleinschrittige und praktische Iteration, Hand in Hand mit den Anwendern und Zielgruppen, ermöglicht die Integration der Telemedizin in den Versorgungsalltag
- Erhebung und Berücksichtigung lokaler, regionaler und Bundesland bezogener Bedarfe
- Anknüpfung an vorhandene Delegationsmodelle ärztlicher Tätigkeiten wertet das Berufsbild der Assistenzkräfte
- Engmaschige Betreuung und kontinuierliche Schulung und Beratung bzw. Telemedizin ganz praktisch erlebbar und ausprobierbar machen
- COVID-19-Pandemie als Katalysator für telemedizinische Anwendungen

- Flexibilität der Lösungen für Voraussetzungs-vielfalt ländlicher Räume nötig

Hemmende Faktoren

- Umstellung des Hausarztpraxisalltags mit einem telemedizinischen Hausbesuch benötigt Übung und Zeit für Ärzt:innen und Assistenzen (, die sie gefühlt nicht haben)
- Wissensstand und Aufklärung zu den aktuellen Möglichkeiten der Telemedizin gering
- Vorbehalten und Berührungsängste der Ärzte und Assistenzen bzgl. Telemedizin (ggf. fehlende Technikaffinität)
- Themenkomplex Datenschutz wirkt abschreckend
- Vermuteter Mehraufwand aufgrund schlechter Erfahrung mit Telematik in der Hausarztpraxis
- Unumgängliche „Kinderkrankheiten“ neuer technischen Entwicklungen

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Eine Überwindung der Sektorisierung mit Digitalisierung ist eher mit vernetzten und koordinierenden Organisationen in der Projektentwicklung möglich
- Langjährige Zusammenarbeit im Netzwerk und mit Multiplikatoren erhöht die Diffusion
- Projektträger versteht sich als Kümmerer zwischen Sektoren und Partner mit differenzierten Bedürfnissen, der Lösungen aus einer Hand entwickelt
- Herstellerunabhängigkeit ermöglicht flexible Lösungen für vielfältige Anwendertypen

Hemmende Faktoren

- Analoges ärztliches Hausbesuch wird aufgrund verfestigter Handlungsmuster und begrenzter Personalkapazitäten wenig in Anspruch genommen
- Arbeitsbelastung und Fachkräftemangel hindern die Umstellung hin zu einer neuen digitalisierten Arbeitsweise
- Bei (zwangsläufiger) Technikbegeisterung und Fokus auf organisationsstrukturelle Projektumsetzung geraten die Patienten und ihre Akzeptanz oft in den Hintergrund
- Teilweise fehlende Mobilität/ Verkehrsmittelverfügbarkeit der Assistenzen
- Jede Krankenkasse beteiligt sich individuell am Modellvorhaben (Unübersichtlichkeit)
- Uneinheitlichkeit bei den existierenden Telematik-Lösungen in den Hausarztpraxen

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Landesinnovationsfonds als politisch legitimes Förderinstrument für die modellhafte und angewandte Erprobung innovativer Daseinsvorsorgelösungen (z. B. Telemedizin)
- Politik und Verbände im Gesundheitssektor können die Digitalisierung zur Aufwertung nichtärztlicher Berufsbilder und Umverteilung der Arbeitslast von Ärzten zu Assistenzen nutzen.
- Individualität regionaler und bundeslandbezogener Rahmenbedingungen berücksichtigen
- Proaktives Selbstverständnis einer intersektoral gestaltenden Landesverwaltung

Hemmende Faktoren

- Fehlende Sog- und Breitenwirkung mit sehr kleinen Modellvorhaben (z. B. nur 4 Praxen)
- Skepsis im Gesundheitssektor gegenüber Digitalisierungsprozesse (Verhinderung)
- Fehlerhafter Transmissionsriemen von Land zu Bund bei der Übertragung von modellhaft erprobten Ansätzen (Bundestag blockiert)

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Landesfonds für innovative Projekte der Daseinsvorsorge als Förderinstrument.
- Zusätzliche Vergütung für einen telemedizinischen Hausbesuch als geeigneter Anreiz für die durchführenden Hausarztpraxen
- Zwangsläufige Einbindung der kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen zur Umgestaltung der Finanzierungsströme und Projektentwicklung
- Deckelung des Budgets für den modellhaft geförderten telemedizinischen Hausbesuch politisch verhandeln

Hemmende Faktoren

- Einzelne telemedizinische Neuerungen könnten auch ohne Modell- und Demonstrationsvorhaben, d. h. Förderung, eingeführt
- Sog- und Breitenwirkung kleinerer Modellvorhaben zweifelhaft
- Fehlende Refinanzierungsmodelle für telemedizinische Investitionen durch die Praxisinhaber:innen
- Finanzielle Sinnhaftigkeit bzw. Mehrwehrt (Umsatzsteigerung oder Kostenreduktion) nur mühsam nachweisbar (verfestigte Handlungsmuster)
- Extrabudgetäre Vergütung durch die Krankenkassen für Telemedizin als Modellversuch ist Verhandlungssache

Das Projekt MONA wurde in mehrfacher Hinsicht verstetigt. Einerseits hat der Projektentwickler (ZTM) aufgrund der gesammelten Erfahrungen eine eigene herstellerunabhängige Telemedizinplattform für die Televisite bei Hausbesuchen namens MIA entwickelt. Mit verschiedenen digitalen Messgeräten (u. a. EKG, Kamera, Otoskop, Stethoskop, Pulsoximeter) und einem Tablet können ausgebildete Versorgungsassistenten einen telemedizinisch assistierten Hausbesuch durchführen. Andererseits wird das ursprüngliche Projekt weitergetragen und -entwickelt, z. B. im Rahmen eines weiteren Modellvorhabens mit dem Titel „Telemedizin-Assistenz (TMA) Rheinland-Pfalz“ mit 24 Hausarztpraxen. Erfolgsweisend für die Verstetigung sind die Möglichkeiten einer Refinanzierung für die Teilnehmenden Hausarztpraxen, die sich hauptsächlich aus einer extrabudgetären Vergütung des telemedizinischen Hausbesuchs ergeben. Effizienz- und Umsatzsteigerungen sind erst nach einer erfolgreichen Integration in den organisatorischen Versorgungsalltag der Praxen möglich. Interviewte plädierten für eine Verstetigung mittels Aufnahme der Vergütung bzw. des Ansatzes in die Regelversorgung durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene.

7.2.2 Gemeindegewest^{plus}

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Landespflegeausführungsgesetz RLP bietet die Möglichkeit den präventiven Hausbesuch von verwandten Ansätzen abzugrenzen und zum neuen Instrument hin zu entwickeln
- Kommunikative und co-kreative sowie schritt- und phasenweise Entwicklung bis zur Reife
- Intensive Einbindung fachliches und praktisches Wissen inkl. wiss. Evaluierung
- Inhaltliche Ergebnisoffenheit und Anpassungsfähigkeit bei Projektentwicklung (z. B.: Schnittstellengestaltung, Aufgabenprofile)
- Hochmotivierte und fachlich geeignete Schlüsselpersonen etablieren den Ansatz

Hemmende Faktoren

- Erschöpfende Ausdifferenzierung des Ansatzes aufgrund zementierter Sektorisierung in Pflege und Gesundheit

- Widerstand etablierter Strukturen, die Legitimations- und Tätigkeitsentzug befürchten
- Erschwerter Aufbau wirksamer Zugangswege zu den Zielgruppen (ab 80 Jahre), da aufsuchender (präventiver) Hausbesuch

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Historisch etablierte und heute noch räumlich-funktionelle Umsetzungskulissen zum Andocken des neuen Ansatzes (Versorgungsgebiete der Pflegestützpunkte)
- Erprobung unterschiedlicher organisationsstruktureller Verankerung in diversen Anstellungsträgern
- Zweier-Teams von GSP erhöhen ihre Durchschlagskraft und unterstützen sich gegenseitig
- Etablierte Sozial- und Pflegestrukturplanung auf Ebene der Landkreise verdeutlicht den Handlungsbedarf (existierende Fachnetzwerke)

Hemmende Faktoren

- Entfaltungs- und Ausstrahlungskraft des Ansatzes noch durch modellhaften Charakter gehemmt (noch geringe Personalkapazitäten)
- Weite der Versorgungsgebiete hindert einen stärker kleinräumigen Quartiers- und Sozialraumansatzes
- Starre Zuständigkeiten und organisationsstrukturellen Zuordnungen (Sektorisierung), müssen für Innovationen aufgeweicht bis aufgebrochen und neu sortiert werden

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Starker Wille der Landesregierung zur Gestaltung auf Augenhöhe mit den Beteiligten
- Koalitionsvertrag der Landesregierung RLP ermöglicht einen flächendeckenden Ausbau und Verstetigung des Ansatzes unter Einhaltung des Konnexitätsprinzips (Land-Kommunen)
- Kontinuierliche und politisch-hochrangige (Landesebene) Öffentlichkeitsarbeit unterstreicht die Bedeutung des Ansatzes und bringt den Beteiligten Wertschätzung entgegen
- Kreis- und Gemeindeverwaltungen stellen sich als geeignete Anstellungsträger aufgrund des sozialräumlichen und gemeinwohlorientierten Ansatzes heraus (neues Instrument)

Hemmende Faktoren

- Distanzierung bzw. Entfremdung der Kommunen als handelnde Akteure im Daseinsvorsorgebereich Pflege seit Einführung der Pflegeversicherung (J. 1995 – SGB XI)
- Langwierigen Wiederaufbau eines kommunalen Selbstverständnisses auf Orts- und Gemeindeebene im Bereich Pflegeversorgung
- Fehlende Zweckbindung innerhalb von Mittelzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich kann zur Umleitung in andere dringende Aufgabenbereiche führen (deshalb vorab Ansatzverankerung notwendig)
- Veränderungswiderstände in den Verwaltungen und Pflegestützpunkten

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Langfristiges und hohes (100 % Förderung) finanzielles Engagement des Landes RLP während der Modell- und Verstetigungsphase
- Beteiligung der Kommunen bei der Überführung in einen Regelbetrieb (bis die Regelfinanzierung final beschlossen ist)

- Finanzgrundlage für flächendeckendes Angebot in RLP in bestrebter Landesgesetzesänderung enthalten (Schaffung einer Regelfinanzierung)

Hemmende Faktoren

- Fehlende langfristige Finanzierung in existierenden Pflegegesetzen und Regelwerke
- Nur befristete finanzielle Beteiligung durch die Krankenkassen und Krankenkassenverbände aufgrund der Modellhaften Förderung im Präventionsgesetz des Bundes.
- Langer Zeitraum zwischen der initialen Erprobung bis hin zur Veränderung des Landesrechts (ca. 10 Jahre).

Eine phasen- und schrittweise Entwicklung des Modellvorhabens Gemeindegewest^{plus} in intensiver Zusammenarbeit – möglichst auf Augenhöhe – zwischen den Beteiligten und mit enger wissenschaftlicher Begleitung ist ein Alleinstellungsmerkmal des Projektes mit überaus positiven Folgen für seine Verstetigung. Einerseits wurde die Gebietskulisse und somit der Ansatz konsekutiv erweitert und andererseits wurde eine Überführung in einen Regelbetrieb sowie eine -finanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen erreicht. Eine im Koalitionsvertrag verankerte Veränderung des Landespflegeausführungsgesetzes in Rheinland-Pfalz soll als Grundlage für eine kommunale Verankerung des präventiven Hausbesuchs im vorpflegerischen Bereich in baldiger Zukunft flächendeckend dienen.

7.2.3 Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum (KARMANT)

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Dialog- und Problemlösungsfähigkeit zeichnen die Pflegekoordination als kommunales Instrument zur Gestaltung in der Pflegeversorgung aus
- Mehr Verantwortungsübernahme und Steuerung wird auf kommunaler Ebene sowohl von Bürger:innen als auch von Akteuren der Branche gefordert und wertgeschätzt
- Transparenz, Information, Abstimmung und Zusammenarbeit im Akteursnetzwerk der Pflege in ländlichen Räumen sind sehr gefragt
- Pflegekoordination stößt kleinere Kooperationen, Machbarkeitsstudien und Projekte im eigenen Ermessen (Offenheit)
- Hochmotivierte und fachlich geeignete Schlüsselperson etabliert diesen Ansatz

Hemmende Faktoren

- Grundsatzentscheidung im Land Sachsen mit der „Vernetzten Pflegeberatung“ statt den Pflegestützpunkten zu verfahren
- Unstrukturiertes Aufgabenspektrum der Pflegekoordination (Zielorientierung?)
- Eine Kontaktperson auf Kreis- und Gemeindeebene für Problemlösung ist wichtiger als gut aufbereitete Informationen (z. B. Pflegedatenbank des Landes)
- Den Kommunen und der Pflegekoordination fehlen planungsrechtliche und finanzielle Instrumente für eine wirksame Steuerung der Pflegeversorgung
- Ausreichende Kapazitäten für die angestrebte Qualitätsentwicklung in der Pflege zweifelhaft

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Übernahme der Pflegekoordination in die Kreisverwaltungsstruktur nach der Förderung
- Einbettung als Stabsstelle ermöglicht kurze Wege zu Entscheidungsträger:innen und Gestaltungsspielräume in der Verwaltung
- Intensive Zusammenarbeit mit „aktiven und willigen Gemeinden der ersten Stunde“ im Landkreis

- Regionale Pflegekonferenzen nach und nach als flankierende Fachnetzwerke etabliert

Hemmende Faktoren

- Feste und fachlich ausgebildete Ansprechpartner:innen in den Gemeinden nötig aber aufgrund Finanz- und Personalengpässe nicht realisierbar
- Durchschlagskraft einer einzelnen Person als Pflegekoordination bleibt für die Aufgabe überschaubar
- Fehlende Weisungsbefugnisse, somit reine Überzeugungsarbeit
- Stärkere Zusammenarbeit mit Sozial- und Demographieplanung nötig
- Ungünstige Einbettung in der Verwaltung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse begrenzen die Gestaltungsspielräume einer Pflegekoordination
- Ganz unterschiedliche Stellung der Pflegekoordination in den Verwaltungen sachsenweit betrachtet

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Frühzeitige und kontinuierliche Unterstützung von der Hausspitze (Landrat)
- Bestimmte fähige und interessierte Gemeindebürgermeister:innen und ihre Verwaltungen bauen langfristige Kooperation mit der Pflegekoordination auf Kreisebene aus

Hemmende Faktoren

- Leistungsfähigkeit der Pflegeversorgung in LR wird grundsätzlich in Frage gestellt und als grundlegend reformbedürftig eingeschätzt
- Altenhilfe als freiwillige Aufgabe hindert ein höheres kommunales Engagement
- Gezwungene (anderweitige) Prioritätensetzung bei begrenzten Personal- und Finanzmitteln in den Kommunen
- Starkes kommunales Selbstbestimmungsbedürfnis hindert den Dialog mit dem Land und hemmt das Gegenstromprinzip in der Planung und Finanzierung der Pflegeversorgung
- Mangelnde intersektorale Zusammenarbeit in allen Verwaltungsebenen (Silo-Mentalität)

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Geförderte Regionalstrategie Daseinsvorsorge und Umsetzungsprojekt aus MORO dienen als Impuls zur kommunalen Gestaltung
- Umsetzungsprojekt aus MORO wäre aus Eigenmitteln (ohne Landesförderung) finanziert worden
- Landesfinanzierung für die Koordination und das Pflegebudget stellt einen Mindestgestaltungsrahmen als Instrument zur kommunalen Steuerung der Pflegeversorgung
- Sächsische Kommunalpauschalenverordnung sicher mittelfristig die Pflegekoordination und ihre Wirkung

Hemmende Faktoren

- Überschaubarer finanzieller Rahmen für das Anstoßen neuer Projekte und Initiativen (Qualitätsentwicklung und Netzwerkbildung)
- Die Einführung eines Landespflegegesetzes mit leistungsrechtlichen Forderungen an Kommunen und dazugehöriger Finanzierung wird politisch als brisant angesehen und lieber vermieden
- Hauptlogik des überwiegend marktwirtschaftlich organisierten Pflegesektors befördert Konzentrationsprozesse und die Angebotsausdünnung in LR
- Förderermüdigkeit bei Kommunen und Bürger:innen

Die Verstetigung des Projekts KARMANT wird insbesondere an der mittlerweile etablierten Stelle der Pflegekoordination auf Kreisebene festgemacht. Wichtige Grundlage für den Ansatz war die finanzielle Unterstützung

des Freistaats Sachsen (50 % Personalkosten und Pflegebudget). Ihre Wirkung in der Qualitätsentwicklung und Netzwerkbildung wird durch kontinuierliche Impulse und Umsetzungsprojekte anhand des Pflegebudgets verdeutlicht. Jedoch wird ihre Wirkung in der Fläche aufgrund fehlender Kapazitäten in den kreiseigenen Gemeinden für die Pflege und Altenhilfe als Teil freiwilliger Daseinsvorsorgeaufgaben begrenzt. Die Zusammenarbeit mit bestimmten aktiven Modellgemeinden im Landkreis Meißen ist weiterhin intensiv, jedoch weitete sich der Wirkungskreis der Pflegekoordination im Laufe der Jahre auf das gesamte Kreisgebiet aus.

7.2.4 Cuviva – The Home Hospital Borgholm

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Soziales Selbstbild des Unternehmens Cuviva: Ausrichtung auf den sozialen Mehrwert ihrer Lösung als wesentlicher Bestandteil der Unternehmensstrategie
- Starke Orientierung auf die Zielgruppe: Fokus auf ganzheitliche Bedarfsdeckung und einfache Handhabbarkeit durch die Patient:innen durch die Bereitstellung eines umfassenden Produkts
- Hemmende Faktoren
- Hohe Komplexität der entwickelten digitalen Lösung: die ganzheitliche Lösung ist weniger gut greifbar als enger fokussierte Lösungen; dies führt zu Herausforderungen bei der Überzeugung politischer Akteure

Hemmende Faktoren

- /

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Schlüsselpersonen im Projekt sind die Leitung des Gesundheitszentrums in Borgholm sowie die Geschäftsführung des Unternehmens Cuviva
- Klare Kommunikation der Projekthintergründe, Ziele und Vorgehensweise mit allen Beteiligten
- Formelle Evaluation der Ergebnisse, um den Erfolg des Projekts gegenüber der Kommune und Region nachzuweisen
- Zeitlich Gestaltung der Pilotphase; Schaffung eines ausreichenden zeitlichen Rahmens für die Nutzer:innen und das Fachpersonal, um die innovative Lösung zu testen und kennenzulernen; dadurch Erhöhung von Akzeptanz und Nutzungsbereitschaft
- Durchhaltevermögen seitens der Projektverantwortlichen bei anfänglichen Herausforderungen in der Projektumsetzung, bspw. anfängliche Skepsis bei den Nutzern
- Hohe intrinsische Motivation und Überzeugung von der entwickelten Lösung bei den Mitarbeitenden von Cuviva
- Personalmanagement: Etablierung flacher Hierarchien im Gesundheitszentrum in Borgholm, Durchführung regelmäßiger Personalmeetings zum Austausch zu Fragen und Herausforderungen im Etablierungsprozess

Hemmende Faktoren

- /

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Hoher Grad an politischer Unterstützung: Vermittlung eines klaren Fokus und Überzeugung vom Erzielen von aussagekräftigen Resultaten

Hemmende Faktoren

- Fehlende Innovationsaffinität des Gesundheitssektors, insbesondere durch strenge Regularien; neue Lösungen müssen erst erprobt werden und beweisen, dass sie funktionieren. Hierfür sind in der Regel umfassende Studien notwendig, die jedoch den Innovationsprozess behindern können

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Hohe intrinsische Motivation der Investoren des Unternehmens Cuviva aufgrund der sozialen Ausrichtung

Hemmende Faktoren

- Fehlende Abrechnungs- und Vergütungsmodelle für digitale Lösungen im medizinischen und pflegerischen Bereich mindern den Antrieb innovativer digitaler Gesundheitslösungen; höhere Überzeugungsarbeit bei potenziellen Investoren und der Akquise neuer Finanzmittel notwendig
- Fehlender finanzieller Anreiz am Markt, um in innovative digitale Lösungen zu investieren
- Fehlende finanzielle Anreize zur Etablierung innovativer Lösungen durch die Budgetstrukturen im Gesundheitsbereich; Gesundheitsdienstleister, welche eine innovative Lösung implementieren, sind nicht notwendigerweise diejenigen, bei denen der finanzielle Vorteil der Lösung ankommt (bspw. ist Vorteil die sinkende Hospitalisierungsrate, die wiederum nicht direkt den Gesundheitsdienstleister, jedoch das Gesamtsystem entlastet)

Das Unternehmen Cuviva stellt ein E-Health Produkt zur Verfügung, welches Telemonitoring sowie Videokonsultationen zwischen Patient:innen und Gesundheitsdienstleistern ermöglicht. Das digitale Tool wurde in einem Pilotprojekt im Jahr 2016 am Gesundheitszentrum in Borgholm getestet. Nach positiver Evaluierung fand die Implementierung des Produkts statt. Das Gesundheitszentrum in Borgholm arbeitet bis heute mit dem digitalen Tool. Daher kann das Produkt als verstetigt angesehen werden. Mittlerweile konnte die vom Unternehmen Cuviva entwickelte digitale Lösung auch in weiteren Gesundheitszentren und Einrichtungen im Gesundheitsbereich in Schweden etabliert werden.

107

Aktuell arbeitet das Unternehmen Cuviva an der Weiterentwicklung ihres E-Health Produkts. Der Innovationsträger im Projekt ist somit das Unternehmen Cuviva, welches sich auf den sozialen Mehrwert ihrer Lösung als wesentlichen Bestandteil der Unternehmensstrategie fokussiert hat. Bei den Mitarbeitenden von Cuviva besteht zudem eine hohe intrinsische Motivation und Überzeugung gegenüber der entwickelten E-Health Lösung. Das Gesundheitszentrum in Borgholm setzt zudem beim Personalmanagement auf flache Hierarchien und führt regelmäßige Personalmeetings zum Austausch zu Fragen und Herausforderungen im Etablierungsprozess durch. Dies hat bei der Verstetigung des digitalen Tools geholfen.

7.2.5 IMPROVE - Involving the community to co-produce public services

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Projektfokus: Lernen von anderen Kommunen, welche innovative Lösungen etablieren oder etabliert haben
- Herausstellen der Vorteile für Kommune, Nutzer:innen, Fachpersonal und Politik als Projektvoraussetzung
- Gegenseitiger Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen erleichtert die Auswahl erprobter Lösungen und die Erstellung einer Umsetzungsstrategie
- Auswahl der getesteten Lösungen mit Fokus auf die Deckung des Bedarfs sowie Steigerung der Betreuungsqualität der Senior:innen

Hemmende Faktoren

- /

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Explizite Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen für den Bereich der Wohlfahrtstechnologie in den Kommunen
- Kooperation und Kommunikation mit weiteren Professionen und Berufsgruppen
- Entwicklung einer Change-Management-Strategie zur Kommunikation der Ziele und Inhalte für die Implementierung der Lösung, hierbei Einbeziehung relevanter Akteure auf allen Ebenen
- Gezielte Überzeugung des Pflegemanagers der Kommune, hierdurch kommunenweite Etablierung der digitalen Lösungen in allen Pflegeeinheiten
- Hoher Grad an Vertrauen des Fachpersonals gegenüber Schlüsselpersonen im Projekt, hierdurch weniger Widerstand bei der Umsetzung der digitalen Lösungen
- Qualifikation und Kompetenzen der Schlüsselpersonen im Projekt: Fachlicher Hintergrund, Managementfähigkeiten und Durchsetzungsvermögen
- Marketing und Kommunikation digitaler Lösungen gegenüber Nutzenden (Patienten, Fachpersonal): Herausstellen positiver Aspekte und des Lösungscharakters fördert die Akzeptanz
- Nutzung bekannter Akteure für die Implementierung digitaler Tools, bspw. bekannte Schlüsseldienste der Kommune
- Steigerung der Akzeptanz und des Vertrauens bei Nutzern
- Veränderbare Strukturen in der Kommune, um die Etablierung der Innovation zu begleiten
- auch Rückschläge müssen ausgehalten werden

Hemmende Faktoren

- Fachkräftemangel in ländlichen Räumen erschwert die Bereitstellung der Pflege in den Kommunen; Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen als Herausforderung
- Einsatz der falschen Person in einer Schlüsselposition im Innovationsprozess, bspw. mit fehlendem fachlichem Hintergrund und Managementfähigkeiten
- in einer der Kommunen führte dies dazu, dass die digitalen Lösungen nicht beibehalten wurden

108

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Etablierung interkommunaler Zusammenarbeit: Nutzung von Unterstützungsmöglichkeiten zwischen den Kommunen, Aufbau langfristiger Beziehungen
- Klare Kommunikation der Vorteile digitaler Lösungen gegenüber politischen Akteuren

Hemmende Faktoren

- Gesetzliche Rahmenbedingungen zur Kooperation öffentlicher und privater Akteure in Schweden: Verträge mit Technikunternehmen, welche digitale Lösungen bereitstellen, können nur für maximal 4 Jahre abgeschlossen werden, danach muss neu verhandelt werden
- unbefristete Verstetigung des eingesetzten Tools nicht möglich
- Widerstände gegen Veränderungsprozesse in den Kommunalregierungen

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Seit Projektbeginn eigenständige Finanzierung der getesteten Lösungen durch die Kommunen ohne Abhängigkeit von externen Fördergeldern; hierdurch keine finanziellen Engpässe und Überzeugungsarbeit beim Übergang in die Regelfinanzierung

Hemmende Faktoren

– /

Das Ziel des Projekts lag von Anfang in einer Hilfestellung bei der langfristigen Implementierung von digitalen Lösungen zur Unterstützung ambulanter Pflege älterer und pflegebedürftiger Menschen. Die Verstetigung des Projekts selbst war nie das Ziel. Die im Rahmen des Projekts getesteten Lösungen konnten jedoch über den Projektzeitraum hinaus in sieben Kommunen der Region erfolgreich etabliert werden, weshalb ein wesentlicher Teil der Projektinhalte nunmehr als verstetigt betrachtet werden kann. Die Initiierung zur Umsetzung und Etablierung erfolgte zunächst im Rahmen eines EU-Projekts (2015-2018). Anschließend fand eine dauerhafte Implementierung der getesteten Leistungen in sieben Gemeinden in Västernorrland statt. Seit Projektbeginn bestand eine eigenständige Finanzierung der getesteten Lösungen durch die Kommunen ohne Abhängigkeit zu externen Fördergeldern. Als großer Vorteil für die Verstetigung gab es keine finanziellen Engpässe beim Übergang in die Regelfinanzierung.

7.2.6 KI-JU-PALL – Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Erarbeitung einer Projektstrategie in Zusammenarbeit mit dem Finanzmittelgeber, welche stetig überarbeitet und an neue Bedarfe angepasst wurde
- Interprofessionalität der Teams und individuelles Case Management aus einer Hand: notwendige inhaltliche Bausteine und Fachpersonal werden bedarfsgerecht ergänzt
- Aufbau des Universitätslehrgangs Palliative Care in der Pädiatrie: Bündelung von Fachwissen als Projektbasis
- Weiterentwicklung des Universitätslehrgangs Palliative Care in der Pädiatrie: Wissenstransfer, Aufklärungsarbeit und gezielte Fachkräfteschulung

109

Hemmende Faktoren

- Bedarfsdeckung aktuell nur durch noch geringen Bekanntheitsgrad in ländlichen Räumen möglich – es wird befürchtet, dass mit steigender Nachfrage diese nicht mehr gedeckt werden könne (bspw. durch Fachkräftemangel)

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Schlüsselperson sowie hoher Grad an intrinsischer Motivation der Mitarbeitenden
- Regelmäßiger Austausch zwischen allen Palliativteams sowie zu Organisationen in anderen Bundesländern
- Motivation und Wertschätzung der Mitarbeitenden: hoher Grad an wahrgenommener Unterstützung, Erhöhung der Stundensätze für Pflegepersonal trotz hohen Verhandlungsaufwands
- Anbindung an die mobilen Palliativteams im Erwachsenenbereich: Mitnutzung personeller Ressourcen ermöglicht flächendeckende, bedarfsorientierte Versorgung in ganz Niederösterreich
- Universitätslehrgangs Palliative Care in der Pädiatrie als fester Bestandteil: Qualifikation der Mitarbeitenden, Akquise neuer Mitarbeitender, Erhöhung des Bekanntheitsgrads
- Enge Vernetzung zu weiteren Akteuren in der pädiatrischen Palliativversorgung im Projektumfeld

Hemmende Faktoren

- Zu Beginn fehlende Teamfähigkeit unter den Pflegekräften, da diese im häuslichen Bereich eher „Einzelkämpfer“ sind, teambildende Maßnahmen notwendig
- Schlüsselperson Projektkoordinatorin: Pioniere im Projekt kommen ins pensionsfähige Alter

- Anbindung an Erwachsenenteams: Zusammenarbeit nicht in allen Teams reibungslos: Pflegende in den Erwachsenenteams sehen sich nicht als Pflegende im Kinderbereich
- Berührungängste und Kommunikationsprobleme
- Personalmangel, insbesondere in ländlichen Räumen: vereinzelt mussten Familien abgelehnt werden, da nicht genügend Personal vorhanden war
- Grundvoraussetzung Universitätslehrgang Palliative Care, kann auch als Hürde in der Gewinnung neuer Mitarbeitender wirken, muss größtenteils selbst finanziert werden
- Vernetzung mit wichtigen Akteuren teilweise nur punktuell: enge Vernetzung mit Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde des Landesklinikums Mödling, jedoch nicht mit gesamten Klinikum, keine Unterstützung des Projekts auf Ebene der Klinikverwaltung, Ärzt:innen leisten Arbeit für KI-JU-PALL nebenberuflich oder ehrenamtlich

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Unterstützung durch vom Land eingesetzte Palliative-Care-Beauftragte beim Aufbau der KI-JU-PALL-Teams
- Kurze Kontaktwege zum Land und Finanzmittelgeber: direkte Ansprechperson sowie ehemalige Palliative-Care-Beauftragte als Vermittlerin beim Landesverband Hospiz Niederösterreich
- Unterstützung durch Politik: Bedarfe wurde erkannt, Unterstützung für neue Projektbestandteile kann nachverhandelt werden

Hemmende Faktoren

- Kommunikation mit Finanzmittelgeber NÖGUS und Land Niederösterreich: verschiedene Ansprechpartner:innen für verschiedene Themengebiete, es muss darauf geachtet werden, dass der richtige Ansprechpartner gewählt wird und niemand „übergangen“ wird
- Rahmenbedingungen für Pflegekräfte: geringe Honorarsätze, fehlende Attraktivität des Berufs
- Fachärztemangel: nur drei Palliativärzt:innen in Niederösterreich
- Geringer gesellschaftlicher Bekanntheitsgrad der Thematik: bei jedem Führungswechsel in tragenden Strukturen in Politik und Verwaltung muss erneut für das Thema sensibilisiert werden

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Anbindung an die mobilen Palliativteams im Erwachsenenbereich: Mitnutzung personeller Ressourcen zur Kostenreduzierung und Steigerung der Effizienz
- Flexibler Budgeteinsatz: bedarfsorientierte Verschiebung des Gesamtbudgets zwischen den KI-JU-PALL-Teams möglich
- Frühe Überführung in Regelfinanzierung des Landes: gesicherte Finanzierung durch hohen Bedarf; Überführung in Regelfinanzierung des Bundes angestrebt
- Nutzen unterschiedlicher Finanzierungsquellen bei neuen Finanzierungsbedarfen (insbesondere Spenden und Sponsoring)
- Regelmäßige Erstellung von Statistiken zur Begründung des weiteren Finanzierungsbedarfs

Hemmende Faktoren

- Finanzielle Engpässe beim Land, verstärkt durch COVID-19 Pandemie, finanzielle Mittel für Budgetaufstockungen werden immer geringer
- Hoher Argumentationsaufwand für den Bedarf neuer Finanzierungsmittel, bspw. für die Anhebung der Honorarsätze der Pflegekräfte – hoher Zeitaufwand und Vorleistungen nötig

Die Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams, kurz KI-JU-PALL, wurden im Jahr 2007 durch den gemeinnützigen Verein MOKI NÖ (Mobile Kinderkrankenpflege Niederösterreich) ins Leben gerufen. Die Initiative MOKI NÖ besteht seit 1999 und wurde 2004 zum gemeinnützigen Verein. Schwerpunkte der Vereinsarbeit liegen in der pflegerischen Unterstützung und Entlastung von Familien, welche ihr Kind zu Hause pflegen. Mit der Etablierung der Kinder- und Jugend-Palliativ-Teams wurde ein Angebot geschaffen, welches den Fokus auf die wichtige und sensible Thematik der mobilen Palliativpflege im pädiatrischen Bereich richtet. Die Finanzierung ist seit 2014 geregelt und erfolgt durch den niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS). Aktuell wird die Überführung in die Regelfinanzierung des Bundes angestrebt.

Die Initiative KI-JU-PALL ist besonders interessant, da sie durch ihr langjähriges Bestehen und die gesicherte Finanzierung als verstetigter Ansatz betrachtet werden kann. Zudem wird in der Debatte um medizinische Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen häufig die ältere Bevölkerung thematisiert. Der klare Fokus auf Kinder und Jugendliche in Verbindung mit dem innovativen, ganzheitlichen und flächendeckenden Betreuungsansatz schafft einen besonderen Mehrwert für das InDaLE-Projekt.

7.2.7 CoSENSo / Pflegenahversorgung

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Niederschwelligkeit des Angebots: Pflegekoordinatorin fungiert als direkte Ansprechpartnerin für Betroffene, Angehörige und Gesundheitsdienstleister vor Ort und bietet eine kostenlose und umfassende Beratung an
- Fokus auf beratende und koordinierende Funktion der Pflegekoordinator:innen

Hemmende Faktoren

- /

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

111

Förderliche Faktoren

- Schlüsselperson ist die Projektkoordinatorin der Initiative beim Land Kärnten
- Aktive und wiederholte Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Pflegenahversorgung in der Gemeinde zur Steigerung des Bekanntheitsgrads und der Nutzungsbereitschaft der Bevölkerung
- Hohe Akzeptanz der Pflegenahversorgung in der Bevölkerung sowie bei den Nutzergruppen im Gesundheitsbereich und Fachnetzwerken, bspw. Krankenhäuser
- Verfolgung eines Bottom-Up-Ansatzes in der Implementierung der Initiative: das Land fungiert als Initiator und Koordinator, jedoch erfolgt dann ein gemeinschaftlicher Aufbau der Pflegekoordination mit den individuellen Gemeinden
- Motivation der ehrenamtlichen Helfer durch Kommunikation, Wertschätzung und Unterstützung durch die Pflegekoordinator:innen
- Fachliche Expertise und Erfahrung der Pflegekoordinator:innen ermöglichen den interdisziplinären Austausch mit anderen Gesundheitsdienstleistern und den Ehrenamtlichen

Hemmende Faktoren

- Herausforderung in der Koordination der bestehenden Dienste und Anbieter im Gesundheits- und Pflegebereich: Das Übereinbringen der Interessen der privaten Anbieter (welche möglichst alle nötigen Leistungen durch ihren Dienst abdecken möchten) und der Patienten (finden des für den Patienten optimalen Mix aus den Leistungen unterschiedlicher Anbieter)
- Schwierigkeiten bei der Akquise Ehrenamtlicher in peripher ländlichen Gemeinden
- Teilweise Probleme bei der Bedarfsdeckung durch die hohe Nachfrage nach der Leistung der Pflegekoordinator:innen; es werden ein höherer Stundenanteil oder mehr Personal benötigt

- Auswirkungen des Fachkräftemangels: es kommt zur Überlastung der bestehenden Pflegekoordinator:innen, langfristig die Notwendigkeit der Aufgabenteilung und Schichtarbeit mit weiteren Pflegekräften

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Enger und regelmäßiger Austausch zwischen der Projektleitung beim Land Kärnten, den teilnehmenden Gemeinden und den Pflegekoordinator:innen
Hohe wahrgenommene Unterstützung der Gemeinden durch das Land, bspw. bei der Akquise von Ehrenamtlichen

Hemmende Faktoren

- Fehlende Unterstützung des Projekts auf nationaler Ebene: Es erfolgt der Aufbau eines Programms zur Etablierung von Community Nurses vom Bund ohne Berücksichtigung der bestehenden Initiative im Land Kärnten, Risiko der Schaffung von Parallelstrukturen
- Föderalismus hemmt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Übertragung des Ansatzes in andere Bundesländer, „Dschungel“ aus Zuständigkeiten, Institutionen und Ansprechpartnern

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Kosteneffizientere Bereitstellung der Leistung durch Festlegung der Zuständigkeit: ein:e Pflegekoordinator:in darf pro 10.000 EW eingesetzt werden, Ermöglichung durch die Zusammenarbeit von Gemeinden
- Sicherung der inhaltlichen Involvierung der Gemeinden durch deren Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung führt zur frühen Auseinandersetzung mit der Übernahme in die Regelfinanzierung
- Finanzielle Unterstützung der Gemeinden durch das Land in der Pilotphase, Förderung zu 75 % durch das Land
- Chance einer nationalen Förderung durch das neu entstehende Programm zur Etablierung von Community Nurses seitens des Bundes

112

Hemmende Faktoren

- Beteiligung der Gemeinden an Finanzierung der Pflegekoordinator:innen; teilweise fehlende Bereitschaft oder finanzielle Ressourcen zur Teilnahme am Programm
- Chance einer nationalen Förderung durch das neu entstehende Programm zur Etablierung von Community Nurses seitens des Bundes; jedoch Beschränkung der nationalen Förderung auf bestimmte Qualifikationsstufen und Berufsgruppen der Community Nurses; Erschwerung der Weiterbeschäftigung und Neubesetzung der Pflegekoordinator:innen im Rahmen des Programms

Der Fokus bei der Pflegenahversorgung liegt auf der Beratungs- und Koordinierungsfunktion von Pflegekoordinator:innen. Auf pflegerische und medizinische Aufgabenbereiche (wie im Vorgängerprojekt CONSENSO; 2015-2018) wurde bewusst verzichtet, um Zuständigkeitsüberschneidungen mit bestehenden Versorgungsdienstleistern (Pflegerdienste, niedergelassene Ärzte) zu vermeiden. Zudem spielen die Stärkung und Koordinierung des Ehrenamts zur Unterstützung der pflegebedürftigen Menschen eine wichtige Rolle. Bei der Pflegenahversorgung etablieren seit Januar 2019 Testgemeinden Pflegekoordinator:innen individuell in Zusammenarbeit mit der Abteilung 5 Gesundheit und Pflege des Landes Kärnten. Je Testgemeinde erfolgt eine dreijährige Pilotphase, in welcher sich das Land (75 %) und die Gemeinde (25 %) die Finanzierung teilen. Nach Ablauf der Pilotphase übernehmen die Gemeinden die Finanzierung der Pflegekoordinator:innen vollständig. Die Pflegenahversorgung kann als verstetigt angesehen werden, da diese in den Testgemeinden etabliert ist und bereits auf weitere Gemeinden im Land Kärnten ausgeweitet wurde.

7.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

7.3.1 Feuerwehrausbildungspool und interkommunale Managementstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Spürbarer Problemdruck erhöht die Handlungsnotwendigkeit bei FFW und Trägern
- Lösungsorientierte Dialoge und Beteiligungsprozesse auf Augenhöhe mit Betroffenen erzeugen Vertrauen und eröffnen kleine Gelegenheitsfenster für Veränderung
- Rasche Umsetzung zeigt den praktischen Mehrwert der Innovationen während der Projektlaufzeit und bahnt ihre Verstetigung an
- Überörtliche/interkommunale Gefahrenabwehr Planung, Beschaffung und Ausbildung in der NPGA schrumpfender Regionen ist sinnvoll

Hemmende Faktoren

- Historisch gewachsene Ortszentriertheit Freiwilliger Feuerwehren (FFW) und ihre Verlust-/Schließungsängste hindern angestrebte überörtliche/interkommunale Kooperationen
- Anfängliche Widerstände gegen Wissen und Prozesse, die „von außen“ übergestülpt werden (MORO-Regionalstrategie als gemeinsamer „Feind“)
- Ungewohnte Denk- und Handlungslogiken für die FFW werden eingeführt (von taktisch-praktisch und technikaffin zu strategisch-langfristig und szenarioentwerfend)
- Hohe Erwartungshaltung einiger Partnerkommunen („Kooperation sollte mehr leisten. Besserer Gerätewart ist uns zu wenig“)

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Existierende formale interkommunale Kooperation (Amt) dient als Trägerstruktur
- Erfolgreiche Einrichtung neuer Strukturen für interkommunale Zusammenarbeit (AG und Koordinator)
- Erhaltung der Ortsfeuerwehren wird als Erfolg vor Ort gewertet
- Neues interkommunales Hauptamt koordiniert und stärkt/entlastet das Ehrenamt auf Ortsebene
- Gemeinsame Ausbildung fördert Identitätsbildung und bessere Zusammenarbeit unter den FFW

Hemmende Faktoren

- Strukturelle Reformprozesse können mangels Ressourcen durch die zuständigen Verwaltungen nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden
- COVID-19-Pandemie hinderlich für intensivere Zusammenarbeit und Verstetigung seit 2020
- Personalbesetzung für Koordinator schwer durchzuführen (Qualifizierungsprofil)
- Arbeitgeber des Koordinators ist die Stadt Seelow, was zu regionalen Spannungen (Konkurrenzdenken) beiträgt

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Grundsätzliche Bereitschaft zur interkommunalen Kooperation und Kompromiss zur Trägerschaft der Feuerwehrkoordination

- Kontinuierliche Unterstützung aus dem Zentrum des Mittelbereichs (Wirtschaftsförderung und Regionalplanung der Stadt Seelow)
- Trotz Schwierigkeiten diente MORO einer regionalen Identitätsbildung insbesondere der Feuerwehren, weg von der Ortsfeuerwehr-Mentalität
- Sachlich und fachlich fundierte Diskussionen zwischen FFW und den Verwaltungen die Brandschutzträger konnten stattfinden

Hemmende Faktoren

- Finanzschwäche und Sparzwang der Gemeinden in der Region
- Hohe Kosten des Brand- und Katastrophenschutzes als gefährlicher Anreiz, diesen in finanzschwachen Kommunen zu vernachlässigen
- Ausgeprägtes regionales Konkurrenzdenken zwischen den kooperierenden Kommunen
- Landesbehörden, -verbände und -regelungen werden aus örtlicher Perspektive kritisch betrachtet
- Ortsfeuerwehren fürchten oft Kürzungen durch („fachfremde“) eigene Trägerverwaltungen
- Auffällige Diskrepanz zwischen Bedeutung der kommunalen Pflichtaufgabe (Sicherheit) und Ressourcenverfügbarkeit bei den eigentlichen Brandschutzträgern

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- MORO als finanzierter Impuls für Veränderungsprozesse in der regionalen Gefahrenabwehrplanung
- Übernahme der Feuerwehrkoordination und ihrer Aufgaben durch die interkommunale Kooperation Oderlandregion
- Einsparungen und Effizienzsteigerungen als starke Argumente für die interkommunale Kooperation im Brand- und Katastrophenschutz

Hemmende Faktoren

- Ressourcenverteilungskämpfe zwischen Kommunen weisen weiterhin hohe Konfliktrichtigkeit auf
- Kommunalreformen und -umstrukturierungen bringen die Finanzierung interkommunaler Projekte in Gefahr

Die Verstetigung des Projektes ist nach Ablauf der MORO-Förderphase einerseits durch die dauerhafte Einrichtung der Stelle des Feuerwehrkoordinators der Oderlandregion erreicht worden. Andererseits gehören dazu bestimmte Aktivitäten rund um den Brandschutz wie die gemeinsame Ausbildung, Beschaffung und Infrastrukturplanung, die weiter fortgeführt werden. Mit gewisser Ambivalenz wird in der Region die Durchschlagskraft des Ansatzes bewertet: Ein kommunaler Partner ist aus der Kooperation ausgestiegen, und andere fordern eine Vertiefung und Intensivierung gemeinsamer Aufgaben. Spannungen zwischen den Kommunen aufgrund von Finanzierungsmodalitäten und Vereinbarungen stellen die Kooperation weiterhin auf die Probe.

7.3.2 Mehr Feuerwehr in die Schule

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Nachwuchsgewinnung als starkes Motiv für das Engagement der FFW in der Brandschutzerziehung
- Effektives und durchdachtes Unterstützungsangebot für die einzelnen Ortsfeuerwehren für eine strukturiertere und stringentere Brandschutzerziehung
- Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, welche die Sichtbarkeit der Feuerwehren in der Gesellschaft erhöht und ihre Daseinsberechtigung als Ehrenamt stärkt
- Ergebnisoffenes Unterstützungsangebot, welches breite methodische und didaktische Spielräume für die Umsetzung in den Kommunen bietet

- Erprobte und zielfähige Materialien und Leitfäden können landesweit von Lehrkräften und FFW eingesetzt werden
- Inspiration und relativ unkomplizierte Übertragung konkreter Inhalte und Materialien aus Oberösterreich (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr)

Hemmende Faktoren

- Freiwilligkeit der Aufgabe in den Schulen und fehlende einheitliche Zielvorstellungen erzeugt Flickenteppich in der Umsetzung
- Fehlende gesetzliche Mindeststandards für die Brandschutzerziehung lassen zu viel Raum für Interpretation in der Ausführung
- Systematische (Häufigkeit) und stringente (alle Schulen, alle Räume) Herangehensweise lässt sich nicht mit ehrenamtlichen Kräften umsetzen
- Gedruckte Zurverfügungstellung der Materialien würde ein verbindlicheres Image für die Brandschutzerziehung erzeugen
- Gesellschaftlicher Wandel als Herausforderung für ein dauerhaftes Engagement in Organisationen wie der FFW

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Fachlich besetzte Steuerungsgruppe entwickelt und begleitet das Projekt und seine Verstetigung seit Anfang an und tagt noch heute
- Schlüsselperson mit Fachkompetenzen in beiden „Sektoren“ (Feuerwehr und Bildungswesen) treibt das Projekt voran
- Schrittweise Ausbau und Intensivierung der Partnerschaften zwischen Feuerwehren, Schulen und Kitas erweist sich als tragfähig (erst kürzere, dann längere Projekte)
- Einführung eines Brandschutzerziehungskordinators auf Landkreisebene (Kümmerer) als organisatorische Verstetigung vom Projekt
- Koordinator (Kümmerer) in Landkreisverwaltung ermöglicht einen systematischen und stringenten Ausbau der Brandschutzerziehung in Gemeinden

Hemmende Faktoren

- Verlässlich und kontinuierlich angebotene Brandschutzerziehung aufgrund des hohen Anteils an Freiwilligen nicht immer und überall gewährleistet
- Starke Abhängigkeit von Einzelakteuren auf Orts- und Gemeindeebene, die die Angebote mit Leben füllen und möglichst professionell umsetzen
- Kindgerechte Kommunikation und pädagogisches Geschick nicht bei jedem Freiwilligen vorhanden
- Lange Vorlauf- und Vorbereitungszeit für Schulangebote erfordern Ausdauer und Ressourcen der Beteiligten
- Schulleitungen geneigt, fakultative Zusatzaufgaben aufgrund begrenzter Ressourcen abzulehnen
- Geringe Transparenz und ineffiziente Streuung von Informationen aufgrund der vielen eingebundenen Organisationen und Verwaltungsebenen
- Potenziale des Ehrenamts bleiben ungenutzt (z. B. Entschädigungen, Freistellung von der Arbeit)

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Brandschutzerziehung zur Chefsache in den entsprechenden Landesministerien gemacht
- Landesfeuerwehrverband mit kontinuierlicher Forderung, die Brandschutzerziehung als Aufgabe mit geteilter Verantwortung ernster zu nehmen (mit Verweis auf eine Gleichstellung zur Verkehrserziehung)

- Schlagkräftige Aufstellung der Landesverwaltung im Brand- und Katastrophenschutz (Budget, Personal, Referat, etc.)
- Referat Ehrenamtsförderung (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport) agiert intersektoral und macht von vergleichsweise umfangreichen Budget Gebrauch
- Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Kampagnen, Veranstaltungen) wird von Landesseite für Brand- und Katastrophenschutz sehr stark unterstützt

Hemmende Faktoren

- Verbandsarbeit (hier Landesfeuerwehrverband) kann oft in eigenen Kontroversen und Diskussionen versacken und das Ziel „Starke Positionierung und Lobbying“ verfehlen
- Politische Abhängigkeit der Förderprogramme und Initiativen (wenn keine Chefsache mehr)
- Nachhaltige Erfolge einer rein ehrenamtlichen Brandschutzerziehung zweifelhaft, Hauptamtlichkeit jedoch unwahrscheinlich
- Etabliertes „Kirchturmdenken“ bei Ortsfeuerwehren und Kommunen hindert landkreisweite Kooperationen
- Manchmal Fehlen kommunalpolitische Unterstützung, jedoch sind Kommunen nicht nur für Feuerwehr zuständig (Konnexität?)
- Intersektorale Kooperationen (Ressort Inneres und Bildung) wenig erprobt
- Notwendigkeit einer Begleitung durch Lehrkräfte bei Brandschutzerziehung bindet extra Ressourcen in den Schulen

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Finanzielle Durchschlagskraft der Landesinitiativen in Bezug auf Brand- und Katastrophenschutz in Hessen
- Relevante Landesförderung für Brandschutzerziehung und -aufklärung (Richtlinien für Sachmittel und Koordination)
- Existierende Förderrichtlinien ermöglichen Kontinuität vorheriger Initiativen und erzwingen keine „neue Strukturen“

Hemmende Faktoren

- Existierende Förderrichtlinien lassen keine Personalfinanzierung zu
- Hauptamtliche Lösungen würden die Frage der Finanzierung im Dreiklang der Verantwortlichkeit aufwerfen
- Stellenbewertung für Brandschutzerziehungskordinator (TVöD 9) wird als angesichts des Anforderungsprofils zu niedrig bewertet

Die Verstetigung der Ansätze, Prozesse und Strukturen im hessischen Projekt „Mehr Feuerwehr in die Schule“ kann in vielerlei Hinsicht bestätigt werden. Räumlich wurde die Brandschutzerziehung von den ursprünglich sieben Pilotprojekten in drei Modellregionen auf zurzeit 16 Landkreise, kreisfreie Städte und Städte mit Sonderstatus in Hessen ausgedehnt. Seit 2018 ist die Förderrichtlinie zur „Förderung von freiwilligen Schulanangeboten der Feuerwehren und im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen“ für Antragsteller verfügbar. Diese ermöglichte Kontinuität für die existierenden Projekte und wurde später mit einer Förderrichtlinie zur Einrichtung einer Stelle zur Brandschutzerziehungskoordination auf Landkreisebene ergänzt. Diese nutzen die entwickelten Leitfäden und Materialien in ihrer alltäglichen Arbeit und schulen damit sowohl Angehörige der Feuerwehren als auch Lehrkräfte. Auch die seit Beginn des Projektes eingerichtete Steuerungsgruppe besteht noch als Begleitgremium und tagt zu Angelegenheiten der Brandschutzerziehung und -aufklärung. Jedoch sorgt der freiwillige Charakter dieser Aktivitäten für eine in ihrer Intensität und Stringenz heterogene Umsetzung der Brandschutzerziehung in den Kommunen.

7.3.3 „Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr“

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Einbindung von Feuerwehrangehörigen und Pädagogen bei der Entwicklung der Materialien
- Modularer Aufbau für die einzelnen Altersgruppen
- Hilfestellungen zur Anwendung der Materialien
- Teilnahmen an der Bildungsfachmesse „Interpädagogica“ und Integration des Projektes in der Landesfeuerweherschule

Hemmende Faktoren

- Materialien werden auf örtlicher Ebene als zu kompliziert und vorschreibend wahrgenommen
- Fokus auf Bildungseinrichtungen führt zur Ablehnung bei Feuerwehren ohne Schule oder Kita vor Ort
- Erforderliche Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen geht über traditionelle Organisationsstruktur der Feuerwehr hinaus

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Etablierung der Brandschutzerziehung in der Strategie des Landesfeuerwehrverbandes und Bildung eines Koordinationsteams für das Themengebiet
- Kooperation mit erfahrenem Beratungsunternehmen

Hemmende Faktoren

- Einsatz der Materialien ist von den Akteuren (Feuerwehr und Bildungseinrichtung) auf lokaler Ebene abhängig
- Schwierigkeit, das Projekt in die Strukturen des Bundesfeuerwehrverbandes einzuordnen

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Prüfung der Materialien seitens des Bildungsministeriums
- Unterstützung des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes für eine landesweite Verbreitung der Materialien

Hemmende Faktoren

- Wechsel in der politischen Führungsebene des Bildungsministeriums
- Fehlende ministerielle Zuständigkeit für die Feuerwehr auf Bundesebene

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Spenden (von gesellschaftlichen Akteuren) an den Landesfeuerwehrverband
- Rechtlicher Status des Landesfeuerwehrverbandes ermöglicht die Finanzierung

Hemmende Faktoren

- Oberösterreichischer Feuerwehrverband finanziert das Projekt zum größten Teil selbst, keine laufende öffentliche Finanzierung
- Schwierige Sponsorenakquise aufgrund des Verbots von Sponsoreneinnahmen aus Schulmaterialien

Die Verstetigung der Bildungsinitiative Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr ist als ambivalent zu beurteilen: Zum einen wurde sie 2013 vom Oberösterreichischen Landes-Feuerwehrverband (OÖLFV) initiiert, seitdem auf fünf weitere Bundesländer Österreichs ausgeweitet und teilweise nach Hessen übertragen. Es wurden neue Brandschutzerziehungsmaterialien nach den Vorgaben des bundesweiten Bildungsrahmenplans und der Lehrpläne mit dem Ziel konzipiert, auf allen Ebenen des Bildungssystems eingesetzt zu werden. Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr ist ein Querschnittsprojekt, das über die traditionelle Verteilung von Verantwortlichkeiten in der Feuerwehr hinausgeht, denn es ist nicht üblich, dass das Thema auf der Ebene des Landesfeuerwehrverbandes angegangen wird, Pädagog:innen einbezogen und auch gesellschaftliche Aspekte der Feuerwehr im Unterricht thematisiert werden.

Zum anderen ist selbst für die Feuerwehr die Integration des Projektes in die eigenen Strukturen nicht selbstverständlich. Auch zehn Jahre nach Beginn wird es weiterhin vom oberösterreichischen Landesfeuerwehrkommando koordiniert und verfügt über keinerlei personelle Ressourcen. Ähnlich ist die Situation beim österreichischen Bundesfeuerwehrverband (ÖBFV), wo das Thema Brandschutzerziehung in keinem eigenständigen Referat/Sachgebiet angesiedelt wird. Fest verankerte Organisationsstrukturen verhindern, dass das Thema Brandschutzerziehung systematisch angegangen wird. Somit ist es schwer, weitere Landesfeuerwehrverbände von einem möglichen Mehrwert des Projektes zu überzeugen. Mit dem Ziel, das Projekt in ganz Österreich strukturiert umzusetzen (und ggf. die Finanzierungsquellen durch die Beteiligung weiterer Bundesländer zu diversifizieren), haben der ÖBFV und Pädagogen des Projektteams beim Bundesbildungsministerium beantragt, die Materialien in die Liste anerkannter Unterrichtsmaterialien aufzunehmen. Dennoch ist es trotz langjähriger Diskussionen und einigen Interviewpartnern zufolge aufgrund mehrfacher Wechsel der politischen Führung des Bundesbildungsministeriums noch nicht gelungen, das Verfahren abzuschließen. Die Situation wird durch die Tatsache erschwert, dass die Feuerwehr im Zuständigkeitsbereich der Länder angesiedelt ist. Auch die Finanzierung ist nicht langfristig gesichert.

7.3.4 Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Beteiligung der Nutzergruppen bei der Gestaltung der Räumlichkeiten
- In den Vereinen aktive Mitarbeiter der Gemeinde überblicken die Bedürfnisse der Organisationen
- Bauliche Investition im Hinblick auf die Zukunftssicherheit der Feuerwehr – Nähe zum gemeindeeigenen Bauhof, Räumlichkeiten für die Jugendfeuerwehr
- Effizientes und flexibles Nutzungskonzept

Hemmende Faktoren

- Gebäude ist für die gegenwärtigen Nutzergruppen überdimensioniert und nicht vollständig ausgelastet
- Wenige neue Synergien zwischen Feuerwehr und den anderen Vereinen
- Widerstand durch Gastgewerbe, da befürchtete Konkurrenz als Treffpunkt

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Beauftragung von lokalen Unternehmen für Planung und Bau
- Doppelfunktion der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung (zugleich Feuerwehrleute oder Vereinsmitglieder) erleichtert die laufende Verwaltung des Gebäudes

Hemmende Faktoren

- Umfangreicher Planungsprozess aufgrund von Beantragung verschiedener Zuschüsse und Erhöhung der Ansprüche zur Energieeffizienz

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Proaktive Rolle des Bürgermeisters
- Einigkeit in der lokalen Politik über die Notwendigkeit eines neuen Gebäudes

Hemmende Faktoren

- Langjährige politische Auseinandersetzungen über den richtigen Standort
- Eher funktionale als erhoffte soziale Rolle des Gebäudes

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für den Bau des Gebäudes
- Niedrige Betriebskosten und Einnahmen der Gemeinde durch Vermietung von Räumlichkeiten

Hemmende Faktoren

- Keine Fördergelder für den Bau des Probesaals der Trachtenmusikkapelle
- Gestiegene Baukosten durch selbst auferlegte hohe Anforderungen an die Energieeffizienz

Das „Haus der Feuerwehr und Vereine“ in Maishofen ist in seiner Nutzung ein verstetigtes Projekt. Dabei fungierte die Gemeindeverwaltung in den unterschiedlichen Projektphasen von der Planung über die heutige Verwaltung und Nutzung als Schlüsselakteur. Das multifunktionale Gebäude ist durch einen partizipativen Planungsprozess auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Nutzergruppen zugeschnitten und das Nutzungskonzept ist flexibel. Allerdings ist es für die aktuellen Nutzungsarten und -frequenzen überdimensioniert. Das Gebäude erfüllt seine Funktion als sozialer Treffpunkt, ist aber stärker funktional zu verstehen, denn es kommt zwar zu zufälligen Begegnungen, bislang aber zu wenigen neuen Synergien zwischen den Nutzergruppen. Für die Freiwillige Feuerwehr ist von besonderer Bedeutung, dass die Tageseinsatzbereitschaft durch die Mitarbeiter des benachbarten kommunalen Bauhofs, die gleichzeitig Feuerwehrangehörige sind, besser aufrechterhalten werden kann. Außerdem ermöglichte das Gebäude die Gründung einer Jugendfeuerwehr, die es zuvor in Maishofen nicht gab. Damit kann die Feuerwehr in ihren eigenen Nachwuchs investieren. Politisch waren die Geschlossenheit der Lokalpolitik über die Notwendigkeit eines neuen Standortes für die Feuerwehr und der Trachtenmusikkapelle sowie die proaktive Rolle des Bürgermeisters in der Initiierung und Umsetzung des Projektes von hoher Bedeutung. Finanziert wurde das Gebäude mithilfe einer finanziellen Rücklage der Gemeinde, des Gemeindeausgleichsfonds und Zuschüssen. Durch die Standortwahl wurde ein kostenintensiver Abriss der ehemaligen Klärbecken vermieden. Auch wenn die Baukosten durch die energieeffiziente Bauweise vergleichsweise hoch waren, lassen sich so langfristig die Betriebskosten senken. Zudem erwirtschaftet die Gemeinde Einnahmen durch die Vermietung.

7.3.5 Fire Reach/Fire Skills

WIRKUNGSBEREICH – INHALTLICHE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- In der Anfangsphase wurden die Inhalte und die Ausrichtung des Projektes in Rücksprache mit lokalen Akteuren abgestimmt
- Modularer Aufbau – Inhalte und Detailgrad je nach Bedarf anpassbar
- Stetige Durchführung von Evaluierungen, um die Wirksamkeit des Projektes zu beobachten

Hemmende Faktoren

- Die ursprüngliche Ausrichtung auf jugendliche Straftäter:innen erwies sich als kontraproduktiv - manche Jugendliche wurden motiviert, Delikte zu begehen, um in den Kurs zu gelangen

WIRKUNGSBEREICH – ORGANISATIONSSTRUKTURELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Aufbau von Partnerschaften mit anderen Organisationen (z. B. lokale Verwaltung, Polizei, Sanitätsdienst, Vereine)
- Hauptamtliche Feuerwehren stehen für die Durchführung des Kurses zur Verfügung
- Einbindung des Bildungssystems (Education Scotland) in die Digitalisierung der Brandschutzerziehung allgemein und in den theoretischen Teil des Projektes

Hemmende Faktoren

- Die Kontinuität des Projektes kann leiden, wenn die für die Durchführung verantwortlichen Personen neue Aufgaben innerhalb des SFRS übernehmen

WIRKUNGSBEREICH – POLITISCH/ADMINISTRATIVE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Hohe Resonanz auf der Leitungsebene des SFRS und bei der politischen Führung der lokalen Verwaltung
- Möglichkeit für Austausch – die im Projekt gesammelten Erfahrungen können innerhalb des SFRS durch eine Koordinierungsstelle geteilt werden

Hemmende Faktoren

- Dass ländliche Regionen zusätzliche Kapazitäten für die Durchführung der Kurse benötigen, wurde nicht anerkannt. Das Angebot wirkt in ländlichen Räumen etwas weniger

WIRKUNGSBEREICH – FINANZIELLE VERSTETIGUNG

Förderliche Faktoren

- Der Kurs steht als Leistung zur Verfügung und kann von jedermann gebucht werden
- Keine direkten Kosten für die Feuerwehr – diese stellt lediglich ihre Ressourcen und Personal zur Verfügung

Hemmende Faktoren

- Nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie kaum Förderung auf lokaler Ebene verfügbar

Das seit 2003 laufende Projekt Fire Reach (heute Fire Skills) gilt in allen betrachteten Dimensionen als verstetigt. Das Projekt erlebte mehrere Phasen, wurde mit der Zeit angepasst und auf mehrere Regionen übertragen. In der Anfangsphase war es besonders wichtig, dass die Inhalte der Kurse auf lokaler Basis über mehrere Jahre hinaus entwickelt, erprobt, evaluiert und angepasst wurden. Das Projekt lässt sich sehr gut in die Arbeit der beteiligten Organisationen integrieren, denn allen obliegt die Pflicht, präventive Aktionen gegen jugendliche Straftäter durchzuführen. Darüber hinaus entstehen der Feuerwehr keine zusätzlichen finanziellen Kosten für die Durchführung der Kurse.

Nach der Umstrukturierung des SFRS 2008 wurden auf zentraler Ebene Koordinierungsstrukturen aufgebaut, um die Übertragung des Projektes auch in ländliche Regionen zu ermöglichen. Dort ist es allerdings nicht ganz so erfolgreich.

Eine besonders herausfordernde Zeit, in der das Projekt aus finanziellen Gründen umgehend umstrukturiert werden musste, war die COVID-19-Pandemie. Die Inhalte mussten aufgrund fehlender Finanzierung komprimiert und der Kurs auf einen Tag reduziert werden. Die an der Gewährleistung des Kurses beteiligten Organisationen stellen nach wie vor ihre Ressourcen kostenlos zur Verfügung, lediglich die Reise- und Verpflegungskosten müssen von den Teilnehmer:innen gedeckt werden.

(III) ÜBERGREIFENDE ERKENNTNISSE UND ENTWICKLUNG VON HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

8 Verstetigung nach Wirkungsbereichen: übergreifende Erkenntnisse aus den Beispielprojekten

Es wurde deutlich, dass die Reichweite fördernder oder hemmender Faktoren grundsätzlich abhängig ist vom jeweiligen Daseinsvorsorgebereich und von der

- (internen) Projektstruktur im Sinne des Managements (Kohärenz, Einbindung und Support für Mitwirkende, interne Fortbildung und Engagement),
- Einbindung in das räumliche, fachliche oder formelle Projektumfeld (Zielgruppenansprache, Identifizierung von Bedarfen, Weiterbildung ermöglichen (Externe) und Vielfalt der Angebote / der Themenfelder) und
- Bewertung der Relevanz des Projektes von außen (Projektförderung, politische Prioritäten oder bestehende Strukturen, an die das Projekt anknüpfen kann oder soll).

Die zentralen hemmenden und fördernden Faktoren für eine Verstetigung werden im Folgenden jeweils nach Wirkungs- und Daseinsvorsorgebereich zusammengefasst.

8.1 Inhaltlicher Wirkungsbereich

Im Bereich der **nachschulischen Bildung** sind die Einbindung in bestehende Strukturen der Region und das flexible Aufgreifen vorhandener Nachfrage explizit fördernde Faktoren (GrowBiz). Dabei ist es wesentlich, dass sich die Projekte selbst als Akteure der „Regionalentwicklung“ bzw. als wichtige Partner für Unternehmen bzw. eine innovative Daseinsvorsorgeplanung verstehen und als solche auch einen entsprechenden Stellenwert zugesprochen bekommen (RRHREAL, Bildung 4.OWL, Akademi Norr). Sie können somit Schnittstellenfunktionen zu weiteren Akteuren bspw. aus der Wirtschaft wahrnehmen, auch indem sie zielgruppenspezifische Angebote für Externe und Möglichkeiten für weiterführende Kooperation anbieten (Bildung 4.OWL, „competence mapping“ der Akademi Norr, Lingio). Die Identifizierung von konkreten Bedarfen in den jeweiligen Regionen steht als eine zentrale Aufgabe bereits bei der Projektplanung an; diese sind im Projektverlauf zu erheben und zu bewerten (RRHEAL; GrowBiz). Enge Kooperationsstrukturen wie Mentoringansätze ermöglichen flexible Anpassungen von Inhalten und eine starke Bindung an Unternehmen (GrowBiz). Eine kreative und zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und der Erfahrungsaustausch sind zentrale Erfolgsfaktoren für alle untersuchten Projekte, explizit hervorgehoben wird dies beim Projekt RRHEAL.

(Modulare) Weiterbildungsangebote oder Zertifikate sind starke projektinterne Instrumente, um Teilnehmende in ihren jeweiligen beruflichen Kontexten und weiteren Wegen möglichst passgenau zu unterstützen (KeGL). Zunehmend wichtig werden digitale Formate, die Präsenzangebote ergänzen (GrowBiz) oder ablösen (RRHEAL). Von ihrer Qualität hängen das Engagement und der Lernerfolg der Teilnehmenden sowie die Kooperation mit Externen entscheidend ab. Onlinebasierte Angebote wie Lingio sind ohne eine starke IT- und Breitbandinfrastruktur nicht umsetzbar, aber aufgrund ihrer hohen Flexibilität und ihrer Anwenderfreundlichkeit für unterschiedliche Nutzungslevel erfolgversprechend. Insbesondere in ländlichen Regionen sind Vor-Ort-Formate jedoch auch bedeutsame „Anker“, wichtig für persönliche Begegnungen und den fachlichen Austausch (Module, Prüfungen; Akademi Norr, RRHEAL). Idealerweise können onlinebasierte und Präsenzangebote miteinander kombiniert werden. Erfolgskontrolle und die Evaluierung interner Abläufe sind grundlegende interne Instrumente und unerlässlich für die Bedarfsermittlung (GrowBiz, RRHEAL).

Hemmende Faktoren sind ebenso für die Bereiche internes Management und Angebote/Außenwirkung festzustellen. Eine eingeschränkte Kompatibilität mit bestehenden Bildungssystemen, mit Arbeitsweisen weiterer zentraler Anbieter und tradierten Zuständigkeiten können starke Hinderungsgründe für eine inhaltliche Verstetigung sein (KeGL; Bildung 4.OWL; Akademi Norr). Auch wird von Arbeitgebern eine Teilnahme teilweise erschwert (bspw. durch fehlende finanzielle Unterstützung oder Freistellung, KeGL). Ist kein zuverlässiger, angemessen leistungsstarker Internetzugang vorhanden und zudem die potenzielle Nutzerklientel nur eingeschränkt internetaffin, haben es digitale Angebote per se schwer (RRHEAL). Weniger ein Hemmnis als eine grundlegende Herausforderung ist die Schaffung einer

Vertrauensbasis zwischen den Projektpartnern. Hierzu gehört auch, sich mit Handlungs- und Denklagen der Zielgruppen auseinanderzusetzen. Insbesondere bei (teil)digitalen Angeboten ist auch die „Konkurrenz“ digitaler Insellösungen einzubeziehen. Bei reinen Online-Angeboten müssen die Grenzen der Apps/Programme erfasst und ihr Einsatzbereich entsprechend kommuniziert werden (Akademi Norr).

Im Bereich der **medizinischen Versorgung und Pflege** ist die frühzeitige, transparente und kontinuierliche Kommunikation mit Anwendern und potenziellen Zielgruppen ein zentraler förderlicher Faktor, um bedarfsorientiert handeln zu können. Dies trifft bspw. auf die Telemedizin zu, die als Schnittstelle Patient*in – Gesundheitsdienstleister bereits erfolgreich modular angewendet wird (MONA, Cuviva), und auch für den Bereich der Pflege in ländlichen Regionen nutzbar ist (KARMANT). Stehen kommunale Ansätze im Fokus, ist ein Austausch zwischen den Kommunen über Bedarfe, Kapazitäten und Lösungsansätze im Projektkontext wesentlich (IMPROVE). Dazu ist eine enge wissenschaftliche Begleitung der Projekte auch in diesem Daseinsvorsorgebereich zielführend, um den Projektverlauf zu bewerten (Evaluierung) und den Ansatz auch im universitären Kontext (bspw. über Aufbaulehrgänge) weiter zu entwickeln – bspw. mit dem Ziel der Überführung in eine Regelfinanzierung (GSplus, Ki-Ju-Pall). Eine Evaluierung ist auch notwendig, um den Erfolg des Projektes in die Region / die Kommune zu tragen (Cuviva).

Schlüsselpersonen sind zentrale Multiplikatoren, sie etablieren die Projektideen in den Regionen und Gemeinden, sind direkte Ansprechpartner:innen und übernehmen Koordinationsaufgaben (KARMANT; MONA; CoSENSo). Die Projekte werden durch diese Personen „erkannt“. Verbindlichkeit und Verantwortung sind hier unabdingbare Erfolgsfaktoren (KARMANT). Dies wird auch durch eine hohe Identifikation der Mitarbeitenden befördert – indem sie vom gesellschaftlichen Impact „ihres“ Ansatzes überzeugt sind (Cuviva).

Ein hemmender Faktor insbesondere bei Telemedizin-Angeboten ist die Kapazität der Gesundheitsdienstleister. Die Umstellung des „Regelbetriebs“ in online-Formate erfordert Wissen, Motivation und Zeit – insbesondere letztere ist eine rare Ressource. Für den gesamten Praxisbetrieb ist eine gewisse Technikaffinität notwendig, um die Angebote sinnvoll und erfolgreich in den eng getakteten Arbeitsalltag integrieren zu können (MONA). Es zeigt sich auch, dass „große“, überkomplexe digitale Lösungen weniger zielführend und anwenderfreundlich sind als modulare, fokussierte Ansätze (Cuviva). Stark behindernd ist die in Deutschland „zementierte“ Trennung von Pflege und Gesundheit, hier spielen Zuständigkeiten und Finanzen eine große Rolle (GSplus). Gerade in diesem Daseinsvorsorgebereich wird deutlich, wie sehr bestehende Zuständigkeiten und Finanzstrukturen eine notwendige Flexibilität und auch Kreativität im Umgang mit dem Thema Gesundheit und Pflege erschweren (KARMANT).

Im Bereich der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** ist als wichtiger Erfolgsfaktor die Beteiligung der Schlüsselakteure auf Augenhöhe hervorzuheben. Die örtlichen Feuerwehren sollten möglichst vom Anfang an in die Gestaltung der Projektinhalte einbezogen werden. Projekte mit zentraler Steuerung (z. B. vom Landratsamt oder Landesfeuerwehrverband) werden von Feuerwehrmitgliedern oft mit Skepsis wahrgenommen (Interkommunales Management Oderland, Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Die Überwindung dieser Skepsis ist kein Selbstläufer und sollte im Projekt direkt thematisiert werden. Feuerwehrmitglieder sollten genug Raum erhalten, Vorbehalte gegenüber den Projektinhalten deutlich zu machen. Oft ist die Zurückhaltung bei Innovationen eine Reaktion auf politische Debatten, die Schließungen und Zusammenführungen von Ortswehren im Sinne einer Effizienzsteigerung als mögliche Lösungsansätze thematisieren und dabei das persönliche Engagement sowie die persönlichen Bindungen ehrenamtlicher Feuerwehrleute ignorieren. Diese Skepsis kann nur dann überwunden werden, wenn die Feuerwehren auf Augenhöhe angesprochen und in Entscheidungen eingebunden werden. Dies sollte nicht als „Formalie“ umgesetzt werden, vielmehr sollten Projektinitiatoren auf das breitere Spektrum der Fachkenntnisse der Feuerwehrmitglieder zugreifen, z. B. durch den Einbezug der Feuerwehren in die Problemfindung (Interkommunales Management Oderland), was zu einer realitätsnahen Gestaltung der Projektinhalte führen kann.

Mit Unterstützung durch und Förderung von Bottom-up-Initiativen können Projekte lokale Probleme angehen und zur Lösungsfindung auf lokale Akteurskonstellationen und dementsprechende Umsetzungsmöglichkeiten zurückgreifen (Fire Reach).

Öffentlichkeitsarbeit ist ein weiterer förderlicher Faktor: In Bezug auf die Projektinhalte kann es gelingen, dass der freiwillige Charakter der Feuerwehr stärker betont wird. Mit Hilfe von Brandschutzerziehung kann die Rolle des Ehrenamts für die Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit erlangen (z. B. als Teil des Geschichts- oder Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde-Unterrichts). Auch eine verbesserte Sichtbarkeit der Feuerwehr auf lokaler Ebene, aber auch in

der Gesellschaft ganz allgemein, kann dazu führen, dass die Bevölkerung Einblicke in den vielfältigen Alltag der Feuerwehr bekommt – und dieser Alltag besteht nicht nur darin, dass Einsätze gefahren oder Dorffeste gefeiert werden, sondern er umfasst auch u. a. die regelmäßige Ausbildung und Geräterwartung. Hierzu können auch bauliche Maßnahmen beitragen, die bspw. das Feuerwehrgerätehaus für lokale Vereine öffnet oder es mit anderen öffentlichen Dienstleistungen kombinieren (Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen).

8.2 Organisationsstruktureller Wirkungsbereich

Im Bereich der **nachschulischen Bildung** ist die Kooperation mit der regionalen etablierten Bildungsinfrastruktur und mit weiteren fachlichen Partnern unabdingbar (KeGI, Akademi Norr). Je nach Anbindung innerhalb des regionalen Akteursspektrums können hieraus neue Netzwerke oder Projekte entstehen (Bildung 4.OWL). Damit einher gehen sollte die Entwicklung einer „gemeinsamen Vision“ für einen Standort, umgesetzt mit gemeinsamen Formaten (RRHEAL). Im Projektzusammenhang steht die persönliche Motivation der Mitwirkenden an erster Stelle. Dies bezieht sich insbesondere auf die Projektleitung, im günstigen Fall eine hauptamtlich angestellte, engagierte Person mit guten Kontakten zur Politik (GrowBiz), und auf weitere (regionale) Akteure. Hohes persönliches Engagement ist ein starker Wirkungsfaktor (Akademi Norr) und hat Zugkraft für die weiteren Beteiligten (GrowBiz). Aber: „Nobody is irreplaceable“ - eine Verstetigung des Projektes muss auch personenunabhängig möglich sein (RRHEAL). Daher sollten Funktionen unabhängig von Personen etabliert werden, um bei Personalwechsel weniger Wissensverlust befürchten zu müssen (Akademi Norr).

Zum anderen ist es neben der kontinuierlichen Fortbildung der im Projekt Mitwirkenden notwendig, ihnen genug Spielraum für die eigene Qualifikation zu ermöglichen (RRHEAL). Persönliche Erfahrungen sollten für den Projekterfolg explizit berücksichtigt werden, ein Migrationshintergrund erleichtert ggf. das Verständnis für bestimmte Nutzergruppen (Lingio). Dazu werden insbesondere bei allen untersuchten Projekten (auch Daseinsvorsorgebereich-übergreifend) flache Hierarchien und vielfältige Austauschformate als zentrale förderliche Faktoren genannt.

Eine Herausforderung ist die Etablierung der Projekte, die mit der Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Vermittlung der jeweiligen Vorteile bei der Nutzung/der Kooperation einhergeht (Akademi Norr). Hierzu gehört eine verbindliche finanzielle Förderung der Projekte, die auch eine längerfristige proaktive Personalplanung ermöglicht, auch wenn die Teilnehmendenzahl bei den Angeboten schwankt. Denn beruht der Erfolg der Projekte hauptsächlich auf freiwilligem Engagement, ist eine verbindliche Ressourcen- und Zeitplanung nur schlecht möglich (GrowBiz). Digitale Organisation kann Projektsteuerung oder beteiligte Akteure aufgrund der Vielfalt der Möglichkeiten auch überfordern. Außerdem sind ganz praktische Fragen für kooperative Angebote mit Externen zu klären, wie Datenschutzbelange oder Versicherungsfragen (Bildung 4.OWL).

Im Bereich der **medizinischen Versorgung und Pflege** ist ebenfalls die Entwicklung und Pflege des Netzwerkes ein starker förderlicher Faktor, dies gilt für alle Projekte, unabhängig vom technischen oder räumlichen Einsatzbereich. Ein Anknüpfen an bestehende Strukturen oder Ressourcen (ob räumlich oder institutionell) ist in jedem Fall hilfreich, auch um bestehende Fachnetzwerke zu nutzen oder neu zu etablieren (GSplus; KARMANT; Ki-Ju-Pall). Eine direkte Anbindung an die Verwaltung (Kommune, Landkreis...) ermöglicht kurze (Entscheidungs-)Wege und eröffnet Möglichkeiten zur Fortführung der Projekte über die Laufzeit hinaus (KARMANT). Auch public-private-Modelle können zielführend sein, wenn Personen aus der Verwaltung in ein Unternehmen integriert werden und dort „Gesicht zeigen“ – die Reichweite des Projektes wird so erhöht (Cuviva; CoSENSo) und Projektlösungen können bspw. in kommunale Angebote leichter integriert werden (IMPROVE). Dies kann auch über eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit gelingen.

Die Projekte müssen zielgruppenspezifisch arbeiten können. Insbesondere bei digitalen Lösungen sind Testphasen für alle Beteiligten inklusive entsprechender Austauschformate notwendig, auch um Vorbehalte auszuräumen und auch bei weniger technikaffinen Menschen Vertrauen in neue Methoden zu entwickeln (Cuviva, IMPROVE). Hierzu bedarf es finanzieller und personeller Ressourcen. Fördernd sind herstellerunabhängige Lösungen, um flexibel agieren und ggf. selbst nachjustieren zu können (MONA). Für die projektinterne Struktur sind regelmäßiger Austausch, Wertschätzung und motivierende gegenseitige Unterstützung (Teambildung) unabdingbar – wie auch eine bessere Vergütung (Ki-Ju-Pall).

Der Fachkräftemangel ist ein großes Problem, das nicht nur bei den deutschen Projekten ersichtlich wird. Gerade ländliche Regionen stehen hier im Fokus. Daher sollte genau geprüft werden, welche Zugangsvoraussetzungen für die Tätigkeiten jeweils tatsächlich notwendig sind, und wie Hürden – bspw. selbst zu finanzierende Studiengänge – vermieden werden können (Ki-Ju-Pall). Genügend Ehrenamtliche zu akquirieren ist eine weitere Herausforderung, gerade in ländlichen Regionen. Dabei sind gerade im Bereich der Pflege in den Gemeinden feste Ansprechpartner vor Ort notwendig (KARMANT).

Schulungen innerhalb der Projekte sind unabdingbar, auch um die oft stark belasteten Koordinator:innen vor Überlastung zu bewahren (CoSENSo) oder für qualifizierte Nachfolge zu sorgen (Ki-Ju-Pall). Auch das Problem der fehlenden Kapazitäten in den Gemeinden für Pflege und Altenhilfe als Teil freiwilliger Daseinsvorsorge ist zentral. Weitere Herausforderungen stellen auch die Koordination bestehender Dienste und Angebote in den jeweiligen Gesundheits- und Pflegebereichen (oft private Anbieter mit umfassenden Angeboten) und die Abstimmung über Bedarfe mit den Betroffenen (CoSENSo) dar.

Im Bereich der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** ist für viele Projekte allein die Schaffung einer Koordinierungsstelle auf einer übergeordneten bzw. überörtlichen Ebene eine Innovation (Interkommunales Management Oderland, Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr, Mehr Feuerwehr in die Schule). Solche neu geschaffenen Strukturen ermöglichen durch die Vereinheitlichung von Aufgaben und organisatorischen Abläufen (wie z. B. die gemeinsame Ausbildung und Wartung von Geräten oder die Erstellung von lehrplankonformen Brandschutzerziehungsmaterialien für Schüler:innen) eine Entlastung der örtlichen Feuerwehren. Dies trägt nicht nur zur Effizienzsteigerung (z. B. durch die Vermeidung von Parallelarbeit oder Bündelung von Ressourcen) bei, sondern bietet den Rahmen, strukturelle Probleme anzugehen, die auf lokaler Ebene kaum zu adressieren sind (z. B. das Verhalten der Bevölkerung im Katastrophenfall). Ein Schlüsselfaktor für die Verstetigung solcher neuen Strukturen ist die Akzeptanz seitens der örtlichen Feuerwehren. Dies wird durch persönliche Gespräche vor Ort (d. h. in den Orts- bzw. Gemeindefeuerwehren und in den Kreisverbänden) ermöglicht, die von denjenigen, die die Koordinierung übernehmen, initiiert werden und interaktiv gedacht sind (d.h. nicht nur eine Informationsrunde).

Als innovativ können die kooperativen Ansätze bezeichnet werden, die vielen untersuchten Projekten zugrunde liegen. Kooperationen finden auf unterschiedlichen Ebenen statt. Interkommunale Kooperationen entstehen flexibel und sprechen regionale Probleme gezielt an (Interkommunales Management Oderland). Fachübergreifende Kooperationen (z. B. zwischen Feuerwehr und Bildungseinrichtungen) sind im Bereich Brandschutzerziehung unabdingbar. Dies ermöglicht die Beteiligung von Pädagog:innen in den untersuchten Projekten, was ein großer Vorteil für die fachgerechte Weiterentwicklung von Unterrichtsmaterialien ist. Allerdings ist die Einbeziehung des Lehrpersonals auf lokaler Ebene vielerorts herausfordernd. Dies erfolgt in der Regel auf Basis bestehender Kooperationen und persönlicher Kontakte zwischen Feuerwehrmitgliedern und Lehrer:innen (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr, Fire Reach), kann aber durch eine Koordinierung auf Kreisebene weiter formalisiert oder überhaupt erst angestoßen werden (Mehr Feuerwehr in die Schule). Bei der Verstetigung dieser Formalisierung spielt die Zusammenarbeit zwischen übergeordneten Institutionen (z. B. zwischen Landesfeuerwehrverbänden und Fachaufsichtsbehörden oder zwischen unterschiedlichen Ministerien) eine wichtige Rolle. Unsere Analysen zeigen, dass die Entstehung neuer Kooperationsformen oft an Schlüsselpersonen gebunden ist. Diese sollten jedoch hauptamtlich tätig sein können, um die Verbindlichkeit zu erhöhen und das Ehrenamt zu entlasten.

8.3 Politisch-administrativer Wirkungsbereich

Im Bereich der **nachschulischen Bildung** ist die politische Unterstützung zentraler förderlicher Faktor. Ebenso ist die Legitimation durch die Adressaten (bspw. Unternehmen) wesentlich. Die Anschlussfähigkeit der Projektstruktur an bestehende behördliche und Förderstrukturen ist ein weiterer zentraler Punkt (Bildung 4OWL, RRHEAL). Wichtige Voraussetzung ist eine gute Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit, mit regelmäßigen Austauschformaten im Sinne einer gemeinsamen Bedarfsermittlung (Akademi Norr, GrowBiz). Dies sichert nicht nur politische Aufmerksamkeit für das Thema, sondern auch ein gesellschaftliches „Standing“ in der Region (Akademi Norr). Gleichzeitig ist die Unterstützung durch Akteure vor Ort essentiell, und diese wird durch eine hohe (bundes-/landes-)politische Bedeutung durchaus befördert. Förderung ist jedoch auch abhängig von der betreffenden Förderkulisse; so sind politische

Maßnahmen bspw. in Schottland in diesem Zusammenhang eher auf Städte ausgerichtet, um mit Bildungsinfrastrukturen mehr Menschen zu erreichen (RRHEAL; GrowBiz). Das Potenzial von ländlichen Unternehmensstrukturen sollte von daher stärker in den politischen Fokus genommen werden (GrowBiz).

Als hemmend stellen sich administrative Grenzen heraus: eine „Bildungsregion“ definiert sich ggf. in anderen Grenzen als die beteiligten Kommunen. Im Projektkontext haben die Akteure mit Hürden insbesondere bei Anpassungsprozessen im Verwaltungshandeln und bei technologischen Anforderungen zu kämpfen (Lingio). Und Schulreformen können den Zugang zu außerschulischer Bildung erschweren, indem sie bspw. einseitig die Akademisierung fördern (Bildung 4OWL). Insgesamt ist die starke Verknüpfung mit Politik zweischneidig: einerseits ist sie Fördermittelgeber und Multiplikator, andererseits sind die Projekte von ihrer Prioritätensetzung abhängig, die unter Vorzeichen definiert wird, auf die die Projektbeteiligten nur begrenzt Einfluss haben.

Im Bereich der **medizinischen Versorgung und Pflege** ist die Einbindung in übergeordnete Strukturen (Landesverwaltung, aber auch Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen) ein starker Erfolgsfaktor, der auch die Verstetigung unterstützen (GSplus, KARMANT). Dies ermöglicht kurze Entscheidungswege und flexible Austauschmöglichkeiten (CoSENSo). Das Projekt MONA wird bspw. durch einen Landesinnovationsfond gefördert, das Land engagiert sich proaktiv im Projekt, was die politische Legitimation auch in der Außendarstellung erhöht. Das Projekt Ki-Ju-Pall wird von einer fachlich passenden Landesbeauftragten unterstützt. Auch ist interkommunale Zusammenarbeit in ländlichen Regionen ein zentraler Faktor (IMPROVE).

Hemmende Faktoren liegen durchaus auf der Bundesebene. Hier scheint die Unterstützung / Zusammenarbeit verbesserungswürdig. Wenn Alternativprogramme vom Bund implementiert werden ohne Berücksichtigung der (erfolgreichen) bestehenden Angebote, schafft dies Parallelstrukturen (CoSENSo). Auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Übertragbarkeit wird erschwert, wenn Strukturen und Zuständigkeiten nicht kompatibel sind oder modellhaft erprobte gute Ansätze keine Unterstützung des Bundes finden (MONA). Die fehlende Attraktivität pflegender Berufe ist eine große politische Herausforderung: Da Seniorenhilfe freiwillige Aufgabe der Kommunen ist, endet deren Engagement hierfür schnell, sobald es finanziell eng wird – dies hat auch mit der fehlenden Zweckbindung der Mittelzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich zu tun (KARMANT, GSplus).

Im Bereich der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** spielt die politische Unterstützung für Projekte im Thema Brandschutzerziehung eine wesentliche Rolle. Diese Unterstützung erleichtert die Entstehung und fördert die Verstetigung von Projekten und wird durch den Aufbau von Verbindungen zwischen dem Bildungs- und dem Feuerwehrsysteem deutlich. Besteht keine formelle und von der Politik unterstützte Kooperation zwischen diesen beiden Systemen, wird die Entstehung, Erprobung und letztendlich die Verstetigung innovativer Projekte deutlich erschwert (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Hauptgrund dafür ist ein verfestigtes „Silo-Denken“ innerhalb der Systeme, wodurch spontane Zusammenarbeit erschwert wird. In solchen Fällen wird seitens der Feuerwehr argumentiert, dass sich die bestehende Arbeitsweise (insbesondere auf kommunaler Ebene) bewährt hat, und somit nicht änderungsbedürftig ist, währenddessen seitens der Schulen oft mit der Überlastung des Lehrpersonals mit den vorhandenen Unterrichtsinhalten argumentiert wird. Besonders begünstigend für die langfristige Umsetzung von Initiativen zum Thema Brandschutzerziehung ist die Ernennung der gezielten Intervention zur „Chefsache“ (Mehr Feuerwehr in die Schule), was nicht nur die Erstellung der Rahmen für Kooperationen auf kommunaler Ebene ermöglicht, sondern auch die Festlegung von Zuständigkeiten und die Vereinbarung von Förderrichtlinien (vgl. ebd.).

Auch die Kommunalpolitik spielt eine wesentliche Rolle, indem sie innovative Projekte gezielt fördert (Fire Reach / Fire Skills) und aktiv in der Region agiert. Im letztgenannten Fall ist politischer Konsens nicht nur auf lokaler, sondern auf regionaler Ebene unabdingbar. Dafür müssen ggf. bestehende langjährige Differenzen zwischen politischen Vertreter:innen überwunden und bei der Finanzierung, beim Aufgabenspektrum und bei der räumlichen Verteilung der neu geschaffenen Angebote Kompromisse gefunden werden (Interkommunales Management Oderland).

8.4 Finanzieller Wirkungsbereich

Im Bereich der **nachschulischen Bildung** ist die Etablierung eines Projektes im bestehenden Fördersystem zentral. Idealerweise ist es bereits über mehrere Förderphasen (oder unterschiedliche Fördertöpfe) über einen längeren Zeitraum finanziert, ist in der Bildungscommunity anschlussfähig und hat so größere Chancen auf eine Verstetigung guter Ansätze (KeGI, Bildung 4OWL). Die hier untersuchten Projekte sind zum Teil an LEADER-, EFRE- und BMBF-Fördermittel gebunden, die Akademi Norr finanziert sich auch durch Beiträge der Kommunen. Förderlich ist die Kooperationskulisse, die aus den Projektnetzwerken entsteht und Potenzial für Folgefinanzierung (gemeinsame Projektakquise) bietet – auch um regierungsunabhängige Ideen umsetzen zu können (RRHEAL) und gemeinsam die Kenntnis für Projektmitteleinwerbung zu stärken (GroBiz). Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur ermöglicht Einsparungen bei den laufenden Kosten (Akademi Norr). Reine Online-Angebote wie Lingio finanzieren sich durch Nutzungsgebühren (Lizenzen), die von den Firmen der Teilnehmenden übernommen werden. Die gesellschaftlichen Kosten bei mangelnden Sprachkenntnissen werden langfristig als zu hoch eingeschätzt. Aber auch Kommunen können sich finanziell an der Entwicklung beteiligen.

Durchaus problematisch ist die Abhängigkeit der Projekte von externer Förderung. Die Nachfrage- und Nutzerfrequenz hat sich während der Pandemie verändert, die Angebote werden teilweise weniger nachgefragt (Lingio), die personelle Ausstattung ist vom Fördervolumen (oder von der Unterstützung der Kommunen) abhängig und kann die Anforderungen ggf. nur eingeschränkt erfüllen (Akademi Norr). Dies bedeutet auch, ggf. auf die Förderung von festen Koordinierungsstellen zu verzichten (RRHEAL). Langzeitplanungen der Projekte lassen sich unter Umständen nicht mit der Förderkulisse vereinbaren (GrowBiz). Dazu kommt die Herausforderung, auch auf finanziellem Terrain kooperieren zu können und die eigene „Erhaltungslogik“ zu überwinden (Bildung 4.OWL).

Im Bereich der **medizinischen Versorgung und Pflege** erscheint die ideelle (und finanzielle) Unterstützung durch das Land zentral für eine erfolgreiche Verstetigung der Projekte, dies wurde in allen Projekten deutlich. Die Förderung durch einschlägige Bundesprogramme ist nicht in allen Fällen möglich (CoSENSo). Ein Ziel ist oft eine Regelfinanzierung durch das Land (GSplus; IMPROVE; CoSENSo) oder durch den Bund (Ki-Ju-Pall). Auch Spenden oder Sponsoring sind zusätzliche Finanzierungsquellen.

127

Die Krankenkassen und kassenärztliche Vereinigungen sind einzubinden, wenn es um Finanzierungsmodelle geht. In den Projekten mit Telemedizin kann über zusätzliche Vergütung für entsprechende Hausbesuche (Refinanzierungsmodelle) nachgedacht werden, um Anreize für die Hausarztpraxen zu setzen (MONA). Spezifische Abrechnungs- und Vergütungsmodelle für digitale Lösungen sind notwendig, um diese attraktiver zu machen und besser am Markt zu platzieren (Cuviva). Die Mitnutzung bestehender Infrastrukturen und auch personeller Ressourcen ist in manchen Fällen ebenso möglich (Ki-Ju-Pall), auch sind interkommunale Lösungen denkbar, bspw. bei der Reichweite der Zuständigkeiten für die Pflegekoordination und für finanzielle Beteiligungen der Gemeinden (CoSENSo).

Als grundsätzlich problematisch erscheint, dass der Pflegesektor überwiegend marktwirtschaftlich organisiert ist. Dies begünstigt Konzentrationsprozesse und die Ausdünnung des Angebotes insbesondere in ländlichen Regionen (KARMANT).

Für die im Bereich der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** untersuchten Projekte spielt die öffentliche Finanzierung eine prominente Rolle. In Deutschland werden Zuwendungen im Rahmen der vom Bund (Interkommunales Management Oderland) oder von den Ländern (Mehr Feuerwehr in die Schule) verabschiedeten Förderprogramme zur Verfügung gestellt. Diese staatlichen Fördermittel stehen allerdings nicht dauerhaft und unbegrenzt zur Verfügung. Oftmals müssen Projektverantwortliche nach Ablauf der ersten Förderungsphase andere Finanzierungsquellen erschließen. Dafür bietet der Übergang in die kommunale Finanzierung oftmals eine praktikable Lösung, der allerdings intensive (oft langwierige) politische Verhandlungen vorausgehen (Interkommunales Management Oderland). Besonders wichtig ist die Finanzierung von Koordinierungsstellen, die ein starkes Signal für Kontinuität setzen, eine wichtige Rolle für die Außenkommunikation spielen und das Ehrenamt maßgeblich entlasten.

Im Kontrast zum Modell der direkten öffentlichen Förderung steht die Selbstfinanzierung der Feuerwehr, wie es bei den österreichischen Landesfeuerwehrverbänden der Fall ist. Dies ermöglicht ihnen, ihre Prioritäten und strategischen Ziele relativ unabhängig von Aufsichtsbehörden zu setzen und zu finanzieren. Stehen den Landesfeuerwehrverbänden keine öffentlichen Mittel für innovative Vorhaben zur Verfügung, können sie Projekte über Spenden finanzieren (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Hierfür müssen die Beziehungen zu potenziellen Sponsoren (i.d.R. aus der Wirtschaft) regelmäßig gepflegt werden.

9 Innovative Lösungen und Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

Erfolgsfaktoren der Verstetigung in den Wirkungsbereichen wurden in Kap. 8 zusammenfassend dargestellt, ebenso wie hemmende Aspekte. Auf dieser Grundlage wurden im InDaLE-Projekt in einem iterativen Prozess die untersuchten Daseinsvorsorgebereiche übergreifende **Thesen** entwickelt, um Bedingungen für eine zielführende Projektumsetzung und eine erfolgreiche Verstetigung zu verdeutlichen. Auf Grundlage unserer systematischen und vergleichenden Untersuchungen von 18 Projekten in Schweden, Schottland, Österreich und Deutschland formulieren die Thesen **allgemeine Bedingungen**, die **für eine Verstetigung** solcher Projekte erfüllt sein sollten.

Die Thesen wurden in der Erarbeitungsphase auf einem Expertenworkshop mit Vertreter:innen aus den drei Daseinsvorsorgebereichen zur Diskussion gestellt, und auch der Projektbeirat gab mehrfach kritisch-konstruktives Feedback.

Nachfolgend werden die Thesen zur Verstetigung von Modellprojekten den vier im InDaLE-Projekt unterschiedenen Wirkungsbereichen zugeordnet (vgl. oben Abb. 3). Zu beachten ist, dass sich ihre Inhalte nicht immer trennscharf nur auf einen Wirkungsbereich beziehen. Jeder These folgen eine genauere Erläuterung sowie eine Tabelle, die die Ausprägung der Theseninhalte bezogen auf die 18 untersuchten Projekte auf einer Vier-Punkte-Skala (++, +, -, --) darstellt.

9.1 Thesen zum inhaltlichen Wirkungsbereich

Zum **Wirkungsbereich „Inhalte“** wurden Thesen zu den Bedürfnissen vor Ort, zur Akzeptanz und Beteiligung der Akteure und zu projektinternen Lernprozessen formuliert.

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 1

... sie zielgenau lokale und regionale Bedürfnisse adressieren und diese bei der praktischen Umsetzung flexibel berücksichtigen.

Innovative Projekte (vgl.

Tab. 6), die über ihren Förderzeitraum hinausreichen sollen, nehmen eine zunächst aktive Adaption eines Förderangebots an die konkrete Situation vor Ort vor. Modulare, kooperative Angebote sind hier bspw. zielführend (*Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr* und *Fire Reach*). Das setzt eine genaue Kenntnis der Bedingungen und relevanten Akteure voraus. In ländlichen Regionen sind solche Projekte in der Entstehungsphase oft eine Reaktion auf Erreichbarkeits- und Skalenprobleme in der Daseinsvorsorge. In der Umsetzungsphase entwickeln solche Projekte dann neue Vernetzungen, oft in Verbindung mit digitalen Angeboten (bspw. *GrowBiz*, *Bildung 4.Owl*). Technische Machbarkeit allein genügt jedoch nicht. Oft, wenn auch nicht notwendigerweise, knüpfen solche Projekte an bereits bestehende Angebote in anderen Bereichen oder für andere Zielgruppen, an Initiativen und/oder Orte und entwickeln diese Angebote weiter (*Ki-Ju-Pall*, *Haus der Feuerwehr*), durchaus auch erfolgreich in Bottom-Up-Ansätzen (*CoNSENSo*). Die flexible Umsetzung und die damit einhergehende Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen sind ein kontinuierlicher Lernprozess und als solcher im Projekt zu verankern. Dies kann bspw. über stetige Bedarfserhebungen und begleitende Arbeitsformate (*Bildung 4.OWL*), Mentoring-Programme oder lokale Lernzentren erfolgen (*GrowBiz*, *Akademi Norr*).

Tab. 6: Ausprägung von These 1 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	++	-			++	++	++	-
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	++	+	++	+			++	-
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	++	+	++			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 2

... durch Beteiligung und aktive Vernetzungsarbeit der Gestaltungswille der relevanten Akteure geweckt und unter den Beteiligten Vertrauen und Akzeptanz hergestellt werden.

Innovative und verstetigte Projekte machen sich bekannt (vgl.

Tab. 7). Sie sind in der jeweiligen Region und darüber hinaus mit relevanten Akteuren, Stakeholdern und Geldgebern gut und langfristig vernetzt. Diese Vernetzung erfolgt sektor- und organisationsübergreifend und schafft auf diese Weise neue Anknüpfungspunkte und Synergien (bspw. *IMPROVE*, *Akademie Norr*). In vielen Fällen spielen Gemeinden/Kommunen eine wesentliche Rolle mittels Begleitung, Moderation, Werbung und Unterstützung unterschiedlicher Art (vgl. auch These 7). Akzeptanz muss im Projektzusammenhang vorliegen (alle Beteiligte tragen das Projekt mit) und zugleich bei den Zielgruppen angenommen, genutzt und auch eingefordert bzw. gefördert werden (bspw. *Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*).

Für die nötige Akzeptanz- und Vertrauensbildung, vor allem in Bezug auf neue Formate, z. B. der Zusammenarbeit (*Ki-Ju-Pall*, *Fire Reach*) oder mittels digitaler Angebote (*RRHEAL*, *CUVIVA*), benötigt es Erfolge, Ressourcen, Prototypen und einen „langen Atem“. Hilfreich sind auch enge Bezüge zu Bundes- oder Landesprogrammen, die formelle Legitimation und Verbindlichkeit ermöglichen (z. B. *Interkommunales Management Oderland*).

Tab. 7: Ausprägung von These 2 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	++	-			++	++	++	-
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	+	+	++	+			++	+
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	-	++	-	++			
<i>Legende</i>	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 3

Wissen und Kapazitäten durch die Weiterbildung der Projektakteure, den Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen sowie die Reflexion eigener (Lern-)Prozesse aufgebaut werden.

Innovative und verstetigte Projekte sind lernende Projekte (

Tab. 8). Ihre Protagonist:innen bilden sich intern und ggf. extern weiter, stoßen Selbstevaluierungen an oder werden extern evaluiert (*RRHEAL; KeGL*). Sie vernetzen sich aktiv mit Akteure aus anderen Bereichen (z. B. Palliativteams mit einer Universität oder Feuerwehren mit Pädagog:innen; *KI-JU-PALL, Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr!*), wodurch es zum Zusammenführen und zur Weiterentwicklung sich ergänzender Wissensbestände und Erfahrungen kommt. Hierzu gehört auch ein kontinuierliches Monitoring der gewählten Strategien. Erfolgreich sind auch hier bedarfsgerechte, modulare und extern moderierte Formate und Kooperationen (*KI-JU-PALL, GemeindeschwesterPLUS*).

Tab. 8: Ausprägung von These 3 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	+	++			++	++	-	-
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	++	+	-	++			-	+
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	++	--	++			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

9.2 Thesen zum organisationsstrukturellen Wirkungsbereich

Zum **Wirkungsbereich „Organisationsstruktur“** werden Thesen formuliert, die sich mit Kooperations- und neuen Organisationsformen, der Rolle der beteiligten Akteure sowie mit der Rolle von ehrenamtlichem Engagement und Wertschätzung befassen.

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 4

... sie im Rahmen von neuen interkommunalen, intersektoralen und/oder ebenenübergreifenden Kooperationen umgesetzt werden. Zu ihrer Verstetigung sind zudem neue oder angepasste Organisationsformen erforderlich.

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen praktizieren häufig neue Formen der Zusammenarbeit (*IMPROVE*, *GrowBiz*; Tab. 9). Vor dem Hintergrund schrumpfender Bevölkerungszahlen werden sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen weiter begrenzt. Entscheidende Vorteile sind die Bündelung der Bedarfe, um die kritische Menge von Nutzer:innen zu erzielen und um Angebote auch in finanzieller Hinsicht effizient zu gestalten (bspw. *Akademi Norr*). Des Weiteren bieten Kooperationen die Möglichkeit, in der gemeinsamen strategischen Abstimmung Synergien zu entdecken, im Prozess voneinander lernen zu können und effektiv Lobbyarbeit betreiben zu können (*Akademi Norr*, *Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*). Intersektionale Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern ist ein zentrales

Erfolgskriterium, das bspw. zum Einsatz von Koordinator:innen und Multiplikator:innen auf Kreisebene führen kann (*Mehr Feuerwehr in die Schule*). Die Organisationsformen der Kooperationen können dabei vielschichtig sein, sie umfassen bspw. neue fachspezifische kommunale Kooperationen (*Akademi Norr*), staatlich organisierte Zusammenschlüsse, Kooperationen mit etablierten Bildungseinrichtungen (*RRHEAL*, *Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*), moderierte Mentoring-Programme (*GrowBiz*) oder auch Initiativen aus der Bevölkerung heraus (bspw. *GrowBiz*). Die Zusammenlegung von Dienstleistungen muss jedoch mit enger Absprache der lokalen Akteure stattfinden, um „Verlustängsten“ der eigenen Verantwortungsbereiche vorbeugen zu können.

Tab. 9: Ausprägung von These 4 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.0WL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	++	+			++	++	++	--
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	++	+	+	++			++	+
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	+	--	+			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 5

... motivierte und fachlich kompetente Schlüsselpersonen zwischen Ebenen, Sektoren, Disziplinen und deren jeweiligen Logiken vermitteln und sich für die Projekte einsetzen. Fallen sie aus, können die Projekte ihren Antrieb verlieren und eine Verstetigung gefährdet sein.

In einer Vielzahl der untersuchten Projekte nehmen einzelne Schlüsselpersonen eine zentrale Rolle bei der Verstetigung ein (bspw. *CoSENSo*, *KARMANT*, *Lingio*;

Tab. 10). Diese Personen übernehmen sowohl intern koordinative Aufgaben als auch die Koordination von weiterführenden Kooperationen über die eigenen Projektnetzwerke hinweg. Viele der Schlüsselpersonen sind zudem in Netzwerke und politische Gremien eingebunden, um so einerseits für das eigene Projekt zu werben und andererseits den Zugriff auf finanzielle Mittel zu verbessern (bspw. *Ki-Ju-Pall*, *Akademi Norr*, *GrowBiz*). Die häufig ausgeprägte intrinsische Motivation der Schlüsselpersonen wird gestützt durch viel Vorerfahrung in der jeweiligen Branche. So zeigt

sich eine gesteigerte Akzeptanz der Vorschläge dieser Schlüsselpersonen, wenn diese selbst die Praxis des jeweiligen Daseinsvorsorgebereiches kennen (bspw. *KARMANT*, *RRHEAL*). Da es für eine erfolgreiche Verstetigung möglichst dieser Art Schlüsselperson als Projektleiter:in bedarf, ist es von zentraler Bedeutung, diese Person auch hauptamtlich bzw. verbindlich zu finanzieren (*KARMANT*) und ihre direkten Netzwerke zu unterstützen, um bei ihrem möglichen Ausscheiden auf Personen aus dem Netzwerk zurückgreifen zu können, die diese konkrete Person zumindest zeitweise ersetzen können (*Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*, *Fire Reach*, *RRHEAL*, *CUVIVA*). Wenn auch Schlüsselpersonen in den meisten Projekten unverzichtbar erscheinen, ist es entscheidend, „Funktionen statt Personen“ zu etablieren. Der Wissensfluss zwischen den Mitarbeitenden und eine Verteilung der Verantwortung beugt einer gewissen Anfälligkeit, welche durch eine Monopolstellung einer einzelnen Person entstehen kann, vor.

Tab. 10: Ausprägung von These 5 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	-	-			++/-	++/-	++	+
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	+	++	++	++			++	++
	Gemeinde schwester PLUS							
								++
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	++	++				++
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 6

... das Ehrenamt einerseits entlastet und andererseits auch wertschätzend und ausgewogen für die Erbringung von Projektleistungen eingebunden wird.

Die Verstetigung von innovativen Projekten der Daseinsvorsorge wird oftmals durch eine gelungene Balance von ehrenamtlichem Einsatz und Professionalisierung erzielt (Tab. 11). Projekte können zwar gänzlich auf ehrenamtlicher Basis etabliert werden, jedoch umfassten die hier untersuchten Projekte immer auch einen Anteil an professioneller personeller Begleitung, die auch inhaltliche Projektbausteine übernehmen kann (bspw. bei der Standardisierung von Lehrmaterialien bei der Brandschutzerziehung, auch *GemeindeschwesterPLUS*, *Lingio*, *Bildung 4.OWL*); dies erfordert hauptamtliche intermediäre Strukturen, die sich um Akteure „kümmern“. Entscheidend ist es, in der Zusammenarbeit

mit den Ehrenamtlichen die gegenseitigen Erwartungen abzustecken und Zielvorstellungen gemeinsam zu entwickeln, auch in der Zusammenarbeit mit anderen (ebenfalls ehrenamtlichen) Organisationen (*Fire Reach*). Während Ehrenamtliche vor allem an schnellen Umsetzungen interessiert sind, müssen sich Hauptamtliche in die institutionellen wie verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen einfügen. Ehrenamtliche Bottom-up-Initiativen kennen die lokal-regionalen Bedürfnisse und können informelles Wissen mit in die Ausgestaltung der Projekte einbringen (*GrowBiz*). Die hauptamtlich umgesetzten Projekte sollen somit im engen Austausch mit Ehrenamtlichen durch koordinative Unterstützung zur Entlastung des Ehrenamtes beitragen. Eine Verlagerung von Zuständigkeiten auf hauptamtliche Ebenen eröffnet die Möglichkeit, Inhalte sowie Vorgaben wie Materialien zu standardisieren und diese mit gesteigerter Qualität an lokale, ehrenamtlich geführte Institutionen zurückgeben zu können (*Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*).

Tab. 11: Ausprägung von These 6 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	+	-			+	++	--	+
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	-	++	++	++			-	-
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	++	-	+			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

9.3 Thesen zum politisch-administrativen Wirkungsbereich

Zum **politisch-administrativen Wirkungsbereich** werden Thesen formuliert, die sich mit erforderlichen Ressourcen, fachlicher Qualifizierung, Unterstützung für Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit oder auch dem notwendigen politischen Willen befassen.

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 7

... Kommunalverwaltungen ausreichend personell und finanziell handlungsfähig sind, um die innovativen Ansätze und Lösungen aufzunehmen und weiter zu unterstützen.

Eine überwiegende Mehrheit der untersuchten Projekte hebt die Handlungsfähigkeit ländlicher Kommunalverwaltungen als zentral für eine erfolgreiche Verstetigung innovativer Projekte in allen drei Daseinsvorsorgebereichen hervor (Tab. 12). In einigen Projekten sind Kommunen direkte Träger der erprobten Ansätze (*ConSENSo*, *Akademi Norr*) oder sie agieren durch eine eigene zwischengeschaltete Trägerorganisation (*KeGL*). Wenn sie Projekte nicht direkt umsetzen, nehmen sie auch Rollen als zentrale Kooperationspartner oder mitfinanzierende Instanzen ein (*IMPROVE*, *Lingio*), oder sie stellen Infrastruktur zur Verfügung (*Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen*, *Akademi Norr*). Hier ist nicht nur die offensichtliche Mittelverfügbarkeit für eine langfristige Verstetigung von Bedeutung, sondern auch die Schaffung neuer qualifizierter Stellen mit einem geeigneten fachlichen Hintergrund (vgl. These 3) und damit eine zielgerechte Anpassung des bisherigen Aufgabenspektrums und der Stellenbewertungen (Vergütung).

Es stellt sich jedoch die Frage, wie ländliche Kommunen mit oft eingeschränkten Budgets an experimentellen Vorhaben teilnehmen können, wenn eine Verstetigung aus eigener finanzieller Kraft von vornherein nicht gewährleistet werden kann. Die Mittelverfügbarkeit ist dazu oft ein Ergebnis politischer Prioritätensetzung in den Kommunen selbst, hinzu kommt das kommunale Spannungsfeld zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben. Ein weiteres Problem ist die Freiwilligkeit gemeinwohlorientierter Aufgaben der Kommunen, bspw. die der Altenpflege. Kleine Gemeinden mit überschaubarem Personal und Budgets können die gesetzten Impulse nur mit hohem Engagement Einzelner aufnehmen (*KARMANT*, *GemeindeschwesterPLUS*), eine auskömmliche (landesseitige) Finanzierung ist unabdingbar. Es gelingt einigen Projekten, innovative interkommunale Lösungen mit finanzieller Effizienzsteigerung durch räumliche Skaleneffekte zu erreichen.

Tab. 12: Ausprägung von These 7 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschul. Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	+	--			+	+	++	--
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	-	++	++	+			++	-
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++		++	+			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 8

... Kommunal- und/oder Landespolitik den Bedarf und die Bedeutung der erprobten Innovationen frühzeitig erkennen und in Form z. B. von Öffentlichkeitsarbeit oder politischer Überzeugungsarbeit unterstützen.

Ob innovative Lösungen und Ansätze der ländlichen Daseinsvorsorge politisch gewünscht sind oder nicht, spielt eine überaus bedeutsame Rolle. In einigen Projekten erkennt die Politik auf kommunaler, regionaler oder föderaler Ebene konkreten Bedarf, Veränderungen im Daseinsvorsorgebereich durch innovative Ansätze zu erzielen (*Karmant, GrowBiz*; Tab. 13). Zudem sind vereinzelt Verbände und andere Interessenvertretungen sehr aktiv darin, der Politik diese Bedarfe zu verdeutlichen (*MONA, Mehr Feuerwehr in die Schule*). Die Projekte setzen ihre Maßnahmen und Inhalte durch die Pflege von Kontakten und Lobbyarbeit auf die politische Agenda (*GrowBiz, Cuviva*). Positive Auswirkungen der genannten politischen Unterstützung sind über die direkte Bereitstellung von Finanzmitteln hinaus, eigenes politisch motiviertes Engagement (*RRHEAL*) oder die Fortführung und Entwicklung innovationsfördernder Programme, aber auch ein höherer Bekanntheitsgrad des Projektes und eine stärkere Legitimation der Ziele und Maßnahmen.

Die Mitwirkung politischer Vertreter:innen in Arbeitszusammenhängen und an (öffentlichen) Veranstaltungen ist in diesem Zusammenhang erfolgsversprechend (*Akademi Norr*). So geäußerte politische Rückendeckung erweist sich als entscheidend, um die Zielgruppen zu erreichen und unentschlossene oder ggf. auch das Projekt behindernde Akteure zu überzeugen.

Tab. 13: Ausprägung von These 8 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	++	+			++	++	++	--
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	++	+	++	++			++	+
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	+	++	+	++				
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 9

... während der Projektlaufzeit genügend politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit generiert wird, sodass die für die Verstetigung nötigen Änderungen im Governance-Modell (z. B. Gesetze, Organisationsformen) des betreffenden Daseinsvorsorgebereichs angestoßen werden.

Die untersuchten Projekte eröffnen Gelegenheitsfenster für eine positive und dauerhafte Veränderung der Governance der Daseinsvorsorge, denn sie erproben neue Herangehensweisen, Lösungen und Ansätze, die meist mit neuen Rollen und Organisationsformen der beteiligten Akteure einhergehen (viele Projekte; Tab. 14). Oft sind hierbei nationale und internationale Kooperationen, Partnerschaften, Programme oder Verbundforschungsprojekte zentrale Ansätze für gemeinsam erarbeitete Lösungen für das Projekt bzw. das Governance-Modell (*RRHEAL*), in Verbindung mit gesteigerter politischer Aufmerksamkeit als Ergebnis intensiver Netzwerkarbeit von Verbänden und Einzelakteuren (z. B. Mehr Feuerwehr in die Schule). Nicht selten werden gesetzliche bzw. regulative Anpassungen erforderlich, um die innovativen Ansätze auf stabilen rechtlichen Füßen zukunftsfähig auszugestalten (*MONA*, *KARMANT*, *KeGL*). Manchmal sind aber umgekehrt auch Gesetzesreformen Anstoß für innovative Projekte (*RRHEAL*, *GemeindeschwesterPLUS*, *CUVIVA*).

Ohne ausreichende politische Anerkennung und gesellschaftliche Akzeptanz bzw. die Bereitschaft, die erprobten Innovationen tatsächlich umzusetzen, ist der Einfluss der Projekte auf die erwünschten langfristigen Rollen-, Aufgaben- und Gesetzesänderungen beschränkt (*Ki-Ju-Pall*, *IMPROVE*, *GrowBiz*). Diese Umsetzungsprozesse sind langwierig und dauern in der Regel mehrere Jahre. Die Überzeugungsarbeit, die Projektakteure sowohl durch Kontakte in die Politik hinein als auch durch Netzwerkarbeit oder durch organisierte Interessenvertretungen (z. B. Verbände) leisten, ist ein starker Erfolgsfaktor für Verstetigung (*Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr*, *Akademi Norr*).

Tab. 14: Ausprägung von These 9 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

141

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	-	-			+	+	+	
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	+	+	+	-			+	-
	Gemeindeschwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerweh r in die Schule	Gem. Sicher. Feuerweh r	Haus der Feuerweh r und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	+	++	+	-	+			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

9.4 Thesen zum finanziellen Wirkungsbereich

Zum **Wirkungsbereich „Finanzen“** werden Thesen formuliert, die sich mit der Anwendbarkeit von Finanzierungsmodellen für den Übergang in den Regelbetrieb, mit Anforderungen an fördertechnische Abwicklungen für stabile Finanzierungsmodelle und mit Fragen der Regelfinanzierung auseinandersetzen.

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 10

... die Finanzierung möglichst langfristig gesichert ist. Tragfähige privatwirtschaftliche Geschäfts- und Finanzierungsmodelle oder eine öffentliche Regelfinanzierung sollten der Projektförderung folgen und sind der stetigen Erschließung neuer Förderquellen vorzuziehen.

Wie im Zusammenhang der vorgenannten Thesen bereits implizit angesprochen, ist ein garantierter finanzieller Rahmen essenziell für den Erfolg von Projekten. Projekte sind langfristig eher erfolgreich, wenn eine Finanzierung – zumindest in zentralen Bereichen – durch öffentliche Mittel gesichert ist (*RRHEAL, Haus der Feuerwehr und Vereine, Mehr Feuerwehr in die Schule*), unabhängig von Fördermittelperioden oder politischer Prioritätensetzung in Legislaturperioden. Wenn sich aufgrund zielführender Lobbyarbeit und guter Etablierung am Markt ein Projekt nach einer gewissen Zeit selbst trägt, sind oft private Investoren im Spiel – bei verbindlichen Absprachen sind diese Modelle durchaus tragfähig (*Lingio*). Wenn Kommunen/Vorhabenträger Projekte ohne externe Fördergelder finanzieren, entstehen beim Übergang in die Regelfinanzierung nach Projektende weniger finanzielle Engpässe (*IMPROVE, Fire Reach*).

Eine eigene (kommunale, projektgebundene) Fördermittelakquise wird zwar durchaus als förderlich gesehen, ist jedoch zeit- und personalaufwändig (*GrowBiz*). Hinzu kommt, dass (zu) kurze Förderperioden und an Jahresbudgets gebundene Mittel die Ausgabendeckung für die Projektpraxis schwer planbar machen (*Akademi Norr*). Dabei kann eine stetige Akquise von (neuen) Fördermitteln bestenfalls eine Überbrückung hin zu einer planbaren dauerhaften Finanzierung sein, kann aber gut eingesetzt werden, um nicht durchfinanzierte Zeiten zu überbrücken.

Tab. 15: Ausprägung von These 10 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	+	+			++	++	++	+
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	++	++	++	++			++	+
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	+	++	--	++	--			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 11

... Projektakteure in die Lage versetzt werden, trotz komplexer förder technischer Anforderungen und starrer Regeln von Förderprogrammen eine stabile Finanzierung zu sichern.

Struktur und Qualität der finanziellen Projektabwicklung haben großen Einfluss auf die Verstetigungschancen innovativer Projekte. Eine transparente Darstellung des Förderrahmens sowie der damit einhergehenden Anforderungen (Fristen, Berichtswesen etc.) sollten durch Informations- und Beratungsangebote geschaffen werden, um die Kenntnisse zur förder technischen Abwicklung bei Akteuren in den Projekten zu erweitern. Je klarer, einfacher und flexibler der Förderrahmen zudem aufgestellt ist, desto eher gelingt eine Zusammenarbeit aller Beteiligten auf „Augenhöhe“ und eine spätere Verstetigung (*Ki-Ju-Pall*, *MONA*, *Lingio*). Oft wird die Einbindung und die Weiterbeschäftigung von Personal durch die Förder erschwert.

Eine vertrauensvolle Partnerschaft zwischen Förderer und Geförderten wird gestärkt durch eine klare und offene Kommunikation und gegenseitige zeitnahe Information und Verbindlichkeit (*Lingio*). Neben der schnellen Bearbeitung von Anfragen oder Anträgen spielt auch das Erkennen, Analysieren, Bewerten und gemeinsame Besprechen von Projektrisiken eine wichtige Rolle. Die Evaluierung und der konstruktive Umgang mit Anmerkungen zur finanziellen Tragfähigkeit tragen zur Verbesserung beziehungsweise Optimierung (Einsparpotenziale wahrnehmen beispielsweise durch Nutzung neuer Kooperationsformen) der Projekte bei (*Akademi Norr*, *Bildung 4.Owl*, *Interkommunales Management Oderland*).

Der Übergang in einen stabilen finanziellen Regelbetrieb gelingt leichter, wenn ein Übergang von der Förderung hin zu einer selbsttragenden Finanzierung bereits frühzeitig mitgedacht und im günstigen Fall gemeinsam angestoßen wird und sich Projekte so aus der zeitlich limitierten Anfangsförderung durch flexible Unterstützung lösen können (CoSENSo, RRHEAL).

Tab. 16: Ausprägung von These 11 in den untersuchten Projekten (eigene Darstellung)

	DEUTSCHLAND		ÖSTERREICH		SCHOTTLAND		SCHWEDEN	
Nachschulische Bildung	Bildung 4.OWL	KeGL			RRHEAL	GrowBiz	Akademi Norr	Lingio
	-	-			-	+	+	++
Gesundheit und Pflege	MONA	KARMANT	CoSENSo	KI-JU-PALL			IMPROVE	CUVIVA
	+	++	+	-			-	-
	Gemeinde schwester PLUS							
	++							
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	Interk. Mgmt FW Oderland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Gem. Sicher. Feuerwehr	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Fire Reach			
	++	++	--	++	--			
Legende	++	Stark ausgeprägt	+	Ausgeprägt	-	Wenig ausgeprägt	--	Nicht ausgeprägt

10 Handlungsempfehlungen

Auf Grundlage unserer systematischen und vergleichenden Analysen von 18 Projekten in den Daseinsvorsorgebereichen nachschulische Bildung, medizinische Versorgung und Pflege sowie nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in Schweden, Schottland, Österreich und Deutschland formulieren wir abschließend Handlungsempfehlungen an zentrale Akteure der untersuchten Daseinsvorsorgebereiche (Kap. 10.1) sowie eine Checkliste für Projektträger (Kap. 10.2).

10.1 Empfehlungen für die untersuchten Daseinsvorsorgebereiche

10.1.1 Nachschulische Bildung

Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... in enger Kooperation mit den lokalen Unternehmen aus der Privatwirtschaft sowie öffentlichen Arbeitgebern die zukünftigen Bildungsbedürfnisse in regelmäßigen Abständen über Bedarfserhebungen zu erfassen. Für diese strategische Planung bedarf es der interkommunalen, regionalen Etablierung einer zentralen Koordination.

Die Etablierung einer zentralen Koordinierungsstelle ist für die strategische Ausgestaltung von höherer Bildung in einer Region von immenser Bedeutung. Die im Ausland betrachteten Projekte zeigen auf, dass solche Koordinierungsstellen wichtige Aufgaben in der Zusammenarbeit von Unternehmen, Bildungsanbietern und öffentlichen Verwaltungen wahrnehmen (siehe Akademi Norr und GrowBiz). Die Vorteile zeigen sich hierbei vielfältig. So wird die Dialogkompetenz der einzelnen Kooperationspartner durch moderierte Zusammenkünfte gesteigert und mittels einer transparenten Übersicht über sämtliche Bildungsanbieter werden aufreibende konkurrierende Wettbewerbe vermieden. Überdies können durch gemeinde- und landkreisübergreifende Kooperationen vergleichsweise kleine Nutzergruppen gebündelt und spezialisierte Bildungsangebote leichter realisiert werden.

Eine gemeinsame strategische Bildungsplanung fußt auf dem gegenseitigen Vertrauen der Partner. Sie eröffnet schließlich auch die Möglichkeit, eine gemeinsame Fördermitteltaktik abzustimmen, um das erfolgreiche Einwerben von Fördermitteln zu stärken. Eine zentrale Aufgabe einer Koordinierungsstelle für Bildungsfragen besteht in regionalen Bedarfsanalysen. Ein daraus abgeleitetes bedarfsorientiertes Lernangebot führt einerseits dazu, dass sich Lernenden nach dem Abschluss leichter berufliche Perspektiven in der Region eröffnen, während andererseits lokale Unternehmen auf ausgebildetes Fachpersonal zurückgreifen können. Praxiselemente können mit den kooperierenden Unternehmen ergänzend zielgerichtet eingesetzt werden. So werden Bildungsangebote, die auf die jeweilige Wirtschaft abgestimmt sind, zum Standortfaktor für eine Region und können die lokale Lebensqualität erhöhen. In Deutschland könnten zentrale Koordinationsaufgaben im Bildungssektor von den Wirtschaftsförderungen der einzelnen Landkreise, den Industrie- und Handelskammern oder auch dem lokalen Regionalmanagement umgesetzt oder unterstützt werden. Es ist jedoch zu prüfen, ob die bestehenden Kapazitäten eine effiziente Planung ermöglichen oder ob die zuvor aufgeführten Partner vielmehr eine neu zu etablierende Koordinierungsstelle mit ihrer jeweiligen Fachexpertise unterstützen könnten. Überdies sollte bei der Erhebung der Bildungsbedarfe das in der jeweiligen Region zuständige Jobcenter mit eingebunden werden, um zu eruieren, welche Arbeitsplätze in der Region unbesetzt sind und einer gezielten Bildungsförderung bedürfen.

Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... den geographischen Hürden in ländlichen Räumen mit einem verstärkten Einsatz von digitalen Mitteln entgegenzutreten. Da das eigene Selbstlernpotenzial nicht bei allen Lernenden in ausreichendem Maße gegeben ist, bedarf es dennoch persönlicher Ansprechpersonen vor Ort, sodass eine Kombination aus Distanzlernen und persönlicher Begegnung geschaffen wird.

Die gesteigerte Verwendung von digitalen Mitteln zum Ausbau nachschulischer Bildungsangebote in ländlichen Räumen ist vor dem Hintergrund geographischer Hürden ein bedeutender Mehrgewinn (Tent et al. 2023). Die Entkopplung von Lokalität und Angebot führt dazu, dass große Entfernungen überwunden werden können und dem Einzelnen ein umfangreiches (nationales bis weltweites) Lernangebot zur Verfügung steht. Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines solchen Angebotes ist ein flächendeckender Netzausbau in den ländlichen Räumen Deutschlands.

Da „Vorort-Lehre“ nicht 1:1 in Online-Formate übertragen werden kann, sondern es entsprechender Anpassungen bedarf, sollte Online-Lehre zukünftig bereits in der Qualifizierung der Lehrkräfte berücksichtigt werden. Bei einer erfolgreichen Umsetzung von Online-Lehre können kritische Mindestzahlen an Teilnehmenden leichter erreicht werden (größeres Einzugsgebiet). Die Qualität des Lernangebotes wird vor Ort somit gesteigert, während die Kosten durch die größere Anzahl an Nutzenden für den Einzelnen geringer ausfallen können. Trotz der vielfältigen Vorteile der Distanzlehre ist ein genügendes Selbstlernpotenzial nicht bei allen Lernenden vorhanden. Es braucht weiterhin Räume der Begegnung und des Austauschs mit anderen Lernenden, z. B. um die Motivation im Anbetracht von Hürden aufrechtzuerhalten. Ebenso sollten vor Ort professionelle Ansprechpersonen vorhanden sein, welche für Rückfragen zur Verfügung stehen und die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterbildung schaffen können. Die Empirie aus den im Ausland betrachteten Projekten (insbesondere Akademi Norr und Lingio) zeigt auf, dass durch persönliche Ansprechpersonen auch im Online-Format eine erhöhte Abschlussquote in Studiengängen sowie Aus- und Weiterbildungen zu verzeichnen ist.

Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... ein durchlässiges und flexibles Bildungsgefüge zu etablieren, welches sich den vielfältigen Alltagssituationen der Lernenden anpassen kann. Bildungsbereichsübergreifende Lernangebote ermöglichen hierbei eine Verzahnung und Interdisziplinarität des Wissens, welches insbesondere in ländlichen Räumen gebraucht wird.

Als Voraussetzung für die Nutzung von Weiterbildungsangeboten im Sinne des Lifelong-Learning müssen deren Mehrwerte auch bei den Arbeitgebern stärker in den Fokus rücken. Es ist von zentraler Bedeutung, dass Weiterbildungsmaßnahmen die nötige Anerkennung erfahren und präzise gefördert werden. Gestärkt wird eine solche Förderung durch zielgerichtete Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern. Flexible Bildungsangebote ermöglichen Personengruppen mit familiären wie beruflichen Verpflichtungen ein wohnortnahes – oder sogar ganz von Zuhause zugängliches – Weiterbildungsangebot. Eine besondere Rolle nehmen modular gestaltete Weiterbildungsblöcke ein, welche ermöglichen, parallel weiterhin den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Ausbildungsdauer ließe sich somit nicht an die absolvierte Lernzeit, sondern vielmehr an das Absolvieren von Modulen knüpfen. Somit wird Weiterbildung und eine Anpassung des persönlichen Karrierewegs ohne einen Wohnortwechsel und trotz Vollzeitjob und Familie möglich, während Arbeitgeber zugleich von gut ausgebildetem Personal profitieren.

Wie in allen vier untersuchten Projekten beobachtet werden konnte, besteht ein hieraus resultierender Vorteil für Regionen mit starken Strukturwandel-Prozessen in einer gestärkten Resilienz.

10.1.2 Medizinische Versorgung und Pflege

Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... die Erstellung neuer oder weiterentwickelter Konzepte und Produkte anzustreben, um bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen. Die Schaffung von Parallelangeboten zu bereits etablierten, ggf. schon finanziell tragfähigen Lösungen und Produkten gilt es zu vermeiden.

Die untersuchten Projekte verdeutlichen, dass insbesondere im Bereich E-Health eine hohe Innovationskraft vorhanden ist. Durch den Einsatz von Produkten im Bereich E-Health kann der Kontakt zu Patienten hochfrequenter gestaltet werden, was zu einer häufigeren Überprüfung des körperlichen und mentalen Wohlbefindens führt. Dadurch ergeben sich Steigerungen in der Qualität der angebotenen Leistungen. Digitale Tools ermöglichen zudem eine bessere Abstimmung von Vor-Ort-Besuchen der medizinischen und pflegerischen Fachkräfte, sowohl zeitlich als auch räumlich. Dadurch können diese Fachkräfte gezielter koordiniert und eingesetzt werden. Die vorhandenen Infrastrukturen können besser genutzt und personelle sowie finanzielle Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Alles in allem bietet der Bereich E-Health eine Vielzahl von Möglichkeiten, um die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und die eingesetzten Ressourcen effizienter zu nutzen (Ortner et al. 2023).

Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

147

... innovative Lösungen und Produkte im Bereich E-Health wie Telemedizin und Telemonitoring einzuführen, anzuwenden und zu etablieren. Durch Loslösung der Standortbindung und Überbrückung von Entfernungen kann eine Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Leistungen erzielt werden.

Das Projekt Cuviva – The Virtual Home Hospital Borgholm zeigt erfolgreich eine Kooperation zwischen dem schwedischen IT-Unternehmen Cuviva und dem Virtual Home Hospital in der Kommune Borgholm. Cuviva ist als Träger der Innovation gelungen, eine digitale Lösung zu entwickeln, die das Monitoring und die Betreuung von gebrechlichen älteren Menschen und chronisch kranken Patienten in ihrem eigenen Zuhause ermöglicht. Diese innovative Initiative bietet damit eine effiziente Möglichkeit, die Entfernungen zwischen Gesundheitseinrichtungen und Patienten zu überbrücken. Zurückgelegten Strecken der Patienten können dadurch nachweislich reduziert werden. Gleichzeitig wird durch die engmaschige Überprüfung des Gesundheitszustands der Patienten eine Steigerung der Betreuungsqualität erreicht. Darüber hinaus konnte eine Senkung der Rehospitalisierungsrate bei den betroffenen Patientengruppen in der Region verzeichnet werden. Das Projekt Cuviva – The Virtual Home Hospital Borgholm stellt somit eine wegweisende Initiative dar, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern und die Lebensqualität von gebrechlichen älteren Menschen und chronisch kranken Patienten zu erhöhen (Ortner et al. 2023).

Das Projekt IMPROVE ist es gelungen, innovative digitale Lösungsansätze in der häuslichen Pflege zu implementieren, um pflegebedürftigen Senioren ein sicheres Leben in ihrem eigenen Zuhause zu ermöglichen. Durch den Einsatz von Nachtfriedenskameras wird das Sicherheitsgefühl der Senioren in der Nacht erhöht. Auch die engere Verbindung zwischen den Senioren und dem Pflegepersonal erhöht das Sicherheitsgefühl. Die Senioren können dadurch länger selbstständig und unabhängig in ihrem eigenen Zuhause leben. Der Einsatz von schlüssellosen Schlössern verkürzt die

Wege des Pflegepersonals. Dadurch ergeben sich effizientere Betreuungsmöglichkeiten, da die räumlich nächste Pflegekraft die Senioren bei Bedarf direkt erreichen kann. Durch den Wegfall von Fahrtzeiten werden Personalressourcen frei, die an anderer Stelle eingesetzt werden können (Ortner et al. 2023).

Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... innovative Lösungen und Produkte zu priorisieren, die eine Nutzung und Förderung interprofessioneller Zusammenarbeit sowie Wissensaustausch anstreben. Eine Überbrückung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege trägt zur Gewährleistung ganzheitlicher Angebote bei.

Um den Herausforderungen bei der Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen zu begegnen, rückt die Nutzung innovativer Ansätze vermehrt in den Fokus. Das langfristige Ziel dieser Ansätze besteht darin, nachhaltige Lösungen für die Sicherung der Daseinsvorsorge zu finden. Dabei gilt es zu erreichen, dass sich diese Lösungsansätze nicht nur im lokalen Entstehungskontext etablieren und verstetigen, sondern sich auch auf weitere Regionen ausbreiten können. Sozialunternehmen spielen hierbei als bedeutende Akteure sozialer Innovationen eine entscheidende Rolle und tragen zunehmend zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen bei. Ihr Beitrag hat das Potenzial, positive Veränderungen weit über die eigentlichen Grenzen hinaus zu bewirken (Klöden und Weitkamp 2020, S. 160 f.).

Zudem gibt es bestimmte (Erfolgs-)Faktoren, die für die Implementierung innovativer Projekte förderlich sein können. Während der Inventionsphase liegt der Fokus auf der Entwicklung von Vorschlägen oder Ideen, die zur Lösung eines sozialen Problems beitragen können. In dieser Phase sind die Expertise des Trägers der sozialen Innovation und der Austausch in Netzwerken von großer Bedeutung, wie mehrere untersuchte Projekte zeigen. Schon in dieser Phase sind finanzielle Ressourcen essenziell, um den notwendigen Handlungsspielraum für die Ideenentwicklung zu ermöglichen (Ortner et al. 2023).

In der Phase der Innovation geht es darum, die entwickelte Lösung in bestehende Organisationen und Strukturen zu integrieren. Neben einer zeitlich begrenzten Finanzierung durch die öffentliche Hand spielt auch das Engagement einzelner Schlüsselakteure eine wichtige Rolle für den Erfolg. Ist eine Konkurrenzsituation nicht vermeidbar, empfiehlt es sich, die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu bereits auf dem Markt existierenden Lösungen zu erhöhen, indem die Lösung vereinfacht wird, das Organisationsmodell weiterentwickelt wird, Kooperationen und Netzwerke ausgebaut werden und motiviertes und engagiertes Personal beschäftigt wird. In der Diffusions- und Skalierungsphase ist darauf zu achten, dass die Mitwirkung der Zivilgesellschaft gegeben ist. Eine externe Legitimation und eine positive Wahrnehmung durch die Zielgruppe sowie die breite Öffentlichkeit sind erforderlich. Die Wahl der geeigneten Skalierungsstrategie und Managementkompetenzen, wie die Mobilisierung der notwendigen Ressourcen, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren (Ortner et al. 2023).

Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... Menschen über hochwertige und lukrative Aus- sowie Weiterbildungsangebote eine berufliche Perspektive zu bieten. Zugleich können durch Anwerbung von Fachkräften personelle Versorgungslücken geschlossen werden. Im Ehrenamt tätigen Menschen gebührt eine höhere Wertschätzung durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten.

Das Ziel von KI-JU-PALL ist es gelungen, eine flächendeckende Palliativversorgung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Niederösterreich sicherzustellen. Um die bestmögliche Qualifikation und Sensibilität für diese Thematik zu gewährleisten, werden alle Teammitglieder unabhängig von ihrem Fachbereich zusätzlich durch den interdisziplinären Universitätslehrgang "Palliative Care in der Pädiatrie" geschult. Um den sicheren Umgang mit innovativen technischen Lösungen zu gewährleisten, ist erweitertes Wissen sowohl für Anbieter als auch für Nutzer erforderlich. Weiterbildungsangebote, insbesondere im Bereich der nachschulischen Bildung, können hierbei hilfreich sein. Da ganzheitliche Angebote, die die sektorale Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege überbrücken, immer häufiger nachgefragt werden, sind zusätzliche Aus- und Weiterbildungsmodule für medizinisches und pflegerisches Fachpersonal wichtige Ergänzungen. Auch ehrenamtlich tätige Personen sollten stärkere Unterstützung und Wertschätzung erfahren, um ihre wichtige Rolle zu würdigen (Ortner et al. 2023).

10.1.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich ...

... dem Ehrenamt auf regionaler Ebene mehr hauptamtliche Unterstützung für koordinatorische, verwaltungsbezogene und Routineaufgaben zur Seite zu stellen, um die Freiwilligen in den Orts- und Gemeindefeuerwehren zu entlasten.

In von Bevölkerungsrückgang und -alterung betroffenen Regionen, für die seit längerem ein Mangel an Aktiven und insbesondere an qualifizierten Funktionsträger:innen der Freiwilligen Feuerwehren besteht bzw. ein solcher zu erwarten ist, sollte die Etablierung einer hauptamtlichen regionalen Koordinierungsstelle auf überörtlicher Ebene (z. B. Amt oder Landkreis) erwogen werden. Mit dieser könnten beispielsweise die Ausbildung, Gerätwartung und Beschaffungsmaßnahmen effizienter durchgeführt, die Freiwilligen von im engeren Sinne feuerwehrbezogenen Aufgaben entlastet sowie ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Ortswehren über aktuelle Probleme und Lösungsansätze etabliert werden.

149

Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich ...

... im Zusammenspiel aller für Gefahrenabwehr zuständigen Organisationen und Behörden die Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung aller Altersklassen zu verbessern.

Alle in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr tätigen Organisationen sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung ergreifen. In diesem Zusammenhang ist die Brandschutzerziehung ein Bereich von großer Bedeutung. Von Seiten der Freiwilligen Feuerwehren ist Brandschutzerziehung (bzw. für Erwachsene: Brandschutzaufklärung) eine von vielen Aufgaben, die im Feuerwehrralltag anfallen und in ländlichen Räumen überwiegend von Freiwilligen durchzuführen ist. Wenig überraschend wird diese zwar oft individuell engagiert, in der Gesamtschau jedoch oftmals eher unstrukturiert bzw. unsystematisch und ausgehend von den persönlichen Vorlieben und didaktischen Fähigkeiten der Freiwilligen durchgeführt. Eine verbesserte Koordination und Systematisierung der Brandschutzerziehung setzt voraus, dass die Daseinsvorsorgebereiche nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr und Bildung enger – d. h. zugleich: ressort- und ebenenübergreifend – zusammenarbeiten. Dabei ist auch die Brandschutzaufklärung Erwachsener in den Blick zu nehmen. Zur Verbesserung der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung gehört auch, diese besser über die Strukturen und (eigentlichen) Aufgaben Freiwilliger Feuerwehren aufzuklären (Brad et al. 2023).

Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich ...

..., dass die Landesfeuerwehrverbände eine aktivere und stärker sichtbare Rolle als Interessenvertretung Freiwilliger Feuerwehren übernehmen.

Die Landesfeuerwehrverbände könnten eine führende, mindestens aber aktivere Rolle bei der Formulierung und Koordinierung von Strategien zur Zukunftssicherung Freiwilliger Feuerwehren übernehmen. Die Umsetzung solcher Strategien darf aber keine Top-down-Lösungen forcieren und sollte nur in ständiger Rücksprache mit den örtlichen Feuerwehren stattfinden. Zugleich sollten die Landesfeuerwehrverbände als Interessenvertretung immer wieder und stärker als bislang Politik, Medien und Bevölkerung für die Herausforderungen des Ehrenamts in der Gefahrenabwehr sowie die Probleme der Zukunftssicherung des etablierten Modells der Freiwilligen Feuerwehr sensibilisieren.

10.2 Checkliste für Projektträger zur Verstetigung

Die oben ausgeführten Erkenntnisse zusammenfassend kann eine Checkliste für Projektträger:innen formuliert werden, um eine Verstetigung ihrer Projekte zu erreichen. Die in Abb. 14 zusammengestellten Punkte sind dabei zu berücksichtigen.

- | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Lokale und regionale Bedürfnisse ergründen und berücksichtigen<input type="checkbox"/> Vertrauen der Beteiligten gewinnen und Akzeptanz schaffen<input type="checkbox"/> Wissen schaffen, Weiterbildung fördern<input type="checkbox"/> Ansprache akteurs- und bedarfsabhängig gestalten, einen Mix aus Digital- und Präsenzangeboten schaffen<input type="checkbox"/> Kooperationen schaffen, sich für neue Organisationsformen öffnen<input type="checkbox"/> akzeptierte Personen mit Schlüsselfunktionen finden (in Anstellung und/oder Engagierte)<input type="checkbox"/> Engagierte zur Unterstützung finden und wertschätzen<input type="checkbox"/> Finanzierung sichern (von der Förderung über öffentliche Finanzierung bis hin zu privatwirtschaftlicher Tragfähigkeit) |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Abb. 14: Checkliste für Projektträger

(IV) ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

11 Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Die herausfordernde Aufgabe der Sicherung der Daseinsvorsorge – nicht nur, aber insbesondere in ländlichen Räumen mit ökonomischer Strukturschwäche und im demographischen Wandel – erfordert kreative und innovative Strategien, um auf spezifische Rahmenbedingungen sowie veränderte Bedarfe und Bedürfnisse der Bürger:innen bzw. Nutzer:innen reagieren zu können und erweiterte Modelle sowie technologische Neuerungen nutzbar zu machen.

Am Anfang steht der Einzelfall: Planspiele oder Modellprojekte liefern als Erprobungsphasen erste Erkenntnisse. Im Anschluss hieran stellt sich jedoch die Frage nach der Verstetigung eines Daseinsvorsorgeangebots, um einen tatsächlichen Fortschritt in der Daseinsvorsorgeplanung sicherzustellen. Nach der Darstellung von Erfolgsfaktoren der Verstetigung und Handlungsempfehlungen in Kap. 9 und 10 werden nachfolgend die wesentlichen Ergebnisse des InDaLE-Projektes zusammenfassend für die drei Daseinsvorsorgebereiche dargestellt (Kap. 11.1) und Schlussfolgerungen für weiterführende Forschungen gezogen (Kap. 11.2).

11.1 Zentrale Erkenntnisse aus den drei untersuchten Daseinsvorsorgebereichen

11.1.1 Nachschulische Bildung

Im Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung werden vier Themenfelder als zentral herausgestellt:

1. Hybride Lehrformate: Kombination von Digitalisierung und Vor-Ort-Präsenz
2. Vernetzung
3. Finanzielle und politische Förderung
4. Ehrenamtliches Engagement

1) HYBRIDE LEHRFORMATE: KOMBINATION VON DIGITALISIERUNG UND VOR-ORT-PRÄSENZ

Nachschulische Bildungsangebote sind traditionell räumlich zentralisiert und auch inhaltlich derzeit vorwiegend auf städtische Kontexte ausgerichtet. Das Fehlen weiterführender lokaler Bildungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen ist ein starker Grund für die Abwanderung insbesondere junger Menschen in urbane Regionen. Oft kehren diese auch nach Abschluss von Studium bzw. Aus- oder Weiterbildung aufgrund fehlender oder unpassender Arbeitsplätze bzw. nicht vorhandener Fort- und Weiterbildungsangebote nicht in ihre Heimatregionen zurück. Für die zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Regionen wird es aus diesem Grund als wichtig eingestuft, dass vor Ort Möglichkeiten nachschulischer Bildung geschaffen werden, die auch fachlich an die regionalen Bedürfnisse angepasst sind. In ländlichen Regionen implizieren lokal verfügbare Bildungsangebote dabei eine Dezentralisierung des Bildungssystems. Um diese zu organisieren und auch finanzieren zu können, haben sich Ansätze, die Distanzlehre mittels digitaler Medien mit Präsenzformaten zu verknüpfen (z. B. persönliche Ansprechpersonen in Lernzentren), als geeignet herausgestellt. Digitale Lernmethoden können insbesondere helfen, Probleme der Erreichbarkeit zu überwinden. Der persönliche Austausch bleibt dennoch essentiell für die Lernenden.

2) VERNETZUNG

Vernetzung, sowohl auf verschiedenen politischen Ebenen als auch zwischen Projekten im In- und Ausland, hat sich für die Verstetigung sowie Fortentwicklung von Projekten nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen als besonders wichtig erwiesen (Tent et al. 2023). Die Vernetzung mit politischen Akteuren (z. B. Lokal- und Regionalregierung) kann dazu beitragen, bestehende Probleme und Herausforderungen nachschulischer Bildung in ländlichen Kontexten zum Gegenstand des politischen Diskurses zu machen und gesamtgesellschaftlich dafür zu sensibilisieren.

Der Austausch zwischen Projekten nachschulischer Bildung mit ähnlichen Zielsetzungen und Hausforderungen, im In- und/oder im Ausland, erlaubt es voneinander zu lernen. Dies kann neben der internen Projektentwicklung auch die persönliche Motivation stärken und fördern. Der praxisbasierte Wissens- und Erfahrungsaustausch wird von allen

Teilnehmenden als bereichernd erfahren. Auch innerhalb eines Projektes sind diverse Teams mit verschiedenen beruflichen Hintergründen, Fähigkeiten und Praxiserfahrungen bei guter Kommunikation und Zusammenarbeit projektfördernd.

3) FINANZIELLE UND POLITISCHE FÖRDERUNG

Projekte der nachschulischen Bildung haben dann besonders gute Aussicht auf eine erfolgreiche Entwicklung, wenn sie breite politische Unterstützung erfahren. Dies gilt insbesondere auch für eine staatliche finanzielle Förderung der Projekte, die als gute Basis für eine resiliente finanzielle Ausstattung und folglich für die Etablierung und Verstetigung der Projektvorhaben angesehen werden kann. Gleichzeitig wird eine staatliche Finanzierung der Projekte durch enge Zusammenarbeit und regelmäßigen Austausch zwischen Politik und Projektmitarbeitenden ermöglicht. In einem der von uns untersuchten Projekte führte dies sogar dazu, dass die Vertreter eines geförderten Projektes selbst eine wichtige Position in der Politikberatung einnahmen. Somit erhält die Politik zum einen tiefergehende Einblicke in Aufgaben und Herausforderungen nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen, zum anderen werden Bedarfe, Ziele und Vorhaben von Projekten breiter kommuniziert.

4) EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Ein weiterer Aspekt, der sich für die nachschulische Bildung als potenziell relevanter Pfeiler herauskristallisiert hat, ist die Rolle ehrenamtlicher Mitarbeit. Es wurde deutlich, dass Ehrenamtlichen nicht nur eine zuarbeitende Rolle zukommt, vielmehr können sie Antrieb und Basis der Projekte sein. Die Grundintention des ehrenamtlichen Engagements liegt dabei in der intrinsischen Motivation, einen Beitrag zur nachschulischen Bildung und zur Regionalentwicklung zu leisten und in diesem Rahmen eigene Erfahrungen weiterzugeben. Der monetäre Gewinn hingegen scheint hier eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Menschen, die im Rahmen eines Mentorings von den Erfahrungen anderer lernen konnten, engagieren sich später häufig auch selbst in der Weitergabe ihrer Erfahrungen und Tools, wodurch die Nachhaltigkeit von Projekten gefördert werden kann. Nicht zuletzt wurde die besondere Bedeutung einiger Schlüsselpersonen deutlich, die einen zentralen Beitrag für das Funktionieren und die Verstetigung der jeweiligen Projekte leisten. Aus langfristiger Perspektive erwies es sich als wichtig, nicht nur dem Engagement dieser Einzelpersonen Anerkennung zukommen zu lassen, sondern auch deren funktionale Rollen langfristig abzusichern: also statt Personen Funktionen zu etablieren.

11.1.2 Medizinische Versorgung und Pflege

Eine Übertragbarkeit der untersuchten innovativen Ansätze auch auf ländliche Räume Deutschlands ist grundsätzlich möglich und wurde im Praxisaustausch des Forschungsvorhabens (Expertenworkshop, Projektbeirat) bestätigt. Für Details sei insbesondere auf Ortner et al. (2023) hingewiesen. Im Daseinsvorsorgebereich der Medizinische Versorgung und Pflege sind drei Themenfelder als zentral herauszustellen:

1. Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit von Leistungen
2. Zusammenarbeit und Überwindung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege
3. Ausbildungs- sowie Weiterbildungsangebote in Kombination mit dem Ausbau von Unterstützungsangeboten für im Ehrenamt tätige Menschen

1) EFFIZIENZSTEIGERUNG UND WIRTSCHAFTLICHKEIT VON LEISTUNGEN

Es bedarf der Einführung, Anwendung und Etablierung innovativer Lösungen und Produkte im Bereich E-Health wie Telemedizin und Telemonitoring. Durch Loslösung der Standortbindung und Überbrückung von Distanzen kann eine Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit von Leistungen erreicht werden.

In den Projekten werden verschiedene Lösungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in dünn besiedelten und schrumpfenden Gebieten aufgezeigt. Eine etablierte Nutzung von E-Health-Angeboten wie Telemedizin oder Telemonitoring ermöglicht beispielsweise die flexible Kommunikation mit Ärzten und die hochfrequente Überwachung von Gesundheitsdaten. Zu behandelnde Personen können erforderliche Daten selbstständig zu Hause erheben, was die medizinische Versorgung unterstützt. In der Pflege kann die direkte Kommunikation mit dem Pflegepersonal eine

bessere Abstimmung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen zu Hause ermöglichen. Digitale Hilfsmittel wie Kameras zur Überwachung der Patient:innen, digitale Pflegeberatung und elektronische Hilfsmittel können hierbei eingesetzt werden.

Gemeindeschwestern spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der medizinischen Versorgung und Pflege. Sie sind erste Ansprechpartnerinnen für zu behandelnde Personen und Pflegebedürftige und können Pflegeberatung sowie Erstdiagnosen bei leichten Erkrankungen übernehmen. In einigen Fällen können Gemeindeschwestern auch Medikamente verschreiben, wenn sie über erweiterte Kompetenzen verfügen. Ihre Qualifizierung erfolgt oft im Rahmen einer erweiterten Ausbildung, was zur Schaffung qualifizierter Fachkräfte beiträgt.

2) ZUSAMMENARBEIT UND ÜBERWINDUNG DER SEKTORALEN TRENNUNG ZWISCHEN MEDIZINISCHER VERSORGUNG UND PFLEGE

Es gilt, innovative Lösungen und Produkte zu priorisieren, die eine Nutzung und Förderung interprofessioneller Zusammenarbeit sowie einen Wissensaustausch anstreben. Eine Überwindung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege trägt zur Gewährleistung ganzheitlicher Angebote bei.

Durch die Förderung und Nutzung interprofessioneller Zusammenarbeit kann eine Überbrückung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege erreicht werden. Dies ist entscheidend, um eine ganzheitliche Betreuung der zu behandelnden Personen sicherzustellen. Die Verwendung von Schnittstellen kann dabei sowohl die Versorgung der zu behandelnden Personen optimieren als auch die Wirtschaftlichkeit der Betreuung und Therapie verbessern. Insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit der wichtigen Beteiligten und Zielgruppen aus den Bereichen medizinische Versorgung und Pflege können neue Lösungsansätze entwickelt werden. Die gemeinschaftliche Erarbeitung neuer Lösungsansätze und die Offenheit für innovative Ideen ermöglichen es, zielgerichtete und problemorientierte Lösungen zu finden. Wichtige Beteiligte, die normalerweise nicht direkt in den Prozess einbezogen werden, erhalten die Möglichkeit zur Partizipation und Mitgestaltung. Dadurch wird sichergestellt, dass verschiedene Perspektiven und Erfahrungen einfließen und die besten Lösungen gefunden werden können.

Zur erfolgreichen Adaption und nachfolgenden Verstärkung innovativer Projekte der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands ist von großer Bedeutung, neue oder weiterentwickelte Konzepte und Produkte zu entwickeln, um bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen. Dabei sollte vermieden werden, Parallelangebote zu bereits etablierten Lösungen und Produkten zu schaffen, insbesondere wenn diese bereits finanziell tragfähig sind. Es ist wichtig, die Fähigkeit zu besitzen, bedarfsorientierte Lösungen und Produkte flexibel an geänderte Gegebenheiten anzupassen.

3) AUS- SOWIE WEITERBILDUNGSANGEBOTE IN KOMBINATION MIT DEM AUSBAU VON UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTEN FÜR IM EHRENAMT TÄTIGEN MENSCHEN

Für das medizinische und Pflegepersonal sollte eine berufliche Perspektive aufgezeigt werden – hier sollten insbesondere hochwertige und lukrative Aus- sowie Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Daneben können personelle Versorgungslücken durch Akquise von Fachkräften geschlossen werden. Den im Ehrenamt tätigen Menschen muss eine höhere Wertschätzung durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten gezollt werden, um deren Engagement aufrecht zu halten.

Um dies zu erreichen, ist es entscheidend, Schlüsselpersonen mit Fachkompetenz, Managementfähigkeiten und Durchsetzungsvermögen zu gewinnen und im Projekt zu halten. Flache Hierarchien können helfen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und die Kommunikation und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu verbessern.

Es ist auch wichtig, der Öffentlichkeitsarbeit aus den Projekten eine Plattform zu bieten und den Austausch über Lösungen und Produkte mit den Verantwortlichen und Mitarbeitenden im Projekt zu fördern. Kommunikation und Zusammenarbeit können genutzt werden, um die Partizipation zu unterstützen und Akzeptanz bei der Bevölkerung zu schaffen.

11.1.3 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

In unserer Beschäftigung mit unterschiedlichen Projekten im In- und Ausland sowie unseren vergleichenden Untersuchungen einzelner Projekte haben sich vier Themenbereiche herauskristallisiert, die wir für die Diskussion um die Zukunft der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bzw. speziell der Freiwilligen Feuerwehren in ländlichen Räumen für wesentlich halten:

1. eine regionale Koordinierung und Unterstützung der Freiwilligen
2. eine Professionalisierung und Ausweitung der Brandschutzerziehung
3. die gesellschaftliche Sichtbarkeit der Feuerwehren und des Ehrenamts
4. die partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten (übergreifend)

1) REGIONALE KOORDINIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER FREIWILLIGEN

Das traditionsreiche Feuerwehrsystem in Deutschland basiert – ebenso wie jenes in unserem Nachbar- und Untersuchungsland Österreich – neben der hohen Zahl an Freiwilligen auch auf dem Örtlichkeitsprinzip (ein Ort = eine Feuerwehr). Angesichts der Herausforderungen des Daseinsvorsorgebereichs nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr (vgl. Kap. 5.3) ist dieses Organisationsmodell in vielen ländlichen Gemeinden in seiner langfristigen Existenz alles andere als gesichert. Allerdings sind Schließungen und Zusammenlegungen von Feuerwehren vor Ort meist umstritten und kaum politisch erwünscht. Ein potenzieller Lösungsansatz besteht in der regionalen Koordinierung der Gefahrenabwehr, die zu einer Entlastung der örtlichen Feuerwehren führen kann. Damit ist nicht gemeint, dass Feuerwehren zusammengelegt werden sollen, und auch nicht, dass eine neue Hierarchie etwa von Stützpunkt- bzw. Schwerpunktfeuerwehren im Gegensatz zu Ortsfeuerwehren eingeführt werden soll. Vielmehr bezieht sich Regionalisierung auf die Koordinierung bzw. Übernahme eines Teils der nicht-operativen Aufgaben der Feuerwehren auf überörtlicher Ebene und über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus. Dazu zählen z. B. die Wartung von Geräten, gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, die Organisation gemeinsamer Aus- und Weiterbildung sowie die gezielte (vereinzelte) Einführung von hauptamtlichem Personal. In die konkrete Ausgestaltung einer solchen regionalen bzw. interkommunalen Koordination sind die Ortsfeuerwehren mit einzubeziehen. Die Erfahrungen aus den untersuchten Projekten zeigen, dass auch solch ein eigenständiges regionales Vorgehen eine Mehrebenenkoordination zwischen dem für Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Innenministerium, den Landkreisen und Gemeinden erfordert, je nach den gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten. Eine regionale Koordinierung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr kann durch Fördermittel angestoßen und unterstützt werden, muss aber in erster Linie vor Ort politisch erwünscht sein.

2) PROFESSIONALISIERUNG UND AUSWEITUNG VON BRANDSCHUTZERZIEHUNG

In Deutschland beschränkt sich die Brandschutzerziehung in der Regel auf den Kindergarten und die Grundschule. Sie ist meist lokal organisiert und so gestaltet, dass den Kindern ein grundlegendes Verständnis vom richtigen Umgang mit Gefahren vermittelt wird. Von Seiten der Feuerwehrverbände und der zuständigen Ministerien ist mittlerweile der Bedarf identifiziert, die Brandschutzerziehung einerseits zu systematisieren und andererseits in die höheren Schulstufen zu erweitern – unter der Annahme, dass dies zu einer Stärkung des öffentlichen Bewusstseins über die Feuerwehr führt und sowohl die Einsatzzahlen in der Zukunft reduzieren als auch die Gewinnung neuer Feuerwehrmitglieder verbessern könnte. Voraussetzung dafür ist eine stärkere Professionalisierung der Brandschutzerziehung, die eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Ministerien und eine Einbindung von Pädagog:innen in die Gestaltung von Lehrmaterialien voraussetzt. So entstandene (bzw. entstehende) Lehrangebote können der Entlastung der örtlichen Feuerwehren bei der Durchführung der Brandschutzerziehung in unterschiedlichen Schulformen und Altersgruppen dienen.

Die in InDaLE analysierten Projekte in Österreich, Schottland und Hessen konzentrieren sich inhaltlich auf die Übermittlung von feuerwehrrelevanten Themen nicht nur z. B. im Sachunterricht, sondern in weiteren Fächern wie Chemie, Geschichte oder Englisch. Dank dieses Wissens können Kinder als Multiplikatoren für die Aufgaben und für den ehrenamtlichen Charakter der Feuerwehren in der Gesellschaft fungieren oder sogar selbst einen Eintritt in die Jugendfeuerwehr erwägen. Als grundlegendes Erschwernis erweist sich, dass die Brandschutzerziehung kein eigenes

Schulfach ist und sich ihre Durchführung in ländlichen Räumen auf das Engagement der meist freiwilligen Kamerad:innen vor Ort stützt, anders als etwa bei der Polizei und der Verkehrserziehung. Dieser Ansatz lässt sich auch schwer in der Fläche koordinieren – selbst wenn unterstützende Angebote für die Brandschutzerziehung zur Verfügung gestellt werden, werden sie nicht automatisch auf der lokalen Ebene übernommen.

3) GESELLSCHAFTLICHE SICHTBARKEIT DER FREIWILLIGEN FEUERWEHREN UND DES EHRENAMTS

Auch in ländlichen Räumen ist ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, noch dazu über viele Jahre, längst nicht (mehr) selbstverständlich. Veränderte Arbeitswelten und eine langfristig gewandelte soziale und demografische Struktur ländlicher Räume haben dazu wesentlich beigetragen. Zudem dominieren Kostenfragen und Diskussionen zur Effizienzsteigerung in der Daseinsvorsorge Teile der öffentlichen Debatte. Die Feuerwehr ist allerdings nicht nur eine Dienstleistung der Gemeinden, sondern fordert viel ehrenamtliches Engagement, um das – so unsere Vermutung – viele „feuerwehrrerne“ Bürger:innen kaum wissen. Daher ist davon auszugehen, dass eine ausgeprägte gesellschaftliche Sichtbarkeit der Freiwilligen Feuerwehren (lokal, regional, überregional) einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung ihrer langfristigen Leistungsfähigkeit leisten könnte. Die in InDaLE durchgeführte Analyse setzte sich unter anderem anhand eines österreichischen Beispiels mit der Mischnutzung von Feuerwehrstandorten, in der auch Räumlichkeiten für lokale Vereine und für Pflichtaufgaben der Gemeinde geschaffen wurden, auseinander. Besonders positiv hervorzuheben ist die gestiegene Zahl der Begegnungen zwischen der Feuerwehr und den lokalen Vereinen (durch die geteilte Nutzung eines Gebäudes), aber auch die Sicherstellung der Tageseinsatzbereitschaft durch die Mitarbeiter:innen kommunaler Betriebe.

Ein solcher Ansatz ist allerdings kein Allheilmittel: Es bleibt kontinuierliche Aufgabe der Feuerwehr und ihrer Verbände, auf unterschiedlichen Ebenen und unterstützt durch die zuständigen Akteure aus Lokalpolitik und -verwaltung, ihre Aufgabenbereiche darzustellen und Sichtbarkeit zu schaffen. Aber eine prominente Stelle in der Gemeinde (und das Signal, dass die Gemeinschaft sie wertschätzt) kann einen Impuls für diese Sichtbarkeit setzen und die Kamerad:innen motivieren. Zugleich sind solche Aktivitäten ein Bekenntnis der Gemeinde für ihre Feuerwehr – über die Feuerwehrtechnik hinaus.

4) „UNTER DEM RADAR“: PARTIELLE VERLAGERUNG UND NEUVERTEILUNG TRADIERTER VERANTWORTLICHKEITEN

Die über Jahrzehnte bewährte Aufgabenteilung der kommunalen Pflichtaufgabe der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, insbesondere des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung, besteht in ländlichen Räumen in einer fast ausschließlich ehrenamtlichen Erbringung der Hilfeleistung einerseits und der materiell-technischen Ausstattung durch die Städte und Gemeinden andererseits. Doch hat sich die vermeintliche Selbstverständlichkeit der Gewährleistung der Gefahrenabwehr insbesondere in solchen ländlichen Gemeinden längst aufgelöst, die von Bevölkerungsrückgang, Alterung und ökonomischer Strukturschwäche geprägt sind. Zurückgehende, mindestens aber prekäre Mitgliederzahlen stehen einer durch Extremereignisse veränderten Einsatzstruktur und nicht selten damit auch einer höheren Zahl an Einsätzen gegenüber. Zugleich sind weitere Akteure zu nennen, die für die Gewährleistung der Gefahrenabwehr auf freiwilliger Basis von großer Bedeutung sind – insbesondere die Arbeitgeber, die Mitarbeiter:innen für die Einsätze freistellen bzw. freistellen müssen.

Zwar gibt es seit vielen Jahren immer wieder kritische Selbst- und Fremddiagnosen, die auf die komplexen Herausforderungen und das partielle Problem einer flächendeckenden Gewährleistung von Brandschutz und technischer Hilfeleistung hinweisen. In einer bundesweiten Perspektive fanden wir jedoch keine Hinweise, dass diese systematisch zur Kenntnis genommen oder aufbereitet würden. Auch lassen sich keine übergreifenden Anstrengungen zur Neuaufstellung des örtlichen Bevölkerungsschutzes erkennen. Stattdessen sind es einzelne Aktive in Ortsfeuerwehren, Landkreisverwaltungen, Feuerwehrverbänden und Innenministerien der Länder, die mit großem persönlichem Engagement und teilweise im Kontext punktueller Förderinitiativen von Bund und Ländern Stellschrauben des Systems zu verändern versuchen.

Unserer Meinung nach lassen sich viele der aktuell erprobten oder propagierten Maßnahmen und Strategien der Zukunftssicherung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr – die das System der Ehrenamtlichkeit nicht grundlegend in Frage stellen – als Veränderung von Verantwortungsübernahme und -übertragung interpretieren. Dazu gehören

beispielsweise die partielle Einführung von Hauptamtlichkeit, die Erweiterung der Altersgrenzen für eine Mitgliedschaft, die Etablierung interkommunaler bzw. intraregionaler Kooperationen oder eine verstärkte Aufmerksamkeit für das Thema Brandschutz-erziehung der Bevölkerung, um die Selbstschutzkapazitäten zu verbessern. Die Akteurslandschaft der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr verändert und erweitert sich auf diese Weise, und es werden z. B. private Organisationen, die Bürger:innen oder der Staat auf neue Art und Weise in den Gewährleistungsauftrag einbezogen. Damit lässt sich diese partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten als ein beginnender Paradigmenwechsel bezeichnen, dessen Tragweite und mögliche längerfristige Auswirkungen weder in der Praxis noch in der Forschung bislang hinreichend thematisiert werden.

11.2 Schlussfolgerungen für die Forschung

11.2.1 Übergreifende Schlussfolgerungen

Fragen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sind bereits seit geraumer Zeit Gegenstand einer reichhaltigen (raumwissenschaftlichen) Forschung, es gibt gleichwohl nach wie vor Bereiche, die bisher vergleichsweise wenig erforscht wurden. Von den im InDaLE-Projekt untersuchten Daseinsvorsorgebereichen gilt dies für die nachschulische Bedeutung und die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr.

Vergleichende Untersuchungen, speziell international angelegte, haben nach wie vor Seltenheitswert in der raumwissenschaftlichen ebenso wie in der Daseinsvorsorge-Forschung. Dies liegt unter anderem an dem beträchtlichen Aufwand an Zeit und Ressourcen, den diese häufig erforderlich machen und eine entsprechende Zurückhaltung erklären. Unsere Untersuchungen haben bestätigt, dass sich dieser Aufwand gleichwohl lohnt – regen doch ausländische Governance-Modelle und andere Praktiken zum Nachdenken über Alternativen zur Ausgestaltung von Daseinsvorsorgebereichen an.

Als zielführend und ertragreich hat sich ebenfalls die stark qualitative Ausrichtung unserer empirischen Erhebungen erwiesen, die in der Begegnung mit zahlreichen Akteuren aus der Praxis der drei untersuchten Daseinsvorsorgebereiche, deren gezielter Befragung und dem weiteren fachlichen Austausch mit diesen zum Ausdruck kommt. Auch wenn die Untersuchungen bedingt durch die COVID-19-Pandemie nicht sämtlich im geplanten Umfang und in Form eigener Besuche in den Untersuchungsländern realisiert werden konnten, sondern stattdessen auch zahlreiche Online-Interviews durchgeführt werden mussten, haben die empirischen Erhebungen insgesamt einen erheblichen Mehrwert generiert. Sie betreffen insbesondere das zum Teil langjährige Erfahrungswissen der vor Ort tätigen Praktiker:innen, das über die gewählte methodische Vorgehensweise zugänglich gemacht und erschlossen werden konnte.

11.2.2 Nachschulische Bildung

Die Rolle und Bedeutung der nachschulischen Bildung für die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland wurde bisher nicht hinreichend erfasst bzw. empirisch untersucht. Dies trifft ebenso für die vergleichende Perspektive auf die Praxiserfahrungen mit den Herausforderungen der Daseinsvorsorge in anderen europäischen Ländern zu, für die sich die Auswahl von Schottland und Schweden für das Handlungsfeld der nachschulischen Bildung als ausgesprochen sinnvoll und ertragreich erwiesen hat.

So haben die Erhebungen zur nachschulischen Bildung in den beiden genannten Ländern eine Reihe bisher wenig oder gar nicht im deutschsprachigen Raum kommunizierter Erkenntnisse generiert. Besondere Beachtung verdienen hierbei die Entstehung und Wirkungsweise dezentraler, netzwerkartiger Einrichtungen der nachschulischen Bildung in der ländlichen Peripherie wie die Akademie Norr in Schweden. Diese repräsentiert ein Konzept der Distanzlehre, das auf einer konsequenten Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien fußt. Ähnliches gilt für die University of the Highlands and Islands in Schottland, die im Zuge unserer Untersuchungen wiederholt als Referenz genannt wurde, jedoch nicht Gegenstand weitergehender eigener Erhebungen war. Erwähnung verdient darüber hinaus die besondere Rolle zivilgesellschaftlicher Bottom-up-Initiativen, wie sie das Projekt GrowBiz illustriert. Deren Entstehung ist primär der privaten Initiative engagierter Menschen vor Ort zu verdanken, denen es ein Anliegen war, Start-ups, Kleinunternehmen und Selbständigen im ländlichen Raum unbürokratische und niedrigschwellige Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung zu stellen. Hieraus hat sich inzwischen eine

professionell tätige Unternehmensberatung entwickelt, die aus der ländlichen Regionalentwicklung in Schottland nicht mehr wegzudenken ist. Beide Erfahrungsbereiche eröffnen wertvolle Perspektiven für die Übertragbarkeit entsprechender Ansätze auf die Situation in Deutschland.

Vergleichenden Fallstudien zur nachschulischen Bildung sollte deshalb auch in Zukunft größere Bedeutung als bisher beigemessen werden. Dies schließt zwei Perspektiven ein: Zum einen ließen sich die Untersuchungen zur nachschulischen Bildung in den beiden genannten Ländern weiter vertiefen, z. B. durch die Berücksichtigung weiterer Projekte, ebenso aber auch auf andere Daseinsvorsorgebereiche von Interesse ausdehnen (z. B. Mobilität, Kultur). Zum anderen bietet es sich an, über die von uns untersuchten Länder hinaus weitere europäische Länder (z. B. Finnland, die Länder des Baltikums, Frankreich, Spanien) zu berücksichtigen, um so das Spektrum empirischer Erfahrungen im Bereich der nachschulischen Bildung und ihrer Bedeutung für die ländliche Entwicklung für eine größere europäische Perspektive zu erweitern. Im Rahmen unserer eigenen Studien war eine solche Breite nicht möglich.

Die auf dem Wege unseres qualitativen Zugangs gewonnenen Einsichten in das „Innenleben“ verschiedener Ansätze der nachschulischen Bildung auf einer sehr konkreten, praktischen Ebene haben sich für das Verständnis von Entstehung, Strukturen und Funktionsweisen der Projektbeispiele als unverzichtbar erwiesen. Ebenso erlauben diese Aussagen zur möglichen Übertragbarkeit der gewählten Ansätze, die sich andernfalls, allein auf der Basis von Konzepten und Strategien, so kaum hätten treffen lassen können. Durch das Format verschiedener Workshops und Tagungen konnten zusätzlich Diskussionsprozesse ermöglicht bzw. fortgesetzt werden, von denen beide Seiten, Wissenschaft und Praxis, gleichermaßen profitiert haben. Einige der im Zuge der Studie geknüpften Kontakte haben über das Ende des Vorhabens hinaus Bestand (z. B. University of the Highlands and Islands) und bieten unmittelbare Anknüpfungspunkte sowohl für weitere Forschungsvorhaben als auch die Fortsetzung des Wissenschaft-Praxis-Dialogs. Unseren Erfahrungen nach sollten zukünftige Forschungsvorhaben zur nachschulischen Bildung und zur Daseinsvorsorge insgesamt unbedingt Wert darauflegen, entsprechende Formate anzubieten und zu nutzen.

11.2.3 Medizinische Versorgung und Pflege

Die ausländischen Fallbeispiele verdeutlichen, dass innovative Projekte eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen spielen und weiterhin für die Forschung von besonderer Bedeutung sind. In weiteren Forschungsprojekten sollte sich mit den förderlichen Eigenschaften im Detail auseinandergesetzt werden. Insbesondere im Bereich E-Health kann eine hohe Innovationskraft festgestellt werden, für die jedoch die Akzeptanz eine große Rolle spielt, die jedoch nicht für alle Teilbereiche der Projekte erkannt werden konnte. Zukünftigen Forschungsvorhaben bleibt es vorbehalten, Teilbausteine von Projekten zu identifizieren und hinsichtlich der Akzeptanz weitergehend zu untersuchen.

Die erfolgreiche Verwendung von E-Health-Produkten erfordert die Akzeptanz verschiedener Akteure, einschließlich politischer Entscheidungsträger, der breiten Öffentlichkeit und der Nutzer selbst. Forschungsbedarf ist für die Steigerung der Akzeptanz festzustellen; es sollten Erkenntnisse erzielt werden, wie die gezielte Informationsangebote, offene Kommunikation und Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Prozesse verbessert werden könnten. Daraus ergibt sich auch Forschungsbedarf, wie die Digitalisierung in ländlichen Räumen vorangetrieben werden kann, um sicherzustellen, dass alle Zugang zu den Produkten haben.

Durch den Einsatz von E-Health-Produkten kann nicht nur der Kontakt zu Patient:innen intensiviert werden, sondern auch das körperliche und geistige Wohlbefindens besser überwacht werden. Forschungsbedarf sollten darauf klären, wie diese gezielter koordiniert und verwendet und wie die vorhandene Infrastruktur und finanzielle Ressourcen besser ausgenutzt und effizienter eingesetzt werden können. Die Erfolgsfaktoren zur Verstetigung innovativer Projekte sollten Ausgangspunkt zukünftiger Forschungsvorhaben sein.

Sowohl Anbietende als auch Nutzende von E-Health-Produkten benötigen erweitertes Wissen, um sicher mit den innovativen Lösungen umgehen zu können. Es bedarf daher der Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsmodulen, um ganzheitliche Angebote zu ermöglichen, die es ermöglichen, die sektorale Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege zu überbrücken.

Ehrenamtlich Helfende sollten ebenfalls Unterstützung und Wertschätzung erfahren. Es gibt keine allgemeingültigen Lösungen zur Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen, da lokale und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Eine Systematisierung der Unterstützungs- und

Wertschätzungsmöglichkeiten sollte im Fokus weiterer Forschungsarbeiten sein. Interkommunale Zusammenarbeit und überfachliche Abstimmung und Kooperation können jedoch dazu beitragen, bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen – der hier bestehende Forschungsbedarf besteht schon seit Jahren und kann auch aus den Erkenntnissen von InDaLE weiterhin formuliert und unterstrichen werden.

11.2.4 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

In der lebhaften deutschen Debatte um den Umbau der Daseinsvorsorge spielten Fragen von Brand- und Katastrophenschutz oder technischer Hilfeleistungen vor dem InDaLE-Projekt nur selten eine Rolle (vgl. aber Stielike 2018, Steinführer 2014, Albrecht und Gutsche 2010) – und auch weiterhin bleiben sie ein nur randliches Thema (als Ausnahme: ARL 2022). Unsere These ist, dass dieses Desinteresse der Forschung mit einer vermeintlichen Selbstverständlichkeit des „Funktionierens“ dieses Daseinsvorsorgebereichs ebenso wie mit einer gewissen Unsichtbarkeit des mit der Gefahrenabwehr verbundenen Ehrenamts zusammenhängt. Einige wenige Untersuchungen zu Motiven und Faktoren des Engagements im Bevölkerungsschutz (Kietzmann et al. 2016, Wenzel et al. 2012) weisen aber darauf hin, dass die ehrenamtliche Erbringung einer kommunalen Pflichtaufgabe durch Freiwillige keinesfalls ein „Selbstläufer“ ist. So wichtig wie die häufig betonte soziale Rolle Freiwilliger Feuerwehren gerade in ländlichen Räumen ist – als ehrenamtliche Institution ist sie ebenso für die Gefahrenabwehr in Deutschland, aber auch in Österreich und weiteren, in InDaLE nicht betrachteten Ländern unabdingbar.

Vorbeugender und abwehrender Brandschutz können auch mit einem anderen Gewährleistungssystem erbracht werden, das nur zu geringen Teilen auf das Ehrenamt setzt. Dies war die wesentliche Erkenntnis unseres kontrastierenden Vergleichs mit Schottland. Die COVID-19-Pandemie hat leider verhindert, dass unsere Untersuchungen zum schottischen System ebenso wie der Vergleich mit dem österreichischen und deutschen Governancemodell in die wünschenswerte Tiefe gehen konnten. Deshalb ist der Vergleich unterschiedlicher Governance-Systeme der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und damit zusammenhängende Fragen etwa der Wirksamkeit und Akzeptanz auch nach Abschluss des InDaLE-Projekts als anhaltende Forschungsdesiderata zu bezeichnen.

Doch auch der Vergleich mit weiteren Ländern wie Polen oder auch Slowenien, die wie Deutschland und Österreich überwiegend auf ein Freiwilligensystem setzen, wäre wünschenswert. Sind die Herausforderungen dort ähnlich? Wie wird mit ihnen umgegangen? Lassen sich auch dort vergleichbare Lösungsansätze und Verantwortungsverschiebungen feststellen?

Weitere offene Forschungsfragen, die über das Erkenntnisinteresse von InDaLE hinausgingen, gleichwohl aber zum Verständnis des Daseinsvorsorgebereichs, seiner Veränderungen und künftigen Gestaltung von Bedeutung sind, beziehen sich auf die Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf die dauerhafte Gewährleistung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und ihre diesbezügliche Mitwirkungsbereitschaft. Da einer der in InDaLE identifizierten übergreifenden Lösungsansätze für die Herausforderungen in diesem Daseinsvorsorgebereich eine verbesserte – systematische und sich nicht nur an jüngere Kinder richtende – Brandschutzerziehung ist, entstehen neue Forschungsfragen, etwa welche langfristigen Wirkungen diese für die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung oder für die Mitgliederzahlen in den Freiwilligen Feuerwehren haben. Ebenfalls vor dem Hintergrund unserer Erkenntnisse in Bezug auf eine veränderte Akteurslandschaft und die partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten sollten künftige Forschungen Wahrnehmungen und Deutungen der Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren in Bezug auf diese Veränderungen adressieren. Auch die Akzeptanz des stärker verbreiteten Hauptamts und dessen Folgen für die Motivation der Freiwilligen wären zu nennen. Schließlich stellen sich Fragen nach der künftigen Einsatzfähigkeit und gegebenenfalls notwendiger Anpassungen des Daseinsvorsorgebereichs im Lichte klimawandelbedingter Extremereignisse, die vielerorts an Zahl und an Stärke zunehmen.

12Literaturverzeichnis

- ABDA (Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e.V.) (2022): Die Apotheke – Zahlen, Daten, Fakten 2022. Online unter: https://www.abda.de/fileadmin/user_upload/assets/ZDF/ZDF22/ABDA_ZDF_2022_Broschuere.pdf [14.03.2023].
- Adam Hernández, A. und Schneider, C. (2021): Experimenting for long-term transformation. Key insights into 20 years of German pilot schemes for innovative rural public service and infrastructure provision. *Europa XXI*, 41, S. 107-128.
- Adelman, H. S. und Taylor, L. (2003): On Sustainability of Project Innovations as Systemic Change. *Journal of Educational and Psychological Consultation*, 14(1), S. 1–25.
- AG FFW (Arbeitsgruppe Freiwillige Feuerwehr) Sachsen (2020): Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“. o.O.
- AGBF (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren) (2015): Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten vom 16. September 1998, Fortschreibung vom 19. November 2015. Bonn.
- AGBF (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren) und DFV (Deutscher Feuerwehrverband) (2018): Risikoeinschätzung Lithium-Ionen Speichermedien. München.
- Albrecht, M. und Gutsche, J.-M. (2010): Kurzexpertise: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Organisation der Gefahrenabwehr und Notfallrettung als Mindestleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. In Kooperation mit M. Meier und J. Müller. Hamburg.
- Almeida, R. M., Fleischmann, A. S., Breda, J. P. F., Cardoso, D. S., Angarita, H., Collischonn, W., Forsberg, B., Garcia-Villacorta, R., Hamilton, S K., Hannam, P. M., Paiva, R., Poff N. L., Sethi, S. A., Shi, Q., Gomes, C. P. und Flecker, A. (2021): Climate change may impair electricity generation and economic viability of future Amazon hydropower. *Global Environmental Change*, 71, S. 1-10.
- An der Heiden, I., Meyrahn, F., Schweitzer, M., Großmann, A., Stöver, B., Ulrich, P. und Wolter, M I. (2012): Demografischer Wandel – Auswirkungen auf die Bauwirtschaft durch steigenden Bedarf an stationären und ambulanten Altenpflegeplätzen. Abschlussbericht – Langfassung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Mainz.
- Andrzejewska, L., Döbert, H., John, M., Kann, C., Pohl, U., Seveker, M., Siepke, T. und Weishaupt, H. (2012): Die Erfassung des lebenslangen Lernens in einem kommunalen Bildungsmonitoring. Handreichung. Bonn.
- Arbo, P. und Benneworth, P. (2007): Understanding the Regional Contribution of Higher Education Institutions. A Literature Review. OECD Education Working Papers (9). o. O.: OECD Publishing
- ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (Hrsg.) (2022): Ländliche Räume in NRW – Räume mit Zukunftsperspektiven – Schwerpunktthema „Daseinsvorsorge“ – Teil-Positionspapier 4. Positionspapier aus der ARL (132). Hannover.
- ARL (Akademie für Raumordnung und Landesplanung) (Hrsg.) (2016). Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder. Positionspapier aus der ARL (108). Hannover.
- Ashley, D., Bauman, R., Carroll, J., Diekmann, J. und Finlayson, F. (1998): Evaluating viability of privatized transportation projects. *Journal of Infrastructure Systems*, 4(3), S. 102-110.
- Baethge-Kinsky, V. (2012): Lernen ganzheitlich erfassen – Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann. Konzeption eines kommunalen Lernreports. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen e.V.
- Bamberger, M. und Cheema, S. (1990): Case studies of project sustainability: implications for policy and operations from Asian experience. Washington, D.C.
- Bannenber, B. (2021): Gewalt gegen Amtsträger. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71(13-15), S. 27-34.
- Barth, J. A., Steidle, D., Kuntz, D., Gocht, T., Mouvet, C., von Tümpling, W., Lobe, I., Langenhoff, A., Albrechtsen, H. J., Janniche, G. S., Morasch, B.,

- Hunkeler, D., und Grathwohl, P. (2007): Deposition, persistence and turnover of pollutants: First results from the EU project AquaTerra for selected river basins and aquifers. *Science of The Total Environment*, 376(1-3), S. 40-50.
- Bastelaer, B. V. (1998): Digital cities and transferability of results. *European digital cities: 4th conference: changing patterns of urban life*, 29-30 October 1998, Salzburg, Austria. S. 61-70. Online unter: <https://researchportal.unamur.be/en/publications/digital-cities-and-transferability-of-results> [06.11.2022].
- Batkovskiy, A. M., Konovalova, A. V., Semenova, E. G., Trofimets, V. Y. und Fomina, A. V. (2015): Risks of Development and Implementation of Innovative Projects. *Mediterranean Journal of Social Sciences*, 6(4), S. 243-253.
- Batterbury, S. und Hill, S. (2004): Assessing the Impact of Higher Education on regional Development: Using a Realist Approach for Policy Enhancement. *Higher Education Management and Policy*, 16(3), S. 35-52.
- Benson, D. und Jordan, A. (2011): What have we Learned from Policy Transfer Research? Dolowitz and Marsh Revisited. *Political Studies Review*, 9(3), S. 366-378.
- Benz, A.-K. (2010): Modernisierung der Kommunalverwaltung durch elektronische Bürgerbeteiligung? Ein Versuch der Übertragbarkeit des europäischen Projekts VoicE auf Kommunen. Diplomarbeit, Hochschule für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg. Online unter: <https://opus-hslb.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/127> [23.10.2022].
- Berman, P., McLaughlin, M. W., Bass-Golod, G. V., Pauly, E., Zellman, G. L.(1977): *Federal Programs Supporting Educational Change*, Vol. VII: Factors affecting Implementation and Continuation. Washington, D.C.
- Biagini, B. und Miller, A. (2013): Engaging the private sector in adaptation to climate change in developing countries: importance, status, and challenges. *Climate and Development*, 5(3), S. 242-252.
- Blotevogel, H. H., Danielczyk, R. und Münter, A. (2014): Spatial planning in Germany: Institutional inertia and new challenges. In: Reimer, M., Getimis, P. und Blotevogel, H. H. (Hrsg.): *Spatial Planning Systems and Practices in Europe. A Comparative Perspective on Continuity and Changes*. New York: Routledge. S. 83-108.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (o.J.): Weiterbildung. Online unter: <https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/weiterbildung/weiterbildung> [22.10.2022].
- BMG (Bundesministerium für Gesundheit) (2020): *Das deutsche Gesundheitssystem – Leistungsstark. Sicher. Bewährt*. Berlin.
- BMG (Bundesministerium für Gesundheit) (2023): *Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit*. Online unter: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/aufgaben-und-organisation/aufgaben.html> [15.03.2023].
- BMG (Bundesministerium für Gesundheit) (2023a): *Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband)*. Online unter: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/selbstverwaltung/spitzenverband-bund-der-krankenkassen-gkv-spitzenverband.html> [15.03.2023].
- BMG (Bundesministerium für Gesundheit) (2023b): *Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung*. Online unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Zahlen_und_Fakten/Zahlen_und_Fakten_pv_bf.pdf [14.03.2023].
- BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) (Hrsg.) (2019): *Verstetigung des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge (ArD) in 21 Modellregionen*. Berlin.
- BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat), BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) und BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2019): *Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“*. Berlin.

- BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) (2017): Masterplan ländlicher Raum "Auf Schwung für den ländlichen Raum". Wien.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. Schriftenreihe Forschungen (153). Berlin.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. BMBS-Online-Publikation (04/2023). Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichen/ministerien/bmvbs/bmvbs-online/2013/DL_ON042013.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [27.09.2023].
- BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) (2015): Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz. BMVI-Online-Publikation (02/2015). Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichen/ministerien/bmvi/bmvi-online/2015/DL_BMVI_Online_02_15.pdf [30.09.2022].
- Bock, B. B. (2016): Rural Marginalisation and the Role of Social Innovation. A Turn Towards Nexogenous Development and Rural Reconnection. *Sociologia Ruralis*, 56(4), S. 552–573.
- Bopp, M., Saunders, R.P. und Lattimore, D. (2013): The Tug-of-War: Fidelity Versus Adaptation Throughout the Health Promotion Program Life Cycle. *The Journal of Primary Prevention*, 34(3), S. 193–207.
- Bossert, T. J. (1990): Can they get along without us? Sustainability of donor-supported health projects in Central America and Africa. *Social Science & Medicine*, 30(9), S. 1015–1023.
- Boverket (2022): Planning Process. Online unter: <https://www.boverket.se/en/start/building-in-sweden/developer/planning-process/> [11.10.2022].
- Bracht, N., Finnegan, J. R., Rissel, C., Weisbrod, R., Gleason, J., Corbett, J. und Veblen-Mortenson, S. (1994): Community ownership and program continuation following a health demonstration project. *Health Education Research*, 9(2), S. 243–255.
- Brad, A., Adam Hernández, A. und Steinführer, A. (2022): Governance der Daseinsvorsorge. In: Franz, Y., Heintel, M. (Hrsg.): *Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung*. Wien: Facultas. S. 110–127.
- Brad, A., Adam Hernández, A. und Steinführer, A. (2023): Neuverteilung von Verantwortung? Brandschutzerziehung als Strategie zur Zukunftssicherung Freiwilliger Feuerwehren. *Raumforschung und Raumordnung* 81, 17 S., online first, DOI: 10.14512/rur.1701.
- Brake, K. und Herfert, G. (Hrsg.) (2012): *Reurbanisierung: Materialität und Diskurs in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- BReg (Die Bundesregierung) (2021): Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse – Zwischenbilanz der 19. Legislaturperiode, Berlin. Online unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/178222/7d7b9f258c195b5731d90b726bac7883/politik-fuer-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-zwischenbilanz-data.pdf> [20.02.2024].
- Brueggen, A. und Luft, J.L. (2014): Cost Estimates, Cost Overruns, and Project Continuation Decisions. Online unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2434217 [23.10.2022].
- Bulmer, S. und Padgett, S. (2005): Policy Transfer in the European Union: An Institutional Perspective. *British Journal of Political Science*, 35(1), S. 103–126.
- Bundesministerium für Inneres (2023): Zivilschutz in Österreich. Online unter: <https://www.bmi.gv.at/204/Katastrophenmanagement/start.aspx> [25.9.2023].
- Busemeyer, M. R. und Schlicht-Schmälzle, R. (2014): *Partisan politics and the political economy of education reforms in Western Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Caskey, J. und Hughes, J. S. (2012): Assessing the Impact of Alternative Fair Value Measures on the Efficiency of Project Selection and Continuation. *The Accounting Review*, 87(2), S. 483–512.
- Chau, K W. (2007): Incorporation of Sustainability Concepts into a Civil Engineering Curriculum.

- Journal of Professional Issues in Engineering Education and Practice, 133(3), S. 188-191.
- Christmann, G. (2020): Soziale Innovationen in ländlichen Räumen. In: Krajewski, C. und Wiegandt, C.-C. (Hrsg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Schriftenreihe (10362). Bonn. S. 228–239.
- Claquin, P. (1989): Sustainability of EPI: Utopia or Sine Qua Non Condition of Child Survival. Arlington, VA: REACH.
- Clark, M. M. (2017): Education in Scotland. Setting the scene. In: Clark, M. M. und Munn, P. (Hrsg.): Education in Scotland. Policy and practice from pre-school to secondary. London/New York: Routledge. S. 1-18.
- Clark, M. M. und Munn, P. (Hrsg.) (2017): Education in Scotland. Policy and practice from pre-school to secondary. London/New York: Routledge.
- Clarke, I. (2013): The Role of Procurement and SGEI After Altmark. In: Szyszczak, E. und van de Gronden, J. W. (Hrsg.): Financing Services of General Economic Interest. Reform and Modernization. The Hague: T.M.C. Asser Press. S. 69-84.
- Coelho, J., Portela, J. und Pinto, P.A. (1996): A social approach to land consolidation schemes: A Portuguese case study: the Valença Project. Land Use Policy, 13(2), S. 129–147.
- Cosgrove, B.A., Lohmann, D., Mitchell, K.E., Houser, P.R., Wood, E.F., Schaake, J.C., Robock, A., Marshall, C., Sheffield, J., Duan, Q., Luo, L., Higgins, R.W., Pinker, R.T., Tarpley, J.D. und Meng, J. (2003): Real-time and retrospective forcing in the North American Land Data Assimilation System (NLDAS) project. Journal of Geophysical Research: Atmospheres, 108(D22).
- Current, D., Lutz, E. und Scherr, S. (1995): Costs, benefits, and farmer adoption of agroforestry. Washington, D.C.: The World Bank.
- Dance, S.L., Ballard, S.P., Bannister, R.N., Clark, P., Cloke, H.L., Darlington, T., Flack, D.L.A., Gray, S.L., Hawkness-Smith, L., Husnoo, N., Illingworth, A.J., Kelly, G.A., Lean, H.W., Li, D., Nichols, N.K., Nicol, J.C., Oxley, A., Plant, R.S., Roberts, N.M. und Roulstone, I. (2019): Improvements in Forecasting Intense Rainfall: Results from the FRANC (Forecasting Rainfall Exploiting New Data Assimilation Techniques and Novel Observations of Convection) Project. Atmosphere, 10(3), S. 125.
- Daßer, E., Jahnke, K., Maier, D. und Stelmacher, K. (2017): Studie zur Verstetigung der Sozialen Stadt. Handlungsempfehlungen zur Implementierung des Verstetigungsansatzes in laufende und künftige Verfahren- Schlussbericht. Berlin.
- Dax, T., Fidschuster, L., Fischer, M., Hiess, H., Oedl-Wieser, T. und Pfefferkorn, W. (2016): Regionen mit Bevölkerungsrückgang, Experten-Impulspapier zu regional- und raumordnungspolitischen Entwicklungs- und Anpassungsstrategien. Analyse und strategische Orientierungen. Wien: Bundeskanzleramt.
- De Jong, M. und Edelenbos, J. (2007): An Insider's Look into Policy Transfer in Transnational Expert Networks. European Planning Studies, 15(5), S. 687–706.
- Destatis (2020): Statistiken zu Bevölkerung und Migration in Deutschland im Jahr 2020. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Destatis (2021): Zeitreihen der wichtigsten Merkmale aus der Straßenverkehrsunfallstatistik. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Verkehrsunfaelle/Publikationen/Download-s-Verkehrsunfaelle/verkehrsunfaelle-zeitreihen-pdf-5462403.html> [27.09.2023].
- Destatis (2022): Krankenhäuser – Einrichtungen, Betten und Patientenbewegung. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankenhaeuser/Tabellen/gd-krankenhaeuser-jahre.html> [14.03.2023].
- Destatis (2023): Gesundheitsausgaben im Jahr 2020 auf über 440 Milliarden Euro gestiegen. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_153_236.html [14.03.2023].
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Berlin.
- DFV (Deutscher Feuerwehrverband) (2021): Feuerwehr-Jahrbuch 2021. Das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

- DFV (Deutscher Feuerwehrverband) (2022):
Feuerwehr-Jahrbuch 2022. Das Feuerwehrwesen in
der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Dolowitz, D.P. und Marsh, D. (1996): Who Learns What
from Whom: A Review of the Policy Transfer
Literature. *Political Studies*, 44(2), S. 343–357.
- Dolowitz, D.P. und Marsh, D. (2000): Learning from
Abroad: The Role of Policy Transfer in
Contemporary Policy-Making. *Governance*, 13(1), S.
5–23.
- Edwards, J.C., Feldman, P.H., Sangl, J., Polakoff, D.,
Stern, G. und Casey, D. (2007). Sustainability of
Partnership Projects: A Conceptual Framework and
Checklist. *The Joint Commission Journal on Quality
and Patient Safety*, 33(12), S. 37–47.
- Einig, K. und Jonas, A. (2009): Ungleichwertige
Lebensverhältnisse in Deutschland. *Europa
regional*, 17(3), S. 59–75.
- Enjolras, B. (2009): Between market and civic
governance regimes: Civicness in the governance
of social services in Europe. *Voluntas: International
Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*,
20(3), S. 274-290.
- Europäische Kommission (2001): Einen Europäischen
Raum des Lebenslanges Lernens schaffen.
Mitteilung der Kommission. Luxemburg: Amt für
Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Europäische Kommission (2020): European Social
Progress Index. Online unter:
https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/social_progress2020 [30.09.2022].
- European Network for Rural Development (2020):
Großbritannien. Online unter:
https://enrd.ec.europa.eu/country/uk_de
[10.10.2022].
- Eurostat (2016): Classification of learning activities
(CLA). Manual. Luxemburg: Amt für
Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Eurostat (2022): Adult learning statistics. Online unter:
[https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-
explained/index.php?title=Adult_learning_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Adult_learning_statistics)
[22.10.2022].
- Eurydice (2022a): Germany. Online unter:
[https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-
education-systems/germany/germany-overview](https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-education-systems/germany/germany-overview)
[26.10.2022].
- Eurydice (2022b): Sweden. Online unter:
[https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-
education-systems/sweden/sweden](https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-education-systems/sweden/sweden) [30.10.2022].
- Fassmann, H., Rauhut, D., Marques da Costa, E. und
Humer, A. (Hrsg.) (2015): *Services of General
Interest and Territorial Cohesion – European
Perspectives and National Insights*. Wien: Vienna
University Press.
- Fink, P., Hennicke, M. und Tiemann, H. (2019):
Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer
Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-
Stiftung.
- Förster, C., Schmid, J. und Trick, N. (2014): Die
nordischen Länder – Politik in Dänemark, Finnland,
Norwegen und Schweden. Wiesbaden: Springer VS.
- Franke, T., Landua, D., Strauss, W.C. und Bunzel, A.
(2013): Gutachten Verstetigungsmöglichkeiten
Berliner Quartiersmanagementverfahren.
Deutsches Institut für Urbanistik. Online unter:
[https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/q
uartiersmanagement/download/difu_gutachten_q
m_verstetigung.pdf](https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/download/difu_gutachten_qm_verstetigung.pdf) [06.11.2022].
- Fredelake, S. und Holube, I. (2010):
Qualitätsbeurteilungen durch Paarvergleich. *165*
Zeitschrift für Audiologie, 49 (4), 149-156.
- Furtner, A., Halmer, S., Kaya, S., Terzic, L., Wülbeck, L.
und Scheicher, R. (2019): *Rekommunalisierung in
Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für
Politikberatung und Politikentwicklung.
- G-BA (Gemeinsamer Bundesausschuss) (2023):
Aufgabe und Arbeitsweise. Online unter:
[https://www.g-ba.de/ueber-den-gba/aufgabe-
arbeitsweise/](https://www.g-ba.de/ueber-den-gba/aufgabe-arbeitsweise/) [14.03.2023].
- Geneletti, D. und Zardo, L. (2016): Ecosystem-based
adaptation in cities: An analysis of European urban
climate adaptation plans. *Land Use Policy*, 50, S.
38-47.
- GESUNDheit.gv.at (Öffentliches Gesundheitsportal
Österreichs) (2019): Das Gesundheitswesen im
Überblick. Online unter:
[https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistung
en/gesundheitswesen/gesundheitsystem.html](https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistung/en/gesundheitswesen/gesundheitsystem.html)
[14.03.2023].
- gi (Gesundheitsinformation.de) (2018):
Gesundheitsversorgung in Deutschland – Das
deutsche Gesundheitssystem. Online unter:

- <https://www.gesundheitsinformation.de/das-deutsche-gesundheitssystem.html> [14.03.2023].
- Goppel, K. (2018): Landesplanung, Landesentwicklung. In: ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt und Raumentwicklung. Hannover. S. 1307–1322.
- Government Offices of Sweden (2015): The Swedish model of government administration. Online unter: <https://www.government.se/how-sweden-is-governed/the-swedish-model-of-government-administration/> [11.10.2022].
- Grant, B. (1991): Planning for project continuation. Paper presented at the national Title III Workshop: "America 2000 – Title III Responds to the Challenges" (Washington, DC, 30. September bis 02. Oktober 1991. Online unter: <https://files.eric.ed.gov/fulltext/ED340443.pdf> [02.11.2022].
- Greiving, S. und Fleischhauer, M. (2012): National Climate Change Adaptation Strategies of European States from a Spatial Planning and Development Perspective. *European Planning Studies* 20(1), S. 27-48.
- Grunfelder, J., Rispling, L. und Norlén, G. (2018): State of the Nordic Region 2018. Kopenhagen: Nordic Council of Ministers.
- Haase, A. und Rink, D. (2015): Inner-city transformation between reurbanization and gentrification: Leipzig, eastern Germany. *Geografie*, 120(2), S. 226–250.
- Hall, D. M. und Scott, W. R. (2019): Early Stages in the Institutionalization of Integrated Project Delivery. *Project Management Journal*, 50(2), S. 128–143.
- Hanh, T. T., Hill, P.S., Kay, B.H. und Quy, T. M. (2009): Development of a framework for evaluating the sustainability of community-based dengue control projects. *The American Journal of Tropical Medicine and Hygiene*, 80(2), S. 312–318.
- Helfferich, C. (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Wiesbaden: Springer VS.
- HIE (Highlands and Islands Enterprise) (2022). Highlands and Islands Enterprise. Online unter: <https://www.hie.co.uk> [23.9.2023].
- Hunter, J. (2000): Last of the free. A millennial history of the Highlands and Islands of Scotland. Edinburgh: Mainstream.
- InfoWeb Weiterbildung (o.J.): Glossar – wichtige Begriffe der Weiterbildung. Online unter: <https://www.iwwb.de/information/Glossar-wichtige-Begriffe-der-Weiterbildung-weiterbildung-82.html> [22.10.2022].
- Ismayr, W. (1999): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske + Budrich.
- Ison, S., Marsden, G. und May, A.D. (2011): Transferability of urban transport policy. *Transport Policy*, 18(3), S. 489–491.
- Jackson, C., Fortmann, S.P., Flora, J.A., Melton, R.J., Snider, J.P. und Littlefield, D. (1994): The capacity-building approach to intervention maintenance implemented by the Stanford Five-City Project. *Health Education Research*, 9(3), S. 385–396.
- Jacuniak-Suda, M. und Mose, I. (2014): Social Enterprises in the Western Isles (Scotland) – Drivers of Sustainable Rural Development. *Europa regional*, 19(2), S. 23 -39.
- Jann, W. und Tiessen, J. (2008): Gesetzgebung im politischen System Schwedens. In: Ismayr, W. (Hrsg.): Gesetzgebung in Westeuropa. EU-Staaten und Europäische Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jessop, B. (2016): Territory, politics, governance and multispatial metagovernance. *Territory, politics, governance*, 4(1), S. 8-32.
- Johnston, P. (2021): Systems of local governance and how citizens participate: an international review – report summary. Edinburgh: The Scottish Government.
- Jonda, B. (2009): Wenn man gegen den Strom schwimmt und auf Kultur und Weiterbildung setzt. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 186-205.
- Joseph, V., West, R. M., Shickle, D., Keen, J. und Clamp, S. (2011): Key challenges in the development and implementation of telehealth projects. *Journal of Telemedicine and Telecare*, 17, S. 71-77.

- Kaether, J., Dehne, P. und Neubauer, A. (2016): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Leitfaden für die Praxis. Berlin.
- KBV (Kassenärztliche Bundesvereinigung) (2023): Gesundheitsdaten – Mehr Ärztinnen und Ärzte, aber kürzere Arbeitszeiten. Online unter: <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16393.php> [14.03.2023].
- Kern, K.K., Malte, C. und Malte, S. (2007): The diffusion of Local Agenda 21 in Germany: comparing the German Federal States. *Environmental Politics*, 16(4), S. 604-624.
- Kietzmann, D., Bischoff, M. und Schmidt, S. (2016): Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Regionen. In: Herbst, M., Dünkel, F. und Stahl, B. (Hrsg.): *Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum*. Wiesbaden: Springer VS. S. 81-91.
- Klaeren, J. (2013): Editorial: Föderalismus in Deutschland. *Informationen zur politischen Bildung*, 318/2013.
- Klöden, J. und Weitkamp, A. (2020): Verstetigung innovativer Ansätze der Daseinsvorsorge - Entwicklung eines Verständnisses aus der Perspektive der Innovationsforschung und des Social Entrepreneurships. *Flächenmanagement und Bodenordnung - fub*, 82(4), S. 151-162.
- Klosterkötter, J. und Ruhrmann, S. (2015): Depression predicts persistence of paranoia in clinical high-risk patients to psychosis: results of the EPOS project. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 51(2), S. 247-257.
- Kohlmeyer, K. (2004): Gute Modelle machen Schule. Wissenstransfer als Projektaufgabe. Dossier Übertragbarkeit von Projektansätzen. *LEADER forum H. 3*, S. 21-31.
- Kötter, T., Schuppe, T. und Maringer, S. (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen. Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsschwerpunktes USL (175). Bonn: Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Bonn.
- Kraus, M., Föbleitner, S. und Riedel, M. (2020): Pflegesysteme im internationalen Vergleich. In: Kraus, J., Kuhley, A., Greß, S., Klauber, J. und Schwinger, A. (Hrsg.): *Pflege-Report 2020 – Neuausrichtung von Versorgung und Finanzierung*. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 23-38.
- Küpper, P., Kundolf, S., Mettenberger, T., und Tuitjer, G. (2018): Rural regeneration strategies for declining regions: trade-off between novelty and practicability. *European Planning Studies*, 26(2), S. 229-255.
- Kwiek, M. (2012): Universities, Regional Development and Economic Competitiveness. The Polish Case. In: Pinheiro, R., Benneworth, P. und Jones, G. A. (Hrsg.): *Universities and Regional Development: A critical assessment of tensions and contradictions*. London, New York: Routledge. S. 69-85.
- Lahmar, R. (2010): Adoption of conservation agriculture in Europe. *Land Use Policy*, 27(1), S. 4-10.
- Landesgesetz über das Feuerwehrwesen in Oberösterreich 2015. Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrOO&Gesetzesnummer=20000798> [27.9.2023].
- Liu, A. M. und Walker, A. (1998): Evaluation of project outcomes. *Construction Management & Economics*, 16(2), S. 209-219.
- Macário, R. und Marques, C.F. (2008): Transferability of sustainable urban mobility measures. *Research in Transportation Economics*, 22(1), S. 146-156.
- Machold, I. und Tamme, O. (2009): Land am Rand? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum in Österreich. In: Neu, C. (Hrsg.): *Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 154-169.
- Macintyre, R. und Macdonald, J. (2011): Remote from What? Perspectives of Distance Learning Students in Remote Rural Areas of Scotland. *International Review of Research in Open and Distance Learning*, 12(4), S. 1-16.
- Mackie, A., Boeren, E. und Riddel, S. (2019): Post-school education for marginalised young people. Evidence from Scotland. *Enliven Briefing* (41). o. O.
- Madon, S., Reinhard, N., Roode, D. und Walsham, G. (2009): Digital inclusion projects in developing countries: Processes of institutionalization. *Information Technology for Development*, 15(2), S. 95-107.

- Maretzke, S., Hoymann, J., Schlömer, C. und Stelzer, A. (2021): Raumordnungsprognose 2040. (BBSR-Analysen KOMPAKT (03/2021). Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
- Marsden, G. und Stead, D. (2011): Policy transfer and learning in the field of transport: A review of concepts and evidence. *Transport Policy*, 18(3), S. 492–500.
- Mayer, H. (2021): Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten. In: Steinführer, A. Porsche, L. und Sondermann, M. (Hrsg.): *Kompodium Kleinstadtforschung*. Forschungsberichte der ARL (16). Hannover. S. 140–154.
- Mayring, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12., überarb. Aufl). Weinheim: Beltz.
- Mayring, P. und Fenzl, T. (2019): *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: Baur, N. und Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS. S. 633–648.
- Mettenberger, T., Zscherneck, J. und Küpper, P. (2021): Wenn Neues aufs Land kommt. Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung innovativer Lösungen zur digitalen Daseinsvorsorge. *Raumforschung und Raumordnung*, 79 (6), S. 543–556.
- Milstein, A. (2018): Daseinsvorsorge. In: ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft.) *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover. S. 361–373.
- Ministry of Education and Research (2007): *The Swedish Strategy for lifelong learning. A summary of principles and orientations*. Regeringskansliet, U2007/3110/SAM.
- Morgenstern-Einenkel, A. und Rädiker, S. (2021): *Im Team arbeiten mit MAXQDA. Organisation, Arbeitsteilung und Umsetzung in sieben Phasen*. Berlin: MAXQDA Press.
- Mose, I. (2022): Die schottischen Highlands and Islands. Wandlungsprozesse einer ländlichen Peripherie. *Geographische Rundschau*, 74(6), S. 44–49.
- Mose, I., Jacuniak-Suda, M. und Fiedler, G. (2014): *Regional Governance-Stile in Europa. Eine vergleichende Analyse von Steuerungsstilen ausgewählter LEADER-Netzwerke in Extremadura (Spanien), Warminsko-Mazurskie (Polen) und Western Isles (Schottland)*. *Raumforschung und Raumordnung*, 72, S. 3–20.
- Müller, B.S., Leiferman, M., Wilke, D., Gerlach, F.M. und Erler, A. (2016): Innovative Versorgungsmodelle in Deutschland – Erfolgsfaktoren, Barrieren und Übertragbarkeit. *Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen*, 115, S. 49–55.
- Müller, J. (2009): *Zukunft der Feuerwehr – Feuerwehr der Zukunft im ländlichen Raum. Systematische Beurteilung der Auswirkungen von Individualisierung, Globalisierung und Technisierung auf ländliche Freiwillige Feuerwehren, Notwendigkeiten und Lösungsansätze für den Erhalt der Leistungs- und die Stärkung der Zukunftsfähigkeit des bestehenden Feuerwehrsyste.ms*. Dissertation, Universität Wuppertal.
- Münter, A. und Reimer, M. (2020): Planning Systems on the Move? Persistence and Change of the German Planning System. *Planning Practice & Research*, 38 (5), S. 659–677.
- Mwesiumo, D., Halfdanarson, J. und Shlopak, M. (2022): Navigating the early stages of a large sustainability-oriented rural tourism development project: Lessons from Traena, Norway. *Tourism management*, 89, S. 1–11.
- National Records of Scotland (2019). *Mid-Year Population Estimates Scotland, Mid-Year 2028*. Online unter: <https://www.nrscotland.gov.uk/files/statistics/population-estimates/mid-18/mid-year-pop-est-18-pub.pdf> [23.09.2023].
- National Records of Scotland (2022). *Projected Population of Scotland (2020-based)*. Online unter: <https://www.nrscotland.gov.uk/statistics-and-data/statistics/statistics-by-theme/population/population-projections/population-projections-scotland/2020-based/2020-based-unrevised> [23.09.2023].
- Neumeier, S. (2012): Why do Social Innovations in Rural Development Matter and Should They be Considered More Seriously in Rural Development Research? Proposal for a Stronger Focus on Social Innovations in Rural Development Research. *Sociologia Ruralis*, 52 (1), S. 48–69.

- Nordregio (o. J.): The spatial planning systems in the Nordic region. Online unter: <https://archive.nordregio.se/Metameny/About-Nordregio/Nordic-working-groups/nwgcityregions/The-spatial-planning-systems-in-the-Nordic-region/index.html#Sweden> [10.10.2022].
- Obinger, H., Schmitt, C. und Starke, P. (2013): Policy Diffusion and Policy Transfer in Comparative Welfare State Research. *Social Policy & Administration*, 47(1), S. 111-129.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2000): Thematic Review of Adult Learning. Sweden. Background Report. Online unter: <https://www.oecd.org/sweden/1892169.pdf> [31.10.2022].
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2013): Innovation-driven Growth in Regions: The Role of Smart Specialisation. Paris: OECD Publishing.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2014): OECD Territorial Reviews: Netherlands 2014. Paris: OECD Publishing.
- Oedl-Wieser, T., Strahl, W. und Dax, T. (2010): The LEADER programme 2007-2013: refocusing towards agriculture-oriented activities as a consequence of 'mainstreaming' innovative rural action in Austria. Online unter: <https://ideas.repec.org/p/ags/eea118/94622.html> [24.10.2022].
- Oino, P.G., Towett, G., Kirui, K.K. und Luvega, C. (2015): The dilemma in sustainability of community-based projects in Kenya. *Global Journal of Advanced Research*, 2(4), S. 757-768.
- Olk, T. (2010): Bürgerschaftliches Engagement im Lebenslauf. In: Naegele, G. (Hrsg.): *Soziale Lebenslaufpolitik. Sozialpolitik und Sozialstaat*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ÖROK [Österreichische Raumordnungskonferenz] (2020): STRAT.AT 2020. Partnerschaftsvereinbarung Österreich 2014-2020. Wien.
- ÖROK [Österreichische Raumordnungskonferenz] (2021a): 16. Raumordnungsbericht Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2018–2020. Schriftenreihe (209). Wien.
- ÖROK [Österreichische Raumordnungskonferenz] (2021b): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2030: Raum für Wandel. Wien.
- Ortner, A.; Klöden, J.; Weitkamp, A. (2023): Förderliche Faktoren für die Verstetigung innovativer Projekte im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege - Eine Fallstudienanalyse schwedischer und österreichischer Initiativen. In: *zfv - Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement*, 148 (2). S. 94-107.
- O'Shaughnessy, M., Christmann, G.B. und Richter, R. (2023): Introduction. Dynamics of social innovations in rural communities. *Journal of Rural Studies*, 99, S. 187-192.
- Osman, A., Ladhani, S., Findlater, E. und McKay, V. (2017): *A Curriculum Framework for the Sustainable Development Goals*. London: The Commonwealth.
- Osterhage, F. (2018): The End of Reurbanisation? Phases of Concentration and Deconcentration in Migratory Movements in North Rhine-Westphalia. *Comparative Population Studies*, 43, S. 131–156.
- Pahl-Weber, E., Henckel, D. (Hrsg.) (2008): *The planning system and planning terms in Germany. A glossary. Studies in spatial development*. Hannover: ARL.
- Pichlbauer, E. G. (2018): *Das österreichische Pflegesystem: Ein europäischer Sonderfall*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pilz, M. (2010): Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland – Schottland. In: Grollmann, P., Frommberger, D., Clement, U., Deisinger, T., Lauterbach, U., Pilz, M. und Spöttl, G. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Berufsbildung*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Pluye, P., Potvin, L. und Denis, J.-L. (2004): Making public health programs last: conceptualizing sustainability. *Evaluation and Program Planning*, 27(2), S. 121–133.
- Police and Fire Reform (Scotland) Act 2012. Online unter: <https://www.legislation.gov.uk/asp/2012/8/content/s/enacted> [27.09.2023].
- Priemer, J., Labigne, A. und Krimmer, H. (2016): *Wie finanzieren sich zivilgesellschaftliche*

- Organisationen in Deutschland? Eine Sonderauswertung des ZiviZ Surveys. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Rappen, H. (2022): Koproduktion kommunaler Daseinsvorsorge – Chancen und Risiken. In: Abt, J., Blecken, L., Bock, S., Diringer, J. und Fahrenkrug, K. (Hrsg.): Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung. Wiesbaden: Springer VS, S. 269-302.
- Rhea, S.-A., Bricker, J. B., Wadsworth, S. J. und Corley, R. P. (2012): The Colorado Adoption Project. *Twin Research and Human Genetics*, 16(1), S. 358–365.
- Richter, M. und Dickhaut, W. (2018): Entwicklung einer Hamburger Gründachstrategie Wissenschaftliche Begleitung – Wasserwirtschaft & Übertragbarkeit. Hamburg: Hafencity Universität Hamburg.
- Rohankar, N., Jain, A.K., Nangia, O. P. und Dwivedi, P. (2015): A study of existing solar power policy framework in India for viability of the solar projects perspective. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 56, S. 510-518.
- Rose, R. (2005): *Learning From Comparative Public Policy: A Practical Guide*. London: Routledge.
- Rye, T., Welsch, J., Plevnik, A. und de Tommasi, R. (2011): First steps towards cross-national transfer in integrating mobility management and land use planning in the EU and Switzerland. *Transport Policy*, 18(3), S. 533–543.
- Salokangas, R.K.R., Schultze-Lutter, F., Hietala, J., Heinimaa, M., From, T., Ilonen, T., Löyttyniemi, E., von Reventlow, H.G., Juckel, G., Linszen, D., Dingemans, P., Birchwood, M., Patterson, P., Klosterkötter, J. und Ruhrmann, S. (2015): Depression predicts persistence of paranoia in clinical high-risk patients to psychosis: results of the EPOS project. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 51(2), S. 247–257.
- Sarriot, E.G., Winch, P.J., Ryan, L.J., Edison, J., Bowie, J., Swedberg, E. und Welch, R. (2004): Qualitative research to make practical sense of sustainability in primary health care projects implemented by non-governmental organizations. *The International Journal of Health Planning and Management*, 19(1), S. 3–22.
- Sauter, M. und Ruiz, M. (2007): Die Verstetigung der sozialen Stadt. *Soziale Stadt info*, 21, S. 1-5.
- Scanferla, P., Ferrari, G., Pellay, R., Volpi Ghirardini, A., Zanetto, G. und Libralato, G. (2009): An innovative stabilization/solidification treatment for contaminated soil remediation: demonstration project results. *Journal of Soils and Sediments*, 9(3), S. 229–236.
- Schade, H.-J. (2012): Neue Wege im Kampf gegen den Hausärztemangel. *Gesundheitliche Versorgung für die Zukunft sichern! Standpunkt. Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung* (2/2012). Wiesbaden.
- Schaeffer, D., Hämel, K. und Ewers, M. (2015): *Versorgungsmodelle für ländliche und strukturschwache Regionen. Anregungen aus Finnland und Kanada*. Weinheim, Basel: Juventa Beltz.
- Scheirer, M. A. (2005): Is Sustainability Possible? A Review and Commentary on Empirical Studies of Program Sustainability. *American Journal of Evaluation*, 26(3), S. 320–347.
- Scheirer, M. A. und Dearing, J.W. (2011): An agenda for research on the sustainability of public health programs. *American Journal of Public Health*, 101(11), S. 2059-2067.
- Schmidt, M. (1995): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- Schmied, D. (2001): Landreform in Schottland. *Europa regional*, 9(4), S. 182-191.
- Scottish Government (2009): *A Guide to the Planning System in Scotland*. Edinburgh: Scottish Government Directorate for the Built Environment.
- Scottish Government (2021): *Fire and Rescue Framework for Scotland 2022*. Edinburgh. Online unter: <https://www.gov.scot/binaries/content/documents/govscot/publications/consultation-paper/2021/09/fire-rescue-framework-scotland-consultation/documents/fire-rescue-framework-scotland/govscot%3Adocument/fire-rescue-framework-scotland.pdf> [27.09.2023].
- Scottish Government (2021): *Scotland 2045 – Our Fourth National Planning Framework*. Online unter: <https://www.gov.scot/publications/scotland-2045-fourth-national-planning-framework-draft/documents/> [27.09.2023].

- Scottish Government (o.J.a): Who runs government. Online unter: <https://www.gov.scot/about/who-runs-government/> [06.10.2022].
- Scottish Government (o.J.b): Planning and architecture. Overseeing the planning system. Online unter: <https://www.gov.scot/policies/planning-architecture/overseeing-planning-system/> [12.10.2022].
- Shearmur, R. (2017): Urban Bias in Innovation Studies. In: Shearmur, R., Bathelt, H., Cohendet, P., Henn, S. und Simon, L. (Hrsg.): The Elgar Companion to Innovation and Knowledge Creation: A Multi-Disciplinary Approach. Cheltenham: Edgar Elgar, S. 440-456.
- Shediak-Rizkallah, M.C. und Bone, L.R. (1998): Planning for the sustainability of community-based health programs: conceptual frameworks and future directions for research, practice and policy. Health Education Research, 13(1), S. 87–108.
- Siljebo, J. (2020): Digitalization and digital transformation in schools: a challenge to educational theory? Education in the North, 27(2), S. 24-37.
- Skills Development Scotland (o.J.): Skills Action Plan for Rural Scotland. Online unter: <https://www.skillsdevelopmentscotland.co.uk/what-we-do/skills-planning/skills-action-plan-for-rural-scotland/> [09.10.2022].
- SMI [Sächsisches Staatsministerium des Innern] (2021): Zusammenfassender Bericht der Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“. Dresden.
- Southard, J. N. (2013): Protein Analysis Using Real-Time PCR Instrumentation: Incorporation in an integrated, inquiry-based project. Biochemistry and Molecular Biology Education, 42(2), S. 142-151.
- Spellerberg, A. (2008): Ländliche Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft: mittendrin oder außen vor? In: Barlösius, E. und Neu, C. (Hrsg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation (21). Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. S. 25–35.
- Stamann, C., Janssen, M. und Schreier, M. (2016): Qualitative Inhaltsanalyse – Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 17(3), Art. 16.
- Statista (2021): Population density in Sweden in 2021. Online unter: <https://www.statista.com/statistics/526617/sweden-population-density-by-county/> [12.10.2022].
- Statista (2022): Internationale Länderdaten – Europa. Schweden: Altersstruktur der Bevölkerung von 1950 bis 2022 und Prognosen bis 2050. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/257587/umfrage/altersstruktur-in-schweden/> [09.01.2022].
- Statista (2022a): Rangliste der 20 Länder mit der höchsten Lebensqualität der Welt nach dem Best Countries Ranking 2022. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/732084/umfrage/top-20-der-laender-mit-der-hoehsten-lebensqualitaet-nach-dem-best-countries-ranking/> [12.10.2022].
- Statista (2022b): Scotland – Statistics & Facts. Online unter: https://www.statista.com/topics/3820/scotland/#topicHeader__wrapper [06.10.2022].
- Statista (2022c): Urbanisierungsgrad in Österreich von 2011 bis 2021. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217716/umfrage/urbanisierung-in-oesterreich/> [09.01.2023].
- Statista (o.J.). Demographics of Scotland. Online unter: <https://www.scotland.com/culture/demographics/> [09.10.2022].
- Statistics Sweden (2022): Land use in Sweden 2020. Online unter: <https://www.scb.se/en/finding-statistics/statistics-by-subject-area/environment/land-use/land-use-in-sweden/pong/tables-and-graphs/land-use-in-sweden-2020/> [11.10.2022].
- Statistics Sweden (2022a): Land use in Sweden 2020 - Two percent growth in built-up and developed land. Online unter: <https://www.scb.se/en/finding-statistics/statistics-by-subject-area/environment/land-use/land-use-in-sweden/pong/statistical-news/land-use-in-sweden-2020/> [11.10.2020].

- Statistik Austria (2022): Bevölkerungsprognosen für Österreich und die Bundesländer. Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2021-2080 laut Hauptvariante. Online unter: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-prognosen/bevoelkerungsprognosen-fuer-oesterreich-und-die-bundeslaender> [09.01.2023].
- Statistik Austria (2022a): Bevölkerung im Jahresdurchschnitt (defaulttable_def1197). Online unter: <https://portal.statistik.at/> [30.09.2022].
- Statistik Austria (2022b): Österreich und seine Bundesländer (defaulttable_dewatlas2). Online unter: <https://portal.statistik.at/> [30.09.2022].
- Steckler, A. und Goodman, R. M. (1989): How to Institutionalize Health Promotion Programs. *American Journal of Health Promotion*, 3(4), S. 34-43.
- Steinführer, A. (2014): Freiwillige Feuerwehren als Einrichtungen der Daseinsvorsorge – tradiertes Ehrenamt im gesellschaftlichen Wandel. In: Jenki, M., Ellebrecht, N. und Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Berlin, Münster. S. 169-186.
- Steinführer, A. (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. *Raumforschung und Raumordnung*, 73(1), S. 5-16.
- Steinführer, A. und Brad, A. (2022): Freiwillige Feuerwehren. In: Neu, C. (Hrsg.): Handbuch Daseinsvorsorge. Ein Überblick aus Forschung und Praxis. Berlin: VKU Verlag. S. 130-141.
- Stevens, B. und Peikes, D. (2006): When the funding stops: Do grantees of the Local Initiative Funding Partners program sustain themselves? *Evaluation and Program Planning*, 92(2), S. 153-161.
- Stielike, J. M. (2018): Sozialstaatliche Verpflichtungen und raumordnerische Möglichkeiten zur Sicherung der Daseinsvorsorge. *Raum, Stadt, Architektur. Interdisziplinäre Zugänge* (2). Baden-Baden: Nomos.
- Stielike, J. M. und Vos, B. (2015): Demografischer Wandel und Freiwillige Feuerwehren. Ist mehr Geld die Lösung? *BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung*, 15(8), S. 22-25.
- Stockmann, R. (1997): The sustainability of development projects: An impact assessment of German vocational-training projects in Latin America. *World Development*, 25(11), S. 1767–1784.
- Stone, D. A. (2012): Policy paradox: the art of political decision making. New York, London: W.W Norton & Company.
- Sustainable Development Report (2022): Index Ranking of all 17 SDGs. Online unter: <https://dashboards.sdgindex.org/rankings> [12.10.2022].
- Tent, N., Brad, A., Klöden, J., Hernández, A. A., Bannert, J. und Gebauer, A. (2021): A review of the challenges and strategies of delivering services of general interest in European rural areas. *Europa XXI*, 41, S. 77-105.
- Tent, N., Sysner, J., Mose, I., Rennie, F. (2023): Post-school education in shrinking rural regions: experiences and solutions from Scotland and Sweden. *Raumforschung und Raumordnung*, 81, 15 S., online first, DOI: 10.14512/rur.1692.
- The Commonwealth Fund (2020): International Health Care System Profiles – Sweden. Online unter: <https://www.commonwealthfund.org/international-health-policy-center/countries/sweden> [14.03.2023].
- Thünen-Institut (2017): Thünen-Landatlas. Online unter: <https://karten.landatlas.de/> [27.09.2023].
- Transport Scotland (o.J.): The Trunk Road Network. Online unter: <https://www.transport.gov.scot/transport-network/roads/the-trunk-road-network/> [12.10.2022].
- Treib, O., Bähr, H. und Falkner, G. (2007): Modes of governance: towards a conceptual clarification. *Journal of European Public Policy*, 14(1), S. 1-20.
- Troeger-Weiß, G., Domhardt, H.-J., Mangels, K., Grotheer, S., Anslinger, J. und Krebs, M. (2015): Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz. Ergebnisbericht. BMVI-Online-Publikation (02/2015). Berlin.
- UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), IBE (International Bureau of Education) (2012): World Data on Education. 7. Ausgabe, 2010/11. Online unter:

- http://www.ibe.unesco.org/fileadmin/user_upload/Publications/WDE/2010/pdf-versions/United_Kingdom_Scotland.pdf [28.10.2022].
- Van Buehren, E. und Broekhans, B. (2013): Individual Projects as Portals for Mainstreaming Niche Innovations. In: Hofmann, A. und Henn, R. (Hrsg.): Constructing Green. The Social Structures of Sustainability. Boston: MIT Press, S. 145-168.
- vdek (Verband der Ersatzkassen e.V.) (2023): Daten zum Gesundheitswesen: Versicherte. Online unter: https://www.vdek.com/presse/daten/b_versicherte.html#:~:text=Von%20den%20mehr%20als%2083,etwa%2090%20Prozent%20der%20Bev%C3%B6lkerung [14.03.2023].
- Waal, M. de (2006): Evaluating Gender Mainstreaming in Development Projects. *Development in Practice*, 16(2), S. 209-214.
- Wagenaar, H. (2011): Meaning in action: interpretation and dialogue in policy analysis. London: ME Sharpe.
- Wamsler, C. und Pauleit, S. (2016): Making headway in climate policy mainstreaming and ecosystem-based adaptation: two pioneering countries, different pathways, one goal. *Climatic Change*, 137(1-2), S. 71-87.
- Wang, R. (2010): Shaping urban transport policies in China: Will copying foreign policies work? *Transport Policy*, 17(3), S. 147-152.
- Wang, S., Moss, J. R. und Hiller, J. E. (2005): Applicability and transferability of interventions in evidence-based public health. *Health Promotion International*, 21(1), S. 76-83.
- Wendekamm, M., Matzke, M. (2015): Das Ehrenamt im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. In: Lange, H.-J. und Gusy, C. (Hrsg.): Kooperation im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Studien zur Inneren Sicherheit (20). Wiesbaden: Springer VS. S. 289-304.
- Wenzel, D., Beerlage, I. und Springer, S. (2012): Motivation und Haltekraft im Ehrenamt. Die Bedeutung von Organisationsmerkmalen für Engagement, Wohlbefinden und Verbleib in Freiwilliger Feuerwehr und THW. *Soziologische Studien* (39). Freiburg: Centaurus Verlag & Media UG.
- Widmer, T. und Beywl, W. (2000): Die Übertragbarkeit der Evaluationsstandards auf unterschiedliche Anwendungsfelder. In: Beywl, W. (Hrsg.): Handbuch der Evaluationsstandards. Die Standards des "Joint Committee on Standards for Educational Evaluation. Opladen: Leske + Budrich. S. 243-257.
- Wiley, D. (2007): On the Sustainability of Open Educational Resource Initiatives in Higher Education. Online unter: <https://www.oecd.org/education/cei/38645447.pdf> [24.10.2022].
- Winter, S. (2020): Faktoren der Standortwahl von Hausärzten in ländlichen Räumen – Herausforderungen an die Sicherstellung einer ambulanten medizinischen Daseinsvorsorge. Dissertation an der Technische Universität Kaiserslautern.
- Wolff, M. und Haase, A. (2015): Stadtregion Leipzig-Halle jenseits der Schrumpfung: Neues Wachstum und Stabilisierung. *Stadt Leipzig/Statistischer Quartalsbericht*, 1, S. 36-42.
- Wolff, M., Haase, A. und Leibert, T. (2020): Mehr als Schrumpfung und Wachstum? Trends der demographischen Raumentwicklung in Deutschland nach 2011. *UFZ Discussion Papers* (1/2020). Leipzig: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung.
- Wollmann, H. (2008): Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung. England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich. Ludwigsburg/Wiesbaden: Wüstenrot Stiftung/ VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wolter, F. (2011). Die Freiwilligen Feuerwehren in Österreich und Deutschland: eine volkswirtschaftlich-soziologische Bestandsaufnahme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- World Bank (1986): Sustainability of projects: review of experience in the fertilizer subsector. Online unter: <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/847391468120539957/sustainability-of-projects-review-of-experience-in-the-fertilizer-subsector> [24.10.2022].
- Wright, D. (1999): The sustainability of telemedicine projects. *Journal of Telemedicine and Telecare*, 5(1), S. 107-111.

Yin, R. K. (1979): Changing urban bureaucracies: How new practices become routinized. Santa Monica: RAND Corporation.

Zaspel-Heisters, B. und Benz, C. (2020): Wie aktuell sind die Raumordnungspläne in Deutschland? BBSR-Analysen KOMPAKT (03/2020). Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Zimmer, A. (2019): Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland: Tradition und Wandel der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. In: M. Freise und A. Zimmer (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel: Akteure, Strategien und Politikfelder. Wiesbaden: Springer. S. 23-54.

(V) ANHANG

Anhang I: Projektbeteiligte und Projektveranstaltungen

Projektförderung: Das InDaLE-Projekt wurde aus Mitteln des BMEL als Verbundprojekt mit fünf Projekt-partnern in den Jahren 2020 – 2022 gefördert. Als Projektträger war das Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung, Nahversorgung, Infrastruktur und technische Innovationen, Referat 423 in der Bundesan-stalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eingebunden.

Projektdurchführung:

Das InDaLE-Projektteam umfasste folgende Personen der fünf Projektpartner/Institutionen und Verantwortlichkeiten:

Institution	Mitwirkende	Verantwortlichkeiten
Leibniz Universität Hannover, Geodätisches Institut	Prof. Dr. Winrich Voß, Alice Gebauer, Dr. Jörn Bannert	Projektkoordination; konzeptionelle Bearbeitung von Fragen der Verstetigung und Übertragbarkeit; Wissenstransfer
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, AG Angewandte Geographie und Umweltplanung Technische Universität Dresden, Professur Landmanagement	Prof. Dr. Ingo Mose, Nathalie Tent zusammen mit Carla Rutsch und Christin Schellworth Prof. Dr. Alexandra Weitkamp, Dr. Andreas Ortner, Juliane Freyboth	Nachschulische Bildung; Länderverantwortlichkeit Schottland Medizinische Versorgung und Pflege; Länderverantwortlichkeit Schweden
Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Braunschweig	Dr. Annett Steinführer, Dr. Alexandru Brad	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr; Länderverantwortlichkeit Österreich
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover	Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dr. Alistair Adam Hernández, Dr. Barbara Warner	Modellprojekte in Deutschland; Wissenstransfer

Projektbeirat:

Im Projektbeirat haben folgende nationalen und internationalen Expert:innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik in sechs ganztägigen Sitzungen mitgewirkt:

Beiratsposten	Name	Institution während Projektbearbeitung
Deutschland	Dr. Anne Ritzinger	Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung
Deutschland	Dr. Jan Swoboda	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deutschland	Dr. Ludwig Scharmann	Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Deutschland	Klaus Einig	Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Schleswig-Holstein, seit 2022 BBSR
Deutschland	Prof. Dr. Claudia Neu	Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel
Deutschland	Dr. Jan M. Stielike	Institut für Geodäsie und Geoinformation an der Universität Bonn
Österreich	Dr. Ingrid Machold	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen
Schottland	Stefan Kah	European Policies Research Centre an der Universität Strathclyde Glasgow
Schweden	Assoc. Prof. Dr. Josefina Syssner	Centre for Local Government Studies an der Universität Linköping
Niederlande	Prof. Dr. Dirk Strijker	Chairholder Mansholtchair for Rural Development an der Universität Groningen

Länderexpert:innen:

- Österreich:
Priv.-Doz. Mag. Dr. Tatiana Fischer, Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung (IRUB)
- Schweden:
Prof. Dieter K. Müller, PhD, Universität Umeå, Department of Geography, Professor of Social and Economic Geography
- Schottland:
Prof. Dr. Frank Rennie, University of the Highlands and Islands, Professor of Sustainable Rural Development

Projektveranstaltungen:

- 02.-03.11.2020: Fachtagung I "Voneinander lernen – umsetzen – verstetigen", Ev. Akademie Loc-cum (hybrid)
- 23.05.2022: Expertenworkshop zur Übertragbarkeit europäischer Erfahrungen auf Deutschland in Hannover (in Präsenz)
- 13.-14.07.2022: Fachtagung II "Voneinander lernen – umsetzen – verstetigen", Ev. Akademie Loccum (in Präsenz)
- 13.12.2022: Abschlussveranstaltung zum InDaLE-Projekt: "Innovative approaches to services of general interest in rural areas – What Germany can learn from experiences of other European countries" (online)

Anhang II: InDaLE-Glossar

Ein **Projekt** im Sinne von InDaLE bezeichnet ein

- (im Ursprung) zeitlich und sachlich begrenztes,
- regionales oder lokales Vorhaben
- zur Erprobung neuartiger Ideen, Entwicklungen und Verfahren
- für die Sicherung von Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge aus den Bereichen nachschulische Bildung, medizinische Gesundheit und Pflege sowie nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
- in ländlichen Räumen Schottlands, Schwedens, Österreichs und Deutschlands

Die analysierten Projekte setzen mit ihren Maßnahmen

- an konkreten unerfüllten Bedürfnissen oder Herausforderungen der Daseinsvorsorge ländlicher Räume an und
- werden nach einem (eventuellen) Förderzeitraum weitergeführt.

Durch ihren innovativen, lösungsorientierten Ansatz und die erfolgreiche Verstetigung ergibt sich ihr Potenzial zur Übertragung aus dem europäischen Ausland und ihre Anwendbarkeit anhand geeigneter Adaptionstrategien in Deutschland (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 1).

Verstetigung bezieht sich im InDaLE-Kontext grundsätzlich auf Modellprojekte. Als verstetigt gelten solche Projekte, Projektstrukturen oder angestoßene Veränderungen,

- die nach einem eventuellen Förderzeitraum mindestens zwei Jahre erfolgreich bestehen und
- deren Leistungen der Allgemeinheit weiterhin zur Verfügung gestellt und von dieser nachgefragt werden.
- Dabei kann sich die Form des Projektes dynamisch verändern und die Verstetigung in verschiedenen Wirkungsbereichen stattfinden (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 2.1).

Übertragbarkeit meint den gezielten Transfer bereits erprobter innovativer Konzepte und Ideen sowie Projektansätzen und -aspekten von einer Region/einem Land in andere Regionen/Länder. Die Übertragbarkeit entspricht der Machbarkeit vor Ort. Die Machbarkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab, die entweder dem Übertragungsgegenstand innewohnen oder durch regionale/nationale Rahmenbedingungen gegeben sind (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 2.2).

Daseinsvorsorgebereiche:

- **Nachschulische Bildung** wird definiert als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ (InfoWeb Weiterbildung o.J.: o.S.). Sie lässt sich inhaltlich (Hochschul-, berufliche sowie allgemeine und politische Weiterbildung) oder strukturell nach dem Grad der Formalisierung differenzieren (institutionalisierte, oft längere Ausbildungsprogramme mit formalem Bildungsabschluss im Gegensatz zu non-formaler Bildung mit oft kürzeren Programmen, die nicht staatlich anerkannt und i.d.R. nicht auf das Erlangen eines konkreten Abschlusses ausgerichtet sind, z. B. Fortbildung/Weiterbildung/(Re-)Integration in den Arbeitsmarkt). Der Fokus von InDaLE lag auf der formalen sowie non-formalen Bildung (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 5.1).
- Medizinische **Versorgung und Pflege** gehören zu den Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und weisen ein breites Spektrum auf. Sie umfassen zum einen die allgemeinärztliche sowie fachärztliche Versorgung der Bevölkerung sowie die stationäre Betreuung in Krankenhäusern und Fachkliniken. Zum anderen fällt auch die ambulante und stationäre Pflege der älteren Bevölkerung in diesen Aufgabenbereich.

Aufgrund der großen Breite des Daseinsvorsorgebereichs handelt es sich bei der medizinischen Versorgung und Pflege um Thematiken, deren Leistungen früher oder später von jedem Menschen in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Qualität dieser Leistungen einen umso größeren und unmittelbareren Einfluss auf die Lebensqualität der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 5.2).

- **Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr** umfasst drei Aufgabenbereiche: Brandschutz und technische Hilfeleistung (in der Verantwortung der Feuerwehren), Katastrophenschutz (in der Koordinierung des Staates) und Rettungsdienste verschiedenster Art (gewährleistet vorwiegend durch Hilfs- und Rettungsorganisationen). Aufgrund der Beschränkung auf ländliche Räume lag der Schwerpunkt von InDaLE auf Freiwilligen Feuerwehren, die in allen untersuchten Ländern vor allem in den ersten beiden Bereichen tätig sind. Ihr Aufgabenspektrum geht weit über vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz hinaus und umfasst eine Vielzahl und Vielfalt technischer Hilfeleistungen (z. B. Bergung verunfallter Fahrzeuge, Hilfeleistung bei Überschwemmungen) und in manchen Bundesländern in Deutschland darüber hinaus die Notfallversorgung im Rettungsdienst (für weiterführende Details und Literaturangaben vgl. Kap. 5.3).

Anhang III: Interviewleitfäden

Interviewleitfäden inkl. Anschreiben für drei Interviewzielgruppen

Es folgen Bausteine für die Interviewleitfäden im Feld, die bedarfsgemäß individuell (je nach Interviewpartner) zusammengefügt werden. Bei Bedarf werden detailliertere Informationen zum InDaLE-Projekt und zu den jeweiligen ausgewählten Projekten vor dem Interview mitgeschickt.

Interviews Projektkern

Sehr geehrter/e XXX,

Das Verbundprojekt InDaLE (2020–2022) untersucht **innovative, verstetigte** Ansätze der Daseinsvorsorge in Schottland, Österreich und Schweden. Dabei stehen folgende drei Daseinsvorsorgebereiche im Fokus:

- die nachschulische Bildung
- die medizinische Versorgung und Pflege
- die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Als für Deutschland innovativ erachtete Projekte/Ansätze werden bzgl. ihrer **Anwendbarkeit und Übertragbarkeit** auf ländliche Räume in Deutschland geprüft. Die Analyse von Erfahrungen im europäischen Ausland zur Anpassung inländischer Infrastrukturen — unter Berücksichtigung geeigneter Adaptionstrategien — soll neue Lösungen für ländliche Räume in Deutschland offerieren.

Mit Hilfe des folgenden Interviews möchten wir Mitarbeiter des InDaLE-Projekts Informationen über das Projekt XXX sammeln, welches wir im Daseinsvorsorgebereich der XXX als besonders innovativ erachten. Im Fokus steht dabei die Projektentwicklung von der Startphase des Projekts bis zum aktuellen Projektstand. Übergeordnetes Ziel ist es, Informationen zu Verstetigungsprozessen des Projekts zu erlangen (warum kann sich das Projekt über den Pilotzeitraum hinaus realisieren? Welche Faktoren tragen dazu bei?), sowie Hinweise auf Übertragungsmöglichkeiten des Projektes auf andere Regionen (welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass ein innovativer Ansatz auch in Deutschland funktioniert? Wie könnte so ein Übertragungsprozess aussehen?). Besonders zentral für die Analyse des Interviews ist die zeitliche Einordnung der Informationen: Wir sind an allen Phasen des Projektes interessiert (Phase vor Förderbeginn, Förderphase und Phase nach der Förderung) und möchten Sie bitten, dies bei Ihren Antworten stets mitzudenken und aus dieser Sichtweise zu erläutern.

Interviews Projektumfeld

Sehr geehrter/e XXX,

Das Verbundprojekt InDaLE (2020–2022) untersucht **innovative, verstetigte** Ansätze der Daseinsvorsorge in Schottland, Österreich und Schweden. Dabei stehen folgende drei Daseinsvorsorgebereiche im Fokus:

- die nachschulische Bildung
- die medizinische Versorgung und Pflege
- die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Als für Deutschland innovativ erachtete Projekte/Ansätze werden bzgl. ihrer **Anwendbarkeit und Übertragbarkeit** auf ländliche Räume in Deutschland geprüft. Die Analyse von Erfahrungen im europäischen Ausland zur Anpassung inländischer Infrastrukturen — unter Berücksichtigung geeigneter Adaptionstrategien — soll neue Lösungen für ländliche Räume in Deutschland offerieren.

Mit Hilfe des folgenden Interviews möchten wir Mitarbeiter des InDaLE-Projekts Informationen über das Projekt XXX sammeln, welches wir im Daseinsvorsorgebereich der XXX als besonders innovativ erachten. Im Fokus steht dabei Ihre Einschätzung des Projektes hinsichtlich Erfolgsfaktoren und evtl. Schwierigkeiten oder Problemstellungen. Übergeordnetes Ziel ist es, Informationen zu Verstetigungsprozessen des Projekts zu erlangen (warum kann sich das Projekt über den Pilotzeitraum hinaus realisieren? Welche Faktoren tragen dazu bei?), sowie Hinweise auf Übertragungsmöglichkeiten des Projektes auf andere Regionen (welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass ein

innovativer Ansatz auch in Deutschland funktioniert? Wie könnte so ein Übertragungsprozess aussehen?). Besonders zentral für die Analyse des Interviews ist die zeitliche Einordnung der Informationen: Wir sind an allen Phasen des Projektes interessiert (Phase vor Förderbeginn, Förderphase und Phase nach der Förderung) und möchten Sie bitten, dies bei Ihren Antworten stets mitzudenken und aus dieser Sichtweise zu erläutern.

Interviews Externer Blick

Sehr geehrter/e XXX,

Das Verbundprojekt InDaLE (2020 – 2022) untersucht **innovative, verstetigte** Ansätze der Daseinsvorsorge in Schottland, Österreich und Schweden. Dabei stehen folgende drei Daseinsvorsorgebereiche im Fokus:

- die nachschulische Bildung
- die medizinische Versorgung und Pflege
- die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Als für Deutschland innovativ erachtete Projekte/Ansätze werden bzgl. ihrer **Anwendbarkeit und Übertragbarkeit** auf ländliche Räume in Deutschland geprüft. Die Analyse von Erfahrungen im europäischen Ausland zur Anpassung inländischer Infrastrukturen — unter Berücksichtigung geeigneter Adaptionstrategien — soll neue Lösungen für ländliche Räume in Deutschland offerieren.

Mit Hilfe des folgenden Interviews möchten wir Mitarbeiter des InDaLE-Projekts Informationen zum Projekt XXX erlangen, welches wir im Daseinsvorsorgebereich der XXX als besonders innovativ erachten. Im Fokus stehen allgemeine Fragen zu Projekten wie bspw. der Finanzierung, der Langlebigkeit; aber auch projektspezifische Einschätzungen vor dem Hintergrund der betreffenden Region.

Übergeordnetes Ziel ist es, Informationen zu Verstetigungsprozessen des Projekts zu erlangen (warum kann sich das Projekt über den Pilotzeitraum hinaus realisieren? Welche Faktoren tragen dazu bei?), sowie Hinweise auf Übertragungsmöglichkeiten des Projektes auf andere Regionen (welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass ein innovativer Ansatz auch in Deutschland funktioniert? Wie könnte so ein Übertragungsprozess aussehen?). Besonders zentral für die Analyse des Interviews ist die zeitliche Einordnung der Informationen: Wir sind an allen Phasen von Projekten interessiert (Phase vor Förderbeginn, Förderphase und Phase nach der Förderung) und möchten Sie bitten, dies bei Ihren Antworten stets mitzudenken und aus dieser Sichtweise zu erläutern.

Aspekte und deren mögliche Bedeutungsinhalte (sichtbar für den Interviewer):

Akteure und Netzwerke (Akteursnetzwerke, Fachnetzwerke, Projektbeirat, Koordinierungsstellen, Kooperationen, Qualität der Zusammenarbeit, Antriebsmotive ...)

Finanzierung (Fördergelder, Finanzierungskonzept, Übergang in Regelfinanzierung, ...)

Politik (Rolle der Politik, Rolle/Stellenwert in der Politik (Sonderprojekt), Annahme durch Kommune, ...)

Bürgerschaftliches Engagement (Motive der Engagierten, Form der Anerkennung, Key Actor, ...)

Bedarfsdeckung (Zielgruppen, welcher Bedarf wird gedeckt, Wirksamkeitsanalyse...)

Innovationscharakter (Best Practice-Projekt, Ausbreitung der Projekteinhalte)

Projektstrategie (Evaluation, klare inhaltliche Ziele/ Vorgaben, klare Kommunikation dieser, ...)

Leitfragen Zielgruppe „Externer Blick“:

1. Bitte beschreiben Sie kurz Ihren Bezug zum genannten Projekt bzw. zur Thematik des Projektes (Daseinsvorsorgebereich / konkretes Projekt).

2. Was denken Sie macht Projekte besonders langlebig (in der Region/ in dem spezifischen Daseinsvorsorgebereich)?

Finanzierung

Politik

Bürgerschaftliches Engagement

Akteure und Netzwerke

Projektstrategie

3. Wie schätzen Sie den Nutzen des von uns vorgestellten Projektes für die Herausforderung des genannten Daseinsvorsorgebereichs ein?

Bedarfsdeckung

Innovationscharakter

4. Welche Finanzierungsform garantiert aus Ihrer Sicht ein möglichst langfristiges Fortbestehen innovativer Projekte?

Finanzierung

Bürgerschaftliches Engagement

Leitfragen Zielgruppe „Projektumfeld“:

1. Was ist Ihre Motivation, sich am Projekt zu beteiligen?

Akteure und Netzwerke

Bürgerschaftliches Engagement

2. Beschreiben Sie kurz aus Ihrer Sicht, welche Lösungen durch das Projekt geboten werden können.

Bedarfsdeckung

Projektstrategie

Innovationscharakter

3. Was läuft aus Ihrer Sicht im Projekt besonders gut?

Projektstrategie

Akteure und Netzwerke

Bürgerschaftliches Engagement

Finanzierung

5. Welche Faktoren in der Region des Projektes haben aus Ihrer Sicht zu dessen Erfolg beigetragen?

Politik

Finanzierung

Bürgerschaftliches Engagement

Akteure und Netzwerke

6. Kennen Sie Projekte in [Land X] wo Innovationen/Ansätze/Projekte auf andere Regionen oder Länder übertragen wurden?

7. Sehen Sie Besonderheiten in der Region des Projektes, die sich woanders so nicht wiederfinden?

Akteure und Netzwerke

Finanzierung

Bürgerschaftliches Engagement

Politik

4. Welche Schwierigkeiten konnten Sie im Laufe des Projektes beobachten?

Akteure und Netzwerke

Politik

Finanzierung

Bürgerschaftliches Engagement

Projektstrategie

5. Was denken Sie: Welche Faktoren im Umfeld des Projektes haben zum Erfolg beigetragen?

Projektstrategie

Akteure und Netzwerke

Politik

Finanzierung

Bürgerschaftliches Engagement

Leitfragen Zielgruppe „Projektkern“:

1. Was ist Ihre Motivation, sich am Projekt zu beteiligen?

Akteure und Netzwerke

Bürgerschaftliches Engagement

2. Wie ist Ihr Projekt gestartet?

Bürgerschaftliches Engagement

Projektstrategie

Bedarfsdeckung

3. Welchen Herausforderungen will man Ihrer Meinung nach mit dem Projekt begegnen?

Bedarfsdeckung

Projektstrategie

4. Wer hat alles am Projekt mitgearbeitet?

Bürgerschaftliches Engagement

Akteure und Netzwerke

5. Was war in der Umsetzung des Projektes (zu Beginn und nach Förderende) Ihrer Einschätzung nach besonders hilfreich?

Bürgerschaftliches Engagement

Projektstrategie

Politik

Finanzierung

6. Welche Schwierigkeiten konnten bei der Projektumsetzung Ihrer Auffassung nach festgestellt werden?

Akteure und Netzwerke

Finanzierung

Politik

Projektstrategie

7. Wie finanziert sich Ihr Projekt?

8. Gibt es besondere Voraussetzungen in Ihrer Region, die die Projektumsetzung (zu Beginn und nach Förderende) erleichtert haben?

Politik

9. Welche Bedingungen müssten Ihres Erachtens vorhanden sein, damit das Projekt auch in anderen Regionen umgesetzt werden könnte?